

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

50. Sitzung

Hannover, den 15. Dezember 2004

Inhalt:

noch:

Tagesordnungspunkt 9 bis 15:

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2005 -
Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte
(einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter
Einbeziehung der betroffenen Ressortminister
(Inneres und Sport - Justiz - Soziales, Frauen,
Familie und Gesundheit - Kultus)5513

Inneres und Sport.....5513
 Heiner Bartling (SPD)5513, 5514, 5534
 Professor Dr. Hans-Albert Lennartz (GRÜNE).....5518
 Hans-Christian Biallas (CDU).....5520, 5524
 Jörg Bode (FDP)5524
 Georgia Langhans (GRÜNE)5528
 Dr. Otto Stumpf (CDU).....5529
 Uwe Schünemann, Minister für Inneres und
 Sport5530, 5534
 Sigmar Gabriel (SPD).....5534, 5536, 5537, 5539,
 5542, 5550, 5554
 Bernd Althusmann (CDU).....5535
 Christian Wulff, Ministerpräsident ..5536, 5538, 5541
 Hartmut Möllring, Finanzminister5543
 Dieter Möhrmann (SPD).....5544
 Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und
 Verkehr5544
 Bernhard Busemann, Kultusminister5545, 5548
 Ursula Helmhold (GRÜNE)5546, 5552
 Silva Seeler (SPD)5547
 Wolfgang Jüttner (SPD).....5548, 5553
 David McAllister (CDU)5551
 Dr. Ursula von der Leyen, Ministerin für
 Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.....5552

Justiz 5554
Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit 5554
 Heidemarie Mundlos (CDU) 5555, 5575
 Dieter Möhrmann (SPD) 5556
 Ursula Helmhold (GRÜNE)..... 5556
 Angelika Jahns (CDU) 5558
 Uwe Schwarz (SPD)..... 5561, 5573
 Gesine Meißner (FDP) 5565, 5566, 5569, 5575
 Meta Janssen-Kucz (GRÜNE) 5569
 Dr. Ursula von der Leyen, Ministerin für
 Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit 5572
Kultus 5576
 Wolfgang Jüttner (SPD) 5576
 Karl-Heinz Klare (CDU)..... 5578
 Ina Korter (GRÜNE) 5585
 Hans-Werner Schwarz (FDP) 5588
 Bernhard Busemann, Kultusminister 5591

noch:

Tagesordnungspunkt 9 bis 15:

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2005 -
Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte
(einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter
Einbeziehung der betroffenen Ressortminister
(Wissenschaft und Kultur - Wirtschaft, Arbeit und
Verkehr - Umwelt - Ländlicher Raum, Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz - Bundes-
und Europaangelegenheiten und Medien) 5592

Wissenschaft und Kultur 5592
 Dr. Gabriele Andretta (SPD) 5592
 Christina Bührmann (SPD) 5596
 Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE) 5598

Karl-Heinz Klare (CDU)	5600
Britta Siebert (CDU)	5602, 5603
Professor Dr. Emil Brockstedt (CDU)	5603
Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP) ...	5604, 5605
Roland Riese (FDP)	5606, 5607
Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur	5608, 5609, 5612
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	5612
Ernst-August Hoppenbrock (CDU)	5612
Enno Hagenah (GRÜNE)	5615
Thomas Oppermann (SPD)	5618
Wolfgang Hermann (FDP)	5621
Hans-Joachim Janßen (GRÜNE)	5624
Björn Thümler (CDU)	5625
Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	5627, 5630
Stefan Wenzel (GRÜNE)	5630
Umwelt	5632
Hans-Dieter Haase (SPD)	5633
Anneliese Zachow (CDU)	5636
Dorothea Steiner (GRÜNE)	5638
Christian Dürr (FDP)	5641
Hans-Heinrich Sander, Umweltminister	5643
Ländlicher Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	5644
Karin Stief-Kreihe (SPD)	5645
Jan-Christoph Oetjen (FDP)	5647
Hans-Jürgen Klein (GRÜNE)	5649
Friedrich Kethorn (CDU)	5651
Hans-Heinrich Ehlen, Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	5656
Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien	149
Ulrike Kuhlo (FDP)	5657
Georgia Langhans (GRÜNE)	5658
Heidrun Merk (SPD)	5660
Wilhelm Hogrefe (CDU)	5662
Hartmut Möllring, Finanzminister	5663
Nächste Sitzung	5664

Vom Präsidium:

Präsident	Jürgen Gansäuer (CDU)
Vizepräsident	Ulrich Biel (SPD)
Vizepräsidentin	Ulrike Kuhlo (FDP)
Vizepräsidentin	Silva Seeler (SPD)
Vizepräsidentin	Astrid Vockert (CDU)
Schriftführer	Lothar Koch (CDU)
Schriftführerin	Georgia Langhans (GRÜNE)
Schriftführer	Wolfgang Ontijd (CDU)
Schriftführerin	Christina Philipps (CDU)
Schriftführer	Friedrich Pörtner (CDU)
Schriftführerin	Isolde Saalman (SPD)
Schriftführerin	Bernadette Schuster-Barkau (SPD)
Schriftführerin	Brigitte Somfleth (SPD)
Schriftführerin	Irmgard Vogelsang (CDU)
Schriftführerin	Anneliese Zachow (CDU)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Christian Wulff (CDU)

Minister für Inneres und Sport
Uwe Schünemann (CDU)

Staatssekretär Wolfgang Meyerding,
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

Finanzminister
Hartmut Möllring (CDU)

Staatssekretär Dr. Lothar Hageböling,
Niedersächsisches Finanzministerium

Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Dr. Ursula von der Leyen (CDU)

Staatssekretär Gerd Hoofe,
Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen,
Familie und Gesundheit

Kultusminister
Bernd Busemann (CDU)

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Walter Hirche (FDP)

Staatssekretär Joachim Werren,
Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit und Verkehr

Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Hans-Heinrich Ehlen (CDU)

Staatssekretär Gert Lindemann
Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum,
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Justizministerin
Elisabeth Heister-Neumann

Staatssekretär Dr. Jürgen Oehlerking,
Niedersächsisches Justizministerium

Minister für Wissenschaft und Kultur
Lutz Stratmann (CDU)

Umweltminister
Hans-Heinrich Sander (FDP)

Staatssekretär Dr. Christian Eberl,
Niedersächsisches Umweltministerium

Beginn: 9.01 Uhr.

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 50. Sitzung im 18. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 15. Wahlperiode.

Wir beginnen die heutige Sitzung mit dem zweiten Block der Haushaltsberatung. Nach der Mittagspause wird die Sitzung mit dem dritten Block der Haushaltsberatung fortgesetzt.

Die heutige Sitzung soll gegen 20 Uhr enden.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst bis spätestens morgen Mittag um 12 Uhr wird erinnert.

Es folgen jetzt die geschäftlichen Mitteilungen durch die Schriftführerin Frau Saalman.

Schriftführerin Isolde Saalman:

Es haben sich für heute entschuldigt von der Landesregierung Herr Ministerpräsident Wulff für nachmittags, Frau Heister-Neumann, die Justizministerin, auch für nachmittags, von der Fraktion der CDU Herr Höttcher, Frau Schwarz und Frau Trost sowie von der Fraktion der SPD Herr Pickel.

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Wir setzen die Haushaltsberatungen fort mit

noch:

Tagesordnungspunkt 9 bis 15:

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2005 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Inneres und Sport - Justiz - Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit - Kultus)

Zuerst behandeln wir den Bereich

Inneres und Sport

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bartling von der SPD-Fraktion.

Heiner Bartling (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Guten Morgen, ich freue mich, dass wir in einem so recht intimen Kreise noch die Debatte führen können. Das kommt der Qualität bestimmt zugute.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das, worüber ich jetzt rede, kommt nicht direkt im Einzelplan 03 vor. Aber da der Herr Innenminister auch Kommunalminister ist, erlaube ich mir, zu diesem Thema zunächst ein paar Worte zu sagen.

Im Haushaltsjahr 2005 wird der kommunale Finanzausgleich um 302 Millionen Euro hinter dem zurückbleiben, was diese Landesregierung in ihrer mittelfristigen Finanzplanung 2003 den Kommunen versprochen hatte. Dieser Einnahmerückgang würde um 150 Millionen Euro niedriger ausfallen, wenn die Landesregierung nicht im Zusammenwirken mit den Koalitionsfraktionen an der Verbundquote im Finanzausgleich drehen würde. Durch das Haushaltsbegleitgesetz wird einfach die Zahl 1 609 durch 1 504 ersetzt. Durch diesen simplen Vorgang werden den Kommunen im kommenden Jahr 150 Millionen Euro vorenthalten.

Dabei handelt es sich übrigens keineswegs um eine einmalige Kürzung. Ausgehend von 150 Millionen Euro im Jahr 2005, steigt dieser Betrag in den Folgejahren von 157 Millionen im Jahre 2006 über 164 Millionen Euro auf 171 Millionen Euro im Jahre 2008. Insgesamt führt die Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs, die CDU und FDP jetzt beschließen wollen, dazu, dass den Kommunen bis 2008 Finanzausgleichsmittel in Höhe von 642 Millionen Euro vorenthalten werden.

Da eine große Zahl von kommunalen Gebietskörperschaften bereits heute keine ausgeglichenen Haushalte vorlegen kann, wird dieser Eingriff des Landes zu einer weiteren Inanspruchnahme von Überziehungskrediten durch Städte, Gemeinden und Landkreise führen. Damit haben die Kommunen völlig Recht, wenn sie darauf hinweisen, dass das Land versucht, seine Finanzprobleme zulasten der Kommunen zu lösen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, ich habe sehr viel Verständnis für die Enttäuschung der Kommunen. Denn schließlich hat ihnen die Landesregierung gerade auch in der Person des Kommunalministers vor der Landtagswahl das Blaue vom Himmel versprochen.

(Beifall bei der SPD)

Jede Anpassung des kommunalen Finanzausgleichs, die zu SPD-Zeiten vorgenommen worden ist, wurde insbesondere von Herrn Schünemann, Herrn Möllring und Herrn Wulff mit einer Art Weltuntergangsrhetorik als „beispielloser Raubzug durch die kommunalen Kassen“ gegeißelt.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Ja, ganz genau so war es!)

Was wurden nicht alles für Sofortprogramme für den Fall eines Regierungswechsels versprochen! - Rücknahme der Kürzung um 250 Millionen Euro aus dem Jahre 1996, sofortige Erhöhung der Bedarfszuweisungen um 50 Millionen Euro. Ich kann mich noch ganz genau erinnern, wie hier der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion vollmundig ein Versprechen abgegeben hat. Ich zitiere Herrn McAllister:

„Meine Damen und Herren, nun noch ein Satz zu den Bedarfszuweisungen. Wir haben Sie im Juni 2001 mit einem Entschließungsantrag aufgefordert, den Bedarfszuweisungstopf um 100 Millionen Euro zu erhöhen. Das ist wahrlich ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber das sollte ein Signal sein.“

Ich muss Herrn McAllister schon fragen, wie er eigentlich kurz vor der Landtagswahl solche Reden schwingen und jetzt seine Hand dafür heben kann, dass den Kommunen das Dreifache dieses Betrages gestrichen wird. Das ist geradezu haarsträubend.

(Beifall bei der SPD)

Haarsträubend, meine Damen und Herren, ist es, wenn man sich anhört, mit welch hilflosen Argumenten CDU und FDP versuchen, diesen Wortbruch gegenüber den Kommunen zu verteidigen. So wird behauptet, dass das Land im Rahmen landespolitischer Maßnahmen und bundespolitischer Initiativen seiner Verantwortung für die Kommunen in besonderer Weise nachgekommen

sei. Meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, Sie sollten ruhig einmal lesen, was Sie in letzter Zeit alles schon beschlossen haben. Dann würden Sie vielleicht merken, wie sehr Sie sich selbst in die Tasche lügen. Ich sage nur: Schulstrukturreform, Aufnahmegesetz, Abschaffung der Lernmittelfreiheit und jetzt Streichung des Landesblindengeldes - alles Maßnahmen, die Sie auf die kommunale Ebene abwälzen.

(Beifall bei der SPD)

Ihre großen Sprüche von Konnexität will ich hier gar nicht wieder erwähnen. Es ist einfach dreist, meine Damen und Herren, wenn Sie versuchen, den Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich mit der zwischenzeitlich erfolgten Reduzierung der Gewerbesteuerumlage zu rechtfertigen. Schauen Sie einmal in Ihr Wahlprogramm. Dort heißt es:

„Voraussetzung für verbesserte kommunale Finanzen ist eine umfassende Gemeindefinanzreform. Sie muss Entlastungen bei den Ausgaben bringen, die Strukturen der Einnahmen verbessern, die finanzielle Eigenverantwortung stärken. Als Sofortmaßnahme ist die Gewerbesteuerumlage von 30 wieder auf 20 % zu senken.“

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Bartling, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Busemann?

Heiner Bartling (SPD):

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich im Zusammenhang vortragen ließen. Herr Busemann hat als Mitglied der Landesregierung wohl noch genug Gelegenheit, hier viel zu erzählen.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage mich, wie Sie so etwas versprechen und dann zulassen können, dass den Kommunen wieder Geld weggenommen wird.

Meine Damen und Herren, der Staatsgerichtshof hat am 16. Mai 2001 bestätigt, dass die SPD-Landesregierung das Gebot der Verteilungssymmetrie beachtet hat. Sie zählten übrigens zu den Klagenden und haben damals verloren. Ich bin sehr gespannt, wie die angekündigten Klagen vieler niedersächsischer Kommunen gegen die jetzt von CDU und FDP zu verantwortende Änderung

des kommunalen Finanzausgleichs ausgehen werden.

Ich will Ihnen einen kleinen Bericht über eine Anhörung im Innenausschuss geben, in der uns mit sehr dramatischen Worten der Vertreter der kommunalen Spitzenverbände deutlich gemacht hat, dass sie eigentlich kein Interesse daran haben zu klagen, sondern mit dem Land auf andere Weise klarkommen wollen, aber sich gezwungen sehen, diesen Weg zu gehen, was einige wahrscheinlich auch tun werden. Ich bin gespannt, was dazu der Staatsgerichtshof sagt.

Meine Damen und Herren, die CDU hat sich in ihrem Wahlprogramm damals ausdrücklich gegen jede Kürzung im öffentlichen Dienst ausgesprochen. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit hat der heutige Ministerpräsident erklärt, dass die vom Land Berlin vorgelegte Bundesratsinitiative zur Einführung einer so genannten Öffnungsklausel für den Besoldungsbereich nicht zustimmungsfähig sei. Ich zitiere:

„Eine Öffnungsklausel, die offensichtlich allein den Zweck hat, den Landesetat auf dem Rücken des öffentlichen Dienstes zu sanieren, ist abzulehnen.“

Es geht noch weiter:

„Eine Öffnungsklausel im Besoldungsgesetz macht nur Sinn, wenn den Ländern auch eine Erhöhung der Bezüge ermöglicht wird. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei, ein solches Modell gemeinsam mit den Beschäftigten zu entwickeln, insbesondere um verbesserte Besoldungsbedingungen für die Einstellung von besonders qualifizierten Bewerbern zu ermöglichen.“

Das war versprochen. Nur ein paar Tage nach der Regierungsübernahme im März 2003 hat diese Landesregierung entgegen ihrer Wahlversprechen im Bundesrat der Öffnungsklausel zugestimmt, die die Streichungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld erst ermöglicht hat. Das Urlaubsgeld haben CDU und FDP bereits 2003 gestrichen, das Weihnachtsgeld wurde halbiert und soll jetzt nach dem Willen der Landesregierung vollständig gestrichen werden.

Ich muss auch den Herrn Innenminister fragen, wo er eigentlich war, als die CDU-Fraktion über das Thema Weihnachtsgeld diskutiert hat. Warum haben Sie nichts für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei erreichen können, die nach Auffassung der CDU-Fraktion kein Weihnachtsgeld verdienen? Warum lassen Sie es zu, dass ausgerechnet denjenigen, die tagtäglich für unsere Sicherheit ihre gesundheitliche Unversehrtheit riskieren, nach der Streichung des Urlaubsgeldes jetzt auch noch das Weihnachtsgeld gestrichen wird?

(Beifall bei der SPD)

Und sagen Sie bitte nicht, meine Damen und Herren: Die Streichung des Weihnachtsgeldes war erforderlich, um die Bezahlung der zusätzlichen Polizeianwärter zu finanzieren, die Sie einstellen wollen. Ich sage Ihnen dazu nur so viel: Polizeiarbeit, meine Damen und Herren, ist in ihrem Erfolg auch von der Motivation, der Einsatzbereitschaft des einzelnen Beamten abhängig. Mit *diesen* Entscheidungen haben Sie keinen Beitrag zur Motivation und zur Arbeitszufriedenheit geleistet.

(Beifall bei der SPD)

Das Übrige an Motivationsverlust bewirkt dann noch eine Organisationsreform der Polizei. Ich will Ihnen das Ergebnis anhand eines Artikels aus der *Braunschweiger Zeitung* schlaglichtartig illustrieren:

„Braunschweig geht personell geschwächt aus der Polizeireform hervor. Dabei ist die Stadt der Kriminalitäts-Schwerpunkt der Region. Rund 150 Polizisten weniger werden künftig auf den Straßen für Sicherheit sorgen.

Bei den zu Dienststellen degradierten Kommissariaten im Heidberg und in Querum werden in der Nacht keine Polizisten mehr, sondern nur noch Notrufsäulen Hilfe versprechen.

In Braunschweig gab es 2003 dreimal mehr Straftaten als in Wolfsburg. Gegen den Trend im Umland stieg die Kriminalität. Dennoch wird im Ballungszentrum abgebaut, aber in der Fläche aufgestockt. In Brome beispielsweise schieben künftig acht statt drei Beamte Dienst. ‚Dabei ist es eine Sensation, wenn da zwei Kühe aufeinander prallen‘ ...“

Und wenn doch noch etwas passiert - das will ich hinzufügen -, dann sperren zukünftig acht Kollegen den Tatort ab, damit nicht eine dritte Kuh die Spuren verwischt, bis die Spezialisten von der Inspektion da sind.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, diese Organisationsreform ist nicht zu Ende gedacht. Denn die niedersächsischen Polizeibeamtinnen und -beamten können verdammt mehr. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass die Polizei besser arbeiten kann, wenn gut ausgebildete und gut bezahlte Beamtinnen und Beamte Dienst machen und keine künstlichen Unterscheidungen zwischen Schupo und Kripo wiederbelebt werden. Ich halte es für falsch, meine Damen und Herren, den ländlichen Bereich zulasten der Großstädte zu stärken. Ich halte es insbesondere für falsch, die Bezahlung der zusätzlichen Polizeianwärter zu finanzieren, indem den aktiven Kolleginnen und Kollegen - und nicht nur denen - Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld gestrichen werden.

Ich habe in den vergangenen Monaten mit vielen Beamtinnen und Beamten gesprochen. Sie haben viel Verständnis dafür, dass die Bezahlung zusätzlicher Polizeianwärter, jedenfalls bei seriöser Haushaltsführung, gegenwärtig nicht zu finanzieren ist. Sie haben aber kein Verständnis dafür, dass sich diese Landesregierung zur Finanzierung ihrer abenteuerlichen Maßnahmen am Portmonee der aktiven Beamtinnen und Beamten vergreift.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung greift den Polizistinnen und Polizisten nicht nur durch die Streichung des Urlaubsgeldes in die Tasche. Mit diesem Haushaltsentwurf wird der Eigenanteil in der Heilfürsorge erhöht, um dadurch 1,5 Millionen Euro einzusparen. Ich erinnere mich noch genau, weil natürlich auch mich das damals getroffen hat, wie die CDU gegen unsere Maßnahme im Bereich Heilfürsorge - ich hatte das 1999 zu verantworten - polemisiert hat. Der Kollege Biallas war der Meinung: Das war das Schädigste, was es gibt. - Noch deutlichere Worte hat Herr Möllring gefunden: Das, was sich die Staatskanzlei und die Landesregierung gegen die Proteste der Polizei einfallen lassen, ist doch zynisch. Die Landesregierung stellt sich hin und sagt: Wir haben doch keinen gezwungen, zur Polizei zu

gehen. So gehen Sie mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um, und hier schreien Sie herum. - Das Protokoll notiert an dieser Stelle: Beifall bei der CDU.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Beifall bei der SPD!)

Das heißt, die Polizei bezahlt der SPD die Wahlgeschenke. - Ende des Zitats. Ich stelle fest: Heute, meine Damen und Herren, bezahlen alle Beamtinnen und Beamte die Wahlgeschenke der CDU, und die Polizisten werden dreifach zur Kasse gebeten: Urlaubsgeld gestrichen, das Weihnachtsgeld gestrichen und den Eigenanteil an der Heilfürsorge erhöht. Das ist das, was die CDU in diesem Landtag als glaubwürdige Politik versteht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Jahr sehr viel über Verwaltungs- und Polizeireformen geredet. Ich möchte jetzt nichts dazu sagen, dass beide Reformprojekte nur höchst unzureichend im Haushaltsentwurf der Landesregierung Berücksichtigung gefunden haben. Mir macht aber noch etwas andere Sorge. Mit diesem Haushalt sollen mehr als 100 zusätzliche Stellen im Innenministerium geschaffen werden. Insgesamt werden in den neun Fachministerien 264 zusätzliche Stellen eingerichtet - und das, obwohl zahlreiche, hoch besoldete Stellen in den Ministerien durch die Trickereien der Landesregierung mit dem goldenen Handschlag frei werden. Ich erinnere nur an die Pro-forma-Versetzung an die Bezirksregierung, durch die der Anwendungsbereich des einstweiligen Ruhestandes weit über den hierfür vom Gesetzgeber geschaffenen Rahmen ausgeweitet werden soll. Ich erinnere dazu an den letzten Plenar-Tagungsabschnitt. Frau Justizministerin, Sie sollten einmal den heutigen *rundblick* lesen. Dann würden Sie feststellen, dass Ihre Aussagen damals zu der Frage, ob alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von den Bezirksregierungen schon wüssten, wohin sie gehen, nicht ganz richtig waren, um es vorsichtig zu formulieren.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Jüttner [SPD]: Die waren richtig falsch!)

Meine Damen und Herren, die Schaffung von 264 zusätzlichen Stellen in der Ministerialverwaltung halte ich für einen eindrucksvollen Beleg für unsere Vermutung, dass die Landesregierung die Verwaltungsreform für eine Zentralisierung und nicht zuletzt auch für eine Politisierung der Landesver-

waltung nutzen will. Ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern, dass es in Niedersachsen jemals zuvor eine derartige Aufblähung der Ministerialverwaltung gegeben hat.

(Unruhe bei der CDU - Hans-Christian Biallas [CDU]: Seit 1990 10 000 neue Stellen in der Landesverwaltung!)

- Verehrter Herr Kollege Biallas, ich würde Ihnen empfehlen, sich einmal im Einzelnen aufzählen zu lassen - auch von der Landesregierung; die kann das -, wo diese Stellen geschaffen worden sind. Das würde ich an Ihrer Stelle einmal machen. Dann bekommen Sie ein anderes Ergebnis.

Da wir gerade beim Thema Politisierung sind: Was hat die damalige CDU-Opposition nicht gegen das von uns aufgelegte Konversionsprogramm gewettert, das einen Umfang von immerhin 12,8 Millionen Euro hat. Ich zitiere den Kollegen Althusmann aus dem Februar 2001:

„So weit zu Ihrem Konversionsprogramm von 26 Millionen DM. Das ist ein Feigenblatt, das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein.“

Derselbe Herr Althusmann hat einen Monat später gesagt:

„Nein, dieses Konversionsprogramm, das viel zu gering ist, muss allen Standorten, die von den Maßnahmen der Bundesregierung betroffen sind, eine entsprechende finanzielle Ausstattung und eine entsprechende Kompensation verschaffen.“

Herr Althusmann, warum stellen Sie, wenn Konversion für Sie eine solche Herzensangelegenheit ist, den betroffenen Kommunen nicht einen müden Cent dafür zur Verfügung, dass sie die Folgen der Standortschließungen auffangen können? - Ich will Ihnen sagen warum: Weil bei Ihnen kommunalfreundliche Politik nur in Sonntagsreden stattfindet.

(Beifall bei der SPD)

Dann noch ein kleiner Beleg, meine Damen und Herren, für das Stichwort „Sonntagsreden“. Ohne Ihnen, Herr Althusmann, zu nahe treten zu wollen, muss ich dabei allerdings sehr an den Ministerpräsidenten denken. Kurz vor der Wahl hat er nämlich zum Thema Sportförderung erklärt:

„Die gesetzlich verankerten Zuwächse in der Sportförderung muss es geben.“ Die Gesellschaft könne - etwa in den Bereichen Gesundheit und Soziales - durch den Sport sparen, sie solle nicht am Sport sparen.“ ... „Der Sport braucht verlässliche Partner! Wenn unsere Verfassung jetzt fordert, dass Land und Kommunen den Sport schützen und fördern müssen, dann darf das kein Lippenbekenntnis bleiben, sondern muss Selbstverpflichtung sein. Deshalb darf die Sportförderung in Niedersachsen nicht bei jeder Haushaltsklausur wieder auf die Kürzungsliste kommen.“

(Beifall bei der SPD)

„Eine CDU-geführte Landesregierung steht deshalb nachdrücklich zur Planungssicherheit in der Sportförderung und damit zu den Verpflichtungen des Lotterie- und Wettwesengesetzes.“

Herr Ministerpräsident - er ist leider nicht hier -, mit diesen Äußerungen haben Sie sich und die gesamte CDU dermaßen diskreditiert, dass die Reden auf dem Landessporttag auch nicht gerade zu Begeisterungstürmen führen.

Meine Damen und Herren, offenbar handelt diese Landesregierung gegenüber dem Sport frei nach dem Motto: Ist der Ruf erst ruiniert, kürzt es sich ganz ungeniert.

(Beifall bei der SPD)

Wie anders ist es zu erklären, dass das Haushaltsbegleitgesetz auch dieses Jahr wieder in deutlichem Widerspruch zu den von mir zitierten Versprechungen des heutigen Ministerpräsidenten steht? - Immerhin hat die CDU-Fraktion Mittel dafür zur Verfügung gestellt, dass jetzt statt 11 „nur“ 10 % der Sportförderung gestrichen werden. Meine Damen und Herren von der Regierungsfraktion, unter einem verlässlichen Partner hat sich der Sport etwas anderes vorgestellt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zunächst zu einem letzten Stichpunkt kommen. Andere Dinge wird man noch in der Debatte vertiefen können. Auch das Thema Integration sieht diese Landesregierung - ich will das einmal ganz vor-

sichtig ausdrücken - mehr als Gelegenheit zur parteipolitischen Profilierung denn als realpolitisches Handlungsfeld. Ich finde es nicht in Ordnung, dass Sie sich finanziell aus der Integrationsverantwortung verabschieden und in Ihrem Haushalt in diesem Bereich 1 Million Euro einsparen wollen. Die SPD-Fraktion hält diese Kürzung für falsch und schlägt darüber hinaus vor, die Mittel aus der neuen Lotterie Keno von insgesamt 7 Millionen Euro gebündelt für Maßnahmen zur Integration zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte es schlicht für einen Witz, meine Damen und Herren, dass die Landesregierung in Niedersachsen eine neue Lotterie zulässt, dann aber vergisst, die daraus entstehenden Einnahmen im Haushalt zu verbuchen. Wem wollen Sie eigentlich erzählen, dass sich die Regierungsfractionen in ihrem Änderungsantrag die Keno-Lotterie ausgedacht haben? In Wahrheit scheint mir das ein billiger Trick zu sein, um den Regierungsfractionen ein bisschen Geld an die Hand zu geben, mit dem Herr McAllister und Herr Rösler Haushaltspolitik spielen. Das sind Tricks, aber keine seriösen Haushaltsberatungen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Das war nichts Neues! Das ist aber auch schwierig für einen ausgedienten Minister!)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Bevor ich Herrn Lennartz das Wort erteile, stelle ich die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. Ich bitte noch einmal darum, dass Sie, wenn Sie sich zu Wort melden, auf den Wortmeldezettel schreiben, zu welchem Bereich Sie sprechen wollen. - Jetzt, Herr Lennartz, haben Sie das Wort.

Professor Dr. Hans-Albert Lennartz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Thema beginnen, das von Herrn Bartling noch nicht angesprochen worden ist. Es geht um das Haushaltsbegleitgesetz, und zwar um Artikel 4. Das betrifft das Niedersächsische Beamtengesetz. Es geht um die Beihilferegelungen und die Kürzungen im Bereich der Wahlleistungen - § 87 c des Beamtengesetzes -, die Sie für pensionierte und schwerbehinderte Beamtinnen und

Beamte vorsehen. Bislang ist zu Recht der Blick sehr stark auf die dramatischen Kürzungen fokussiert worden, die Sie im Bereich des Landesblindengeldes planen und die wir ablehnen. Das wird heute in der Debatte noch eine Rolle spielen. Eine vergleichbar betroffene Gruppe sind die schwerbehinderten Beamtinnen und Beamten, die in Zukunft massiv schlechter gestellt werden und die offensichtlich nicht in vergleichbarer Weise wie die Blinden in der Lage sind, ihren Protest zu artikulieren. In dieser Gruppe gibt es Leute, die freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind und deshalb nicht die Möglichkeit haben, eine Zusatzversicherung, wie sie bei den privaten Kassen möglich ist, gegen entsprechenden Beitrag abzuschließen. Sie müssen für diese Gruppe - dem Finanzministerium ist im Zweifel bekannt, um wie viele Beamtinnen und Beamte es sich handelt - noch eine Korrektur anbringen. Anderenfalls werden die Betroffenen in ihrem Schwerbehindertenstatus - insofern gibt es eine Vergleichbarkeit mit den Blinden - massiv benachteiligt, obwohl sie mit einer gewissen Berechtigung auch für die Zukunft, für ihre Pensionszeit, damit rechnen konnten, als Schwerbehinderte diese Krankenversorgung in Anspruch nehmen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Bei dem zweiten Punkt, den ich ansprechen möchte, geht es um die Polizei. Im *Polizei-Extrablatt* dieses Monats heißt es in einer Überschrift: Reform führt Polizei in die Zukunft. - Nun muss die Polizei ja immer geführt werden. Das wissen wir. Ich frage aber: Wer ist „Reform“? Wenn es hieße: „Herr Schünemann führt die Polizei in die Zukunft“, wäre das auch nicht korrekt. Wenn es hieße: „Herr Bruns führt die Polizei in die Zukunft“, könnte ich das nachvollziehen. Aber Reform führt Polizei in die Zukunft? Das ist ein kleiner sprachlicher Ausrutscher, der nur am Rande erwähnt sei.

Am 1. November sind die neuen Polizeipräsidenten eingeführt worden. Herr Schünemann sagte damals, der 1. November sei der eigentliche Meilenstein der Reform. Sie haben in einer Hinsicht Recht, Herr Schünemann. Das war das erste Mal, dass im Rahmen eines offiziellen Festprogramms der Niedersächsischen Landesregierung das Niedersachsen-Lied gesungen wurde.

(Zustimmung bei der CDU - Hans-Christian Biallas [CDU]: Bravo!)

Das war eine ganz neue Qualität. Ansonsten gab es nicht viel an neuer Qualität. Über die Polizeireform haben wir hier schon eine Reihe von Malen gesprochen. Ich möchte mich deshalb auf einige wesentliche Punkte beschränken. Während draußen vor dem Festort von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wegen der Kürzungen demonstriert wurde, die Ihnen Herr Bartling in der ganzen Breite dargestellt hat und die Sie hoffentlich selbst auch noch in Erinnerung haben, wurde drinnen von der Festversammlung das Niedersachsen-Lied geschmettert. Man durfte allerdings auch schweigen. Ich gehörte zu denen, die es vorgezogen haben, Ihnen zuzuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Festrede hat Herr Schünemann u. a. davon gesprochen, dass diese Polizeireform für Präsenz und Bürgernähe Sorge. Er hat in diesem Kontext auch das neue Polizeiverteilungsmodell angesprochen. Für unsere Begriffe führt diese Polizeireform jedoch nicht zu mehr Bürgernähe, sondern sie ist ein Instrument der Zentralisierung. Das beginnt bei den neuen Direktionen und geht hinunter bis auf die Ebene der Inspektionen. Sie reduzieren die Zahl der Inspektionen. Damit zentralisieren Sie. Damit entfernen Sie die Inspektionsdienstleistungen von den Bürgerinnen und Bürgern. Deswegen ist es eine falsche Behauptung, die Sie aufstellen. Sie wird nicht dadurch richtiger, dass Sie sie ständig wiederholen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Stichwort „Polizeipräsenz“: Wir haben im letzten Plenarsitzungsabschnitt über das Beispiel Hannover gesprochen. Sie ziehen aus Hannover 150 Beamte ab. Sie ziehen aus Braunschweig - das wurde eben angesprochen - 150 Beamte ab. Aus dem Zeitungsartikel ist zitiert worden. Es ist fragwürdig, was beispielsweise in Braunschweig oder auch in Hannover passiert. Das sind bekanntlich Kriminalitätsschwerpunkte, das sind Schwerpunkte polizeilicher Arbeit. Dementsprechend ist es höchst unseriös, wenn Sie dort die Zahl der Polizeibeamten zugunsten der Fläche reduzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es gibt aber auch Probleme in der Fläche. Ich nenne nur einmal ein Beispiel, das im Rahmen einer Kleinen Anfrage eine Rolle gespielt hat, nämlich die Herabstufung des Polizeikommissari-

ats Friedland zur einer Polizeistation. Es gibt das Problem der Reduzierung der Zahl der Verkehrssachbearbeiter. Auch das ist bereits Thema einer der vergangenen Debatten bzw. im Rahmen Kleiner Anfragen gewesen. Dass jetzt für eine Mehrzahl von Inspektionen nur noch ein Verkehrssachbearbeiter zur Verfügung steht, wirkt sich negativ hinsichtlich der Beratung durch die Polizei in den Schulen aus.

Meine Quintessenz dessen, was Sie begonnen haben und umsetzen werden: Innerhalb der Polizei hat Ihre Reform vielleicht in den Führungsetagen Begeisterung ausgelöst. In der Breite der Beschäftigten und der Beamtinnen und Beamten löst sie überhaupt keine Begeisterung, sondern Missstimmung aus.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Kombiniert mit Reduzierungen, kombiniert mit Einkommensverlusten für die Polizeibeamten, ergibt sich hieraus eine brisante Mischung, die die Gefahr der Reduzierung effizienter Polizeiarbeit beinhalten kann.

Ich möchte nun noch auf zwei Punkte eingehen, bei denen ich Aufklärungsbedarf habe. Herr Minister, Sie haben - vorgestern war das wohl - angekündigt, dass es in Zukunft ein gemeinsames Informations- und Analysezentrum von Polizei und Verfassungsschutz in Niedersachsen geben werde. Sie haben gesagt, dass die Planungen bereits einige Zeit liefen. Das mag so sein. Das haben Sie gut geheim gehalten. Nachdem es auf Bundesebene kürzlich eine kontroverse Debatte gab, nachdem Sie als Provinzfürsten in puncto Zuständigkeiten des BKA lange Zeit gemauert haben und in der Föderalismuskommission noch immer mauern - Herr Stoiber scheint inzwischen die Kurve zu kriegen, indem er sagt, dass die Zuständigkeit für terroristische Bedrohungen auf das BKA verlagert wird -, nachdem Schily die beiden Lagezentren in Berlin eröffnet, erklären Sie praktisch am gleichen Tag: Wir machen so etwas jetzt hier auch. Uns interessiert: Was bedeutet die Aussage, dass Sie ein solches Zentrum „außerhalb der bürokratischen Schranken“ etablieren wollen? Das möchte ich gerne von Ihnen erklärt haben. Sie haben ja noch Gelegenheit dazu, das nachher zu tun.

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, betrifft eine Planung der Koalitionsfraktionen hier im Hause, die ich der Zeitung entnommen habe. In

Zukunft sollen demnach Sexualstraftäter, wenn sie in Haft waren und entlassen werden sollen, durch Namensbekanntgabe und Fahndungsfoto sozusagen der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden sollen. Das ist ja eine interessante politische Strategie. Bislang gibt es das Instrument des Fahndungsfotos für den Fall, dass jemand als Tatverdächtiger gesucht wird, damit man ihn festnehmen kann. In Zukunft scheint also die Fortsetzung des Fahndungsfotos und der Identifizierung geplant zu sein. Ich wollte Ihnen empfehlen: Bevor Sie eventuell mit einem solchen Antrag um die Ecke kommen, sollten Sie sich mit den verfassungs- und datenschutzrechtlichen Problemen auseinander setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Biallas, bevor Sie eventuell gleich wieder das Wort vom Opferschutz vor dem Täterschutz führen: Auslöser sind offensichtlich der Fall der Tötung von Levke

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Sie bestätigen, dass das notwendig ist?)

und die Ermittlungspanne, die es dort offensichtlich im Kontext mit dem jetzt vermutlich festgestellten Täter gegeben hat. Wenn Sie diese Konsequenz ziehen würden, so wäre dies in meinen Augen völlig falsch und eine Überreaktion. Es hat im Vorfeld dieses Verfahrens bei den Ermittlungen vielleicht Fehler gegeben. Aber im Prinzip reichen die Voraussetzungen aus, um einen solchen Fall für die Zukunft nicht wiederholbar erscheinen zu lassen. - Schönen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Als nächstem erteile ich Herrn Biallas von der CDU-Fraktion das Wort.

Hans-Christian Biallas (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Sie werden sich wundern, wenn ich damit beginne, zum Ausdruck zu bringen, dass ich dem Kollegen Bartling für seine Ausführungen außerordentlich dankbar bin; denn Sie, Herr Bartling, zeigen dem ganzen Landtag, dass Sie in den 21 Monaten, in denen

Sie jetzt in der Opposition sind, nichts, aber auch gar nichts dazugelernt haben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie hier vortragen, was alles nicht gekürzt werden darf, dann machen Sie deutlich, dass Sie auf Ihrem Weg, der dieses Land in den Ruin geführt hat,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Oh! bei der SPD)

fortfahren wollen, indem Sie immer mehr Geld ausgeben wollen, das gar nicht da ist. Das geht nicht, meine Damen und Herren.

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit gehört in der Tat zu den Kernbereichen der Politik dieser Landesregierung und der sie tragenden Koalition aus CDU und FDP. Meine Damen und Herren, Sie können hier ja vortragen, was Sie wollen. Sie hören es zwar nicht im Landtag in Ihrer Fraktion, aber draußen auf der Straße sagen Ihnen die Bürgerinnen und Bürger: Die Innenpolitik in Niedersachsen ist gut, sie ist erfolgreich, und wir sorgen dafür, dass das auch so bleibt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD - Ralf Briesse [GRÜNE]: Da kennen Sie Ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger nicht!)

- Herr Kollege Briesse, Sie können nachher zu anderen Themen reden, jetzt hören Sie einmal zu. - Meine Damen und Herren, wir sind dem Innenminister Schünemann außerordentlich dankbar, dass er die Landespolizei reformiert hat. Dadurch wird die Polizei in der Fläche verstärkt, die Führungsstäbe werden verschlankt, und die dringend notwendige Spezialisierung bei der Kriminalitätsbekämpfung wird jetzt umgesetzt.

Meine Damen und Herren, Sie haben hier vorgetragen, in Braunschweig und Hannover seien Beamtinnen und Beamte abgezogen worden. Das ist zwar richtig. Aber dabei, die Polizei im Lande Niedersachsen aufgabengerecht zu verteilen - Herr Bartling, Sie sind doch lange Innenminister gewesen -

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Deswegen war sie so verteilt!)

müssen Sie doch berücksichtigen, dass gerade in Hannover und Braunschweig die Möglichkeit be-

steht, wenn Not am Mann ist, auf die Einheiten der Landesbereitschaftspolizei zurückzugreifen. Das geht in der Fläche des Landes nicht. Wir haben gesagt: Wir wollen die Polizei in der Fläche des Landes verstärken. Das haben wir gemacht. Das passt Ihnen nicht. Aber das haben wir mehrheitlich so beschlossen, und das wird auch so gemacht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich schätze die *Braunschweiger Zeitung* außerordentlich. Aber Herr Kollege Bartling, wenn Sie schon aus der *Braunschweiger Zeitung* vorlesen, dann hätten Sie doch vielleicht auch einmal alle anderen Zeitungen aus Niedersachsen zitieren können. Darin stand nämlich das genaue Gegenteil.

(Werner Buß [SPD]: Die Zeit hat er doch gar nicht!)

Herr Kollege Bartling, jetzt möchte ich noch eines sagen: Alle drei Berufsvertretungen der Polizei, und nicht nur die Stäbe, wie hier vorgetragen wird, haben diese Polizeiorganisationsreform begrüßt. Wir sind dankbar dafür, dass jemand nicht nur wie Sie herumkritisiert, sondern auch einmal sagt: Das hat die Landesregierung gut gemacht, und wir stehen dahinter.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn wir schon über Zahlen reden: Herr Kollege Bartling, vor dem Hintergrund der finanziellen Situation dieses Landes und der Tatsache, dass die Einnahmen bei weitem nicht so sprudeln, wie Sie das visionär in der Mipla vorhergesehen haben, erlaube ich mir einmal den Hinweis, dass das Volumen des Polizeihaushalts im Gegensatz zu allen anderen Haushaltspositionen - bis auf den Bereich des Kultusministeriums - im Vergleich zum letzten Haushaltsjahr angestiegen ist, nämlich um immerhin 10 Millionen Euro von 977 Millionen auf 987 Millionen Euro. Damit, meine Damen und Herren, kommt zum Ausdruck, dass wir die innere Sicherheit weiter verbessern wollen. Das ist auch ein Unterschied zur Vorzeit. Wir nehmen das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande sehr ernst.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie können sich daran erinnern, Herr Kollege Bartling: Sie haben vorgetragen, Sie richteten sich nach dem objektiven Sicherheitsgefühl. Dieses

führte bei Ihnen immer dazu, dass Sie im Bereich des Personals gekürzt haben. Sie haben immer weniger Personal in der Polizei gehabt. Deshalb hatten wir ja zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme die schlechteste Polizeidichte in ganz Deutschland. Wir arbeiten daran, dass das in einem Flächenland wie Niedersachsen besser wird.

(Beifall bei der CDU)

Nun komme ich zum Weihnachtsgeld. Herr Kollege Bartling, selbstverständlich gibt es in der Koalition niemanden, der sich freut, wenn man fleißigen Beamtinnen und Beamten das Weihnachtsgeld streichen muss. Nun ist es allerdings auch nicht so, Herr Kollege Bartling, wie der eine oder andere uns schreibt, dass mit der Streichung des Weihnachtsgeldes für alle Beamtinnen und Beamten sozusagen das Weihnachtsfest ausfällt. Das ist ja nicht der Fall.

(Heiner Bartling [SPD]: Der 24. Dezember bleibt!)

Diese Streichung - das gebe ich zu - ist außerordentlich schmerzlich. Aber wenn man sich die Lage des Landeshaushaltes anschaut, dann erkennt man, dass in Wahrheit leider nichts an diesem Weg vorbeiführt. Wenn wir wirklich Ihr uns hinterlassenes ruinöses Finanzdesaster beseitigen wollen,

(Oh! bei der SPD)

- das ist nun einmal so -, dann können wir das nicht mit Populismus, so wie Sie das machen, sondern dann kann man das nur mit klaren und auch harten Schritten machen. Die muss man verantworten. Das muss man einsehen. Das muss man auch machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Nun will ich noch eines hinzufügen, Herr Kollege Bartling. Wir hören vom Landesrechnungshof, dass wir eigentlich noch viel mehr kürzen sollten. Dazu will ich Ihnen eines sagen, meine Damen und Herren von der SPD: Seien Sie bloß froh, dass in Niedersachsen nicht der Landesrechnungshof regiert. Denn dann sähe die Lage hier noch ganz anders aus.

(Heiterkeit bei der CDU, bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Nun haben Sie ja selbst einen Vorschlag gemacht. Sie haben gesagt: Wir beantragen, allen Beamten

von A 2 bis A 10 soll das Weihnachtsgeld in Höhe von 50 % erhalten bleiben. Aber was Sie hier nicht vorgetragen haben: Gleichzeitig fordern Sie die Absenkung der Beihilfeerstattungen für alle Beamte ausnahmslos.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Nein, das hat Herr Althusmann gefordert!)

- Das hat er nicht gefordert. Er hat eine Bundesratsinitiative - - -

(Sigmar Gabriel [SPD]: Nein!)

- Jawohl, das weiß ich doch.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Das werden wir morgen vorlesen!)

- Ja, das kannst du morgen vorlesen. - Jedenfalls fordert die SPD

(Sigmar Gabriel [SPD]: Althusmann!)

- das habe ich gelesen - eine Einsparung in Höhe von 40 Millionen Euro, indem durch die Absenkung der Beihilfe auf den Satz der gesetzlichen Krankenversicherung jeder Beamte die Differenz aus eigener Tasche zahlen soll. Herr Kollege Gabriel, d. h. wenn man die Beamten von A 2 bis A 10 - - -

(Sigmar Gabriel [SPD]: Auch das ist die schlichte Unwahrheit! Das haben wir nicht beantragt!)

Das ist die alte SPD-Politik: Linke Tasche - rechte Tasche, also Weihnachtsgeld rein, Beihilfe raus.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Bei Ihnen gibt es gar keine Taschen mehr!)

Für alle Beamten ab A 11 heißt das: gar kein Weihnachtsgeld mehr - das haben Sie auch nicht beantragt - und die volle Übernahme der Differenz der Kosten durch die Absenkung der Beihilfe auf das Niveau der GKV. Das ist Ihr Vorschlag; das muss hier einmal gesagt werden.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Auch das ist schlicht falsch!)

Herr Kollege Gabriel, ich finde es auch nicht verantwortlich, wenn Sie an die Öffentlichkeit treten und in Bezug auf den Beschluss, dass wir den Beamten mit kleinen und mittleren Einkommen durch eine Einmalzahlung 300 Euro Weihnachtsgeld gewähren, sagen, das würde die Feuerwehrleute überhaupt nicht betreffen. Das ist schlicht die

Unwahrheit. Im Gegensatz zur Polizei haben wir bei den Feuerwehrleuten die zweigeteilte Laufbahn nicht eingeführt. Das heißt, Feuerwehrleute sind Beamte des mittleren Dienstes

(Sigmar Gabriel [SPD]: Gehen Sie mal raus und reden Sie mit denen!)

und werden deswegen, wenn sie nicht oberhalb von Besoldungsgruppe A 8 eingruppiert sind, Weihnachtsgeld bekommen.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Die haben A 9! Sie haben wirklich keine Ahnung! Gehen Sie raus und reden Sie mit denen! Dazu haben Sie keinen Mut!)

- Selbstverständlich haben wir dazu Mut.

(Zuruf von der CDU - Sigmar Gabriel [SPD]: Das entscheiden nicht Sie, ob ich hier im Landtag Zwischenrufe mache! Das entscheide ich! - Zurufe von der CDU - Hartmut Möllring [CDU]: Man behauptet, Sie hätten A 7!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie oft haben wir während Ihrer Regierungszeit darüber gesprochen, dass keine Mittel vorhanden waren, um für alle Beamten die dringend nötigen Schutzwesten zu beschaffen. Damit Sie wissen, was wir als Regierungskoalition im Haushalt bewegt haben - Sie haben ja gestern kritisiert, dass wir insgesamt nur 15 Millionen Euro umgeschichtet haben -: Ich habe mir sagen lassen, dass während Ihrer Regierungszeit die Haushaltsberatungen so abliefen, dass es einen Regierungsentwurf gab, man zusammenkam und nickte und überhaupt keine Anträge gestellt hat. Wir haben immerhin etwas bewegt. Ihre Fraktion hat damals immer das mitgetragen, was Sie an Schuldenpolitik vorgeschlagen haben.

(Zuruf von Wolfgang Jüttner [SPD] - Anneliese Zachow [CDU]: Das wissen wir noch!)

Wir hatten hier die Situation, dass ab dem Sommer noch nicht einmal mehr der Treibstoff bezahlt werden konnte, um Streifenwagen auf die Straße zu schicken.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Völliger Unsinn! - Zurufe von der CDU: Genau so war es! - Heiner Bartling [SPD]: Sagen Sie mal das Jahr! In welchem Jahr?)

- Herr Kollege Bartling, während Ihrer Regierungsverantwortung - - -

(Heiner Bartling [SPD]: Sagen Sie mal das Jahr!)

- Ich weiß nicht, ob es 1998 oder 1999 war. Das ist ja auch egal.

(Heiner Bartling [SPD]: Dann lügen Sie, wenn Sie das behaupten! - Sigmar Gabriel [SPD]: Mann, Mann, Mann!)

Ich weiß aber, dass wir darüber diskutiert haben.

(Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

Wir haben 850 000 Euro zusätzlich eingestellt und werden dafür sorgen, dass das nicht wieder vorkommt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch ein paar Worte zum kommunalen Finanzausgleich sagen. In der Tat ist es vorgesehen, den kommunalen Finanzausgleich um 150 Millionen Euro einzukürzen. Herr Kollege McAllister hat Ihnen gestern vorgetragen, was Sie während Ihrer Regierungszeit diesbezüglich angerichtet haben. Ich will das heute nicht wiederholen. Aber eines steht fest: Sie sind die denkbar schlechtesten Ratgeber, wenn es um die Frage der Kommunalfinanzen geht.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Bartling, ich war vorhin etwas erheitert - das muss ja auch so sein -, als ausgerechnet Sie davon gesprochen haben, diese Kürzungen seien haarsträubend. Dann habe ich Sie und auch den Kollegen Hirche näher angeschaut und habe gedacht, wenn Sie von haarsträubend sprechen, kann es nicht so schlimm sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD - Heiner Bartling [SPD]: Ich bilde mir meine eigene Meinung!)

- Entschuldigung, das haben Sie nicht dazugesagt.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Lieber keine Haare, als keinen Verstand, Herr Kollege! - Oh! bei der CDU)

- Das ist schon richtig. Aber, Herr Kollege Gabriel, es ist noch viel schlimmer, wenn man nichts im Kopf und nichts auf dem Kopf hat. Das ist noch viel schlimmer.

(Beifall bei der CDU - Sigmar Gabriel [SPD]: Und nüchtern sollte man hier auftreten! - Bernd Althusmann [CDU]: Das war haarscharf!)

Ich möchte nur noch einen Aspekt ansprechen, Herr Kollege Gabriel. Im Jahr 1990 haben Sie von den Kommunen auf einen Schlag immerhin 250 Millionen Euro einkassiert. Sie haben damals nicht wie wir heute gleichzeitig die Nettokreditaufnahme im Landeshaushalt zurückgeführt; Sie haben sie vielmehr deutlich erhöht. Das ist der große Unterschied. Sie haben damals nicht bei sich gespart, Sie haben weiterhin in Saus und Braus und über Ihre Verhältnisse gelebt

(Sigmar Gabriel [SPD]: Da kennen Sie sich ja aus!)

und gleichzeitig die Kommunen ruiniert. Das ist der große Unterschied, meine Damen und Herren.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Mit Saus und Braus kennen Sie sich aus!)

- Herr Kollege Gabriel, Sie sollten noch einmal überlegen.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Ich weiß nicht, ob Sie heute Morgen schon auf dem Weihnachtsmarkt waren! Was Sie hier eben mit dem Kollegen Bartling veranstaltet haben - - - Gegenrufe von der CDU - Unruhe)

- Ja, ja. Herr Kollege Gabriel, ich habe Ihren Humor schon immer sehr geschätzt.

(Zurufe von der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Ich erinnere an gestern! - Ursula Körtner [CDU]: Sie müssen auch einmal etwas einstecken können! Nicht nur hier die Mimose spielen!)

Ich weiß nicht, warum diese ernste Rede alle so erheitert. Vielleicht ist es auch ganz gut, dass man den Kopf nicht hängen lässt, wenn einem das Wasser bis zum Halse steht.

Herr Kollege Gabriel, es waren die CDU/CSU-regierten Länder, die im Bundesrat die Absenkung

der Gewerbesteuerumlage von 28 auf 20 % durchgesetzt haben. Es ist doch eine Tatsache, dass dadurch die Kommunen - das Statistische Bundesamt hat es herausgefunden - 240 Millionen Euro mehr einnehmen. Außerdem hat das Statistische Landesamt Niedersachsen herausgefunden, dass die Mehreinnahmen der Kommunen aus der Gewerbesteuer in den ersten drei Quartalen dieses Jahres immerhin 137 Millionen Euro betragen.

(Heinz Rolfes [CDU] spricht an der Regierungsbank mit Minister Möllring)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Biallas, warten Sie einen Augenblick. - Ich bitte, dass die Gespräche an der Regierungsbank aufhören. Wenn Sie mit dem Minister reden wollen, gehen Sie bitte hinaus. Es stört.

(Unruhe bei der CDU)

Bitte, Herr Biallas!

Hans-Christian Biallas (CDU):

Im Übrigen möchte ich in Erinnerung rufen, dass Niedersachsen das einzige Land ist, das die Einsparung aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in Höhe von 105 Millionen Euro komplett an die Kommunen weitergibt. Dann möchte ich vortragen, dass die Streichung des Weihnachtsgeldes im Bereich der Kommunen zu weiteren Einsparungen in Höhe von 70 Millionen Euro führt.

Sie haben gesagt, wir hätten im Haushalt nichts bewegt. Das haben wir eben doch. Wir haben dafür gesorgt, dass die Landkreise und kreisfreien Städte durch die Reform des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes als Aufgabenträger erstmalig ab dem kommenden Jahr fast 22 Millionen Euro erhalten.

Meine Damen und Herren, wenn Sie von der SPD sich dazu durchringen könnten, dem von uns durch einen Gesetzentwurf eingebrachten Konnexitätsprinzip zuzustimmen, dann wäre das in der Tat der erste ernst zu nehmende Beitrag zur Sanierung der Kommunalfinanzen, der von Ihnen geleistet wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, nun noch einige kurze Bemerkungen zur Ausländer- und Sozialpolitik,

weil ich den Kollegen Bachmann dort sehe, der sich auf diesem Gebiet ja sehr engagiert.

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Sieh dich vor!)

Die Ausländersozialarbeit wird seit vielen Jahrzehnten durch freie Träger geleistet. Sie wird im Wesentlichen durch Mittel des Bundes finanziert und durch Mittel des Landes kofinanziert. Nach den Bestimmungen des Zuwanderungsgesetzes wird es dies auch nach Auffassung des Bundes in Zukunft so nicht mehr geben. An die Stelle der Ausländersozialberatung tritt dann die Erstintegrationsberatung. Die Kosten hierfür trägt nach den Bestimmungen des Zuwanderungsgesetzes allein der Bund. Deshalb sage ich sehr deutlich: Wir können nicht an einem gemeinsamen Programm, das seit Jahrzehnten von Bund und Land bezahlt wird, allein festhalten, wenn sich der Bund zurückzieht.

Im Bereich der Migrationsberatung bleiben landesweit immerhin 25 Stellen erhalten und werden durch das Land kofinanziert. Wenn man bedenkt, dass immer weniger Asylbewerber nach Deutschland kommen, also auch der Beratungsbedarf nicht steigt, sondern sinkt, halte ich das für angemessen. Deswegen ist jede Form des Protestes gegen eine angeblich ausländerfeindliche Politik dieser Landesregierung falsch und führt am Ziel vorbei.

Ich habe hinlänglich ausgeführt, dass es auch über diesen Haushalt, der ein Sparhaushalt ist, viel Gutes zu berichten gibt. Ich glaube, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Je mehr Sie protestieren, meine Damen und Herren von der SPD, desto mehr fühlen wir uns darin bestätigt, dass es tatsächlich so ist. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Als Nächstem erteile ich Herrn Bode von der FDP das Wort.

Jörg Bode (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Noch 17 Tage müssen wir in Niedersachsen abwarten, dann werden wir nicht nur das neue Jahr begrüßen, sondern dann wird auch eine völlig neue Zeit-

rechnung in der Verwaltung Niedersachsens beginnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Als erstes Flächenland in Deutschland werden wir eine zweistufige Verwaltung ohne Bezirksregierung als Mittelinstanz haben. Dies ist wohl der größte Beitrag zu einer mittelfristigen Sanierung unseres Landeshaushalts überhaupt. Dies ist der Einstieg in den Ausstieg aus der Kostenfalle.

(Zuruf von der SPD: „Der Einstieg in den Ausstieg“ - ich lache mich tot!)

Hierbei haben wir uns auf etwas besonnen, was Ihr Parteifreund Helmut Schmidt einst treffend gesagt hat. Er sagte nämlich: Nicht alle Reformen kosten Geld, und nicht alles, was Geld kostet, ist deshalb schon eine Reform. - Ja, genau, wir haben es anders gemacht als Sie: Sie haben in Ihrer Regierungszeit teure Gutachten bestellt, viel Papier bekommen und keine Reform, nicht einmal in Anfängen, begonnen. Das hat Unmengen an Geld unserer Steuerzahler gekostet.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben im Gegensatz dazu keine Gutachter bestellt. Wir haben mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung, mit den Kunden der Verwaltung - ein ganz neuer Ansatz für Sie -,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

mit den Kommunen und mit der Wirtschaft gemeinsam eine Reform beschlossen, die bundesweites Lob und Anerkennung bekommen hat. Das war eine Reform, die Verwaltung einfacher und Verwaltung schneller gemacht hat und bereits im nächsten Haushalt Geld spart - sogar nach Einschätzung des Landesrechnungshofes nicht nur im nächsten Haushalt, sondern mittelfristig weit über 200 Millionen Euro.

(Karin Stief-Kreihe [SPD]: Woher wissen Sie das denn jetzt schon?)

Das hätte wohl selbst Helmut Schmidt einer Reform nicht zugetraut.

(Karin Stief-Kreihe [SPD]: Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

Ein wesentlicher Punkt war und ist für die FDP die Aufgabenkritik, die wir nachdrücklich eingefordert

und auch umgesetzt haben. Sowohl die Aufgaben der Bezirksregierung als auch die Aufgaben anderer Bereiche kamen auf den Prüfstand. Das war das eigentliche Erfolgsmodell dieser Verwaltungsreform. Diese Verwaltungsreform ist auch ein Beitrag zur Wirtschaftsförderung - nicht nur, weil die Verwaltungsverfahren einfacher und kürzer werden, weil man aus drei oder vier Verwaltungsebenen nur noch zwei gemacht hat, sondern auch, weil wir auf die Bedürfnisse der Wirtschaft in Niedersachsen, also der Kunden der Verwaltung, gehört haben und sie berücksichtigt haben. Hierfür ist das zentrale Beispiel die Gewerbeaufsicht. Sie wird künftig der zentrale Ansprechpartner der Wirtschaft in Niedersachsen sein, und zwar in allen Genehmigungs- und Überwachungsangelegenheiten. Für unsere Wirtschaft heißt das: Service aus einer Hand.

Meine Damen und Herren, dies alles haben wir, wie wir es versprochen haben, sozialverträglich umgesetzt. Deshalb will ich Ihnen auch einmal die Zahlen nennen. Wir haben im Rahmen dieses Prozesses weit über 6 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter versetzt bzw. umgesetzt - eine in einem so kurzen Zeitraum enorm große Zahl. Die im Rahmen dieses Prozesses durchgeführten Maßnahmen haben eine Beschwerdequote verursacht, die weit unter 1 % und sogar unter 0,5 % liegt. Herr Meyerding, Sie haben hiermit dem Begriff „sozialverträglich“ eine völlig neue Dimension gegeben. Die FDP beglückwünscht Sie zu dieser Meisterleistung!

(Beifall bei der FDP)

Aber schauen wir auch in die Zukunft. Herr Staatssekretär Meyerding, Herr Innenminister Schünemann, nutzen wir die Fahrt, die die Verwaltung und die Verwaltungsreform jetzt aufgenommen haben! Der Weg ist richtig. Lassen Sie uns jetzt weitermachen! Lassen Sie uns jetzt nicht nur die Umsetzung dieser ersten Phase als Aufgabe betrachten, sondern als Ziel, den Teil 2 aufzugreifen. Das muss der Maßstab für das nächste, für das kommende Jahr sein. Fassen wir auch die Ministerien und die Landesämter an und schauen wir zusammen mit den Kommunen und der Wirtschaft nach weiteren Verbesserungen bei den Verwaltungsabläufen! Insbesondere bei den Schnittstellen zwischen Landesverwaltung und Kommunalverwaltung gibt es deutliches Potenzial, Bürokratie abzubauen, die Verwaltung für den Kunden schneller zu machen und Kosten für das Land, die Kommunen und den Kunden zu sparen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie sehen an allen Ansätzen, die wir im Rahmen der Verwaltungsreform verfolgt haben und die wir uns für das nächste Jahr vorgenommen haben: Die FDP ist immer eine Idee voraus!

(Beifall bei der FDP)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestern hatte ich hier schon ein wenig den Eindruck, hier würde der Robin Hood der Kommunalfinanzen reden. Ich habe zweimal hinschauen müssen, ob es sich dabei wirklich um Sigmar Gabriel gehandelt hat, den Sigmar Gabriel, der hier vor kurzem noch als Ministerpräsident oder als Fraktionsvorsitzender oder als Abgeordneter alles andere getan hat, als den Kommunen zu helfen. Aber, meine Kolleginnen und Kollegen, unsere Kommunalpolitiker - und dazu gehöre auch ich - haben in diesen Dingen ein Gedächtnis wie ein Pferd. Wir sind zwar nicht nachtragend, aber wir vergessen nichts. Wenn ich mir die Situation einmal vergegenwärtige, dann frage ich mich: Was war denn Ihre Alternative? - Das war doch: Nehmt es den Reichen und gebt es den Kommunen! - Das ist ja schön. Aber schauen wir uns doch einmal an, wer für Rot-Grün eigentlich der Reiche ist. - Das sind die Beamten, denen Sie noch stärker in die Beihilfeerstattung eingreifen wollen, das sind die leistungsbereiten Niedersachsen, die bereit sind, einen längeren Weg zur Arbeit auf sich zu nehmen, und denen Sie die Pendlerpauschale kürzen wollen. Das sind die Bauarbeiter, denen Sie durch die Streichung der Eigenheimzulage den Arbeitsplatz zerstören,

(Beifall bei der FDP)

und das sind die Familien mit Kindern, denen Sie durch die Streichung der Eigenheimzulage das kleine Häuschen im Grünen und damit vielleicht den einzigen Traum, den sie haben, wegnehmen. Nein, so geht das mit uns nicht!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

In den Kommunen hat man nicht vergessen, was man ihnen in der Vergangenheit angetan hat. Wir wissen, dass unsere kommunalen Freunde die Entscheidungen, die heute getroffen werden, im Verhältnis dazu zu werten wissen. Genau so hat es auch der Landkreistag für die kommunalen Spitzenverbände im Innenausschuss gesagt: Man könne durchaus verstehen, dass man derartige

Einschnitte mache, auch wenn man sich einmal vergegenwärtige, dass wir auch beim Landesblindengeld, beim Sport, bei den Wohlfahrtsverbänden eingreifen, und dass dabei kein Bereich außen vor bleiben dürfe. Das, meine Damen und Herren, ist unsere Vorstellung. Das, so der Landkreistag, könne man verstehen. Man erwarte dann, wenn man diese Einschnitte mache, aber auch, dass man den Kommunen die Möglichkeit gebe, darauf zu reagieren, indem man Standards und Leistungen anders und günstiger organisieren könne. - Ja, da hat der Landkreistag Recht. Genau so muss das sein. Die FDP ist auch bereit, den Kommunen die Handlungsmöglichkeiten zu geben, um hierauf reagieren zu können. Denn wir wissen, dass unsere Kommunalpolitiker nicht mit dem Hammer draufhauen, sondern diese Herausforderung annehmen und meistern; denn sie sind der SPD immer um eine Idee voraus!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auch bei unserem Schwerpunkt „Innere Sicherheit“ haben wir Maßstäbe gesetzt. So haben wir die Vorgabe der FDP, die gefühlte Sicherheit zu erhöhen, konsequent umgesetzt. Wir haben zusätzliche Polizeianwärter eingestellt, wir haben die Polizei komplett umorganisiert und haben dabei über 200 Beamte von Verwaltungstätigkeiten entlastet und sie für die eigentliche Polizeiarbeit freigestellt. Diese Polizeireform war ein Meilenstein - nicht nur wegen der kurzen Zeit bis zur Umsetzung, sondern auch wegen der kostenbewussten Organisationsänderungen und wegen der Beispiellosigkeit der Direktionszuschnitte aus polizeilich-taktischer Sicht. Ja, jetzt kann unsere Polizei noch besser dem Bürger eine gefühlte und effektive Sicherheit bieten. Das heißt für uns einerseits, dass die Bekämpfung der schweren und der Wirtschaftskriminalität verstärkt werden muss. Wir brauchen weiterhin die großen Erfolge, die wir dort erzielt haben. Andererseits bedeuten die Neuorganisation und die Verstärkung des Personals, dass jetzt mehr Beamte Streifendienst verrichten können, dass allein durch die öffentliche Wahrnehmbarkeit der Beamten Delikte wie Sachbeschädigung, Diebstahl und Graffiti-sprayen von vornherein verhindert werden können.

Ich freue mich, dass sich die Fraktionen von CDU und FDP entschlossen haben, bei ihren Änderungen die Vollendung der zweigeteilten Laufbahn aufzugreifen und denjenigen, die eine Zusage hatten, unverzüglich die Beförderung in den geho-

benen Dienst anzubieten und hierfür die Mittel bereitzustellen.

Auch die Unterstützung durch die Erhöhung der Sachmittel ist genau der richtige Weg. Dies alles ist von uns gegenfinanziert worden.

(Beifall bei der FDP - David McAllister
[CDU]: Der Änderungsantrag!)

Hierfür möchte ich ein Beispiel nennen. Beim Landesamt für Statistik wird man jetzt weniger Statistiken erheben. Es werden nur noch die wichtigen Statistiken erstellt. Das ist unsere Prioritätensetzung.

Meine Damen und Herren, auch bei der Bekämpfung des Terrorismus und des Extremismus müssen wir weiterdenken. Liebe Grüne, es ist schon ein Skandal, wenn Sie jetzt 50 Stellen beim Landesamt für Verfassungsschutz und 12 Millionen Euro bei der Sachmittelausstattung der Polizei - also Schutzwesten, Einsatzfahrzeuge und Benzin - streichen wollen, obwohl wir am Beispiel des Besuches des irakischen Ministerpräsidenten in Berlin gesehen haben, was bei uns passieren kann. Daher war es richtig, dass wir hier in Niedersachsen durch die Änderung des Verfassungsschutzgesetzes und das neue Polizeigesetz bereits im letzten Jahr Vorsorge getroffen und immer weiter gedacht haben. So haben wir in diesem Jahr mit der bundesweiten Anti-Terror-Datei einen Vorschlag unterbreitet, wie man den Forderungen nach einer besseren Zusammenarbeit von Polizei, Verfassungsschutz und anderen Diensten ein rechtsstaatliches Gesicht geben kann. Nur, leider kam der Vorschlag hierfür wohl von der falschen Seite: Rot-Grün hat ihn nicht umgesetzt. Das ist für die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen bedauerlich. Aber so ist das eben, und das, obwohl wir das Trennungsgebot von Polizei und Verfassungsschutz beachtet haben. Die FDP war auch hier wieder einmal eine Idee voraus. Aber das war wohl zu viel für Rot-Grün.

Herr Dr. Lennartz, jetzt möchte ich auf die beiden von Ihnen angesprochenen Punkte zurückkommen. Genau das Gleiche, was für die Anti-Terror-Datei gilt, gilt natürlich bei GIAZ, dem gemeinsamen Informations- und Analysezentrum. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die strikte Trennung von Polizei und Verfassungsschutz eingehalten wird, und alles tun, was die Sicherheit verbessert, dabei aber darauf achten, dass wir rechtsstaatlich bleiben und die strikte Trennung einhalten. Darin

sind wir uns auch mit dem Innenminister sehr schnell einig geworden.

(Beifall bei der FDP)

Das heißt aber nicht, dass man die bestehenden Gesetze nicht auch optimal anwenden und nutzen kann. Der Moloch, den Herr Schily baut, ist, ganz ehrlich, vielleicht ein Fortschritt, aber viel zu kurz gesprungen.

Hinsichtlich dessen, was Sie eben in den Raum gestellt haben, dass es in Niedersachsen in Zukunft möglicherweise wieder einen Pranger für Sexualstraftäter geben würde, kann ich Sie beruhigen. In Niedersachsen wird es selbstverständlich keinen Pranger geben. Wenn Sie die *Welt* auch ein paar Tage später gelesen hätten - ich habe Ihnen die Zeitung mitgebracht; wir haben es geprüft und darüber diskutiert -, dann wüssten Sie jetzt, dass wir in Niedersachsen auch weiterhin keinen einzigen Sexualstraftäter unverhältnismäßig schützen werden. Das wissen auch Sie. Wir haben nämlich dafür gesorgt, dass es auf Bundesebene das Gesetz über nachträgliche Sicherungsverwahrung gibt. Wir unterbreiten aber nur Vorschläge, die Sinn machen und rechtsstaatlich sind. Wir als FDP garantieren Ihnen sehr gern, dass wir keinen Pranger einführen werden, sondern dass weiterhin das Grundgesetz und die Verfassung gelten werden. Das ist unser Versprechen.

Auch das ehrenamtliche Engagement ist für uns wichtig, meine Damen und Herren. Deshalb war es für die FDP-Fraktion selbstverständlich, dass die DLRG auch weiterhin einen Zuschuss für ihre wichtige Arbeit bekommt, dass der Zuschuss an den Landesfeuerwehrverband wieder auf die alte Höhe aufgestockt wird und dass die Kürzung beim Landessportbund auf das Niveau reduziert wird, das vorher mit ihm besprochen worden ist. Wir haben Deckungsvorschläge unterbreitet, die all dies ermöglicht haben. Auch hier waren wir Ihnen wieder einmal eine Idee voraus.

Meine Damen und Herren, genau so pragmatisch werden wir auch die Integrationsarbeit anpacken, Herr Bachmann. Die Mittel dafür werden zwar reduziert; das bedeutet aber nicht automatisch, dass wir auch die Qualität der Arbeit zurückfahren.

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Alles nur Worte!)

Es kommt nicht darauf an, Herr Bachmann, wie viel Geld man vorne in das System hineinsteckt,

sondern viel wichtiger ist, welche Leistung hinten herauskommt. Das andere hatten wir zuvor bei der SPD. Wir machen es heute anders: Weniger Geld für mehr Qualität. Wir haben in diesem Zusammenhang vor, verstärkt Träger mit einem höheren Eigenfinanzierungsanteil zu wählen. Außerdem haben wir kommunale Integrationslotsen angeboten. Das ist eine intelligente Alternative gerade in Zeiten knapper Kassen. Sie sehen, auch hier waren wir Ihnen wieder um eine Idee voraus.

(Zuruf von Klaus-Peter Bachmann
[SPD])

Sie sehen, dass wir die Vorgaben unseres Fraktionsvorsitzenden, die er gestern auch hier dargelegt hat, umgesetzt. Das war die Grundlage für unser Handeln. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächste Rednerin ist Frau Langhans von Bündnis 90/Die Grünen.

Georgia Langhans (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Niedersächsische Landesregierung und die sie tragende schwarz-gelbe Koalition sind mit großen Versprechungen angetreten. Ich darf Sie ganz kurz daran erinnern - vielleicht ist es schon lange vergessen -: Handlungsprogramm „Integration“, Herbst 2003. - Wir können jetzt feststellen, dass Sie in Niedersachsen zu einem Rundumschlag gegen die Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern ausgeholt haben. Wenn Sie auf der einen Seite die mangelnde Integration an den Pranger stellen, dann tun Sie nun alles dafür, diese dadurch zu verhindern, dass Sie genau dort finanzielle Mittel kürzen und streichen, wo Integration vorangetrieben und konstruktiv begleitet worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das politische Signal, das Sie damit setzen, ist eine Ohrfeige für all diejenigen, die sich im Bereich Migration und Integration erfolgreich engagiert haben und immer noch bereit sind, sich zu engagieren. Es ist eine Ohrfeige für diejenigen, die in ihrem Bemühen, sich in die hiesige Gesellschaft einzugliedern, Ihre Unterstützung und Hilfe suchen.

Indem Sie unter dem vorgeschobenen Primat der Sparpolitik eine Politik der Isolierung und der Marginalisierung von Migranten verfolgen, bereiten Sie den Boden für das, was Sie den Betroffenen im Nachhinein vorwerfen, dass Migranten nämlich weder bereit noch fähig seien, sich besser zu integrieren. Stattdessen fordert der Innenminister einen zusätzlichen Eid auf die Verfassung. Welcher Nutzen bzw. welche Verbesserung sich daraus für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft ergeben soll, erschließt sich mir nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Offensichtlich haben Symbole für die Landesregierung einen weitaus höheren Stellenwert als konkrete Hilfestellungen für eine bessere Integration.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hier auch Folgendes noch einmal ganz deutlich sagen: Die von der CDU in diesem Zusammenhang erneut losgetretene Debatte über Leitkultur und Patriotismus ist höchst problematisch. Eine Bielefelder Forschungsgruppe weist in der Studie „Deutsche Zustände“ auf zunehmende Fremdenfeindlichkeit und Überfremdungsängste in Bezug auf den Islam hin. Ich zitiere aus der *Frankfurter Rundschau* vom 3. Dezember:

„Rassismus, Islamophobie, aber auch auf Umwegen daherkommender Antisemitismus rücken immer stärker vom politischen Rand in die gesellschaftliche Mitte. Mit wachsender sozialer Spaltung und Angst vor gesellschaftlichem Abstieg werden menschenfeindliche Einstellungen mittlerweile zunehmend salonfähig.“

Meine Damen und Herren, wer wachsenden feindseligen Einstellungen nur mit politischer Symbolik zu begegnen versucht, der handelt fahrlässig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer mangelnde Integration ankreidet, der muss intervenieren, präventive Strategien entwickeln und Ausgleich schaffen. Stattdessen sollen nun strukturelle Ansätze und Strategien zunichte und handlungsunfähig gemacht werden, die bisher für Integration einstehen. Das ist ein weiterer Schritt hin zu mehr Ausgrenzung, für den Sie sich verantworten müssen.

Meine Damen und Herren, Integration bleibt Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen glei-

chermaßen. Der Bund finanziert ab Januar die Integrationskurse für Neuzuwanderer und bietet darüber hinaus Kurse für einen Teil bereits hier lebender Ausländer an. Wo bleibt aber das Angebot Niedersachsens? - Wir vermissen von Ihnen das Bekenntnis, dass Migranten in die Mitte unserer Gesellschaft gehören. Ihre Unterstützung soll nicht nur karitativen Charakter haben. Wir setzen auf das Vertrauen in die Selbstkräfte von Migranten, auf ihre Fähigkeiten und Stärken, sich in die hiesige Gesellschaft einzubringen. Dazu brauchen sie zumindest in der Übergangszeit eine kompetente Begleitung und eine finanzielle Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Integration gibt es nicht zum Nulltarif. Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz erhöhen ihre Haushaltsansätze. Was aber machen Sie? - Sie kürzen und verzichten damit auf eine dringend notwendige, nachhaltige und umfassende Integrationspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt erteile ich Herrn Dr. Stumpf von der CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Otto Stumpf (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushalt 2005 ist aus der Sicht des Sports sicherlich keine Liebeserklärung, aufgrund der Realität aber leider eine zwingende Notwendigkeit. Dieser Haushalt verlangt vom Sport wie von allen anderen Zuwendungsempfängern Verständnis und Solidarität. Es ist unstrittig, dass auch bei der Sportförderung die Erfordernisse und die Möglichkeiten zunehmend auseinander klaffen. Gleichwohl sehen wir uns aufgrund der dramatischen Haushaltslage in der Pflicht, auch beim Sport zu sparen. Wir orientieren uns in unserem Haushalt nicht, wie es einmal Willy Brandt formuliert hat, an den Ausgaben, sondern eindeutig an den Einnahmen; denn das Geld, das wir nicht haben, können wir auch nicht ausgeben.

Meine Damen und Herren, Sport ist längst kein Privatvergnügen Einzelner mehr. In unserem Land treibt etwa ein Drittel der Menschen aktiv Sport, und mindestens ein weiteres Drittel profitiert mittelbar vom Sport. Sport ist ein Wirtschaftsfaktor und ein Förderer zentraler gesellschaftlicher Wertmoti-

ve wie Fairness und Ehrenamtlichkeit. Sport dient aber auch der Pflege und der Verbesserung der Gesundheit, der Integration, der Gleichstellung der Frau und dem gesamten sozialen Gefüge in unserem Staat. In diesem Staat bildet der Sport ein besonderes gesellschaftliches Kapital und leistet aktive Beiträge zur Entwicklung unserer Bürgergesellschaft, aber auch zur Entwicklung des einzelnen Menschen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, der Landessportbund nimmt in seinem Leitbild für den Sport das Motto in Anspruch: Mittendrin in unserer Gesellschaft. - Der Sport bekennt sich zu einer Klammerfunktion in unserem Land. Auch wenn er die großen gesellschaftlichen Probleme nicht allein lösen kann, ist er doch ein anerkanntes wirkungsvolles Medium für deren Lösung. Wenn wir in diesem Jahr dem Sport die Finanzhilfe aus der Konzessionsabgabe gleichwohl auf 24,16 Millionen Euro reduzieren, so ändert das nichts an unserer Bewertung des Sports als gestaltender Faktor innerhalb unserer Gesellschaft. Wir würden gern mehr Geld für den Sport einsetzen und die Sportförderung von der hinteren Position im Ländervergleich, auf der Sie, meine Damen und Herren auf der linken Seite des Hauses, sie während Ihrer Regierungszeit gefestigt haben, wieder weiter nach vorne bringen. Die Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung lässt uns gegenwärtig jedoch keine Möglichkeit dazu. Die jetzt vorgesehene Kürzung zwingt den Landessportbund und die Landesfachverbände, neue Wege zu gehen, Projekte neu zu strukturieren, personelle Strukturen zu überdenken und neu zu gestalten und Schwerpunkte bei der Förderung neu zu setzen. Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung, die Einführung einer Budgetierung bei den Fachverbänden und vereinfachte Abrechnungsverfahren sowie aufgabenkritische Betrachtungen werden zugunsten von Projekten und Fördermaßnahmen in Vereinen und Verbänden intern Kosten sparen.

Als im Sommer dieses Jahres bekannt wurde, dass der Sporthaushalt für 2005 eine 10-prozentige Kürzung erfahren würde, gab es in der niedersächsischen Sportszene wahrhaftig keine Freude. Aber es gab Verständnis im übergeordneten und langfristig orientierten Interesse. Ich danke ganz besonders dem Landessportbund und auch seinen Gremien dafür, dass sie - bei aller Kritik an den finanziellen Einschnitten durch den aktuellen Haushalt - eine große Solidarität bezüglich der Sparpläne der Landesregierung zum Ausdruck gebracht haben.

Der Landessportbund hat im Sommer dieses Jahres sehr schnell nach Möglichkeiten der Anpassung des eigenen Haushalts gesucht und die Erörterung mit den Fachverbänden und auch dem Sportminister aufgenommen. Man war sich durchaus bewusst: Es hätte schlimmer kommen können. Die Erhöhung der Sparquote von 10 % auf 11 %, die von der Landesregierung nach der zweiten Haushaltsklausur in Erwägung gezogen wurde, hat auf der Seite des Sports erhebliche Proteste hervorgerufen. Diese zusätzliche Verringerung der Finanzhilfe um ca. 270 000 Euro hätte vom Sport nicht mehr erwirtschaftet werden können, ohne dass seine Strukturen - bis hin zur existenziellen Bedrohung wichtiger Aufgabenfelder - getroffen worden wären. Ich denke dabei z. B. an die Finanzierung der Übungsleiter. Das Betreuungssystem von 250 000 ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei nur ca. 130 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Ausbildung von 40 000 Ehrenamtlichen pro Jahr in der Akademie des Sports, die Übungsleiterfinanzierung und das neue Spitzensportkonzept wären erheblich beschädigt worden. Deshalb haben wir die Finanzhilfe endgültig auf 24,16 Millionen Euro und damit die Kürzung auf 10 % festgelegt. Über diesen Betrag werden wir morgen entscheiden. Dafür bitte ich um Ihre Zustimmung. Die SPD hat sich ja in ihrem Antrag schon darauf festgelegt.

Abschließend möchte ich dem Innenminister und seiner Mannschaft ganz herzlich dafür danken, dass der Sport mit Aufgeschlossenheit und persönlichem Engagement - wenn auch mit weniger Mitteln - betreut und begleitet wird. Ich bin sicher, dass wir im kommenden Jahr und in der weiteren Zukunft auch mit weniger Mitteln viel Gutes für den Sport in Niedersachsen tun und die Dinge positiv bewegen werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Minister Schünemann, Sie haben das Wort.

Uwe Schünemann, Minister für Inneres und Sport:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Verwaltungsreform hat einen ganz wichtigen und entscheidenden Beitrag zur langfristigen Haushaltskonsolidierung in unserem Lande geleistet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich kann mich noch sehr gut an die Diskussion im Sommer erinnern, als auch an meine Person ziemlich viele Anwürfe gerichtet worden sind. Sie alle konnten sich nicht vorstellen, dass es möglich ist - wahrscheinlich einmalig in Deutschland -, dass man bereits im ersten Jahr bei der Umsetzung der Verwaltungsreform einen gewichtigen Beitrag zur Reduzierung der Verschuldung in unserem Land leisten kann.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ein Blick in den Haushalt zeigt, dass wir im ersten Jahr bis zu 20 Millionen Euro einsparen, indem wir im Jahr 2005 eine effektivere Verwaltung umsetzen können. 20 Millionen Euro im ersten Jahr! Meine Damen und Herren, das ist eine besondere Leistung, auf die wir meiner Ansicht nach zu Recht stolz sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dann gibt es noch die Zahlen des Landesrechnungshofes für die Zukunft. Diese ist gar nicht so weit weg. Schon im dritten oder vierten Jahr werden wir bis zu 210 Millionen Euro einsparen können. Das bezieht sich nur auf die Stelleneinsparung der Gesetzesfolgeabschätzung von 5 500 Stellen. Wir haben aber in der Zielvereinbarung II 6 700 Stellen vereinbart, die gestrichen werden müssen. Entsprechend wird sich die Einsparung noch erhöhen. Das ist meiner Ansicht nach genau der richtige Weg. Denn durch diese Kürzung, durch die Verwaltungsreform entsteht kein Qualitätsverlust bei der Verwaltung, sondern im Gegenteil, wir werden eine Effektivitätssteigerung haben. Genau das müssen wir in unserem Lande umsetzen: kreativer und schlanker sein. Dann können wir auch in der Zukunft den Haushalt in den Griff bekommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Kollege Bartling, damit das gleich klar ist: Sie haben gesagt, dass im Innenministerium 100 Stellen dazukommen. Das ist kurzfristig richtig. 64 Stellen haben einen kw-Vermerk. Bis zum Jahr 2009 werden diese abgebaut sein, sodass wir auch im Innenministerium in der Zukunft keine Aufblähung haben werden.

Die Haushaltssituation ist dramatisch. Das muss ich hier nicht erwähnen. Insofern müssen alle Ressorts, alle Bereiche Einsparungen hinnehmen -

auch das Innenressort; das ist überhaupt keine Frage. Die Einschnitte sind teilweise sogar sehr schmerzlich. Das wissen Sie. Wir werden - um die Zahlen zu nennen - den Etat insgesamt um 5,4 % reduzieren müssen. Aber wir haben, bevor wir an die Regierung gekommen sind, gesagt, dass wir in unserem Land Schwerpunkte setzen müssen. Dazu gehört auch der Bereich der inneren Sicherheit. Trotz der schwierigen Situation ist es gelungen - auch für den Haushalt 2005 -, dass wir im Bereich der Polizei insgesamt noch eine Zunahme von 1,3 % haben. Im Bereich der Personalkosten ist es sogar eine Zunahme von 2,6 %. Das bedeutet, dass wir in anderen Bereichen des Innenressorts selber weitere Kürzungen vorgenommen, aber eine Schwerpunktsetzung erreicht haben, damit wir in der Zukunft die innere Sicherheit in unserem Lande noch besser gewährleisten können. Das ist der richtige Weg. So kann man kreativ an die Sache herangehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich bin froh, dass es gelungen ist, dass wir auch im Verfassungsschutz aufgrund der besonderen Bedrohungslage langfristig bis zu 20 Stellen zusätzlich zur Verfügung stellen können, um auch in den Bereichen internationaler Terrorismus und Rechtsextremismus neue Schwerpunkte setzen zu können. Daran, dass das in unserem Lande erforderlich ist, kann es doch überhaupt keinen Zweifel geben.

Es ist auch ein Erfolg, dass wir im Bereich der Polizei auch im Haushaltsjahr 2005 sofort zu einer besseren Präsenz kommen können, indem wir 200 Verwaltungsmitarbeiter direkt in die Polizei übernehmen können und insofern die Polizei mehr im operativen Geschäft tätig sein kann. Insofern können wir unser gestecktes Ziel weiter verfolgen.

Meine Damen und Herren, wichtig ist aber auch, dass man die Strukturen vernünftig einsetzt. Deshalb, Herr Kollege Lennartz, will ich Ihnen das mit dem Informations- und Analysezentrum gerne etwas besser erläutern. Wir haben erst einmal sehr lange warten müssen, bis wir gestern endlich auf einer großen Pressekonferenz von der Einführung des Informations- und Analysezentrums auf Bundesebene erfahren haben. Aber was wird denn da jetzt gemacht? - Man macht wieder nur einen kleinen Schritt nach vorne. Es wird ein Zentrum im Bereich Nachrichtendienste, ein Zentrum im Bereich der Polizei und ein Zentrum im Bereich MAD eingesetzt. Das Ganze nennt sich PIAZ und NIAZ.

Damit eine vernünftige Analyse der vorliegenden Informationen durchgeführt werden kann, müssen Verbindungsbeamte sie vom NIAZ zum PIAZ und vom PIAZ zum NIAZ bringen. Man braucht noch sieben Koordinierungsgruppen, damit man das vernünftig auswerten kann. Meine Damen und Herren, da kann es doch nur eine Lösung geben, indem man sagt: Wir machen etwas Neues. Natürlich muss das Trennungsgebot eingehalten werden, deshalb können wir es nicht in der Linie organisieren. Man macht eine ganz schlanke Projektorganisation und führt Mitarbeiter des Verfassungsschutzes und der Polizei zusammen, die die Informationen auswerten, vernünftige Lagebeurteilungen machen und dann die notwendigen Maßnahmen treffen. Meine Damen und Herren, die Antwort auf PIAZ und NIAZ kann deshalb nur GIAZ sein. Deshalb werden wir das in Niedersachsen auch so einführen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich bin überrascht, dass Sie hier immer noch die Polizeireform ansprechen und sogar versuchen, Kritik anzubringen. Besonders interessant finde ich, dass Sie auf die Protestaktion bei der Einführung der Polizeipräsidenten hingewiesen haben. Wer dabei gewesen ist, weiß, dass selbst der Vertreter des Hauptpersonalrates in seiner Rede mindestens dreimal gesagt hat, dies sei keine Kritik an der Polizeireform, keine Kritik an der Einführung der Polizeibeamten, sondern eine Kritik an der Kürzung der Sonderzuwendungen. - Darauf komme ich aber gleich noch. Die Redakteure der *Braunschweiger Zeitung* mussten ja schon den ehemaligen Staatssekretär Dohr zitieren, um überhaupt jemanden zu finden, der an dieser Polizeireform Kritik übt.

Meine Damen und Herren, diese Polizeireform war notwendig, um die Polizeiarbeit sehr viel effektiver zu gestalten. Dass Sie das neue Personalverteilungskonzept kritisieren, kann ich dabei überhaupt nicht nachvollziehen. Zum ersten Mal wird das Personal nach klaren Fakten verteilt, nämlich nach der Anzahl von Straftaten und Verkehrsdelikten.

(Beifall bei der FDP)

Wie sollte man es denn besser machen? - Wenn es in Braunschweig mehr Delikte gibt, wird dorthin auch mehr Personal verteilt; wenn es in der Fläche mehr Delikte gibt, wird es dorthin verteilt. Was kann denn daran falsch sein? - Mit dieser Kritik

sollten Sie nun wirklich aufhören, denn die nimmt Ihnen sowieso niemand ab.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben die Kompetenz nicht zentralisiert, sondern sie sogar noch stärker regionalisiert. Herr Kollege Bartling, in der Vergangenheit gab es 20 Polizeiinspektionen bzw. Polizeidirektionen mit so genannten Zusatzfunktionen. Alle diese Funktionen übernehmen zukünftig die 30 Polizeiinspektionen. Das heißt, wir haben sogar mehr Kompetenz in die Region gebracht. Und genau das ist auch der richtige Weg. Ich bin froh, dass die Polizeibeamten vor Ort diese Polizeireform so hervorragend angenommen haben und dass die Veränderungen so schnell umgesetzt worden sind.

Ich will noch etwas zu der Streichung der Sonderzuwendung bei den Polizeibeamten sagen, weil das natürlich ein ganz schwieriger Punkt ist. Sie dürfen in diesem Zusammenhang aber nicht verschweigen, dass die Polizeibeamten inzwischen zum größten Teil im gehobenen Dienst sind, also in den Besoldungsgruppen ab A 9, und dass ihre besondere Arbeit natürlich auch durch die Polizeizulage gewürdigt wird. Das ist auch absolut notwendig und richtig.

Meine Damen und Herren, ich habe viele Gespräche mit den Polizeibeamten geführt, so wie Sie sicherlich auch. Dabei habe ich immer wieder gehört, dass die Streichung vor allen Dingen für Familien mit Kindern ein schmerzlicher Einschnitt ist. Die Polizeibeamten haben mir aber auch ganz klar gesagt: Es kann nicht sein, dass wir nicht gegensteuern und einfach so tun, als wäre die Haushaltssituation nicht schwierig. Sie haben eingesehen, dass wir uns gemeinsam anstrengen müssen, dass wir in der Gegenwart Abstriche hinnehmen müssen, damit unsere Kinder in der Zukunft überhaupt noch handlungsfähig sind, damit wir ihnen eine Zukunft bieten können. - Meine Damen und Herren, das wird von den Polizeibeamten besser verstanden als von Ihnen.

Und Folgendes muss auch klar sein: Demotiviert sind die Polizeibeamten in unserem Lande nicht. Das sollten Sie ihnen nicht einreden. Sie leisten hervorragende Arbeit und sind hoch motiviert. Deshalb gilt mein Dank allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zum Thema Integration: Ich bin sehr froh, dass es beim Zuwanderungsgesetz gelungen ist, die Integ-

ration zu einem Schwerpunkt zu machen und die nachholende Integration über Sprachkurse abzusichern. Mir ist klar, dass diese Maßnahmen noch nicht ausreichend sind. Aber ich kenne natürlich auch die finanzielle Situation des Bundes. Insofern sind die angebotenen 50 000 Kurse zumindest ein Schritt in die richtige Richtung.

Es ist wahr, dass wir in diesem Bereich 1 Million Euro streichen. Aber Sie müssen sehen, wo wir streichen. Wir streichen bei der Sozialberatung im Rahmen der Erstintegration, weil diese Beratung nach dem Kompromiss zum Zuwanderungsgesetz in der Zukunft eine Bundesaufgabe ist. 571 000 Euro benötigen wir nicht mehr, weil diese Aufgabe der Bund übernimmt.

Wir streichen auch bei der Integrationsberatung, und zwar insgesamt acht Stellen; das trifft zu. Aber wir stellen sicher, dass die Beratung im bestehenden Netz weiter fortgeführt wird.

Meine Damen und Herren, aber selbst wenn man weniger Geld zur Verfügung hat, muss man darüber nachdenken, wie man die Integration und Beratung noch weiter verbessern kann. Deshalb werden wir den Landkreisen und den kreisfreien Städten anbieten, im Rahmen der Verwaltungsreform freigestelltes Personal zu übernehmen, um die Integrationsberatung selbst und vor Ort verstärkt durchführen zu können. Das ist in dem Zuwanderungsgesetz auch geregelt worden:

Nach dem Zuwanderungsgesetz bekommen die Kommunen zwar zusätzliche Aufgaben, aber der Bund hat ihnen für diese zusätzlichen Aufgaben keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt. Wir werden die Kommunen deshalb mit dem Vorschlag, den ich Ihnen gerade unterbreitet habe, unterstützen; denn wir lassen sie nicht im Regen stehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden auch in anderen Bereichen neue Akzente setzen. Ich freue mich sehr, dass der Kollege Oppermann unseren Vorschlag unterstützt, in Friedland so genannte Willkommenskurse für die Spätaussiedler anzubieten. Es kann doch nur richtig sein, wenn man diejenigen, die dort ankommen, nicht nur zwei oder drei Tage lang betreut, sondern ihnen über einen Zeitraum von zwei Wochen eine vernünftige Einführung in Form eines Crashkurses Deutsch und eines Orientierungskurses bietet, damit sie sehr viel besser vorbereitet sind, wenn sie in die Kommunen kommen. Es ist einem Kraft-

akt von MWK und MI zu verdanken, dass wir das bereits im Jahr 2005 anbieten können. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag für die Integration von Spätaussiedlern in unserem Lande, und damit sind wir wegweisend in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich, weil Sie das erwähnt haben, noch kurz etwas zu meinem Vorschlag sagen, bei der Einbürgerung sollte es auch einen feierlichen Akt geben, beispielsweise ein Eid auf unsere Verfassung. Ich habe die Diskussion im Anschluss an die Vorfälle in den Niederlanden verfolgt. Alle Fraktionen in diesem Hause, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU, haben in dieser Diskussion gesagt, man kann Integration nicht allein über Sprachkurse, also über das Erlernen der deutschen Sprache, herbeiführen, sondern Voraussetzung dafür, dass man hier leben und sogar eingebürgert werden kann, ist doch, dass man die Grundwerte, die in unserem Land gelten, anerkennt und sich an die freiheitliche demokratische Grundordnung in unserem Land hält. - Das ist doch auch überhaupt keine Frage.

Aber wie läuft denn die Einbürgerung im Moment? - Der Pass wird zugestellt, und das war es dann. Würde man aber einen Eid auf die Verfassung ablegen, dann wäre das ein Signal in beide Richtungen. Zum einen würde man persönlich bekennen: Ich gehöre jetzt zur Bundesrepublik Deutschland, ich bin Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland, und ich will das auch nach außen dokumentieren. Zum anderen würde ein solcher Akt den Bürgerinnen und Bürgern in den Kommunen zeigen: Hier ist jemand, der integriert werden will.

Meine Damen und Herren das wäre genau das richtige Signal. Deshalb bin ich froh, wenn es uns auf Bundesratsebene, aber auch auf Bundesebene gelingt, so etwas einzuführen. Das wäre mehr als ein Signal, das wäre genau der richtige Beitrag in der jetzigen Diskussion.

(Beifall bei der CDU)

Zum Sport. Der Sport leistet in unserem Land einen ganz wichtigen Beitrag nicht nur im Bereich der Gesunderhaltung, sondern auch im Bereich der Integration. Der Kollege Stumpf hat das hier eindrucksvoll geschildert. Die 10-prozentige Kür-

zung für das nächste Jahr ist für die einzelnen Verbände schwierig, keine Frage.

Aber ich möchte Ihnen auch sagen, wie der Landessportbund und die einzelnen Verbände darauf reagiert haben. Sie haben gesagt, wir müssen auch im eigenen Bereich einsparen, indem wir beispielsweise die Verwaltung verschlanken. Sie haben gesagt: Wenn im Land die Bezirksregierungen abgeschafft werden können, dann können bei uns die Bezirkssportbünde abgeschafft werden. Dadurch haben wir weniger Bürokratie und können mehr Geld für die Ehrenamtlichen zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, das ist der richtige Weg, und dieses Verhalten müssen wir anerkennen. Für die Zukunft bedeutet das, dass beim Sport nicht so stark gekürzt wird wie in anderen Bereichen, weil dort ganz wichtige Akzente gesetzt werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ein Letztes zu den Kommunen, damit Sie nicht denken, ich als Kommunalminister würde nichts zu den Kommunalfinanzen sagen. Es ist keine Frage: Für die Kommunen wird es angesichts ihrer schwierigen finanziellen Situation sehr schwierig sein, die Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs um 150 Millionen Euro umzusetzen.

Aber ich darf darauf hinweisen, dass Ihre Aussage, wir hätten kein Sofortprogramm aufgelegt, eben nicht der Wahrheit entspricht. Als innenpolitischer Sprecher habe ich seinerzeit gefordert, die Gewerbesteuerumlage muss sofort abgesenkt werden. Genau das haben wir im Bundesrat jetzt durchgesetzt. Wir haben es mit beantragt und umgesetzt. Das ist ein wichtiger Beitrag zu der großen Gemeindefinanzreform, die Sie in Berlin zusammen mit Herrn Eichel an die Wand gefahren haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das Schöne ist, dass diese Absenkung der Gewerbesteuerumlage für die Finanzlage der niedersächsischen Kommunen schon im Jahr 2004 eine klare Verbesserung bedeutet. Ich will Ihnen einmal die Zahlen vorlesen: für das Jahr 2004 von 218 Millionen Euro, für das Jahr 2005 von 218 Millionen Euro, für das Jahr 2006 von 230 Millionen Euro und für das Jahr 2007 von 240 Millionen Euro. Hinzukommen etwa 60 Millionen Euro pro Jahr durch die Streichung der Sonderzuwendung für die

Beamten; der Kollege Biallas hat darauf hingewiesen.

Meine Damen und Herren, keine Frage: Die Kürzung um 150 Millionen Euro ist schmerzlich. Aber wir haben im Gegensatz zu Ihnen an anderer Stelle dafür gesorgt, dass die Kommunen nicht im Stich gelassen werden. Das dürfen Sie nicht außer Acht lassen.

Deshalb ist der Innenhaushalt angesichts der Finanzlage des Landes vernünftig. Ich bin dankbar dafür, dass wir heute für diesen Bereich gute Beschlüsse fassen und im nächsten Jahr genauso schwungvoll weiterarbeiten können. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat sich noch einmal Herr Bartling von der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

Heiner Bartling (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gern noch ganz kurz zu zwei Aspekten Stellung nehmen.

Herr Schünemann, ich bin der Koalition dankbar, dass sie zugesagt hat, die zweigeteilte Laufbahn umzusetzen. Es ist für die Betroffenen ein sehr wichtiges Signal, dass das, was ihnen seinerzeit versprochen worden ist, auch eingehalten wird.

Ihre Erklärungsversuche für die Kürzungen im öffentlichen Dienst will ich aber nicht einfach so hinnehmen. Ich wiederhole, was ich vorhin schon gesagt habe: Wir haben Ihnen vor der Wahl in den Diskussionen ausdrücklich vorgerechnet, dass das Land Niedersachsen nicht in der Lage ist, die Einstellung von 1 000 zusätzlichen Polizeibeamten und 2 500 zusätzlichen Lehrern zu finanzieren, weil sich daraus, wenn sie alle im Amt sind, für den Haushalt eine Dauerbelastung von 250 Millionen Euro ergibt. Gleichwohl haben Sie sich sehenden Auges für die Einstellung entschieden. Und jetzt finanzieren Sie diese Stellen mit dem, was Sie den Beamtinnen und Beamten und denen, die sonst noch im öffentlichen Dienst tätig sind, wegnehmen. Ich halte das für einen falschen Weg.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Schünemann, bitte!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres und Sport:

Herr Kollege Bartling, es ist wichtig, dass wir dieses Land weiter nach vorne bringen. Wir werden dieses Land aber nur dann nach vorne bringen, wenn wir es schaffen, für die junge Generation die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie im Berufsleben eine Zukunft hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb ist es wichtig, dass wir eine Unterrichtsversorgung haben, wie wir sie im Moment mit den 2 500 Lehrern abbilden können.

Und ich sage Ihnen: Wir haben eine neue Bedrohungslage in unserem Land. Davor einfach die Augen zu verschließen und zu sagen, darauf wollen wir überhaupt nicht reagieren, finde ich absolut nicht in Ordnung. Wenn wir die Schwerpunkte so setzen und dies im eigenen Bereich erwirtschaften und deshalb mehr Polizei auf die Straße bringen können, um insofern auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger abzusichern, dann ist das genau das, was diese Landesregierung vor der Wahl gesagt hat und jetzt ganz hervorragend umsetzt und absichert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat sich Herr Gabriel zu dem Bereich gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Sigmar Gabriel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich gerne mit einer Legende aufräumen möchte, die gestern schon aufgetaucht ist und die Herr Schünemann eben mit Blick auf die Kommunalfinanzen und die Gewerbesteuerumlage wiederholt hat.

Es gab einen Gesetzentwurf von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag, der zur Verbesserung der Kommunalfinanzen im Wesentlichen drei Vorschläge enthielt:

Erstens wurde beantragt, die Gewerbesteuerumlage wieder zu senken. Das hat auch die CDU im

Bundesrat beantragt. Insofern ist das eine gemeinsame Position gewesen.

Zweitens ging es darum, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenzulegen und damit die Kommunen von der schwersten Belastung zu befreien, die ihnen in der Vergangenheit aufgebürdet wurde, nämlich von den Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit. Dazu, Herr Kollege Schünemann, hatte die CDU 16 Jahre lang Gelegenheit. Das hat sie nicht gemacht. Es sind die Sozialdemokraten und die Grünen, die die Kommunen davon entlastet haben.

(Beifall bei der SPD)

Und nun das Dritte: die Revitalisierung der Gewerbesteuer und die Einführung einer Gemeindewirtschaftssteuer. Das hätte die Kommunalfinanzen entscheidend verbessert. Aber Sie haben im Bundesrat die Position aller Kommunalpolitiker von SPD, CDU, FDP und Grünen verlassen und dagegen gestimmt. Damit haben Sie die Kommunen erneut getroffen. Und deshalb erzählen Sie hier bitte nicht, die Senkung der Gewerbesteuerumlage hätte den Kommunen geholfen. Sie hat höchstens geholfen, einen Teil der Dinge, die Sie verhindert haben, wieder auszugleichen.

Warum haben Sie eigentlich nicht der Position der CDU-Kommunalpolitiker bzw. der Position der Präsidentin des Deutschen Städtetages - der Oberbürgermeisterin von Frankfurt, Frau Roth (CDU) - zugestimmt, die alle gesagt haben, wir müssen die Gewerbesteuer verbreitern, weil nicht einzusehen ist, dass ein Handwerksmeister mit einem relativ kleinen Gewinn Gewerbesteuer zahlen muss, ein Freiberufler mit einem hohen Ertrag jedoch nicht.

Und jetzt kommen Sie bitte nicht mit der Belastung, die der Wirtschaft dadurch entsteht! Sie wissen, dass durch die Steuerreform 2000 Personengesellschaften die Gewerbesteuer und die Einkommensteuer gegenrechnen können. Das heißt, das bedeutet keine zusätzliche Belastung.

Sie haben vorgeschlagen, die Gewerbesteuer komplett abzuschaffen und für die kommunalen Gebietskörperschaften ein Hebesatzrecht bei der Einkommensteuer einzuführen. Das heißt, Sie wollen nichts anderes, als die Unternehmen, die das schon bei der Einkommensteuer gegenrechnen können, steuerlich zu entlasten und die Arbeitnehmer und ihre Familien steuerlich zu belasten. Das ist Ihre Forderung, die Sie eingebracht haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Und Sie wollen die Verantwortung des Landes- und des Bundesgesetzgebers für vernünftige kommunale Finanzen - die Gemeinden sind nach unserer Verfassung Bestandteil der Länder - an die Räte und Bürgermeister abgeben, die dann, wenn sie Finanzprobleme bekommen, für ihre Leute die Steuern erhöhen sollen, weil Sie zu feige sind, das zu tun, was Ihre eigenen Kommunalpolitiker wollen, nämlich eine vernünftige Gewerbesteuer in Deutschland zu schaffen. Darum geht es hier.

Ich fand es unglaublich, dass Sie hier erzählen, Sie hätten dazu beigetragen, dass es in Deutschland bessere Kommunalfinanzen gibt.

(David McAllister [CDU]: Natürlich!)

Sie haben nichts anderes getan, als die Revitalisierung der Gewerbesteuer, die Sie früher hier im Landtag mitgefordert haben, zu verhindern. Nichts anderes haben Sie im Bundesrat getan. Das ist Ihre Politik gewesen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt erteile ich Herrn Althusmann das Wort.

Bernd Althusmann (CDU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Damit es hier nicht bei der Geschichtsklitterung bleibt, möchte ich zu den Fakten kommen und das klarstellen, was der Kollege Gabriel in einer unglaublichen Art und Weise versucht hat darzustellen.

Sie, Herr Kollege Gabriel, und Ihre rot-grünen Brüder und Schwestern und Genossinnen und Genossen auf Bundesebene sind dafür verantwortlich, dass sich die Kommunen in Deutschland in der schwersten Finanzkrise befinden, in der sie sich jemals befunden haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, nach sechs Jahren Regierung Schröder sind die kommunalen Investitionen völlig eingebrochen und die Defizite in den Kommunalhaushalten auf ein Rekordniveau gestiegen. Allein die Kassenkredite sind um mehr als

5 Milliarden Euro auf inzwischen 16,25 Milliarden Euro gestiegen. Das ist die Bilanz von Rot-Grün in Sachen Kommunalhaushalte!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, nun zur bundespolitischen Lage. Sie haben 1998 versucht, eine Gemeindefinanzreform auf den Weg zu bringen. Aber Sie haben schon zwei Jahre benötigt, um überhaupt erst einmal den Auftrag zu formulieren.

Und jetzt zu den Fakten. Allein im Jahr 2003 hat die rot-grüne Mehrheit drei Initiativen der Union im Bundestag zurückgewiesen:

erstens den Entschließungsantrag Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Gewerbesteuer (Bundestagsdrucksache 15/1746 vom 15. Oktober 2003), abgelehnt am 17. Oktober 2003 durch SPD und Grüne im Deutschen Bundestag,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Karsten Behr [CDU]: Das war ein
Schuss in den Ofen!)

zweitens den Entschließungsantrag zur dritten Beratung des Haushaltsgesetzes 2003 (Einzelplan 60 - Allgemeine Finanzverwaltung) (Bundestagsdrucksache 15/639 vom 17. März 2003), abgelehnt am 20. März 2003,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

drittens den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz) (Bundestagsdrucksache 15/30 vom 5. November 2002), abgelehnt in namentlicher Abstimmung am 13. Februar 2003.

Lieber Kollege Gabriel, so viel zu den Fakten. - Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei
der FDP - David McAllister [CDU]:
Versenkt!)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat noch einmal Herr Gabriel von der SPD-Fraktion das Wort.

Sigmar Gabriel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Althusmann, wissen Sie, was der Unterschied

zwischen uns beiden ist? - Ich kenne die Inhalte der Gesetze und Sie nur die Überschriften.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der
CDU und bei der FDP)

Sie lesen die Überschriften der Gesetze und wir die Inhalte.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN - Lachen bei der CDU und
bei der FDP)

Ich sage Ihnen: Wir werden keinem Gesetzentwurf zustimmen, mit dem Sie beantragen, dass die Steuern für die Arbeitnehmer und ihre Familien erhöht und gleichzeitig für die Freiberufler und die Handwerksmeister abgesenkt werden.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Das ist die Position dieser Landesregierung: Sie sind für die Abschaffung der Gewerbesteuer und für die Einführung eines eigenen Hebesatzrechtes für die Städte und Gemeinden zur Einkommensteuer. Das bedeutet Steuererhöhungen für die Arbeitnehmer und ihre Familien - die nämlich keine Steuergestaltungsmöglichkeiten wie die Unternehmen haben - und Steuersenkungen für die Unternehmen. Deswegen stimmen wir gegen solche Vorschläge der Landesregierung.

Ich sage Ihnen: Ihre eigenen Kommunalpolitiker mit Frau Roth an der Spitze - der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund - haben Sie aufgefordert, dem Gesetzentwurf von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Revitalisierung der Gewerbesteuer im Vermittlungsausschuss zuzustimmen. Sie haben Ihre Kommunalpolitiker im Regen stehen lassen. Das ist die Realität.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei
den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Ministerpräsident Wulff, bitte!

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um der Wahrheit Genüge zu tun, Herr Kollege Gabriel, möchte ich hier noch einmal ausdrücklich festhalten, dass das, was Sie

gerade vorgetragen haben, nicht der Wahrheit entspricht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Entwicklung zur Gemeindefinanzreform ist so, wie sie vorgetragen wurde. Sie haben 1997 - das ist inzwischen sieben, fast acht Jahre her - hier im Hause gesagt: Wenn wir die Verantwortung für Deutschland im Deutschen Bundestag bekommen, dann werden wir eine Gemeindefinanzreform machen und unverzüglich zur Entlastung der angespannten kommunalen Finanzlage beitragen.

Dann aber haben Sie jahrelang überhaupt nichts getan. Nach Jahren haben Sie dann eine Kommission eingesetzt. Diese hat ein Modell vorgeschlagen. Aber das Modell, das diese Expertenkommission vorgeschlagen hat, haben Sie niemals zum Gegenstand einer Beschlussfassung im Deutschen Bundestag gemacht. Stattdessen haben Sie sich in einem Chaos der Gewerbesteuerreform mit Mehrbelastungen verheddert. Am Ende sind Sie gescheitert, und zwar auch an den kommunalen Spitzenverbänden, die sich niemals für Ihr Modell erwärmt, sondern immer eine grundlegende Gemeindefinanzreform gefordert haben, die Sie bis heute im Deutschen Bundestag nicht zustande gebracht haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die zweite Bemerkung ist mir noch wichtiger. In einem Zustand, in dem die Bundesregierung nicht handlungsfähig ist, in dem sie es nicht auf die Reihe bekommt, in dem sie die Jahre ins Land ziehen lässt und Zeit vertrödelt, haben wir - Bayern und Niedersachsen - gesagt: Wir beantragen die Absenkung der Gewerbesteuerumlage, weil das die einzige Maßnahme ist, die in diesem Dickicht sofort Hilfe verspricht.

Wir haben diesen Antrag durchgesetzt, und zwar sowohl im Bundesrat - Antragsteller Bayern und Niedersachsen - als auch im Vermittlungsausschuss. Da ich der Verhandlungsführer Niedersachsens im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss war, kann ich Ihnen sagen: In den Sitzungen, auch in den kleinen Runden, ist von uns genau dieser Antrag zur Bedingung für die Zustimmung zu anderen Beschlüssen gemacht worden.

Dann haben wir das durchgesetzt, und diese Entlastung merken die Kommunen jetzt real. Alles andere, was Sie hier erzählen, ist das Werfen von Nebelkerzen und im Grunde genommen ein Ab-

lenkungsmanöver. Die Einzigen, die geholfen haben, sind wir gewesen.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Gabriel hat noch einmal um das Wort gebeten.

Sigmar Gabriel (SPD):

Herr Ministerpräsident, wir werden das so machen wie gestern: Wir werden Sie immer wieder damit konfrontieren, was Sie hier an Unwahrheiten vortragen.

(Beifall bei der SPD - Oh! bei der CDU und bei der FDP)

Erstens. Sie haben gerade behauptet, ich hätte die Sache falsch dargestellt. Sie selbst und Ihr Finanzminister - das konnten Sie in allen Zeitungen lesen - waren für die Abschaffung der Gewerbesteuer und für die Einführung eines kommunalen Hebesatzrechtes. Ich wiederhole: Das bedeutet Steuererhöhungen für die Arbeitnehmer und ihre Familien und Steuersenkungen für die Unternehmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Da Sie ja offensichtlich an Zitaten noch nicht genug haben, lese ich Ihnen noch einmal eines vor. Die Präsidentin des Deutschen Städtetages Roth (CDU) ruft zu parteiübergreifendem Konsens bei der Gewerbesteuer auf. Frau Roth schreibt:

„Nach dem Koalitionskompromiss“

- damit meint sie SPD und Grüne im Bundestag und nicht etwa Sie hier im Landtag -

„darf es jetzt nicht zu einer Blockade im Bundesrat kommen. Die Gewerbesteuer muss stabilisiert und gestärkt werden. Dazu sind beide Elemente erforderlich: eine Erweiterung des Kreises der Steuerpflichtigen wie auch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. ... Parteitaktik“

- das war in Ihre Richtung gemeint -

„sollte zurücktreten, damit den Städten und ihren Bürgerinnen und Bürgern jetzt rasch geholfen wird.“

Das war die Position des Deutschen Städtetages. Sie haben sich diesem Kompromiss verweigert.

(Beifall bei der SPD)

(Präsident Jürgen Gansäuer übernimmt den Vorsitz)

Sie sagen uns, wir hätten erst einmal eine Kommission eingerichtet, und es wäre erst nach vier, fünf oder sechs Jahren - nach fünf Jahren insgesamt - zu einer Verbesserung der Gemeindefinanzen gekommen. Herr Wulff, Sie haben doch 16 Jahre lang gewusst, dass die Sozialhilfeleistungen für Langzeitarbeitslose zu hoch sind. Sie haben nichts getan. Herr Wulff, es war doch Ihr Vorgänger von der CDU, Herr Albrecht, der das erste Mal den Versuch unternommen hatte, die Länder von den zu hohen Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit zu befreien. Das war doch eine Albrecht-Initiative. Dafür gab es im Kompromisswege die so genannten Strukturhilfemittel. Das waren für Niedersachsen damals 650 Millionen DM. Davon haben ungefähr 150 Millionen DM die Städte und Gemeinden direkt bekommen. Der Rest ging an das Land. Diese Strukturhilfe sollte bis 1998 laufen. Aber 1994 hat Ihr damaliger Bundesfinanzminister Theo Waigel diese Strukturhilfe ersatzlos gestrichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Er hat das vor dem Hintergrund der Kosten der deutschen Einheit getan. Dazu kann man stehen. Allerdings hat das dazu geführt, dass die Städte und Gemeinden in Niedersachsen und in ganz Deutschland weiterhin auf den Sozialhilfeleistungen für die Langzeitarbeitslosigkeit hängen geblieben sind. Diejenigen, die das abgeschafft haben, waren SPD und Grüne mit Hartz IV. Das haben Sie ja noch „Hartz-Gequatsche“ genannt. Und jetzt sind Sie schon wieder dabei, die Sozialhilfelasten für die Städte und Gemeinden in Niedersachsen zu erhöhen, weil Sie erstens die Leute in die Blindenhilfe schicken und zweitens dafür sorgen, dass Menschen in den Altenheimen - weil Sie dort die Zuschüsse zu den Investitionen streichen - aufgrund zu hoher Pflegesätze in die Sozialhilfe kommen.

Das ist das, was die Kommunen bei Ihnen kennen lernen. Das ist Ihr Verständnis von Konnexität.

Frau Roth und Ihre eigenen CDU-Kommunalpolitiker haben Sie dafür kritisiert, dass Sie die Gewerbesteuerreform haben scheitern lassen. Da können Sie sich leider nicht rausreden.

(Starker Beifall bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich so argumentieren würde wie Herr Gabriel - was ich auch in den nächsten Jahrzehnten aber nicht zu tun beabsichtige -, dann würde ich jetzt sagen: In den Albrecht-Jahren ist ein glänzender Vorschlag gemacht worden, da ist Erfolg erzielt worden, da ist etwas durchgesetzt worden, nämlich über zehn Jahre 675 Millionen DM im Jahr.

(Zuruf von der SPD: Das hat er auch gesagt!)

Auch in den jetzigen Zeiten wurde etwas erreicht, nämlich eine Absenkung der Gewerbesteuerumlage. Aber in der Zeit dazwischen wurde der seinerzeit erreichte Erfolg von Ihrem Ministerpräsidenten Schröder im Bundesrat aufgegeben. - Soweit sozusagen die Epochendarstellung.

(Beifall bei der FDP - Sigmar Gabriel [SPD]: Da klatschen nicht einmal Ihre eigenen Leute!)

Ich erinnere mich sehr genau daran, wie die Landtagsprotokolle verzeichnen: Es war ein gigantischer Erfolg, ein Superverhandlungsergebnis von Schröder, dass es ihm gelungen sei, die Albrecht-Strukturhilfemittel für Niedersachsen in einen neuen Bund-Länder-Finanzausgleich einzubringen und dass unter dem Strich Niedersachsen als Land und auch die Kommunen nachhaltig von diesem Verhandlungserfolg profitieren. Wenn Sie also sagen, 1994 war es ganz schlimm, wie das verändert wurde, dann müssen Sie einmal nachlesen, wie Sie den damaligen Kompromiss zur Aufgabe der Albrecht-Mittel hier im Landtagsplenum abgefeiert haben, dass das ein Verhandlungserfolg von Gerhard Schröder gewesen sei. Da kann ich nur sagen: Nur eines kann richtig sein.

Die andere Bemerkung zur Gewerbesteuer. Ihre eigenen Parteifreunde haben die Forderung nach

der Revitalisierung der Gewerbesteuer im Vermittlungsverfahren am Ende aufgegeben. Warum? - Weil sie gemerkt haben, dass das stimmen könnte, was Sie in Ihrem vorhergehenden Beitrag unterstellt haben. Sie haben in Ihrem vorhergehenden Beitrag gesagt - wir werden das im Protokoll nachlesen können -, für die Wirtschaft, für die Freiberufler, die dann auch gewerbesteuerpflichtig werden, ergibt sich keine Mehrbelastung, weil dies ja mit der Einkommensteuer verrechenbar ist. Wenn sich für die aber keine Mehrbelastung ergibt, dann ergibt sich für die Kommunen auch keine Mehreinnahme. Das ist das Prinzip Adam Riese, mit dem Sie hier ständig auf Kriegsfuß stehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Diese sich potenziell ergebende Mehreinnahme, die man rechnerisch in den Expertenkommissionen ermittelt hatte, wird durch eine gigantische Bürokratie aufgefressen, und zwar auf beiden Seiten, bei denen, die zahlungspflichtig würden, wie bei denen, die das in den Finanzverwaltungen zu berechnen hätten. Vor diesem Hintergrund ist das Prinzip, das dort vorgeschlagen war, was ja auch ziemlich verquer war, nicht weiter verfolgt worden.

Sie werden einen neuen Anlauf bis 2006 machen müssen. Da Sie das aber nicht vorhaben und auch nicht hinbekommen, werden wir nach 2006 eine durchgreifende, große Steuerreform in diesem Lande machen, damit der einzelne Steuerpflichtige endlich das Gefühl hat, dass er fair und gerecht behandelt wird.

Wir hören seit gestern Morgen von Ihnen, wie Sie die Probleme unseres Landes lösen wollen, nämlich durch immer mehr Steuererhöhungen, durch eine immer stärkere Verbreiterung von Bemessungsgrundlagen und durch die Erzielung von immer mehr Einnahmen.

Unser Ansatz ist ein anderer. Wir werden durch Wachstum, durch die Entfesselung der dynamischen Wachstumskräfte unserer Wirtschaft,

(Lachen bei der SPD)

dafür sorgen, dass in diesem Lande wieder Mehreinnahmen erzielt werden. Dadurch entstehen nämlich auch wieder Verteilungsspielräume. Ein halbes Prozent Wachstum bringt für Niedersachsen 625 Millionen Euro in den nächsten drei Jahren. Das heißt, nichts ist besser, lukrativer und

wirkungsvoller als ein Wachstum unserer Volkswirtschaft.

Ihr rot-grünes Agieren in Berlin hat dazu geführt, dass wir seit drei Jahren Stagnation haben, dass wir seit drei Jahren faktisch kein Wachstum haben.

(David McAllister [CDU]: Nullwachstum!)

Das ist das eigentlich Verhängnisvolle: Alle anderen Industriestaaten um uns herum, in Europa und in der Welt, haben mehr Wachstum als Deutschland. Solange diese Situation anhält, sind Sie mit Ihrer gesamten Politikkonzeption der Steuererhöhungen grundlegend gescheitert. Wir brauchen ein anderes Umfeld in Berlin!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat noch einmal der Kollege Gabriel.

(Oh! bei der CDU - Bernd Althusmann [CDU]: Mein Gott, der ist ja unbelehrbar! - Weitere Zurufe von der CDU)

Sigmar Gabriel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist doch gut, wenn das Plenum wirklich einmal eine echte Diskussion führt und hier nicht nur Reden vorgetragen werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, erstens. Sie sollten inzwischen eigentlich wissen, dass die Zerlegung der Einkommensteueranteile nicht den Effekt hat, dass bei der Gegenrechnung von Gewerbesteuerentnahmen zu den Einkommensteuerzahlungen die Kommunen die Hauptlast zu tragen haben. Nein, die Hauptlast zu tragen haben der Bund und die Länder. Das ist der Kompromiss der Unternehmensteuerreform 2000 gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe zwar gestern darauf hingewiesen, dass Ihr Kultusminister die Regeln der Mathematik neu erfinden müsste. Aber Sie als Ministerpräsident sollten inzwischen zumindest die Zerlegungsregeln bei der Einkommensteuer kennen.

Zweitens. Wir haben im Jahre 2000 die Steuern gesenkt. Ab dem 1. Januar beträgt der Eingangsteuersatz nur noch 15 % - im Gegensatz zu mehr als 20 % zu Ihrer Regierungszeit.

(Ulrich Biel [SPD]: 25 %!)

Der Spitzensteuersatz betrug in Ihrer Regierungszeit 53 %. Das waren ja fast Zustände wie im Sozialismus, meine Damen und Herren, also wie etwas, was Sie ganz schlimm finden. Ich bin nicht der Befürworter einer Senkung auf 42 %. Das war der Kompromiss bei der Unternehmensteuerreform, damit Rheinland-Pfalz zustimmen konnte. Mir würden 45 % reichen.

Sie sind diejenigen gewesen, die in Ihrer Regierungszeit gigantische Steuersätze in Deutschland produziert haben, nicht wir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie hier über Wachstum reden, dann sage ich Ihnen, das Haupthindernis für Wachstum in Deutschland sind die hohen Lohnnebenkosten. Das wissen Sie doch. Und wenn das so ist, dann frage ich mich: Warum haben Sie eigentlich dafür gesorgt, dass die Lohnnebenkosten ins Gigantische explodiert sind, nämlich dadurch, dass Sie die deutsche Einheit nicht von allen haben bezahlen lassen, sondern nur von Arbeitern und Angestellten in Deutschland?

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Bis 1998 musste für die 17 Millionen Menschen aus der ehemaligen DDR kein Beamter, kein Selbstständiger, kein Minister, kein Abgeordneter auch nur eine müde Mark Beiträge zu den Sozialversicherungen zahlen. Das haben nur Arbeiter und Angestellte und die mittelständischen Unternehmer tun müssen. Das ist doch der Grund, warum wir heute so hohe Lohnnebenkosten haben. Das sind die Wachstumshemmnisse.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich bin dafür, dass wir mit den Lohnnebenkosten herunterkommen, damit es mehr Wachstum gibt. Das bedeutet aber, dass Sie Ihre Planungen einstellen müssen, nach einer vielleicht gewonnenen Bundestagswahl die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Die Mehrwertsteuer dürfen Sie nur dann erhöhen, wenn Sie das Geld nutzen, um die Lohnnebenkosten zu senken, aber nicht, damit Ihr Finanzmi-

nister mehr Geld in die Kasse bekommt, meine Damen und Herren.

Dann zum Thema Steuerreform der CDU, die Sie ja sehr befürworten. Ich sage Ihnen einmal, was Sie da machen. Sie machen nichts anderes, als dass Sie im Wesentlichen für Leute, die schon viel haben, die Steuern auf einen Spitzensteuersatz von 38 % senken wollen. Damit bedienen Sie die Ackermänner dieses Landes, meine Damen und Herren. Die kriegen die Steuersenkung noch geschenkt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Herr Wulff, weil das mit dem Rechnen anscheinend etwas schwierig ist: Sagen Sie doch Ihren Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag, dass eine Steuersenkung, wie Sie sie vorhaben - mal ganz jenseits des Irrsinns mit der Kopfpauschale, also ohne das, was Sie da auch noch an Steuer Mehrausgaben produzieren -, Niedersachsen jedes Jahr 450 Millionen Euro kosten wird. Wenn Sie Steuern senken, dann haben Sie erst einmal weniger in der Kasse. Sie sagen, das wird sich dann durch Wirtschaftswachstum ausgleichen. Mindestens in den ersten Jahren haben Sie hier eine halbe Milliarde Euro weniger für Schulen, für Sozialpolitik. Sie haben doch den Blinden jetzt schon das Geld weggenommen. Was wollen Sie denn danach machen? Die Rollstühle für Behinderte in Niedersachsen abschaffen?

(Starker Beifall bei der SPD)

Herr Wulff, Sie zeigen in diesem Haushalt, wie Sie agieren wollen. Sie schonen beim Subventionsabbau Ihre Klientel und die Steuerprivilegien der Grundstücks- und Aktienbesitzer. Als Nächstes haben Sie vor, denen auch noch die Einkommensteuersätze auf 38 % zu senken. Das ist Ihre Politik. Da Sie dann zu wenig an Geld im Haushalt haben, kürzen Sie die Mittel für die Sprachförderung bei den Kindern und den Blinden das Blindengeld. Das ist Ihre Politik. Den einen wird viel gegeben, und den anderen lassen Sie kaum noch etwas. Das ist Ihre Form. Das ist der Wulff'sche Dreisatz: immer gegen Kinder, gegen Behinderte und gegen Kommunen, meine Damen und Herren!

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD - Lebhafter Widerspruch bei der CDU - Weitere Zurufe von der CDU: Pfui!)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich schätze, wenn man diskutiert und sich darüber austauscht, wie die Lage unseres Landes ist. Ein Problem von Ihnen, Herr Gabriel, ist - das ist auch zugestanden -, dass Sie die Auseinandersetzung auf der bundespolitischen Bühne wollen, anstreben, brauchen, und wir gönnen sie Ihnen. Wir stehen mit Sicherheit nicht im Wege, wenn Sie 2006 in den Deutschen Bundestag einziehen wollen und dort einen neuen Aufschlag versuchen. Die Frage ist nur, ob Sie dadurch die Debatte im Niedersächsischen Landtag bereichern haben - das kann man im Protokoll nachlesen -, indem Sie jedes Mal, wenn hier Einlassungen waren, bei der Erwidern ein neues Fass aufgemacht haben. Dann ist eine Debatte über die jeweiligen Punkte natürlich außerordentlich schwierig.

Die Lage, in der wir uns jetzt befinden, ist die, dass Ihre mittelfristige Finanzplanung, Herr Gabriel, aus dem Jahre 2002 für das kommende Jahr an Einnahmen 2 650 Millionen Euro mehr vorhergesagt hat, als tatsächlich eingehen werden. Diese 2 650 Millionen Euro sind die Erblast, die Sie uns im Hause hinterlassen haben. Niemand hat mehr Schulden gemacht als Sie in Ihren Regierungsjahren als Niedersächsischer Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
David McAllister [CDU]: Über 2 Milliarden!)

Wir zahlen heute jeden Tag wegen Ihres Desasters, das Sie hinterlassen haben. Rot-Grün hat 1990 bis 2003 die Verschuldung des Landes verdoppelt. Kein anderes Bundesland in Deutschland hat in diesem Zeitraum die Schulden so stark gesteigert wie Sie in Ihren 13 Regierungsjahren - erst Rot-Grün und dann Rot - in Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU)

Wir zahlen jeden Tag 7 Millionen Euro Zinsen, jede Woche 50 Millionen Euro Zinsen. Damit könnte ich eine ganze Menge an Solidaritäts-, an Unterstützungs- und an Hilfsmaßnahmen machen. Aber Sie haben die Solidarität, die Sie geheuchelt haben, immer dann gemacht, als das Geld gar nicht zur

Verfügung stand, nämlich auf Kosten kommender Generationen. Das ist der unglaubliche Vorgang.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn ich heute auch noch die 2,65 Milliarden Euro hätte, die wir jetzt für die im Wesentlichen von Ihnen aufgenommenen Schulden zahlen müssen, dann hätte ich über 5 Milliarden Euro und könnte in diesem Land eine Politik machen, die sich von Ihrer wohltuend abhebt und die Anschluss findet an die Länder Bayern, Baden-Württemberg und andere, die sehr viel weniger Zinsen zu zahlen haben als wir, weil dort wesentlich weniger Schulden gemacht worden sind. Das ist die Problemlage, mit der wir uns auseinander zu setzen haben. Ich mache eine Politik nicht mit, die uns in 20 Jahren jungen Leuten nicht glaubhaft in die Augen dafür schauen lässt, dass wir jetzt das Notwendige gemacht haben, was gemacht werden muss.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich finde es absolut unerträglich, nicht nachhaltig und nicht generationengerecht, dass wir den 20-Jährigen, die den Landtag besuchen, um sich die Debatten anzuhören, zumuten: Ihr sollt mehr Kinder in die Welt setzen, als wir bereit waren, in die Welt zu setzen, ihr sollt Karriere machen, obwohl eure Aussichten auf Karriere schlechter sind, ihr sollt die sozialen Sicherungssysteme tragen, aber später, wenn ihr darauf angewiesen seid, werden die euch nicht mehr tragen, und deswegen sollt ihr auch noch zusätzlich privat vorsorgen. - Das ist das Signal dieser Gesellschaft an die junge Generation. Die jungen Leute werden dann auswandern, sie werden ins Ausland flüchten, Schwarzarbeit nachgehen, denn sie fühlen sich in diesem Lande bei Politikern wie Ihnen, die ständig die Zukunft verfrühstücken, nicht mehr geborgen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie bleiben nicht regierungsfähig und in der Opposition, solange Sie diesen Anschein erwecken: Wenn Sie morgen dran wären, dann könnten Sie diese Dinge tun, die Sie hier verkünden. - Ihre Anträge stehen doch absolut unter diesem Gesichtspunkt - das will ich gar nicht kritisieren -, und sie - Gabriel I, Gabriel II und jetzt die Änderungsanträge zum Haushalt - sind doch am Ende des Prozesses doch marginal. Angesichts eines Haushaltsvolumens von 22 Milliarden Euro geht es in Ihren Änderungsanträgen um ein paar Milliönchen.

Wir wollen Landesblindenhilfe bis 600 Euro - 585 Euro - für die Betroffenen, wir wollen den Mobilitätsfonds in Höhe von 3 Millionen Euro, wir wollen für Betroffene bis zum Alter von 27 Jahren sogar mehr als bisher tun mit 300 Euro - - -

(Zuruf von der SPD)

- Die jüngeren Blinden haben bisher weniger bekommen, und zwar 209 Euro. Die bekommen jetzt 300 Euro. Wir wollen in der Phase sozusagen der Berufsfindung unterstützen und Mobilität erleichtern, was gerade bei Blinden ein richtiges Anliegen der Gesellschaft ist. Dann geben wir 27 Millionen Euro für die 11 500 betroffenen Einzelschicksale, und Sie geben vielleicht 29 oder 30 Millionen Euro aus, weil Sie das Landesblindengeld für alle unabhängig von Einkommens- und Vermögensprüfung durchhalten wollen, und zwar mit etwa 360 Euro nach Ihren Anträgen, also auch wiederum gekürzt auf ein niedrigeres Niveau. Wer daraus - ob 29 oder 27 Millionen Euro, ob Betrachtung von Vermögens- oder Einkommenslage oder einkommenslos - einen solchen Popanz aufbaut,

(Zuruf von der SPD: Popanz?)

dass er hier dem anderen sozusagen das unterstellt, was Sie seit zwei Tagen unterstellen, der begibt sich auf eine Ebene der Diskussionskultur, mit der er in diesem Lande Stimmung machen kann. Das hält eine halbe Stunde an, aber wenn Sie morgen früh aufwachen, werden Sie sagen: Die Situation des Landes haben wir mit unseren Beiträgen nicht getroffen. - Das kann aber von Ihnen erwartet werden.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat der Kollege Gabriel.

(Unruhe)

Sigmar Gabriel (SPD):

Ich weiß nicht, was Sie wollen. Sie haben früher einmal beantragt, dass wir die Geschäftsordnung ändern sollen, damit solche Debatten möglich werden. Ich verstehe Sie nicht.

(Beifall bei der SPD)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu drei vom Kollegen Wulff angesprochenen Punkten würde ich gerne etwas sagen.

Sie haben eben gesagt, wir hätten ein paar Milliönchen verändern wollen.

Erstens. Ich stelle fest, unser Änderungsantrag umfasst 113 Millionen Euro Umschichtungen, der der CDU und der FDP 15 Millionen Euro. Wenn es also ein paar Milliönchen gegeben hat, dann offensichtlich nur die in der Fantasie Ihrer Kollegen. Bei uns sind das 113 Millionen Umschichtung, Herr Kollege McAllister, nicht Mehrausgaben.

(David McAllister [CDU]: Sie haben doch keine Deckungsvorschläge!)

Zweitens. Herr Wulff, Sie sprechen von Wachstum. Wir sagen, verschenkt doch bitte nicht 18 Millionen Euro im Volumen bei der Städtebauförderung, weil Sie zu dem Zeitpunkt Recht hatten, als Sie hier Reden gehalten und darauf hingewiesen haben, dass sich das Volumen durch Kommunen und durch den Bund erst verdreifacht und dann versiebenfacht. Dadurch, dass Sie 18 Millionen Euro im Haushalt streichen, die wir bei diesen 113 Millionen wieder einsetzen wollen, verschenken Sie 450 Millionen Euro an Bauaufträgen im Lande. Sie produzieren hier Arbeitslose, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben früher, als wir noch eine 10-prozentige Investitionsquote im Land hatten, gesagt, das sei zu wenig. Sie haben heute eine Investitionsquote von nur noch 7,2 % in Ihrem Haushalt. Sie sind doch diejenigen, die Arbeitslosigkeit produzieren.

Drittens. Hinten sitzt in der unteren Loge eine betroffene Frau; man kann das an der Blindenbinde erkennen. Es geht nicht, dass Sie versuchen, der Öffentlichkeit vorzumachen, Sie würden den Blinden mehr Geld geben. Erst haben Sie ihnen das Blindengeld komplett gestrichen, und jetzt geben Sie einem kleinen Teil ein bisschen mehr, allen anderen nichts, und dann sagen Sie, Sie hätten den Blinden mehr Geld gegeben. Das ist doch unglaublich, was Sie hier abziehen.

(Beifall bei der SPD)

Dann etwas zum Thema Verschuldung. Die haben völlig Recht - das habe ich gestern auch gesagt -: Auch Sozialdemokraten sind mit dafür verantwortlich, dass wir in Deutschland und auch in Nieder-

sachsen zu hohe Schulden haben. Aber erstens lesen Sie doch einmal, was der Steuerzahlerbund in Niedersachsen dazu schreibt, nämlich unter wem sich „die Schuldenspirale so richtig zu drehen begann“. Das bezog sich auf den Kollegen Albrecht. Zweitens. Wenn Sie etwas dafür tun wollen, dass wir schneller von der Verschuldung herunterkommen, warum verweigern Sie sich dann dem Antrag der SPD-Fraktion - die Grünen sehen das nicht anders -, endlich zu einem Subventionsabbau zu kommen? Warum stimmen Sie im Bundesrat immer dagegen? Warum ist Ihnen die Eigenheimzulage wichtiger

(Oh! bei der CDU)

als die Entschuldung des Landes?

(Beifall bei der SPD)

Sie behaupten, mit der Eigenheimzulage würden Bauaufträge geschaffen. Erstens - das habe ich Ihnen eben schon gesagt - verschenken Sie 450 Millionen Euro in der Städtebauförderung, und zweitens wissen Sie doch ganz genau, dass seinerzeit schon zwei Jahre nach Einführung der Eigenheimzulage die Grundstückspreise gestiegen sind. Wir haben mit der Eigenheimzulage nicht die Familien, sondern die Grundstücks- und Immobilienbesitzer gefördert. Das möchten Sie gerne fortsetzen. Sie bedienen Ihre Klientel und erhöhen damit die Verschuldung, statt sie zu verringern. Das ist die Wahrheit beim Thema Verschuldung in Niedersachsen unter Ihrer Regierung.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat der Herr Finanzminister.

(Lothar Koch [CDU]: Halte dich nicht zurück!)

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Gabriel, es wäre besser gewesen, wenn Sie nach vorne gekommen und wie beim „Schiffe versenken“ gesagt hätten: Treffer, versenkt. - Das wäre ehrlicher gewesen.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Er hat doch selbst gemerkt, dass er versenkt wurde! Warum soll ich ihm das noch sagen?)

- Sie sind versenkt worden.

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Das hat er noch nicht einmal gemerkt!)

Wenn Sie behaupten, wir würden 450 Millionen Euro bei der Städtebauförderung verschenken, dann ist das schlicht falsch. Eine solch große Zahl stand noch nie im Haushalt.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Das sind Ihre Zahlen! Es war der Kollege Biestmann, der das behauptet hat!)

Ich wollte aber etwas ganz anderes sagen, Herr Gabriel. Darüber sollten Sie noch einmal nachdenken. Laut Protokoll über die Sitzung von gestern hat Sigmar Gabriel (SPD) folgenden Zwischenruf gemacht:

„Das ist doch die schlichte Unwahrheit, was Sie sagen! Das ist der Finanzminister, wie man ihn kennt! Lügen, bis sich die Balken biegen!“

Ich hatte zuvor Folgendes ausgeführt:

„Sie unterliegen auch einer völligen Fehleinschätzung der haushaltsmäßigen Auswirkung der von Ihnen vorgeschlagenen Steuerrechtsänderung.“

- Sie haben eben wieder dazu Stellung genommen. -

„Unterstellt werden von Ihnen Steuermehreinnahmen in Höhe von sage und schreibe 459 Millionen Euro,“

- das haben Sie eben wiederholt -

„insbesondere durch die Streichung der Eigenheimzulage und die Kürzung der Entfernungspauschale bereits im Jahr 2005. Weitere Entlastungen sollte der Landeshaushalt durch deutliche Anhebung von Förderzins und - ich habe es eben gesagt - eine Kürzung der Beihilfe für Beamte schaffen. Das waren Ihre ursprünglichen Zahlen.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Stimmt gar nicht!)

Letztendlich hatten Sie auch noch Änderungen des Personalvertre-

tungsgesetzes von 1 000 Stellen eingebracht.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! Zitieren Sie doch einmal den Landeshaushalt!)

Sie haben erklärt, dass durch die Steuerrechtsänderung 459 Millionen - - -

An dieser Stelle werde ich von Herrn Gabriel unterbrochen, der mir vorwirft, die Unwahrheit zu sagen bzw. gelogen zu haben, bis sich die Balken biegen. Ich habe aus dem Papier von Herrn Sigmar Gabriel zur Haushaltsberatung 2005 zitiert. Ich habe gesagt: Das sind Ihre ursprünglichen Zahlen. Auf Seite 15 haben Sie ausgeführt: Zum Ausgleich der dadurch entstehenden Mindereinstellungen werden die Zuständigkeiten, Mitbestimmungsrechte und Freistellungsregelungen des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes entsprechend den Vorschlägen des Landesrechnungshofs überprüft. Nach Berechnungen des Landesrechnungshofs können dadurch bis zu 1 000 Vollzeitstellen erwirtschaftet werden.

Auf Seite 20 haben Sie Mehreinnahmen aus der Erhöhung des Förderzinses um 100 Millionen Euro, heruntergerechnet auf Niedersachsen 10 Millionen Euro, und die aus dem Subventionsabbau zu generierende Summe von 459 Millionen Euro genannt. Genau das habe ich gesagt. Sie haben behauptet, dies sei eine Lüge. Wer seine eigenen Papiere als Lüge bezeichnet, sollte an dieser Diskussion nicht mehr teilnehmen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Bernd-Carsten Hiebing [CDU]: Endgültig versenkt!)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Möhrmann, bitte schön!

Dieter Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister, Sie hätten erstens über unseren Haushaltsantrag zu reden gehabt. In dem Haushaltsantrag ist ein Volumen von rund 100 Millionen Euro für das erste Jahr des Subventionsabbaus - das wäre das Jahr 2005 - genannt. Insofern waren Ihre Aussagen zu diesem Punkt falsch; sie haben nicht der Wahrheit entsprochen.

(Beifall bei der SPD - David McAllister [CDU]: Wir werden doch Ihre Papiere noch zitieren dürfen!)

Zweitens. Die Summe von 459 Millionen Euro - auch das will ich hier deutlich sagen - ergibt sich, weil die Beträge langsam aufwachsen.

(Ursula Körtner [CDU]: Er hat aus einem SPD-Papier zitiert!)

Drittens. Herr Gabriel hat hier ausdrücklich nicht die völlige Abschaffung der Pendlerpauschale gefordert, sondern er hat gesagt, ab 20 km könne man das künftig machen; das führe zu Ersparnissen. Wenn wir hier redlich diskutieren wollen, Herr Möllring, müssen Sie auf dieser Basis diskutieren und Ihre Äußerungen noch einmal überprüfen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat Herr Minister Hirche. Bitte schön!

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In solchen Debatten geht es um Glaubwürdigkeit. Herr Gabriel, Sie haben gestern behauptet, dass die Jugendarbeitslosigkeit in früheren Jahren - Regierung Albrecht/Hirche - um 40 000 gestiegen sei.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Auf 90 000!)

- „Um 40 000“ haben Sie gesagt.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Auf 90 000!)

Meine Damen und Herren, die Wahrheit ist folgende: Ich lese aus der Drucksache 14/3476 - Antwort des Ministerpräsidenten Gabriel auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion vom 19. Februar 2004 vor: 1985 - - -

(Zurufe von der SPD: Das kann nicht sein!)

- Prüfen Sie es nach! - Entschuldigung.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Da war ich nicht Ministerpräsident!)

Es sind in dieser Zeit 44 667 Jugendliche weniger arbeitslos geworden - nicht mehr, sondern weni-

ger. In den 13 Jahren, in denen die SPD in diesem Lande regiert hat, zwischen 1990 und 2003, waren es 245 weniger. Ich stelle fest: Unter meiner Verantwortung hat sich die Zahl der Jugendlichen um 50 % verringert.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen hat sich verringert. - Sie können natürlich darüber lachen, wenn man sich im Landtag verspricht.

(Bernd-Carsten Hiebing [CDU]: Das ist ein Klamaukhaufen!)

In Wirklichkeit geht es um etwas anderes. Kaltschnäuzig hat der SPD-Fraktionsvorsitzende in diesem Landtag das Gegenteil der Wahrheit gesagt, und zwar nicht zum ersten Mal.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Er hat am 19. Februar dieses Jahres behauptet - in einer Rede hat er das schlink gesteigert -: Es waren 70 000, 72 000, 75 000, 76 000 junge Menschen ohne Arbeit. In Wirklichkeit waren es 43 000 und damit 44 000 weniger als vorher. Herr Gabriel, ich stelle fest: In Ihrer Amtszeit ist im Unterschied zu dem, was vorher gelaufen ist, nichts für den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit getan worden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat Kultusminister Busemann.

(Zurufe von der CDU: Wir wollen Pläue! - Weitere Zurufe - Unruhe)

- Meine Damen und Herren! Wenn wir diese Diskussion führen wollen, was gefordert worden ist, dann haben wir uns auch so zu benehmen, dass wir miteinander diskutieren können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Sigmar Gabriel [SPD]: Das gilt aber für alle!)

- Das gilt für alle. Sie wissen von mir, dass ich das so sehe. Es kann nicht sein, dass, wenn der eine Redner nach vorn kommt, sich die andere Seite so benimmt und umgekehrt.

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Bernhard Busemann, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie lieben ja die offene Debatte, aber wenn es in diesen Minuten insbesondere darum geht, dass über die Wahrheitsliebe der Oppositionsführer debattiert wird, dann muss das an einigen Punkten mit Daten und Fakten gerade gerückt werden.

Hier ist vorhin in, wie ich meine, reichlich bössartiger Weise, gesagt worden: Die Landesregierung spart u. a. bei den Behinderten, bei den Kindern usw.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

- Ja, ja! Das kann ich heute Nachmittag näher ausführen. - Ich kann nur sagen: Im letzten Jahr Ihrer Regierung, Herr Gabriel, betrug der Anteil des Kultusetats 16,5 % am gesamten Haushalt, im letzten Haushaltsjahr hatten wir 17,8 % am Ganzen. Im anstehenden Haushaltsjahr haben wir 19,1 % am Ganzen. Wo wird denn da auf dem Rücken der Kinder gespart? Das nur einmal dazu!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Die Zeiten sind schwierig. Aber in diesen Zeiten zu schaffen, mehr für Bildung, mehr für Kinder zu tun, könnten Sie auch einmal würdigen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Nächster Punkt, meine Damen und Herren: Die Sprachförderung wird in diesen Tagen zur Anwendung gebracht. Sie hatten sie in Ihr Gesetz geschrieben, aber weder durch Stellen noch durch Geld belegt. Wir haben es erstmals im letzten Jahr und auch wieder in diesem Jahr hinbekommen, die Sprachförderung vor der Einschulung durchzuführen.

(Zurufe von der SPD)

Das hat den Gegenwert von 288 Vollzeitlehrerstellen. Ganz gleich, wie man rechnet: Das alleine macht 12 bis 14 Millionen Euro aus. Wir sind zwar bei den Budgetmitteln von etwa 6 Millionen auf 4,8 Millionen Euro zurückgegangen, aber in der Gesamtwirkung ergibt sich eine Steigerung. Sie können das anhand von Zahlen in anderen Bundesländer nachvollziehen: Kein anderes Land macht so viel - und zwar nach Ihrer Regierungszeit - wie wir für die Sprachförderung in diesem Bereich. Erkennen Sie auch das bitte an.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dann haben Sie gestern an zwei oder drei Stellen aus dem Handgelenk geschüttelt gesagt: Der Kultusminister baut mal eben so 1 400 Stellen ab. Das stimmt absolut nicht. Wir haben in dem Rekordjahr 2003/2004 - das haben wir in diesem Jahr durchgehalten - 69 000 Vollzeitlehrerstellen. Die sind in diesen Tagen alle besetzt. Das ist ein Rekord im Land Niedersachsen. Das haben Sie nicht andeutungsweise hingekriegt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Unterhalten Sie sich einmal mit Herrn Schröder: Zwischen 1995 und 1998 haben Sie 2 300 Stellen abgebaut, von den 700 Stellen im November 2002 einmal ganz zu schweigen.

Herr Gabriel, dann gibt es diesen Sprachgebrauch, der mir absolut nicht gefällt. Den gab es schon in den letzten Monaten, und gestern ging es in die gleiche Richtung.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Da hieß es „Trickbetrüger“, „Da wird manipuliert!“ usw. Ich kann Ihnen nur sagen: 69 000 Vollzeitlehrerstellen haben wir, und sie sind auch besetzt. Sie haben sich mit der Mipla auseinander gesetzt und gesagt, es sollten Stellen abgebaut werden. Das ist richtig, weil - was Sie hier verschweigen - die Schülerzahlen sukzessive nach unten gehen. Da kann man als Kultusminister in Zeiten knappen Geldes dem Finanzminister nicht zumuten, dass alles so bleiben soll, wie es ist. Wenn die Kinderzahlen heruntergehen, darf man auch reagieren. Das heißt aber nicht, dass wir notwendige Stellen gestrichen haben. Dies ist ein himmelweiter Unterschied. Das müssen Sie auch sagen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auf diesen 69 000 Vollzeitstellen sitzen 81 000 Lehrerinnen und Lehrer, die mehr Unterricht denn je machen. Was wir zusätzlich in den Bereichen Sprachförderung, Hochbegabtenförderung, Ganztagschulen, Abitur nach Jahrgangsstufe 12 machen - in manchen Bereichen machen wir auch mehr Unterricht -, das haben wir im Grunde genommen erwirtschaftet - ich bin völlig einverstanden, wenn Ihnen das nicht gefällt -, indem wir Entlastungsstunden gestrichen haben, indem wir im Schwimmunterricht, bei den Beratungslehrern usw.

etwas gemacht haben. Darüber können Sie gerne mit mir streiten. Aber das mache ich mit offenem Visier. Die Ergebnisse sind so, dass ich den Kopf dafür hinhalten kann. Aber bitte nicht dieser Sprachgebrauch wie „Trickbetrüger“, „Manipulation“ usw. Ob Ihr Sprachgebrauch gestern parlamentsfähig war, kann ich nicht entscheiden. Schulfähig ist er aber nicht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Helmhold. Danach hat das Wort Frau Kollegin Seeler.

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das, was hier eben im Zusammenhang mit dem Blindengeld gesagt worden ist, hat mich veranlasst, mich etwas vor der geplanten Zeit zu Wort zu melden. Ich möchte gerne einen Begriff aufgreifen, den Herr Hirche eben gebraucht hat. Ich finde, es ist fast schon der Gipfel der Kaltschnäuzigkeit, hier zu behaupten, dass das, was Sie mit dem Blindengeld vorhaben, keinen großen Unterschied machen würde. Für die Betroffenen macht das aber einen ziemlich großen Unterschied. Sie behaupten hier, manche würden 100 Euro im Monat mehr bekommen. Das stimmt: knapp 100 Euro mehr für die bis 27-Jährigen. Das sind ganze 700 Betroffene in Niedersachsen. Aber 11 400 bekommen überhaupt nichts mehr. Das macht für sie einen großen Unterschied. Da sind es nämlich 409 Euro im Monat weniger. Darüber können Sie hier nicht mal eben so kalt lächelnd hinweggehen. Das finde ich wirklich unmöglich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Den Rest verschieben Sie in die Kommunen. Das versehen Sie dann mit einem Haushaltsvermerk. Nach Maßgabe der Haushaltslage wollen Sie das Geld den Kommunen ersetzen, maximal 21 Millionen Euro im nächsten Jahr. Ich bitte Sie: Da weiß doch jeder, was in Zukunft passiert. Sie tricksen und werden dieses Geld den Kommunen auf die Dauer nicht geben wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Falsch! - Zuruf von der CDU: Das

kann doch nicht wahr sein! Wer trickst denn da?)

Lassen Sie mich nur noch eines festhalten: Mehr als 90 % der blinden Menschen in Niedersachsen bekommen in Zukunft keine Leistungen mehr. Sie verabschieden sich hier in Niedersachsen als erstes Bundesland von dem solidarischen Gedanken des Nachteilsausgleichs und schicken die Betroffenen reihenweise in die Armenfürsorge. Und dann behaupten Sie auch noch: Was wir machen, ist gerecht. - Ich bitte Sie: Wenn es gerecht sein soll, dass Sie den blinden Menschen viel eher als allen anderen ein Leben auf Sozialhilfeniveau zumuten, dass Sie blinden Menschen zumuten, nie im Leben mehr als 2 600 Euro für irgendetwas ansparen zu können, dann weiß ich nicht, wie Ihr Gerechtigkeitsbegriff aussieht. Es ist nämlich nicht gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das ist eine ganz schnöde und sehr kaltherzige Abzocke bei einer Gruppe. Diese Gruppe ist das Bauernopfer der Sozialministerin in diesem Haushalt geworden und erbringt über die Hälfte des Sparvolumens im Sozialhaushalt. Dann haben Sie noch die Stirn, einen Härtefonds anzubieten. Den nennen Sie jetzt Mobilitätsfonds. Das ist vielleicht ein schöneres Wort. Er ist überhaupt nicht dem parlamentarischen Zugriff zugänglich, und es ist völlig unklar, wer unter welchen Voraussetzungen was erhält. Dieses Verfahren ist völlig intransparent, und es ist vorgestrig, auf solche Mildtätigkeit nach Gutsherrenart zurückzugreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Niedersachsen hat ja wirklich eine höchst unrühmliche Vorreiterrolle übernommen, meine Damen und Herren. Wenn das vielleicht dazu dienen soll, die Sozialministerin für weitere Aufgaben auf Bundesebene vorzubereiten, dann hoffe ich, dass das aber wirklich keine gute Empfehlung ist und sie gerade deswegen keine weiteren Aufgaben wahrnehmen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte, dass Sie in diesem zentralen Punkt des Sozialhaushalts heute noch einmal deutlich die Verantwortung für das übernehmen, was Sie hier tun. Deswegen beantragt meine Fraktion eine namentliche Abstimmung

über Artikel 12 des Haushaltsbegleitgesetzes, d. h. zum Blindengeld. Dann muss hier jede und jeder von Ihnen noch heute vor den blinden Menschen in Niedersachsen geradestehen. Wenn er oder sie es wirklich vor dem Gewissen verantworten kann, dann stimmen Sie an der Stelle mit Ja. Aber Sie müssen dann auch mit Ihrem Namen dafür geradestehen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Kollegin Helmhold, Sie sagten „heute“. Die Abstimmung ist morgen.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Ich danke für den Hinweis!)

- Okay. Damit kein falscher Eindruck entsteht.

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen zu einer Debatte, die eigentlich unter „Inneres und Sport“ läuft. Das Letztere würde ich bestreiten wollen.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Sie ist durchaus sportlich!)

Aber ich habe damit kein Problem. Ich bin ja alter Handballschiedsrichter. Okay. Die Debatte läuft unter „Inneres und Sport“. Frau Kollegin Seeler und Herr Kollege Jüttner haben sich zu Wort gemeldet. Ich möchte mir persönlich den Rat erlauben, dass es auch der Bereich Justiz verdient hätte, dass wir über ihn reden. Das ist aber nur ein Vorschlag. Ich kann hier nur Wortmeldungen verteilen. Das müssen Sie wissen. - Jetzt hat Frau Kollegin Seeler das Wort, bitte sehr!

Silva Seeler (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Busemann, Sie haben hier eben so getan, als ob die prozentuale Steigerung des Kultushaushaltes eine besondere Leistung dieser Landesregierung sei.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie haben allerdings verschwiegen, dass der Kita-Bereich aus dem Sozialministerium zusätzlich zum Kultusbereich gekommen ist. Das sind hunderte von Millionen Euro. Da ist nicht ein einziger zusätzlicher Cent hinzugekommen.

(Hört, hört! bei der SPD - Ursula Körtner [CDU]: Das war im letzten Jahr auch schon so!)

Ferner verschweigen Sie, dass das Ganztags-schulprogramm ausschließlich aus Bundesmitteln finanziert wird; auch dazu haben Sie nichts getan!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ursula Körtner [CDU]: Das ist in den anderen Bundesländern auch so!)

Die prozentuale Steigerung hat deswegen also überhaupt nichts mit mehr Mitteln für Unterricht oder Förderung zu tun, sondern ist ausschließlich auf die Umschichtung von Mitteln im Landeshaushalt zurückzuführen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Und das wollen Sie als Leistung bezeichnen? - Schämen Sie sich eigentlich nicht?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Jüttner, Sie haben das Wort.

Wolfgang Jüttner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stelle mit Genugtuung fest, dass Herr McAllister augenscheinlich gestern so angeschlagen vom Felde gezogen ist,

(Lachen bei der CDU)

dass heute das halbe Kabinett als Ausputzer auf-laufen muss. Das ist auch eine interessante Ge-schichte. Es macht Freude.

(Beifall bei der SPD - Ursula Körtner [CDU]: Wir gehen sparsam mit der Redezeit um, Herr Jüttner!)

Wir lassen nicht zu, dass Sie hier Unwahrheiten in die Welt setzen, meine Damen und Herren. Herr Busemann, in der Mipla ist der Abgang von 1 400 Stellen vorgesehen. Sie haben eben den gegentei-ligen Eindruck zu erwecken versucht. Das lassen wir nicht zu. Es ist dort verankert.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Mit Blick auf die Unterrichtsversorgung behaupten Sie hier, es würde mehr Unterricht erteilt. Erst vor wenigen Wochen haben Sie mir schriftlichen ge-antwortet, dass die Zahl der Lehrer-Sollstunden in Niedersachsen um 33 000 abgesenkt worden ist. Sonst hätten Sie Ihre 100 %-Schummelei nicht erreicht. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Sie verbraten die Unterrichtsstunden in einem antiquierten Schulgesetz. Machen Sie mal lieber Ihre Schularbeiten ordentlich!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Minister Busemann hat noch einmal das Wort.

Bernhard Busemann, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Viel-leicht nur zwei Anmerkungen. Ansonsten würde ich sagen, dass wir uns lieber heute Mittag richtig über den Bereich Kultus streiten sollten.

Die Mittel für die Ganztags-schulen und die Kin-dertagesstätten sind schon im Etat des Jahres 2004 enthalten. Wenn wir jetzt den Haushaltsplan 2005 beraten und dieser eine Steigerung vorsieht, können Sie diese Tatsache nicht mit diesen beiden Argumenten wegwischen. Es ist so, wie es ist. Das sollten Sie anerkennen.

Es ist so was von fadenscheinig - - -. Wir wollen uns jetzt vielleicht auch nicht mehr aufregen, weil der Justizbereich behandelt werden soll. Ihre Be-schlusslage war doch so, dass Sie die 2 500 Leh-rer, die wir im Jahr 2003 zusätzlich beschlossen und eingestellt haben, von Anfang an nicht haben wollten.

(Zurufe von der CDU: So ist es! - Wi- derspruch bei der SPD)

Ein anderes Thema sollten wir vielleicht heute Mittag miteinander abklären. Ihre Überlegungen, Herr Gabriel, zur Anpassung der Lehrerarbeitszeit, zur Umstellung vom Beamtenstatus auf den Ange-stelltenstatus bei den Lehrern, wohlge-merkt bei geänderten Lehrerarbeitszeiten sind ein hochinte-ressanter Vorgang. Ich freue mich auf heute Mit-tag.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Eine schwache Antwort!)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank. - Es hat Frau Ministerin von der Leyen um das Wort gebeten.

Dr. Ursula von der Leyen, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Weil das Thema Landesblindengeld mehrfach angeführt worden ist und ich persönlich des Öfteren darauf angesprochen worden bin, möchte ich dazu auch an dieser Stelle noch einmal Stellung nehmen; wir werden darüber sicherlich im Zusammenhang mit dem Sozialhaushalt noch einmal diskutieren.

Über eines sollten wir uns in diesem Hause einig sein - ich denke, darüber besteht Konsens -, dass keine Generation einer nächsten mehr zumuten darf, als sie selbst zu tragen bereit ist. Damit ist der eng begrenzte Handlungsrahmen klar, in dem wir uns bewegen.

Ich bin mir völlig darüber im Klaren, dass man, wenn man sich auch angesichts der Landesfinanzen dieser Prämisse unterordnet, dafür kein Lob, sondern die Art von Beschimpfungen erntet, die wir am gestrigen Tage von Herrn Gabriel vorexerziert bekommen haben und die wir heute erlebt haben. Diese Auseinandersetzungen sind die Folge, die man dann durchstehen muss.

Aber es trägt natürlich keinen Deut zur Sachdiskussion bei, Herr Gabriel, wenn Sie gestern und heute tosende Tiraden loslassen, die eine Mischung von Pharisäerpredigt und Unschuldengel gewesen sind; denn Sie haben Ihren Teil dazu beigetragen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Sigmar Gabriel [SPD]: Das müssen ausgerechnet Sie sagen!)

Wenn wir die Frage der Generationengerechtigkeit stellen, dann betrifft diese nicht nur jede politische Ebene, die kommunale, die Landes- und die Bundesebene, die sich davor nicht drücken kann - man kann das nicht immer auf die andere Ebene weiter schieben -, sondern auch jedes Ressort. Denn ich kann im Sozialressort die Finanzverantwortung nicht einfach auf die anderen Ressorts abdrücken. Diese haben genauso ihre Berechtigung.

Meine Damen und Herren, wenn im Sozialhaushalt 34 Millionen Euro fehlen, wird es sehr konkret. Dann muss man danach handeln. Es ist klar, dass es dann entsprechende Reaktionen von Ihrer Seite gibt, weil das Handeln sehr viel schwieriger ist als das Reden darüber.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir heute diesem Parlament die Frage stellen würden, ob wir ein Landesblindengeld oder einen vermögens- und einkommensunabhängigen Nachteilsausgleich für eine andere Gruppe von Menschen mit Handikaps neu einführen sollen, wäre unter den heutigen Bedingungen die ehrliche Antwort in diesem Parlament ein Nein.

(Beifall bei der CDU)

Denn wenn sie nicht so ausfallen würde, müsste man konsequenterweise das Fass aufmachen - Herr Gabriel, das habe ich bei Ihrer Rede gestern vermisst - und einen einkommens- und vermögensunabhängigen Nachteilsausgleich für alle Menschen mit Behinderungen fordern.

Ich will einen Leserbrief zitieren, der am 9. September 2004 in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* erschienen ist. Dieser spricht meines Erachtens Bände im Hinblick auf die Frage, worin in unserer heutigen Diskussion das Dilemma besteht und wovon man sich nicht einfach drücken kann, indem man andere beschimpft.

Die Überschrift lautete: Wovon andere nur träumen. Der Leserbrief betraf den Bericht vom 20. August 2004 unter dem Titel „Rotstift gegen Blinde“. Die Autorin schreibt - ich zitiere -:

„Es ehrt Sie, dass Sie sich der Probleme von Sehbehinderten annehmen. Nun müssen Sie sich fragen lassen, warum Sie nicht für alle Gruppen von Schwerbehinderten streiten. Eigentlich müssten Sie sich dafür einsetzen, dass alle Gruppen diesen Nachteilsausgleich erhalten, weil fast alle anderen Schwerbehindertengruppen ebenfalls große finanzielle Probleme haben.“

(Axel Plaue [SPD]: Eine Sozialministerin spielt die Behinderten gegeneinander aus!)

„Wer z. B. durch Multiple Sklerose auf den Rollstuhl angewiesen ist, kann

unter Umständen auch nicht allein einkaufen, kommt überhaupt nicht hin zur Sporthalle und kann allein keine Reisen unternehmen. Auch diese Gruppe Behinderter möchte Hilfeleistungen mal belohnen können, wenn sie, wie Sie schreiben, in Würde leben können. Von einer monatlichen Leistung von 409 Euro träumen wir nur. Für viele MS-Schwerbehinderte, die schon in ihrer Jugend von dieser Krankheit betroffen wurden und ihren Beruf nicht mehr ausüben können, wären diese 409 Euro mehr als die eigene Minirente.“

(Zurufe von der SPD)

„Nicht nachvollziehbar ist in Ihrem Artikel, dass Sie von einer Merkwürdigkeit der Debatte sprechen, wenn z. B. der Sozialverband VdK die Linie der Landesregierung befürwortet.“

Wie perfide und wie vergiftend Ihre Argumentation ist, Herr Gabriel, zeigt sich, wenn Sie etwa wörtlich sagen: Erst nehmen Sie den Blinden das Geld weg und dann den Rollstuhlfahrern die Rollstühle.

(Zuruf von der CDU: Ungeheuerlich! - Axel Plauke [SPD]: Die Kaltschnäuzigkeit, mit der Sie solche Leserbriefe vorlesen, die ist perfide!)

Wer wie Sie, Herr Gabriel, so bewusst die Tatsachen unseres Sozialstaates mit den Füßen tritt, dem glaubt man nicht mehr.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Denn die Tatsache unseres Sozialstaates ist, dass wir das Netz der Blindenhilfe haben. Die Tatsache unseres Sozialstaates ist, dass wir den Status quo aus eigener Wirtschaftskraft heute nur mit Mühe aufrechterhalten können. Die Tatsache unseres Sozialstaates ist, dass wir uns gerade deshalb, weil wir dieses Netz der sozialen Sicherung für die sozial Schwachen aufrechterhalten wollen, die schwierige Frage stellen müssen, ob vermögens- und einkommensunabhängige Leistungen heute noch angemessen und finanzierbar sind. Wenn man diese Leistungen weiter finanziert, muss man an anderer Stelle im Sozialressort darauf reagieren.

Gerade weil es so schwer ist, diese Dinge zu tun, müssen wir diesen Schritt gehen. Denn sonst bleibt der Staat nicht stark genug, um das zu tun, was wir einfordern, nämlich dass den sozial Schwachen geholfen wird. Deshalb begeben mich in diese Diskussion. Täte ich das nicht, müsste ich erbarmungslos den Weg weitergehen,

(Walter Meinhold [SPD]: Das tun Sie!)

den die SPD gegangen ist.

(Walter Meinhold [SPD]: Nein!)

Die SPD hat während ihrer Regierungszeit die Nettoneuverschuldung erbarmungslos von 5 auf 13 % hinaufgetrieben. Deshalb erstickt heute das Land an den Zinszahlungen für diese Schulden. Die Zinszahlungen betragen heute jährlich 2,5 Milliarden Euro. Das ist mehr als der gesamte Sozialetat.

Stellen Sie sich vor, wir hätten diese 2,5 Milliarden Euro heute im Land zur Verfügung. Dann könnten wir sie für Leistungen einsetzen. Aber wir haben sie nicht. Sie haben sie verspielt. Sie haben die Zukunft verhökert.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP - Werner Buß [SPD]: Das ist doch keine Sozialministerin! Sie spielt den Part eines Finanzministers!)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Ich finde das alles spannend. Aber die Justiz hat keine Chance. - Herr Kollege Gabriel, bitte schön!

Sigmar Gabriel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, gestern habe ich Ihnen gesagt, dass es nicht Ihre Aufgabe ist, Ihren Vater zu verteidigen, sondern die Behinderten. Heute sage ich Ihnen, Sie sind im Kabinett Sozialministerin.

Wissen Sie, was erbarmungslos ist? Erbarmungslos ist, wenn man sich hier hinstellt und eine Gruppe von Behinderten gegen die andere auszuspielen versucht. Das ist erbarmungslos.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den Grünen - Widerspruch bei der CDU)

Ihre Rede hätte dann Bestand und Glaubwürdigkeit, wenn Sie im Bundesrat dem Gesetzentwurf zur Abschaffung von 99 Millionen Euro an unnötigen Steuerprivilegien im Jahr 2005 zugestimmt hätten, bevor Sie den Behinderten das Landesblindengeld gestrichen hätten.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Solange Sie als Sozialministerin einem Kabinett angehören, in dem Sie zustimmen, dass Grundstücks- und Aktienspekulanten in Deutschland nicht angemessen besteuert werden

(Unruhe bei der CDU)

und das Land Niedersachsen dadurch nachweislich in jedem Jahr 25 Millionen Euro verliert, können Sie hier nicht glaubwürdig sagen, dass Sie den Blinden das Landesblindengeld streichen müssten, weil kein Geld da sei, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich kann gut damit leben, dass Sie behaupten, ich würde den Sozialstaat mit Füßen treten. Ich weiß nicht, woher Sie diese Erkenntnis nehmen, aber mich belastet das nicht. Sie sollte es aber belasten, was der Blindenverband über diese Sozialministerin sagt, die heute im Kabinett sitzt. Ich lese es Ihnen noch einmal vor, weil Sie das, was ich Ihnen gestern vorgelesen habe, anscheinend schon wieder vergessen haben. Er schreibt:

„Es entsetzt uns und macht ohnmächtig, mit ansehen zu müssen, wie eine Sozialministerin die ihrem Arbeitsbereich anvertraute Gruppe Blinder eiskalt und berechnend so verheerenden Folgen ausliefert.“

Das ist das Bild, das Sie, Frau von der Leyen, in der Öffentlichkeit abgeben.

(Starker Beifall bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat der Kollege McAllister.

(Axel Plaue [SPD]: Der braucht wohl ein Sauerstoffzelt! - Werner Buß [SPD]: Ganz schön blass um die Nase!)

David McAllister (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich höre mir diese Debatte jetzt anderthalb Stunden an - - -

(Widerspruch bei der SPD - Zuruf von Thomas Oppermann [SPD])

- Herr Oppermann, warum sagen Sie jetzt Nein?

(Thomas Oppermann [SPD]: Ich habe nicht Nein gesagt! Ich bin kein Neinsager! - Heiterkeit bei der SPD)

Seit anderthalb Stunden höre ich mir die Debatte an, und über eines wundere ich mich jetzt: Normalerweise verläuft die Haushaltsberatung so: gestern die große Generaldebatte, die Aussprache, heute die Einzelberatung zu ausgewählten Haushaltsschwerpunkten der einzelnen Ressorts, und morgen die Schlusserklärungen und die Schlussabstimmungen. - Nachdem wir jetzt eigentlich beim Punkt „Inneres und Sport“ angelangt sind und der Präsident bereits versucht hat, darauf hinzuweisen, dass jetzt die Justiz dran ist, schlage ich vor, dass wir uns ein wenig an die vorgegebene Tagesordnung halten.

(Werner Buß [SPD]: Das ist Ihnen unangenehm! - Walter Meinhold [SPD]: Kommen Sie zur Sache!)

Herr Kollege Gabriel, Sie versuchen, die offensichtlich nicht ganz in Ihrem Sinne verlaufene Generaldebatte von gestern - - -

(Lachen und Heiterkeit bei der SPD - Wolfgang Jüttner [SPD]: Warst du gestern auch da? Gestern warst du aber nicht da, oder?)

- Herr Kollege, mit Verlaub, die Art und Weise, wie Sie gestern Nachmittag mit persönlichen Angriffen gegen Mitglieder der Regierung und ihre Familienangehörigen gewettert haben, war ungezogen und ungehörig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Da Sie in Ihrer eigenen Fraktion unter einem bestimmten Rechtfertigungsdruck stehen - wir wissen als CDU nie, wer bei Ihnen welche Schicht macht und gerade die Fraktionsführung innehat, Sie oder Herr Jüttner -, versuchen Sie heute Vormittag wie-

derum, mit billiger Polemik in den eigenen Reihen Punkte zu machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich sage Ihnen als Fraktionsvorsitzender vielleicht auch als freundschaftlichen Tipp:

(Lachen bei der SPD - Sigmar Gabriel
[SPD]: Nein, danke!)

Je mehr Sie hier reden, desto mehr verliert die SPD an Redezeit. Das haben Ihre Fachsprecherinnen und Fachsprecher, die sich auf die Einzelplanberatungen vorbereitet haben, nicht verdient.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Denken Sie immer daran: Eine kluge Fraktion besteht aus einem Team und nicht aus einer One-Man-Show. Auch das wollten wir Ihnen mit auf den Weg geben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich übernehme das gerne, weil ich auch die verzweifelten Blicke Ihres tüchtigen parlamentarischen Geschäftsführers sehe. Ich empfehle Ihnen, jetzt wenigstens für einige Minuten zu schweigen, damit wir in der Debatte vorankommen. Das haben Ihre Fachsprecher nicht verdient. - Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Lachen bei der SPD - Sigmar Gabriel
[SPD]: Wenn du so bettelst, will ich
gerne aufhören! - Werner Buß [SPD]:
Das ist Ihnen sichtlich unangenehm,
Herr McAllister! - Zuruf von der SPD:
Mal sehen, ob Herr Wallbaum das
wieder hinkriegt! - Heiterkeit bei der
SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Helmhold, Sie haben das Wort. - Ich finde schon, dass wir hier den Nachweis erbringen sollten, dass wir kultiviert miteinander diskutieren dürfen. - Bitte schön!

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr McAllister, nachdem Sie eben wieder, wie gestern schon einmal, geradezu beschwörend an uns appelliert haben, die Familien der Kabinettsmitglieder aus der politischen Debatte herauszuhalten und sie in Frieden zu lassen, möchte

ich Ihnen Folgendes sagen: Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu. Aber entschuldigen Sie einmal, Herr McAllister, es muss doch einmal erlaubt sein, die Frage zu stellen, ob Sie hier nicht unter Umständen Ursache und Wirkung verwechseln. Jeden Samstag liefert uns die *Bild*-Zeitung rührende Geschichten aus dem Hause der Sozialministerin frei Haus.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es werden öffentlich Kekse gebacken, es werden Spielplätze besucht, im Gästehaus der Landesregierung wird die Familie als weihnachtlicher Chor vorgeführt. Entschuldigen Sie bitte, aber ist Ihr Appell vor diesem Hintergrund nicht auch ein kleines bisschen scheinheilig?

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wer seine Familie derart einspannt und öffentlich präsentiert und sie, wie neulich ein Kommentator bemerkte, quasi wie eine Monstranz vor sich herträgt, der darf sich doch nicht wundern, dass dann auch öffentlich darüber gesprochen wird. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Karsten Behr [CDU]: Unerhört!)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat Frau Ministerin von der Leyen.

(Oh! bei der SPD)

Dr. Ursula von der Leyen, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Helmhold, da Sie es angesprochen haben: Dazu nehme ich gerne Stellung. - Wir leben in einer Gesellschaft, die es per se, von vornherein, für richtig hält, Kinder zu verstecken und Kinder als Nachteil anzusehen.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir leben in einer Gesellschaft, die den Frauen entweder klarmacht, dass sie Rabenmütter sind, weil sie arbeiten, oder aber ihnen rät, sie möglichst zu verstecken und sich möglichst für ihre Existenz zu entschuldigen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist doch die Höhe!)

Ich lebe danach nicht. Ich beziehe diese Kinder in meinen Lebensalltag mit ein.

(Beifall bei der CDU)

Ich beziehe diese Kinder mit ein in die Diskussionen, die ich führe, weil ich diesem Land auch zeigen will, dass man mit Kindern auch eine Teilhabe an den Erwerbsmöglichkeiten hat und dass man mit Kindern auch Teilhabe an den Entscheidungsmöglichkeiten hat. Ich werde diese Kinder nicht verstecken und mich nicht für ihre Existenz entschuldigen.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Denn was ist denn die Alternative, die Sie sonst haben? - Sie regen sich darüber auf, dass ich die Themen anspreche, die die ganz normalen Menschen beschäftigen. Das mögen Sie hier in Ihrem Elfenbeinturm tun. Wir sind aber dazu da, dass wir diese Punkte thematisieren, uns mit ihnen auseinander setzen, sie ernst nehmen und auch in der Öffentlichkeit über sie sprechen. Dafür sind wir politisch gewählt. Wenn das nicht der Fall wäre, dann könnten wir uns zurückziehen, aber nicht als Politiker arbeiten. Wenn man als Politiker arbeitet, dann steht man als ganze Person da, und wenn ich als ganze Person beurteilt werde, dann stehe ich für dieses Bild in der Öffentlichkeit auch mit allem, was ich lebe, und dazu gehören auch meine Kinder.

Schlussendlich, Herr Gabriel: Wenn ich mein Bild in der Öffentlichkeit hätte schützen wollen, dann hätte ich mich in der Tat nicht in diese schwierige Sozialstaatsdebatte begeben. Aber weil es nicht nur um mein eigenes persönliches Bild in der Öffentlichkeit geht, das man immer weichzeichnen könnte, sondern weil es mir darum geht, dass auch diese Kinder langfristig eine Chance haben, in dieser Gesellschaft zu überleben und in Zukunft die Lasten zu tragen, die alle hier im Parlament ihnen hinterlassen werden - Pensionen und Renten, die wir ihnen hinterlassen und die zu erwirtschaften sind, und die Strukturen des Sozialstaates, nämlich auch die Strukturen und die Antworten auf die Fragen, die wir uns selber nicht stellen wollen -, weiß ich, dass dieses Bild in der Öffentlichkeit nicht immer der einfache Weg ist. Aber ich gehe diesen Weg, weil wir ihn gehen müssen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Jüttner hat das Wort.

Wolfgang Jüttner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verwahre mich im Namen der SPD-Fraktion ausdrücklich gegen diese Art und Weise, seine persönlichen Angelegenheiten in die Politik einzubringen. Das ist wirklich unerhört.

(Beifall bei der SPD - Karl-Heinz Klare [CDU]: Wer treibt es denn hier so weit? - Karsten Behr [CDU]: Ihr schmeißt doch mit Dreck!)

Jeder von uns macht seine persönlichen Angaben im Handbuch des Niedersächsischen Landtages. Dort steht sein Familienstand. Dort ist die Zahl der Kinder notiert. Die Zahl der Kinder spielt überhaupt keine Rolle bezüglich der Mitwirkung an der politischen Demokratie in Niedersachsen. Das muss jeder mit sich selbst ausmachen.

(Beifall bei der SPD)

Viele Kinder sind ein Gewinn für das Land. Das ist überhaupt keine Frage. Wenn Sie, Frau von der Leyen, aber beanspruchen, Ihre Familie hier nicht zu thematisieren, gleichzeitig aber die Zahl Ihrer Kinder nicht nur für das Handbuch angeben, sondern sie regelmäßig auch in den politischen Alltag einführen, dann instrumentalisieren Sie Ihre Familie für die Politik. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD)

Sie tun dies nicht nur bei Veranstaltungen, sondern Sie beschreiben auch jeden Sonnabend, wie es bei Ihnen zuhause im Detail zugeht.

(Ursula Körtner [CDU]: Das ärgert euch!)

Ob es Spaß macht, das zu lesen, wage ich anheim zu stellen. Das ist auch völlig egal.

(David McAllister [CDU]: Wir sind in einer Haushaltsdebatte! Schon den ganzen Vormittag diesen Unsinn! Jetzt reicht es aber!)

- Entschuldigung, welche Debattenkonstruktion wird denn hier eingeführt? Herr Gabriel hat gestern deutlich gemacht, dass uns Ihr Sozialstaatsverständnis überhaupt nicht passt und dass es die gesellschaftlichen Gruppen in diesem Lande beleidigt. Davon nehmen wir nichts zurück.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Frau von der Leyen hier diese Nummer spielt und uns zu unterstellen wagt, wir würden hier die Zahl ihrer Kinder diskreditieren, dann muss ich Ihnen sagen, dass dies überhaupt nicht der Punkt ist.

(Ursula Körtner [CDU]: Das ist der blanke Neid! Neid ist die deutsche Form der Bewunderung!)

Sie kann mit ihren Kindern machen, was sie will. Sie muss nur sehen, dass sie sie aus der Politik heraushält. Dann gibt es auch keinen Aufhänger dafür, dieses Thema in die Debatte einzubeziehen. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD - Karl-Heinz Klare [CDU]: Jetzt muss Herr Gabriel noch einen draufsetzen, damit auch er noch für die SPD spricht!)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, bleiben Sie doch ruhig. - Herr Gabriel hat sich zu einer persönlichen Erklärung gemeldet. Sie wissen, was Sie dabei tun dürfen und was nicht. Sie sind da latent gefährdet. Bitte schön!

Sigmar Gabriel (SPD):

Herr Präsident! Frau Ministerin, ich weiß nicht, ob Sie in Bezug auf die Debatte über Ihre Familie eben mich gemeint haben. Ich hoffe, nicht. Deshalb möchte ich gern darauf hinweisen, dass ich kein Wort zu Ihren Kindern gesagt habe. Das würde ich übrigens auch nicht machen.

(Zuruf von Ministerin Dr. Ursula von der Leyen [CDU])

- Okay, dann sind wir uns einig. Nicht, dass wir uns falsch verstehen. Ich hatte mich auf eine politische Debatte in Ihrer Fraktion bezogen und nicht auf mehr. Wenn das eben ein Missverständnis war, dann ist das in Ordnung. Ich dachte, Sie meinten mich eben damit. - Ich danke Ihnen.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, es ist unfassbar, aber zu diesem Thema - was auch immer es war - liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Formell befinden wir uns beim Haushaltsschwerpunkt Inneres und Sport.

Sie sind sicherlich einverstanden damit, dass ich jetzt den Haushaltsschwerpunkt

Justiz

aufrufe. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Das ist ja fantastisch.

Meine Damen und Herren, jetzt sind alle aufgerufen, die zu diesem Themenschwerpunkt etwas sagen möchten. Wortmeldungen liegen mir bisher aber nicht vor. Deshalb kann ich diesen Themenschwerpunkt auch gleich schließen, meine Damen und Herren. - Zum Haushaltsschwerpunkt Justiz liegen mir keine Wortmeldungen vor. Ich schließe damit die Beratungen des Haushaltsschwerpunkts Justiz.

(Zurufe)

Wir kommen jetzt zum Haushaltsschwerpunkt

Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

(Weitere Zurufe)

- Nein, der Justizbereich ist geschlossen. Das tut mir Leid.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - David McAllister [CDU], an die SPD gewandt: Ihr seid ein Saftladen! - Weitere Zurufe - Unruhe)

- Nein, diese Spielereien mache ich nicht mit. Ich habe den Justizbereich mehrfach aufgerufen. Ich habe diesen Bereich dann beendet. Wir kommen jetzt zum Sozialbereich. Dazu hat sich Frau Kollegin Mundlos gemeldet. Sie erhält jetzt von mir das Wort. Bitte schön!

(Unruhe)

- Der Justizbereich ist erledigt. Jetzt sprechen wir über den Bereich Soziales.

(Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren, die Kollegin wird nicht eher anfangen, bis hier im Saal Ruhe ist.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Meine Damen und Herren, Herr Kollege Klare, Herr Kollege Althusmann, nehmen Sie bitte Platz oder verlassen Sie den Saal. Das gilt auch hier für den Herrn Geschäftsführer. - Das kann doch nicht angehen.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Ich habe mich überhaupt noch nicht geäußert!)

Sie haben das Wort. Bitte schön!

Heidemarie Mundlos (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es stimmt schon nachdenklich, wenn ein ehemaliger Ministerpräsident die niedersächsischen Kassen erst geplündert hat, um heute darüber zu klagen, die eine Hand aufzuhalten und die andere Hand drohend zur Faust zu ballen frei nach dem Motto: Wenn ihr mir nichts gebt, dann singe ich das Lied vom sozialen Kahlschlag und der Hartherzigkeit der Niedersächsischen Landesregierung. - Das ist leicht, aber keine Lösung, und zu sozialer Gerechtigkeit führt das auch nicht. Gerechte Sozialpolitik darf nicht dem geben, der am lautesten ruft, sondern dem, der wirklich bedürftig ist. Ich sage Ihnen: Gerechtigkeit heißt, dass jeder das bekommen soll, was ihm zusteht. Das heißt aber auch, dass dabei auch die persönliche Situation berücksichtigt werden muss. Das ist gerecht. Ungerecht ist, wenn alle das Gleiche erhalten, egal zu welchen Leistungen sie in der Lage sind.

Soziale Gerechtigkeit heißt auch, bei aktuellen Entscheidungen die künftigen Generationen mit in den Blick zu nehmen. Ihr Kanzler hat das erkannt und auf dem Sonderparteitag der SPD im März zu Recht gesagt: Ich will nicht, dass unsere Kinder uns einmal vorwerfen, wir hätten nur im Augenblick gelebt, wir hätten es uns an der großen Festtafel des Lebens gemütlich gemacht, wir hätten alles aufgezehrt mit der Folge, dass sie die Zeche für das bezahlen müssten, was sie gar nicht bestellt hätten. Diesem Zitat des Kanzlers stimme ich ausnahmsweise ausdrücklich zu.

Ein Sozialstaat kann nur funktionieren, wenn Solidarität und Subsidiarität dauerhaft verwirklicht werden. Dabei ist ständig zu überprüfen und neu zu bewerten, was die Solidargemeinschaft tragen muss und was ein Einzelner tragen kann. Wir

müssen dabei die Eigenverantwortung und die Selbsthilfekräfte der Menschen stärken. Nur so werden die Mündigkeit und die Würde der Menschen in unserer Gesellschaft gewahrt und die Freiheit der Menschen damit begründet. Denn es geht nicht nur um Geld.

Deshalb noch einmal: Was der Einzelne zumutbar selbst leisten kann, muss er auch selbst leisten. Die staatliche Hilfe darf lediglich ergänzen, unterstützen und fördern. Sie darf die Eigeninitiative aber nicht ersetzen. Ansprüche und materielle Besitzstände finden dort ihre Grenzen, wo sie zu einer Verringerung der Lebenschancen anderer Menschen führen.

Es muss endlich auch Ihnen auf den Oppositionsbänken klar werden, dass soziale Gerechtigkeit dauerhaft eben nicht durch eine wachsende Staatsquote und eine immer höhere Staatsverschuldung verwirklicht werden kann, sondern nur durch praktizierte Solidarität und Subsidiarität. Vor diesem Hintergrund muss der Haushalt verstanden werden. Deshalb haben wir die beschriebenen Akzente zur Förderung blinder Kinder und Jugendlicher bis zum 27. Lebensjahr genau so gesetzt, wie es heute schon mehrfach thematisiert worden ist. Darüber hinaus haben wir einen Mobilitätsfonds eingerichtet. Unabhängig davon steht die Bundesblindenhilfe all denjenigen zur Verfügung, die nicht aus eigener Kraft in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Dabei gelten die Regeln des Sozialgesetzbuches, wie sie für alle Menschen mit Behinderungen gelten.

(Uwe Harden [SPD]: Es wäre schön, wenn man sie wenigstens lesen könnte!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bestimmte Kreise, allen voran die Opposition, versuchen immer wieder, unser soziales Niedersachsen schlecht zu reden.

(Uwe Harden [SPD]: Nein, Sie machen es schlecht! Wir reden es nicht schlecht!)

Sie nehmen dabei bewusst die Verunsicherung der Menschen in Kauf

(Uwe Harden [SPD]: Sie verunsichern die Menschen!)

und verschweigen absichtlich, dass die Landesregierung im Sozialbereich anerkannt gute Akzente zum Wohle der Menschen in Niedersachsen setzt.

(Uwe Harden [SPD]: Zum Wohle ist das hier!)

Die Einzelheiten wird Ihnen Frau Jahns gleich auflisten. Ich will nur zwei Zahlen nennen.

(Uwe Harden [SPD]: Das ist auch genug!)

Nach wie vor gibt die Landesregierung im Einzelplan 05 1 412 500 000 Euro für Menschen mit Behinderungen aus. Das sind fast 60 % des gesamten Sozialtats. Ich meine, diese Zahl sollte man sich merken.

(Uwe Harden [SPD]: Wie viel davon sind Bundesmittel?)

Es ist im Übrigen auch nicht so, Herr Harden, dass sich derjenige an der Gerechtigkeit vergeht, der einzelne Maßnahmen des Sozialstaates hinterfragt.

(Uwe Harden [SPD]: Das hat niemand behauptet!)

Im Gegenteil: Wenn wir nichts ändern, dann werden die Verhältnisse immer ungerechter. Das ist dann in der Tat unsozial. Stabilität und Verlässlichkeit können wir nur dann gewährleisten,

(Uwe Harden [SPD]: Sie können ja noch nicht einmal Partnerschaft gewährleisten!)

wenn wir Mut zu Veränderungen aufbringen. Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD-Fraktion, sind davon weiter entfernt denn je. Sie ersetzen Mut durch Polemik und Handeln durch Blockieren. Gerade damit gefährden Sie die soziale Gerechtigkeit in Niedersachsen mehr als jeder andere.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Uwe Harden [SPD]: Mühsamer Beifall!)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank. - Herr Kollege Möhrmann zur Geschäftsordnung. Bitte schön!

Dieter Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beantragen, dass die Frau Sozialministerin an der Debatte teilnimmt.

(Bernd Althusmann [CDU]: Sie sitzt hier neben mir!)

- Entschuldigung, das habe ich nicht gesehen.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Kollegin Helmhold, Sie haben das Wort zum Sozialbereich. Bitte schön!

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit Regierungsantritt beschwört diese Landesregierung nahezu gebetsmühlenartig eine verlässliche und partnerschaftliche Sozialpolitik. Nun heißt es aber: An ihren Taten sollt ihr sie messen.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

An diese Messlatte hält sich die Landesregierung einem Hochspringer vergleichbar, der die Weltrekordmarke anpeilt und dann auf dem Bauch unter der Stange hindurch kriecht. Denn tatsächlich betreibt diese Landeregierung eine Sozialpolitik der warmen Worte, dies aber kalten Herzens und vor allem mit zugeknöpftem Geldbeutel.

(Norbert Böhlke [CDU]: Wir sind Zehnkämpfer, Frau Kollegin!)

Blinde, Behinderte, Drogen- und Suchtkranke, Aidskranke, Nichtsesshafte, alte Menschen und die Menschen, die sich ihrer annehmen, sie alle sind von teilweise existenzbedrohenden Sparmaßnahmen dieser Landesregierung betroffen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Sie wissen doch, dass das nicht stimmt!)

Tatsächlich zwingt diese Landesregierung die Wohlfahrtsverbände dazu, einvernehmlich Brandbriefe zu schreiben, mit denen auf die Gefährdung von Strukturen im Bereich der sozialen Arbeit hingewiesen wird. Tatsächlich kündigten Sie im letzten Jahr kurzfristig und ohne Vorwarnung den Lotto/Toto-Vertrag und kürzten Sie die Mittel aus der Konzessionsabgabe. Das machen Sie dieses Jahr schon wieder. Damit bringen Sie die Wohlfahrtsverbände und die Träger der sozialen Arbeit

an den Rand einer Existenzkrise. Auf der anderen Seite bauen Sie ein neues Lotteriespiel - KENO - als Gelddruckmaschine für den Landeshaushalt auf. Wer soll diese widersprüchliche Haushaltspolitik eigentlich noch begreifen?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Durch Ihren Umgang mit den Wohlfahrtsverbänden zerstören Sie eine wichtige, vertrauensvolle Beziehung. Das haben Ihnen diese in der jüngsten Vergangenheit auch in mehreren Briefen sehr deutlich ins Stammbuch geschrieben. So geht man mit Partnern nicht um, jedenfalls nicht, wenn man behauptet, partnerschaftlich arbeiten zu wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Mit diesem Vorgehen schädigen Sie die Struktur sozialer Arbeit enorm; denn an jedem Euro aus den Lotto/Toto-Mitteln hängen erhebliche Summen an Kofinanzierungen, die durch Ihre Politik der sozialen Arbeit dann noch zusätzlich entzogen werden. Ich nenne das leichtfertig. Leichtfertig schädigen Sie auch das bürgerschaftliche Engagement, das hier in hohem Maße erbracht wird. Dafür stehen allein in Niedersachsen 300 000 Ehrenamtliche im Zusammenhang der Verbände. Dieses Engagement braucht aber hauptamtliche Strukturen, um überhaupt existieren zu können. Mit Ihrer Politik schädigen Sie die Zivilgesellschaft. Regelmäßige warme Worte und Preise für das Ehrenamt sind nur Ihre weiße Salbe, um von Ihrer tatsächlichen Politik des sozialen Kahlschlags abzulenken.

Bezeichnenderweise, meine Damen und Herren, ist der Sozialpolitik in Ihrer fünfseitigen Erklärung vom 26. Februar 2004 nach einem Jahr CDU/FDP-Regierung nicht eine einzige Zeile gewidmet. Wirtschaft, Verkehr, Bildung, innere Sicherheit, Europapolitik - alles ist wortreich erläutert. Das soziale Niedersachsen kommt nicht vor. Tatsächlich sind Sie ja auch gerade dabei, es abzuschaffen. Das wollten Sie im Februar nicht auch noch aufschreiben. Dafür habe ich sogar ein gewisses Verständnis.

Die bisherige Arbeit der Landesregierung ist auch von erheblichen Rückschlägen für die Frauen in Niedersachsen gekennzeichnet, meine Damen und Herren. Zunächst fiel man über die Frauenbeauftragten her. Die Zahl der hauptamtlichen wird um 60 % dezimiert und die Arbeit der verbliebenen

erheblich erschwert. Dann überraschte die Sozialministerin die Öffentlichkeit mit der Ankündigung, den Gewaltschutzbereich neu zu strukturieren, zu kommunalisieren und die Haushaltsmittel in den nächsten Jahren zweimal um 10 % zu kürzen. Dies stieß verständlicherweise auf erheblichen Widerstand der Betroffenen und auch der Kommunen, die nämlich nicht der schwarze Peter von Frau von der Leyen werden wollten. Unter diesem Druck verkündete die Ministerin dann zwar, Streichungen werde es im Gewaltschutzbereich nicht geben. Tatsächlich aber kürzen Sie bei den Mädchenhäusern, stellen die Landesförderung für die Frauengesundheitszentren und die therapeutische Frauenberatung ein und halten die BISS-Stellen nur unter erheblich verschlechterten Bedingungen aufrecht.

Tatsächlich streichen Sie komplett und äußerst kurzfristig die Mittel für alle Frauenprojekte. Sie alle sind damit in ihrer Existenz bedroht. Stattdessen nehmen Sie die gesamten Mittel und tun sie in einen Topf „Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, für die noch nicht einmal Richtlinien erlassen sind.

In seinem Internetauftritt verkündet das Sozialministerium, sich den Prinzipien von Gender Mainstreaming verpflichtet zu fühlen. Tatsächlich nehmen Sie aber alle Mittel aus den Frauenprojekten und subsumieren sie unter „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Das aber ist unter Gender-Gesichtspunkten kein reines Frauenthema. Denn gerade in diesem Punkt sind das Problem doch nicht die Frauen, sondern die Männer. Wäre das Gender-Konzept angewendet worden, dann dürften die Mittel nicht aus dem Frauenministerium kommen, sondern z. B. im Wirtschaftsministerium ressortieren. Das Konzept würde außerdem vor allem darauf abstellen müssen, auch Männer zur Teilhabe an der Familienarbeit zu bringen. Denn da liegen die Defizite in diesem Bereich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wer anders arbeitet, der zeigt, dass er Gender Mainstreaming noch nicht wirklich verstanden hat. Wie notwendig eine spezifische Gleichstellungspolitik aber weiterhin ist, zeigt der gerade veröffentlichte Bericht über die Umsetzung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes. Noch immer sind Frauen auf allen Ebenen erheblich unterrepräsentiert. Die Frauenförderung wird aber ab-

gebaut. Auch hier also, meine Damen und Herren: Warme Worte auf der Homepage als weiße Salbe - und die Axt in der Hand, um die spezifische Frauenerförderung zu zerschlagen.

Es kann einem angst und bange werden, wenn man sieht, mit welcher Konsequenz und Beharrlichkeit diese Landesregierung gesellschaftliche Anforderungen im sozialen Bereich nicht zur Kenntnis nimmt oder mit den falschen Antworten darauf reagiert. Mittelfristig schaffen Sie nicht durch immer mehr Repression und Polizeisicherheit in diesem Land, sondern vor allem durch eine Sozialpolitik, die den Menschen Chancen auf Teilhabe und Perspektiven für ihre weiteres Leben lässt, die Diskriminierungen - aus welchem Grunde auch immer - abbaut und mit den Akteuren der Zivilgesellschaft vertrauensvoll arbeitet. Dann haben wir eine Chance - anders nicht. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank. - Das Wort hat Frau Kollegin Jahns.

Angelika Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur finanziellen Situation des Landes haben wir gestern und auch heute Morgen schon sehr viel gehört, und wir wissen, wie dramatisch die Situation ist. Für den Sozialhaushalt betone ich aber ausdrücklich: Wir müssen lösungsorientiert an der Verringerung der Verschuldung in Niedersachsen arbeiten und können bei Kürzungen leider auch den Sozialhaushalt nicht außen vor lassen. Wir stehen vor drastischen Einschnitten. Trotz der dramatischen Situation haben es sich CDU und FDP nicht leicht gemacht und versucht, die Belastungen für die Betroffenen so gering wie möglich zu halten. Dies wird sicherlich unterschiedlich bewertet, aber wir schaffen mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf eine solide Grundlage für die soziale Zukunft in Niedersachsen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass es gerade im Sozialetat kaum finanzielle Spielräume gibt. 98 % der Mittel sind gesetzlich gebunden; nur 2 % des Sozialhaushalts stehen für freiwillige Leistungen zur Verfügung. Gerade deshalb erfor-

dert die Verteilung dieser wenigen Mittel ein besonderes Fingerspitzengefühl, um den vielen Forderungen und Anträgen gerecht zu werden und den wirklich Bedürftigen auch weiterhin die Unterstützung zu gewährleisten, die sie brauchen. Für uns war es deshalb besonders wichtig, ganz gezielt Prioritäten zu setzen durch Maßnahmen, die den Menschen in Niedersachsen zugute kommen. Hilfe, wo Hilfe Not tut, ist die Maxime der Sozialpolitiker der Fraktionen von CDU und FDP. Eine Förderung nach dem Gießkannenprinzip, wie sie in der Vergangenheit unter der Vorgängerregierung durchgeführt wurde, wird es mit uns nicht mehr geben. Wir setzen die wenigen Mittel gezielt ein. Unsere sozialpolitischen Schwerpunkte werden die Mehrheit der Menschen erreichen. Wir zeigen Gestaltungswillen in der Sozialpolitik auch in Zeiten fast leerer Kassen.

Einer unserer Schwerpunkte gleich zu Beginn der Regierungszeit war die Änderung des Landespflegegesetzes. Unsere Priorität liegt darin, die ambulante Versorgung zu stärken und auch den Menschen in den Familien die Hilfe zukommen zu lassen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Darüber hinaus setzen wir uns auch für die Integration von benachteiligten Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt ein. Gerade diese Jugendlichen haben es in der Vergangenheit besonders schwer gehabt, weil sie viele verschiedene Institutionen aufsuchen mussten. Die Jugendlichen in den ländlichen Bereichen hatten besondere Probleme, weil es ihnen aufgrund der fehlenden Mobilität vielfach nicht möglich war, das Sozialamt, das Arbeitsamt, RAN oder RABaZ oder das Jugendamt aufzusuchen.

(Zuruf von der CDU: Das haben wir verbessert!)

Deshalb haben wir die Pro-Aktiv-Centren ins Leben gerufen, in denen die benachteiligten Jugendlichen endlich Beratung unter einem Dach finden, was wir als große Verbesserung innerhalb der letzten zwei Jahre angesehen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Hier bekommen Jugendliche jetzt die erforderliche speziell auf sie abgestimmte Beratung. An dieser Stelle möchte ich dem Ministerium und auch den engagierten Kommunen ein Dankeschön ausspre-

chen; denn immerhin ist es innerhalb kurzer Zeit gelungen, 44 Pro-Aktiv-Centren in Niedersachsen einzurichten. Das bedeutet eine fast flächendeckende Versorgung und ist eine tolle Leistung innerhalb dieser kurzen Frist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zuruf von der CDU: Das ist vorbildlich!)

Natürlich sind auch in einem großen Umfang Mittel dafür bereitgestellt worden, immerhin 15 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt und darüber hinaus auch ESF-Mittel. Gerade unter dem Gesichtspunkt, dass am 1. Januar Hartz IV in Kraft treten wird und eigentlich die Bundesagentur diese Beratung übernehmen müsste, möchte ich dies besonders hervorheben. CDU und FDP legen ein besonderes Augenmerk auf diese Jugendlichen, die aufgrund verschiedener Benachteiligungen Schwierigkeiten bei der Integration in das Berufsleben haben. Wir setzen diese Mittel sinnvoll ein.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch das Problem der Nichtsesshaften erwähnen. Zunächst war vorgesehen, diese Mittel zu streichen, weil die Unterstützung und Wiedereingliederung der Nichtsesshaften nach In-Kraft-Treten von Hartz IV ab 1. Januar 2005 Aufgabe der Arbeitsgemeinschaften oder der optierenden Kommunen ist. Aber auch hier hat sich unsere Fraktion überzeugen lassen, dass eine Übergangsregelung gefunden werden muss, damit diese Betroffenen auch weiterhin versorgt sind.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Ein weiterer politischer Schwerpunkt sind die von unserer Sozialministerin ins Leben gerufenen Mehrgenerationenhäuser,

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Oh!)

die die Fraktionen von CDU und FDP auch unterstützen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In den Kommunen und auch bei den privaten Trägern stößt dieses Vorhaben auf große Resonanz. Bis jetzt wurden 13 Häuser eingeweiht; weitere zehn sollen 2005 folgen. Im Haushalt sind für diese Objekte 550 000 Euro eingeplant.

(Uwe Harden [SPD]: Ich dachte, die gäbe es schon!)

Bereits jetzt ist zu erkennen, dass durch die Mehrgenerationenhäuser die früher vorhandenen Familienstrukturen wieder belebt werden und damit die Verständigung zwischen Alt und Jung gefördert wird.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Die Mehrgenerationenhäuser sind mittlerweile beliebte Anlaufstellen für alle Generationen. Ob Kindergartenkinder, junge Mütter, allein Erziehende oder auch Großeltern - alle Generationen bewerten diese Begegnungsstellen als wertvoll. Damit hat Niedersachsen Modellcharakter in der Familien- und Generationenverständigung.

Frau Helmhold hat bereits angesprochen, dass wir einen neuen Titel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit einem Volumen von 250 000 Euro schaffen. Das ist eine ganz wichtige neue Einrichtung, damit Frauen auch in Zukunft in ihrem Interesse, Familie und Beruf zu vereinbaren, in Niedersachsen unterstützt und beraten werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Anschließend an dieses Thema möchte auf die demographische Entwicklung in unserem Land eingehen, die sich dramatisch gerade auch in den Familien auswirken wird. Die CDU-Fraktion hat sich bereits bei den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr der Steigerung der Fallzahlen der demenziell Erkrankten angenommen. Die seelische und körperliche Belastung der Familienangehörigen dieser Erkrankten ist unglaublich hoch. Leider wird diese Krankheit bisher in den Sozialgesetzbüchern nicht berücksichtigt. Es können lediglich ein jährlicher Betrag von 460 Euro für die Inanspruchnahme von Kurzzeitpflegeeinrichtungen oder ein Betrag bis ca. 1 400 Euro für die so genannte Verhinderungspflege geltend gemacht werden. Die allgemeinen Betreuungsleistungen können nicht abgerechnet werden. Meine Damen und Herren von der Opposition, hier muss endlich die Bundesregierung initiativ werden und die Pflegeversicherung entsprechend ergänzen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben bereits im vergangenen Jahr gerontopsychiatrische Zentren unterstützt, die sich mit

dem Aufbau von niedrigschwelligen Angeboten befassen, um flächendeckend für Betreuung zu sorgen. Zur Sicherung der Qualität bedürfen diese niedrigschwelligen Angebote der staatlichen Anerkennung nach § 45 SGB XI. In Niedersachsen gibt es bereits jetzt 88 nach diesen neuen Richtlinien anerkannte Angebote und für 2005 liegen bereits 72 Förderanträge nach diesen Richtlinien vor. Die Fraktionen von CDU und FDP haben hier einen Schwerpunkt zur Unterstützung der Familien gesetzt und bereits im vergangenen Jahr dafür über 1 Million Euro bereitgestellt. Im kommenden Haushaltsjahr wird ebenfalls ca. 1 Million Euro zur Verfügung gestellt.

Meine Damen und Herren, die Vorgängerregierung hat die Einrichtung von Beratungs- und Informationsstellen bei häuslicher Gewalt, die so genannten BISS-Stellen, modellhaft gefördert. Dieses Modellprojekt mit den sechs BISS-Stellen war befristet bis 31. Dezember und wäre ohne die Unterstützung der Fraktionen von CDU und FDP ausgelaufen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Auch wir haben uns immer für den Schutz von Kindern und Frauen vor häuslicher Gewalt eingesetzt. Deshalb haben CDU und FDP dafür Sorge getragen, dass die BISS-Stellen auch im Jahr 2005 weiter gefördert werden. Darüber hinaus haben wir dafür gesorgt, dass ein Konzept für eine flächendeckende Beratung und eine Angliederung an die 33 Polizeiinspektionen entwickelt wird, sodass im ganzen Land eine Beratung und Unterstützung für von Gewalt betroffene Kinder und Frauen gewährleistet wird.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben weiter dafür gesorgt, dass für das ethno-medizinische Zentrum, für das zunächst auch keine Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten, für das Jahr 2005 ein Betrag von 69 000 Euro eingesetzt wird, weil wir es auch für besonders wichtig halten, dass diese Aufgabe - z. B. die Dolmetschertätigkeit, die Beratung für Migranten etwa in Krankheitsfällen in Krankenhäusern oder bei Arztbesuchen - weitergeführt werden kann. Wir sind aber auch der Auffassung, dass über neue Strukturen nachgedacht werden soll, weil diese Aufgabe ja eigentlich von den Krankenkassen bzw. von anderen Trägern übernommen werden müsste.

Darüber hinaus - das ist eben kurz angesprochen worden - sind natürlich Kürzungen bei den Lotto/Toto-Mitteln erforderlich. Aber auch diese Kürzungen wurden etwas abgemildert. Die Kürzungen betragen jetzt nicht mehr 11 %, sondern nur noch 10 %. Das bedeutet, dass die Wohlfahrtsverbände insgesamt über ca. 230 000 Euro mehr verfügen können.

Kritisiert wurde gestern, dass die Regierungsfaktionen den Vorschlag der Landesregierung auf Aussetzung des Städtebauförderungsprogramms nicht korrigiert haben, weil dadurch für Niedersachsen ein erheblicher Investitionsausfall gerade für das Baugewerbe eintritt. Diese Diskussion haben wir mit den betroffenen Kommunen geführt. Es ist ausdrücklich signalisiert worden, dass in vielen Kommunen eine Weiterführung der angefangenen Maßnahmen möglich ist und dass eine Aussetzung für ein Jahr durchaus akzeptiert wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Einzigartig im Bundesgebiet hat sich die Niedersächsische Landesregierung für eine Erhöhung der Investitionen in Krankenhäusern eingesetzt, die von den Regierungsfaktionen unterstützt wird. Die Vorgängerregierung hatte einen Investitionsstau von mehreren Milliarden hinterlassen, den wir abbauen werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen dazu beitragen, dass der Strukturwandel in der Krankenhauslandschaft auch unter Berücksichtigung der Einführung der DRGs, der Reduzierung der Betten, der Veränderungen im Gesundheitswesen unterstützend begleitet wird. Deshalb hat das Land die Mittel um 500 Millionen Euro aufgestockt.

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich mir einen Seitenhieb auf Herrn Gabriel nicht verkneifen. Herr Gabriel, Sie haben gestern den großen Sozialpolitiker markiert. Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie weder in Ihrer Regierungserklärung noch in Ihrer Einjahresbilanz noch in Ihrer Zehnjahresbilanz ein einziges Wort über Sozialpolitik verloren haben.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Zehnjahresbilanz? So lange habe ich gar nicht regiert!)

Sie haben das Wort Sozialpolitik überhaupt nicht gekannt. Ich darf daran erinnern, dass Ihre Sozial-

politiker sehr, sehr unglücklich darüber gewesen sind, dass Sozialpolitik in Ihrem Wortschatz überhaupt nicht vorkam. Insofern sollten Sie sich überlegen, ob Sie andere dementsprechend angreifen.
- Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat der Kollege Schwarz.

Uwe Schwarz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte vorab den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialministeriums danken. Sie haben uns eine schnelle und konstruktive Haushaltsberatung ermöglicht. Das ist bei uns seit vielen Jahren Tradition, und ich finde es gut, dass das fortgesetzt worden ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Kollegin Jahns, ich weiß nicht, was Sie eben gemeint haben mit „ist in Ihrem Vokabular nicht vorgekommen“. Richtig ist, dass wir in der Zeit der SPD-Regierung mit den Vorlagen der Regierung zur Sozialpolitik nicht immer im Einklang standen. Aber richtig ist auch, dass wir sie in der Regel dann sehr maßgeblich korrigiert haben. Ich hätte mir gewünscht, Ihnen wäre das auch möglich gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Nach den ersten 150 Tagen Ihrer Regierung müssen wir feststellen: Die Regierung hat ihre sozialpolitischen Wahlversprechen kaltblütig gebrochen und betreibt eine rigorose Politik des Kahlschlags auf Kosten der Kleinen und Schwachen in unserer Gesellschaft. Sie haben Kürzungen vorgenommen bei den Behinderten, bei Kindern, bei Obdachlosen, bei den Wohnungssuchenden, bei alten Menschen, die auf Pflege angewiesen sind. Sie haben den Gang in die soziale Eiszeit angetreten. Sie haben begonnen, die seit langem gewachsenen und mit viel Mühe aufgebauten sozialen Strukturen in Niedersachsen systematisch zu zerschlagen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU)

- Auf diesen Zwischenruf habe ich gewartet. Damals verzeichnete das Protokoll Beifall auf Ihrer Seite. Das war nämlich ein Originalzitat aus der

Rede von Christian Wulff vom 8. Dezember 1994, meine Damen und Herren!

Es gibt allerdings einen erheblichen Unterschied zu damals. Damals hat es sich verglichen mit dem, was Sie heute im Haushalt anrichten, um Peanuts gehandelt. Die jetzige Regierung hat keine zwei Jahre benötigt, um genau das umzusetzen, was Sie der SPD-Regierung damals vorgeworfen haben:

Sie haben nicht gekürzt, sondern Sie haben die Mittel für obdachlose Menschen ersatzlos gestrichen.

Sie haben die Zuschüsse für Nachsorgeeinrichtungen für Drogenabhängige auf Null gesetzt.

Sie haben die Zuschüsse für geistig Behinderte in Wohngemeinschaften innerhalb von zwei Jahren von 640 000 Euro auf 130 000 Euro gekürzt und werden sie nächstes Jahr auf Null setzen.

Sie haben die Mittel für die Ausbildung zu Fachkräften in der Behindertenpflege schon 2004 ersatzlos gestrichen. In den Behinderteneinrichtungen haben Sie vergangenes Jahr 14 Millionen Euro eingespart, eine Nullrunde durchgesetzt und damit 250 Fachkräfte in die Arbeitslosigkeit geschickt. Für 2005 planen Sie nun exakt das Gleiche. Das bedeutet weniger Fachkräfte, schlechtere Bezahlung und vor allem weniger Zeit für die Zuwendung an Schwerstbehinderte.

Meine Damen und Herren, in der eingangs von mir zitierten Rede des jetzigen Ministerpräsidenten hatte dieser von Kaltblütigkeit und sozialer Eiszeit gesprochen. Ich finde, „kaltblütig“ ist der zutreffende Ausdruck für das, was Sie den Behinderten mit diesem Haushalt antun.

(Beifall bei der SPD)

Dass die Ministerin nach vollmundigen Ankündigungen zu Beginn der Amtszeit noch immer keinen Gesetzentwurf zur Gleichstellung von Behinderten eingebracht hat, vervollständigt übrigens dieses Bild, und die Betroffenen werden es zu beurteilen wissen.

In der Jugendpolitik predigt die Ministerin zwar in diversen Talkshows darüber, was sich alles ändern muss, damit sich in Deutschland wieder mehr Menschen für Kinder entscheiden. Die Diagnose ist meistens sogar zutreffend. Doch die Realität im eigenen Verantwortungsbereich sieht gänzlich anders aus:

Die Förderung von Trägern der Jugendarbeit nach dem Jugendförderungsgesetz ist innerhalb von zwei Jahren um 75 % - ich wiederhole: um 75 % - von 2,6 Millionen Euro auf 0,5 Millionen Euro gekürzt worden.

Die Mittel für den Kinder- und Jugendplan haben Sie von ebenfalls 2,6 Millionen Euro auf Null gesetzt. Die Landesstelle für den Jugendschutz stellte dazu am 23. Juli dieses Jahres fest:

„Außer dem Thema Jugendarbeitslosigkeit haben jugendpolitische Themen bei dieser Sozialministerin keinen Stellenwert. Eine Fortschreibung eines landesweiten Kinder- und Jugendplanes ist derzeit nicht mehr in Sicht.“

In der Tat, Frau Ministerin, sind Sie jugendpolitisch bisher nur damit aufgefallen, dass Sie eine Bundesratsinitiative angekündigt haben, um - zur Sanierung Ihres Haushalts - die Kinder- und Jugendhilfe einkommensabhängig auszugestalten. Diese Bundesratsinitiative ist anscheinend aber nicht auf den Weg gebracht worden. Ersatzweise haben Sie sich erst einmal die Blinden vorgenommen.

Und wer in der Frauenpolitik glaubte, dass eine Ministerin, die auch Frauenministerin ist, Gleichberechtigung einfordern und Maßnahmen zur Durchsetzung der Gleichberechtigung fördern würde, wurde schnell eines Besseren belehrt. Die Frauenministerin hat gerade alle Frauenprojekte ersatzlos gestrichen. Frauenpolitik ist unter dieser Ministerin nicht mehr Förderung der Gleichberechtigung, sondern nur noch Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall von Christina Bührmann
[SPD])

Solange die Gleichberechtigung nicht erreicht ist, brauchen wir aber auch spezielle Frauenprojekte sowie Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, die sich vor allem für die Chancengleichheit von Frauen einsetzen.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Mit dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung der Gemeindeordnung werden die Frauenbeauftragten weitgehend abgeschafft und der örtlichen Kassenlage geopfert.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das ist doch falsch! Den Kommunen wurde das anheim gestellt! Sie wissen doch ganz genau, dass das keine Abschaffung bedeutet!)

- Es ist ja schön, dass Sie so viel von Frauenpolitik verstehen!

Diese Frauenpolitik ist ein bewusster Rückfall in die 60er-Jahre. Die zwei Alibifrauen im Kabinett können darüber auch nicht hinwegtäuschen.

(Beifall bei der SPD)

In der Geschichte Niedersachsens hat es bis heute zweimal einen Krisengipfel der Wohlfahrtsverbände gegeben: am 4. November 2003 und am 25. November 2004, also beide in der kurzen Amtszeit von Frau Ministerin von der Leyen.

(Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo übernimmt den Vorsitz)

Ich finde, das ist keine Leistung, auf die man stolz sein muss. Ich finde, das ist eher eine Leistung, die beschämend ist.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

In einer gemeinsamen Erklärung stellte der Paritätische Niedersachsen fest:

„Blinde Menschen, behinderte Menschen, drogen- und suchtkranke Menschen, Mädchen und Frauen, Migranten und Aidskranke, Gesundheitsförderung - diese Reihe ließe sich beliebig fortsetzen, sie alle sind von zum Teil existenzbedrohenden sog. Sparmaßnahmen der Niedersächsischen Landesregierung betroffen. Langjährig und notwendig aufgebaute Strukturen sozialer Hilfe werden zerstört ... Darüber hinaus hat sich die Landesregierung erneut der den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege zustehenden Lottomittel bemächtigt. Innerhalb von zwei Jahren werden ca. 25 % abkassiert.“

Das, meine Damen und Herren, ist keine Wortschöpfung der Opposition, sondern das schreiben Ihnen die Wohlfahrtsverbände unverblümt ins Stammbuch. Das Schlimme daran ist, sie haben an jeder Stelle Recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie sollten endlich kapieren, dass Wohlfahrtsverbände nicht zu ihrem Selbstzweck arbeiten, sondern nach dem Subsidiaritätsprinzip staatliche Aufgaben wahrnehmen.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Deshalb fördern wir sie ja auch!)

- Deshalb fördern Sie sie im nächsten Jahr mit knapp 3 Millionen Euro weniger. Darüber kann dieses 1 %, das Sie wieder drauflegen, nicht hinwegtäuschen. Sie haben ihnen innerhalb von zwei Jahren 25 % der Mittel weggenommen. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Reinhold Hilbers [CDU]: Und Sie haben Geld ausgegeben, das Sie gar nicht hatten!)

- Wenn Sie ihnen etwas wegnehmen, dann müssen sie das vorher bekommen gehabt haben, nämlich von der SPD-Regierung. Seien Sie doch einmal logisch, Herr Kollege!

Ich weiß im Übrigen wirklich nicht, was Sie treibt; denn entgegen Ihren Sonntagsreden zerstören Sie an dieser Stelle nicht nur die Arbeitsgrundlage für die Wohlfahrtsverbände, sondern zerstören Sie zusätzlich das viel gerühmte ehrenamtliche Engagement. Das ist genau das Gegenteil dessen, was immer verkündet wird.

Die Wohlfahrtsverbände haben uns mitgeteilt, dass am 22. November dieses Jahres ein Gespräch mit der Ministerin geplant war, um wenigstens die atmosphärischen Störungen zu beseitigen. Allerdings - ich zitiere - habe die Ministerin wieder kurzfristig abgesagt und ihren Staatssekretär geschickt.

Meine Damen und Herren, diese Verhaltensweise der Ministerin wird uns zunehmend auch von anderen Verbänden und Einrichtungen zugetragen. Die Ministerin geht zu Smiling-Terminen, zieht ihre Ein-Personen-Show ab, steckt beim Hinausgehen noch die Hütte an und überlässt das Löschen ihrem Staatssekretär.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

- Sie können ruhig den Kopf schütteln. Sie sollten einmal mit Verbänden reden, wie viele hier gegen

die Wand laufen, wenn sie einen Termin haben möchten und wie kurzfristig Termine wieder abgesagt werden. Auch das ist einmalig im Umgang einer Regierung mit Verbänden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In einem *Spiegel*-Interview sagte die Ministerin vor wenigen Tagen: „Ich traue mir noch vieles zu.“

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wir ihr auch!)

Sehr geehrte Frau von der Leyen, angesichts Ihres Umganges mit den Wohlfahrtsverbänden, mit Behinderten und Blinden sage ich Ihnen: Wir trauen Ihnen zwischenzeitlich alles zu.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Beim Städtebau hat die Landesregierung mit ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Kompetenz eine Einsparung von knapp 100 000 Euro vorgenommen. Dies wird dazu führen, dass in den nächsten fünf Jahren Investitionen in Höhe von 450 Millionen Euro in Niedersachsen unterbleiben. Damit verzichtet die Landesregierung im Städtebau auf insgesamt 23 Millionen Euro Bundes- und Europamittel. Sie haben vor Ihrem Amtsantritt Investitionen in Milliardenhöhe gerade zur Förderung der Bauwirtschaft gefordert. Sie tun heute auch an dieser Stelle genau das Gegenteil dessen, was Sie von uns immer eingefordert und was Sie versprochen haben.

Zu Ihrem Hinweis - der ist gerade wieder gekommen -, dass im Jahre 2006 die Städtebauförderung weitergeführt wird, sage ich Ihnen: Warten wir vorsichtshalber erst einmal ab. Die Erfahrungen mit Ihren Zusagen gegenüber Blinden und Behinderten haben eindrucksvoll bewiesen, dass Vertrauen und Verlässlichkeit jedenfalls keine Stärken dieser Sozialministerin sind.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ganz nebenbei gesagt: Im Maßregelvollzug kappen Sie 6 Millionen Euro und verringern die Anzahl der Fachkräfte. Ich sage Ihnen: Diese Position halten Sie genau so lange durch, bis es dort die erste ernsthafte Entweichung gegeben hat.

Zur Begründung der Streichung des Blindengeldes hat Frau von der Leyen den Generationenvertrag und die Generationengerechtigkeit vorgebracht. Das ist in der Tat eine neue Argumentation. Ich glaube nämlich nicht, dass es etwas mit Generationengerechtigkeit zu tun hat, wenn Sie alte, blinde Menschen zu ihren Kindern schicken, damit sie dort betteln müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich glaube, dass es in der Endphase Ihrer Haushaltsdebatte überhaupt nicht mehr um Haushaltspolitik ging. Es gab jedenfalls keine haushaltspolitischen Gründe mehr, die Sie hier in den Vordergrund stellen. Es hat genug Kompromisslinien gegeben - Kompromisslinien vom Blindenverband, aber auch aus der CDU-Fraktion heraus, die ernsthaft eingebracht worden sind. All diese sind unberücksichtigt gelassen worden. Sie hätten es regeln können, aber es ging an dieser Stelle nur noch um eine kalte Machtdemonstration der CDU/FDP-Regierung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Reinhold Hilbers [CDU]: Das ist doch eine Parteitage rede!)

Ich finde es problematisch, dass Sie die jahrzehntelang bestehende konstruktive Zusammenarbeit mit dem Blindenverband zerstört und das Entgegenkommen des Verbandes schamlos ausgenutzt haben.

Der Scheinkompromiss, den Sie heute schließen werden, wird dazu führen, dass ein Großteil der 12 000 Zivilblinden in diesem Land mittelfristig in die Heime abgeschoben und in die Isolation getrieben wird. Das Schlimme ist: Sie wissen das auch ganz genau, weil nämlich ein Teil Ihrer Sozialpolitiker Sie vor dieser Entwicklung gewarnt hat, meine Damen und Herren.

Sie protzen zurzeit in Pressemitteilungen mit tollen Einkommen, die Blinde angeblich zukünftig haben, wenn sie vom Sozialamt Leistungen erhalten. Sie verschweigen bewusst, dass blinde Menschen überhaupt erst dann einen Anspruch auf Blindenhilfe bekommen, wenn ihr Vermögen 2 600 Euro nicht überschreitet.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das hat auch niemand bestritten!)

- Ich möchte Ihnen nur einmal sagen, falls Sie es vergessen haben sollten, Herr Kollege: Das ist die Hälfte einer Monatsdiät eines Abgeordneten. Mit 2 600 Euro bekommen Sie in Deutschland noch nicht einmal eine vernünftige Beerdigung geregelt. Aber genau mit diesem Betrag speisen Sie Blinde ab, bevor sie überhaupt einen Anspruch haben. Sie sorgen dafür, dass Blinde erstens keine Rücklagen mehr bilden können, zweitens nichts mehr ansparen können und drittens wirklich ihren letzten Notgroschen aufopfern müssen, bevor sie überhaupt Leistungen vom Sozialamt bekommen. Und das hat nach Ihrer Ausrichtung etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun? Sie können mir nur Leid tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Norbert Böhlke [CDU]: Völlig lebensfremd!)

Die Wahrheit ist ganz anders. Die Wahrheit ist, dass Sie an dieser Stelle - ob bewusst oder unbewusst, weiß ich nicht, aber nach den vielen Argumenten muss ich unterstellen, Sie tun das bewusst - den blinden Menschen das Selbstbestimmungsrecht nehmen, und - noch viel schlimmer - Sie nehmen ihnen auch das Selbstwertgefühl.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben bewusst ein Exempel statuiert. Herr Rösler hat dies ja auch bestätigt. Er hat gesagt, es sei wichtig, dass man beim Blindengeld den Systemwechsel geschafft habe. - Ich finde, das ist gerade für einen Augenarzt eine ungeheuerliche Aussage.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Alle Mitglieder der CDU-Fraktion, die sich wirklich bemüht haben, das Unheil abzuwenden, hatten keine Chance gegen den neuen Shootingstar der Union, der - das will ich zugeben - kalt lächelnd und zielorientiert den Systemwechsel betrieben hat.

In der Kolumne der *Bild*-Zeitung vom 6. November 2004 beschäftigte sich Frau von der Leyen unter Namensnennung ihrer Zwillinge Victoria und Johanna - Sie haben die dort genannt - mit dem Umgang gehandicapter Menschen. Ich zitiere:

„Wir tendieren oft dazu, nur die Handicaps zu sehen, und verpassen die

Chance, von dem Lebensmut, der Lebensfreude und dem Lebenswillen der behinderten Menschen zu lernen. Diese Botschaft versuche ich auch meinen Kindern weiterzugeben.“

Sehr geehrte Frau Ministerin, es wäre gut, wenn Sie diese Lebensweisheit nicht nur Ihren Kindern weitergeben würden, sondern wenn Sie sie selbst beherzigt hätten. Dann nämlich wäre den Blinden in diesem Land viel erspart geblieben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir fordern Sie auf: Kehren Sie um! Machen Sie Schluss mit dieser Politik des sozialen Kahlschlags auf Kosten der Ärmsten und der Schwächsten in unserem Land! Hören Sie auf, die soziale Infrastruktur in Niedersachsen zu zerstören! - Meine Damen und Herren, das sagte Christian Wulff in seiner Haushaltsrede am 8. Dezember 1994. Ich finde, dem ist aktuell nichts mehr hinzuzufügen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Das Wort hat Frau Meißner für die FDP-Fraktion.

Gesine Meißner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich beginne mit Zitaten, und zwar von Herrn Gabriel. Leider ist er nicht da.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wir sagen es ihm!)

- Es ist schön, dass Sie ihm das sagen wollen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Aber nur, wenn es sich lohnt!)

Zitat 1 - von gestern -: Ziel der Landesregierung ist nicht konsequente Sozialpolitik, sondern konsequenter Umbau des Sozialstaates. - Das ist richtig, das ist aber auch notwendig. Auch Sie von der SPD wissen sicherlich, dass die soziale Sicherung, wie wir sie heute haben, einfach nicht mehr bezahlbar ist und dass wir deshalb einen Umbau des Sozialstaates brauchen. Deswegen kann man es fast als ein Kompliment verstehen, wenn Herr Gabriel uns genau dieses vorwirft.

Zitat 2. Herr Gabriel hat gesagt: Sie werden hier im Lande nicht fürs Lächeln bezahlt, sondern fürs Regieren.

(Zuruf von der SPD: Da hat er Recht!)

Dazu muss ich sagen, das Lächeln kann einem bei dem Haushalt auch ziemlich vergehen, erst recht bei der Sozialpolitik.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das stimmt!)

Dass wir fürs Regieren bezahlt werden, das wissen wir. Wir nehmen das Regieren auch ernst. Gerade darum betreiben wir ja diesen Umbau, der notwendig ist, damit der Sozialstaat wieder bezahlbar wird.

Mein drittes Zitat kommt nun nicht von Herrn Gabriel, sondern von Dietrich Bonhoeffer. Dietrich Bonhoeffer hat gesagt: „Die letzte entscheidende Frage ist, wie man das Leben der kommenden Generationen sichern kann.“

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: So ist es!)

Recht hat der Mann. Gerade deshalb müssen wir jetzt - leider - Einschnitte vornehmen. Um die Sozialpolitik für die Zukunft zu sichern, brauchen wir Einsparungen. Die Frage ist nur, wo eingespart wird.

Ich bin im Sommer beim Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände gewesen. Dort hat man mir gesagt, wo überall nicht gespart werden darf: bei den Toto/Lotto-Mitteln für die Wohlfahrtsverbände, beim Blindengeld und bei der Nichtsesshaftenhilfe. Am Besten, hieß es, sparen Sie gar nicht im Sozialhaushalt. - Ich habe darauf gesagt: Ich kann zwar nachvollziehen, dass Sie das so sehen, aber wir müssen überlegen, wo wir Einsparungen hinbekommen, um in Zukunft überhaupt noch einen Sozialhaushalt zu haben. Das Unsozialste sind nämlich weitere Schulden. Darüber haben wir oft gesprochen, und das versuchen wir zu beherzigen.

Jetzt kommt das dritte Zitat von Herrn Gabriel. Er hat gesagt, es wäre erbarmungslos, eine Gruppe Behinderter gegen eine andere auszuspielen.

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Das ist in der Tat schwierig. Wir müssen im Moment zwar nicht eine Gruppe gegen die andere ausspielen, aber eben ganz genau hinsehen, wer

was bekommt, und versuchen, das möglichst gerecht zu verteilen. Das macht keinen Spaß, ist aber erforderlich, weil der Haushalt so ist, wie er ist, und weil wir auch in Zukunft noch eine Sozialpolitik für unsere Kinder, Enkelkinder usw. finanzieren wollen.

In einigen Bereichen konnten wir Kürzungen abwenden bzw. haben wir gar keine Kürzungen vorgesehen, z. B. - was mich sehr freut - im Bereich Aids, im Bereich Sucht, beim Täter/Opfer-Ausgleich, also bei der sozialpädagogischen Betreuung jugendlicher Straftäter, beim Ehrenamt und bei den Selbsthilfegruppen.

In anderen Bereichen mussten wir allerdings anders verfahren. Der erste Bereich ist - das ist schon vielfach thematisiert worden - das Landesblindengeld. Dazu möchte ich Folgendes sagen: Das war für alle eine enorm schwierige Entscheidung, auch für mich persönlich.

Das Landesblindengeld wurde bis jetzt vermögensunabhängig gezahlt. Wir sind das erste Bundesland, das aus dieser vermögensunabhängigen Zahlung eines Nachteilsausgleichs aussteigt. Der Verantwortung, die wir damit tragen, sind wir uns sehr wohl bewusst gewesen; das können Sie mir glauben. Der Punkt ist nur: Dass das bis jetzt noch niemand gemacht hat, heißt nicht, dass alle anderen es richtiger oder sozial gerechter machen.

Alle Landesregierungen, die jetzt neu an die Regierung gekommen sind, haben darüber diskutiert, ob man hier einen Systemwechsel, wie es so schön heißt, nämlich den Ausstieg aus der vermögensunabhängigen Nachteilsausgleichszahlung, verantworten kann und ob man ihn vollziehen soll. Darüber hatte auch die frühere SPD-Regierung diskutiert, und darüber hat auch ganz aktuell die neue SPD/PDS-Regierung in Berlin diskutiert. Gemacht hat es letztlich niemand. Aber es erfordert ja auch Mut, so etwas zu machen, von dem viele denken, dass es eigentlich richtig wäre, weil wir nicht mehr alles bezahlen können, was wir bezahlen wollen.

Nun bin ich nicht gerade besonders stolz darauf, dass wir die Ersten sind, die sich trauen. Mir ist das auch enorm schwer gefallen. Ich halte es aber den anderen gegenüber für gerecht und für richtig.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dabei ist aber auch Folgendes wichtig: Es ist häufig die Rede davon, dass es, wenn wir das Lan-

desblindengeld streichen, keine Mittel mehr für Blinde gibt. Das ist aber gerade nicht der Fall. Wenn das so gewesen wäre, hätten wir das Landesblindengeld auf keinen Fall gestrichen. Es gibt auf jeden Fall weiterhin die Mittel über das SGB XII, früher das BSHG. Diese Mittel muss man beantragen. Herr Schwarz hat gesagt, dass die Bemessungsgrundlage besonders hoch ist. Das weiß ich auch. Der Punkt ist aber: Das SGB XII ist von der rot-grünen Bundesregierung so verabschiedet worden und sieht nun einmal eine geringe Schlechterstellung der blinden Menschen vor. Das haben nicht wir zu verantworten. Das ist Bundesrecht.

Im Zusammenhang mit dem Landesblindengeld ist auch immer wieder auf Artikel 3 Abs. 3 des Grundgesetzes verwiesen worden: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Das ist uns bewusst. Ich sage nur: Alle Menschen mit Behinderungen, und zwar egal welcher - dabei ist Blindheit sicherlich die schwerste Behinderung -, bekommen entsprechende Zahlungen über die sozialhilferechtlichen Möglichkeiten, die wir in Deutschland haben. Das ist von allen Parteien so geregelt worden. Dem haben alle zugestimmt, auch die rot-grüne Bundesregierung.

Im Zusammenhang mit dem Systemwechsel haben Sie Herrn Rösler zitiert. Das, was er gesagt hat, ist mit Sicherheit ungünstig herübergekommen. Ich weiß sehr wohl, dass das auch ihm nicht leicht gefallen ist.

Wir haben jetzt ein neues System für die Zahlungen an Blinde. Das Landesblindengeld gibt es nur noch für die 0- bis 27-Jährigen. Herr Wulff hat es schon gesagt: Für die 0- bis 18-Jährigen gibt es jetzt sogar noch mehr als vorher, nämlich 300 Euro.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Meine Damen und Herren, ich bitte, die Zweier- und Dreiergespräche draußen zu führen. Ich habe den Eindruck, es hört kaum noch jemand zu.

Gesine Meißner (FDP):

Das ist leider so. Es ist schade, dass gerade bei Sozialpolitik so ein Raunen durch den Saal geht und niemand mehr richtig zuhört.

Wir haben jetzt noch 27 Millionen Euro für blinde Menschen in Niedersachsen zur Verfügung. Damit haben wir 2 Millionen Euro auf das draufgelegt, was vom Bund zur Weitergabe an die Kommunen erwartet wird. 3 Millionen Euro sind für die 0- bis 27-Jährigen. Die 0- bis 18-Jährigen werden besser gestellt. Sie bekommen statt 204,5 Euro jetzt 300 Euro im Monat. Wir haben den Mobilitätsfonds mit 3 Millionen Euro und 21 Millionen Euro, die über die Kommunen auf Antrag verteilt werden können.

Mir persönlich wäre es lieber gewesen, wir hätten die Altersgrenze noch anders festsetzen können. Ich habe in vielen Gesprächen nämlich erfahren, dass es für blinde Menschen dann besonders schwierig ist, wenn sie im Rahmen ihrer Berufstätigkeit erblinden. Gerade dann brauchen sie den entsprechenden Nachteilsausgleich. Auch da greifen zwar die verschiedensten Gesetze, aber gleichwohl hätte ich mir gut vorstellen können, dass man das anders berücksichtigt.

Der Systemwechsel als solcher ist aber absolut richtig. Ich habe auch für ihn gestimmt; das möchte ich ausdrücklich sagen. Wer ein Leben lang gearbeitet und etwas angespart hat, kann sich auch in vertretbarem Umfang bei Erhalt staatlicher Leistung beteiligen.

Jetzt zum nächsten Punkt - Herr Schwarz hat ihn schon angesprochen -, dem Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderung. Sie haben angemahnt, dass es dieses Gesetz noch nicht gibt. Das ist richtig. Aber auch die vorherige Landesregierung hat keinen Gesetzentwurf dazu vorgelegt, obwohl das keine Entschuldigung sein soll.

Es ist im Moment schwierig, dieses Gleichstellungsgesetz auf den Weg zu bringen, und zwar aus folgenden Gründen: Wir haben in der Regierungserklärung Konnexität versprochen. Wir haben den Kommunen gesagt, wir wollen sie nicht mit Kosten befrachten, die wir oben beschließen. Sie wissen ganz genau, dass dort über Behindertenräte und Behindertenbeauftragte gesprochen wird, die wir so bislang nicht haben. Dort müssen wir sehr genau prüfen, ob man das durchsetzen kann und wie man das durchsetzen kann. Darum gibt es auch noch kein Gesetz.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich weiß genau, dass in den Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen - und ich bin in vielen solcher Einrichtungen gewesen, auch in Einrichtungen für Menschen mit Schwerstbehinderun-

gen - Schwerstarbeit geleistet wird. Es gibt leider immer mehr Menschen, die mehrfach schwerstbehindert sind. Auf diese Menschen müssen wir unser besonderes Augenmerk legen. Deshalb enthält der Haushalt des Sozialministeriums auch immer noch mehr als 60 % der Mittel zur Unterstützung dieser Menschen.

Nächster Punkt: die BISS-Stellen. Im Sommer rauschte durch den Blätterwald, dass der Gewaltschutzbereich kommunalisiert werden soll; Frau Helmhold sprach das auch an. Genau das ist aber nicht der Fall. Das war nur ein kurzzeitiges Gerücht. Wir haben uns alle vehement dagegen gewehrt. Gewaltschutz kann man nicht kommunalisieren. Er muss auf jeden Fall eine Landesaufgabe bleiben, und das tut er auch.

Die BISS-Stellen haben in dem Modellprojekt gezeigt, dass sie sehr wertvolle und wichtige Arbeit leisten, um Frauen, Mädchen und Kindern mehr Sicherheit zu geben. Deswegen wollen wir sie auch erhalten; das ist schon angesprochen worden.

Dass es in diesem Bereich jetzt weniger Geld gibt als vorher, hat damit zu tun, dass wir uns nunmehr nach dem Bemessungsschlüssel richten, der in dem Modellprojekt - nachzulesen im begleitenden Bericht - ermittelt wurde: eine BISS-Stelle für 500 000 Einwohner. In diesem Umfang finanzieren wir die BISS-Stellen jetzt. Dass das im Einzelfall bedeutet, dass für eine bestimmte Kommune dann weniger Geld zur Verfügung steht, ist zwar richtig, aber, wie gesagt, wir haben als Bemessungsgrundlage das zugrunde gelegt, was als notwendig erachtet wird.

Wir haben auch gesagt, dass wir die BISS-Stellen landesweit ausweiten wollen. Das ist ab 2006 geplant. Ich hoffe, dass wir das schaffen. Jedenfalls bräuchten wir dafür im Jahr 2006 800 000 Euro, eventuell etwas weniger, nämlich dann, wenn sich das Innenministerium - Herr Minister, Sie sind ja gerade da - dafür stark macht, dass das PPS-Projekt in Hannover fortgeführt wird. Wir sind jedenfalls dazu bereit, uns dafür noch mehr einzusetzen.

Die drei Mädchenhäuser mussten deswegen Streichungen und Kürzungen hinnehmen; das ist richtig. Das finde ich schade, weil ich mich davon habe überzeugen können, dass sie wirklich sehr gute Arbeit leisten. Darum habe ich mich auch dafür stark gemacht, dass zumindest um 10 000 Euro

pro Mädchenhaus weniger gekürzt wird. Das ist zwar nicht viel, aber immerhin etwas.

(Beifall bei der FDP)

Die Mädchenhäuser leisten auch überregionale Arbeit. Dem ist hiermit Rechnung getragen.

Frauenprojekte sind ebenfalls angesprochen worden. Im Jahr 2004 haben wir 2,4 Millionen Euro für die Integration von Frauen in das Erwerbsleben ausgegeben, im kommenden Jahr werden es 2,5 Millionen Euro sein, also sogar noch mehr.

Hier wurde gesagt, die Frauenpolitik würde auf diesen Punkt reduziert. Frau Helmhold, in einem Punkt haben Sie sogar Recht; denn weder das Gender-Thema noch das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind reine Frauenthemen, auch wenn sie in erster Linie Frauen betreffen dürften. Dem müssen wir Rechnung tragen, und darauf müssen wir reagieren. Dass jetzt mehr dafür getan wird als vorher - das wird sogar in Hartz IV berücksichtigt -, ist ja nur gut.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Auch Hartz IV ist schon angesprochen worden. Im Zusammenhang mit Hartz IV müssen wir im Haushalt sogar mehr bereitstellen, als wir eigentlich eingeplant hatten. Aufgrund der Umlagen ist es nun notwendig, 105 Millionen Euro Wohngeld auszus zahlen anstatt - wie ursprünglich geplant - 90 Millionen Euro. Auch die mussten wir erst einmal irgendwie wuppen und unterbringen.

Ansonsten möchte ich zu Hartz IV nur noch so viel sagen: Es ist ganz wichtig, dass wir gemeinsam, also überfraktionell alle Anstrengungen unternehmen, um möglichst viele Menschen in Arbeit zu bringen. Dabei müssen wir auch unklare und unge-regelte Fälle ansprechen, etwa die stationäre Unterbringung, die über sechs Monate hinaus geht. Wir müssen prüfen, ob diese Menschen trotzdem arbeitsfähig sind oder nicht. Das gilt sowohl für Nichtsesshafte als auch für Menschen mit Behinderungen. Da muss die Arbeitsfähigkeit das entscheidende Kriterium für den Bezug des Arbeitslo-sengeldes II und für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt sein. Bei der Umschulung muss man darauf achten, dass alles erhalten bleibt, was sich bewährt hat. Mit einigen Fortbildungen wurde schließlich eine Vermittlungsquote von 100 % erreicht.

Hinsichtlich der Nichtsesshaftenhilfe - das haben sowohl Frau Jahns als auch ich schon angesprochen - haben sich CDU und FDP gemeinsam dafür stark gemacht, dass sie nicht gestrichen wird, sondern dass es Übergangslösungen gibt. Das ist gelungen, und das ist gut so. Denn die Begründung, warum die Nichtsesshaftenhilfe gestrichen werden sollte, war de facto nicht richtig. Es lagen falsche Zahlen vor. Darum ist es gut, dass entsprechend reagiert wurde.

Auch den Jugendbereich hat Frau Jahns schon angesprochen. Neben den Pro-Aktiv-Centren fährt das Wirtschaftsministerium auch noch andere Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Das ist sehr wichtig für die Jugendlichen. Ich spreche zum Thema Chancengleichheit für Jugendliche auch ganz bewusst das Hauptschulprofilierungsprogramm an, das aus meiner Sicht sehr gut dazu dient, die Chancen zu verbessern.

(Zustimmung von Jan-Christoph Oetjen [FDP])

Genauso verweise ich auf alles das, was wir tun, um die Gesundheit der Kinder zu fördern, durch bessere Ernährung und durch Bewegung vom Kindergarten an. Damit tun wir etwas für die Kinder und Jugendlichen, also für die künftige Generation.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zum Jugendbereich gehört auch Steinkimmen. Ich bedauere sehr, dass die Kürzung dort nicht abzuwenden war. Gekürzt worden ist sowohl bei Steinkimmen als auch bei Juist. Juist kann es, meine ich, allein schaffen; bei Steinkimmen ist das äußerst schwierig. Wir als FDP haben uns dafür sehr stark gemacht; einige in der CDU auch. Leider hat sich dafür in der CDU keine Mehrheit gefunden, sodass in diesem Bereich gestrichen werden musste. Ich bedauere das sehr, aber das ließ sich nicht verhindern.

(Beifall bei der FDP)

Zur Homosexuellenselbsthilfe. Frau Janssen-Kucz hat letztes Jahr gesagt, sie geht davon aus, dass wir die Mittel dafür in diesem Jahr endgültig streichen würden. Das haben wir nicht gemacht. Wir haben zwar um 5 000 Euro gekürzt, aber 47 000 Euro sind noch vorhanden. Auch das finde ich sehr gut. Daran kann man sehen: Manchmal sind wir gar nicht so schlimm, wie die Opposition das erwartet.

Nun zu den letzten Punkten. Ganz wichtig war es, bei den Wohlfahrtsverbänden nur 10 % statt 11 % zu kürzen. Sicherlich wäre es am besten gewesen, gar nicht zu kürzen.

(Beifall bei der SPD)

Das ging aber leider nicht. Herr Schwarz hat gesagt, dass es zwei Krisengipfel gegeben hat. Nun gut. Aber wir machen ständig Krisengipfel, weil wir versuchen müssen, diesen Haushalt für die Zukunft über die Runden zu bringen.

Wir kürzen bei den Wohlfahrtsverbänden also nur um 10 %. Dem Sport wurde ja schon sehr früh versprochen, dass bei ihm nur um 10 % gekürzt werde. Uns war wichtig, dass die Wohlfahrtsverbände dem Sport gleichgestellt werden; denn sie leisten hervorragende Arbeit. Ich möchte an dieser Stelle all denjenigen, die in Wohlfahrtsverbänden arbeiten, ausdrücklich danken.

Im Städtebaubereich wird die Förderung ausgesetzt; auch das ist schon angesprochen worden. In einigen wenigen Fällen ist dies schwierig, z. B. in Wilhelmshaven, wo keine Mittel mehr aus 2004 vorhanden sind, die 2005 genutzt werden könnten. In den meisten Fällen ist diese Maßnahme jedoch tragbar. Im Jahre 2006 nehmen wir die Städtebauförderung aber wieder auf.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie jetzt zum letzten Mal, die Gespräche zu unterbrechen. Wenn Sie unbedingt etwas besprechen müssen, dann gehen Sie doch raus!

Gesine Meißner (FDP):

Danke. Leider geht das alles von meiner Redezeit ab.

Das Ethno-medizinische Zentrum ist eine bundesweit einmalige Sache. Deshalb fördern wir es auch in dem Umfang, der tatsächlich benötigt wird. Dieses Zentrum organisiert nicht nur den Dolmetscherdienst für die ausländischen Mitbürger, die ja ein Anrecht darauf haben, beim Arzt und in Bezug auf Medikamente Aufklärung zu erhalten - dies ist also ein wichtiger Punkt der Integration unserer ausländischen Mitbürger -, sondern macht auch weitere sinnvolle Dinge. So hat es z. B. erreicht, dass der Durchimpfungsgrad der Kinder entschei-

dend verbessert wurde und dass die interkulturelle Mundgesundheits besser geworden ist. Das klingt nicht nur gut, sondern das ist auch wichtig und richtig.

Bei der Krankenhausplanung - das ist schon gesagt worden - ist Niedersachsen zukunftsweisend. Wir machen hier mehr als alle anderen Länder. Vor kurzem ist beschlossen worden, dass im nächsten Jahr wieder entscheidend in diesen Bereich investiert wird.

Mein Fazit: Ich möchte mich zunächst bei all denjenigen bedanken, die sich im sozialen Bereich in diesem Jahr tatkräftig eingesetzt haben. Ich verspreche von dieser Stelle aus, dass wir auch im nächsten Jahr weiterhin das Gespräch mit allen führen und über alles Notwendige diskutieren werden.

Als Letztes - ich habe es schon zu Anfang gesagt -: Wir wollen für die Menschen in Niedersachsen eine bezahlbare und möglichst gerechte Sozialpolitik, und zwar nicht nur heute, sondern auch morgen. Dem haben wir entsprochen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Jetzt hat Frau Janssen-Kucz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Meißner, ich bewundere Ihren Optimismus. Aber ich würde einmal sagen: mitgehangen - mitgefangen.

(Beifall bei der SPD)

Da nützt auch Ihr Bedauern nichts, das Sie hier 15 Minuten lang geäußert haben. Sie tragen diesen Haushalt mit, und damit stehen Sie in der Verantwortung!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Der Sozial-, Gesundheits- und Jugendhaushalt, den die Landesregierung vorgelegt hat, ist deprimierend. Da haben auch alle Versuche der Regierungskoalition, noch etwas zu kitten, nichts genutzt. Das ist alles Makulatur.

Das gilt auch für Ihr Versprechen, nach 2005 wird es besser. Wissen Sie was? - Ich habe Sie und Ihre Versprechen bislang immer so erlebt: Die Milch wird ganz schnell sauer.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie haben die Entscheidung getroffen, die Städtebauförderung, die Förderung der Sozialen Stadt auszusetzen. Dabei wissen Sie doch ganz genau, vor welch immensen Herausforderungen die Kommunen im Zuge des demografischen Wandels, der Globalisierung, der Zersiedelung, der Suburbanisierung stehen. Aber das scheint Sie irgendwie nicht zu interessieren. Sie lassen die Kommunen und die Städte in diesen schwierigen Zeiten im Stich. Sie sollen sich erst einmal über das Jahr retten, und dann warten wir auf Ihr Versprechen. Sie, die Sie immer kommunalfreundlich sein wollten, sind eindeutig kommunalfeindlich. Das sage ich Ihnen als Kommunalpolitiker.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Gerade in den Projekten der Sozialen Stadt, gerade dort, wo Arbeitslosigkeit und soziale Bedürftigkeit zu einer Kumulation von Problemen führen, ist es notwendig, Perspektiven für die Menschen aufzubauen. Es geht nicht darum, in Beton zu investieren, wie die Ministerin sagt. Es geht darum, in die Menschen, in ihr Wohn- und Lebensumfeld zu investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das wollen wir mithilfe der Bundesmittel fortsetzen. Aber was machen Sie? - Aussetzen und dann einmal weiter gucken.

Generell scheint der Begriff der sozialen Infrastruktur für diese Landesregierung ein Fremdwort zu sein. Zur sozialen Infrastruktur gehört auch die Gesundheitspolitik. Ich glaube, sogar in Ihrer Koalitionsvereinbarung steht, dass Sie mehr im Bereich der Prävention und der Gesundheitsförderung tun wollen. Gerade in diesem Bereich haben Sie aber ganz heftig gekürzt bzw. die Ansätze gleich auf null gesetzt. - Ich nenne die Gesundheitszentren in Osnabrück und Göttingen. Sie vernichten einfach Einrichtungen. Dort haben wir Einrichtungen, in denen mit viel ehrenamtlichem Engagement wirklich etwas für die Menschen auf den Weg gebracht wird. Sie zerschlagen das jetzt ein-

fach. Sie treten den Menschen vors Schienbein. Sie sind es doch, die immer Eigenverantwortlichkeit predigen. Aber hier hauen Sie drauf.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ehrenamtliches Engagement ist nicht zum Nulltarif zu haben. Man braucht im Hinblick auf die Personal- und Sachkosten schon eine angemessene Infrastruktur.

Ihre Streichorgien und Kürzungen bedeuten keine Einsparungen für das Land. Sie bewirken genau das Gegenteil, wenn Sie von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit reden. Wenn gesundheitsfördernde und präventive Maßnahmen wegfallen, kommen auf die Gesellschaft gewaltige Folgekosten zu. Vor diesen Folgekosten verschließen Sie einfach die Augen.

Beim EMZ haben Sie die Augen gerade noch einmal aufbekommen und zumindest einen Teil der Mittel wieder eingestellt. Aber Sie planen, die Mittel in den Präventionstopf zu verlagern. Das ist ganz einfach: So entlastet sich das Land zulasten der GKV-Präventionsstiftung. Dort entsteht höchstwahrscheinlich ein bürokratisches Monstrum unter Beteiligung der Ministerin in der Bund-Länder-AG.

Ich halte diese Politik für verantwortungslos. Sie trifft in diesem Bereich die Schwachen, die Minderheiten und die kranken Menschen; sie haben bei ihnen keine Lobby.

(Norbert Böhlke [CDU]: Stimmt nicht!)

Drogensuchtpolitik - das ist ein Bereich, der von Ihnen bereits beim letzten Mal hart geschoren wurde. Jetzt fällt auch noch die externe Suchtberatung in den Knästen weg. Die hat sich die Gesundheitsministerin einfach vom Hals geschafft. Dafür ist jetzt die Justizministerin zuständig, die aber keine Haushaltsmittel hat. Dort gibt es fachlich ab sofort keine hoch kompetente Arbeit mehr. Die Folgen werden - das kann ich Ihnen schon jetzt sagen - fatal sein. Auch in diesem Bereich kommen Folgekosten auf die Kostenträger, auf die GKV und die Rentenversicherungsträger zu. Hier organisiert die Landesregierung einen Verschiebebahnhof zulasten anderer Kostenträger.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie haben heute auch die Beratungs- und Präventionsarbeit der Aidshilfe

abgefeiert. De facto wird doch aber gerade der minimale Standard so eben gehalten. Das ist nicht ausreichend. Die Arbeit ist doch weiterhin unterfinanziert. Alarmierend ist die Sorglosigkeit vieler Jugendlicher im Umgang mit den Risiken einer HIV-Infektion. Die immensen krankheitsbedingten Folgekosten stehen in keiner Relation zu einem vergleichsweise minimalen finanziellen Einsatz. Das sollten Sie sich ins Stammbuch schreiben, wenn Sie Ihre Aufgabe und Verantwortung als Landesgesundheitsministerin ernst nehmen. HIV/Aids kennt keine Grenzen. Die Folgekosten hat die Gesamtgesellschaft zu tragen. Aids macht auch kostenmäßig an keiner Grenze Halt. Gegen Aids gibt es immer noch keinen Impfstoff. Das sollten Sie auch bei den Impfkampagnen, die Sie im Lande propagieren, deutlich machen. Man kann und wird sich auch zukünftig nicht gegen alles und jedes impfen lassen können. Prävention hat eindeutig im Vordergrund zu stehen. Diesen Grundsatz treten Sie hier mit Füßen.

Meine Damen und Herren, das gesundheitspolitische Bewusstsein der schwarz-gelben Landesregierung passt eigentlich hervorragend zu dem Agieren der Ministerin auf Bundesebene, wenn es um die Kopfprämie geht. Das von Ihnen unterstützte Modell ist Murks, bleibt Murks und wird hoffentlich ein Papiertiger bleiben. Aber es zeigt doch deutlich den Weg, den die CDU auf Bundesebene gehen will und der hier in Niedersachsen schon einmal geebnet wird, den Weg nämlich in eine ungerechte und vor allem unsolidarische Privatisierung der Gesundheitsrisiken bei geringer Basisversorgung. Sie wollen den Weg in den Thatcherismus, komme, was da wolle. Das werden wir aber verhindern; das verspreche ich Ihnen!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, nun noch ein paar Worte zur Kinder- und Jugendpolitik. Außer dem Mehrgenerationenhaus haben Sie in diesem Bereich nicht allzu viel auf den Weg gebracht. Eigentlich lassen Sie die Familien mit Kindern insbesondere in schwierigen Verhältnissen im Regen stehen. Gestrichen haben Sie - das ist ja positiv - die kostenintensive und unsinnige Unterbringung in geschlossenen Einrichtungen. Diesen Kinderknast mit pädagogischem Anstrich haben wir immer abgelehnt. Doch anstatt jetzt innovative Konzepte zur Unterstützung der Familien und der kommunalen Jugendhilfe im Umgang mit mehrfachdelinquenten Kindern auf den Weg zu bringen, legen Sie die

Hände in den Schoß. Sie haben die Einsparsumme gebraucht. Die Kinder sind Ihnen egal. Soll die Justizministerin in den nächsten Jahren, wenn die Schlagzeilen wieder groß sind, nach dem Altenknast auch den Kinderknast übernehmen? Dann ist zumindest die Sozialministerin die finanziellen Sorgen los.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wo bleibt Ihre Unterstützung für diese Kinder, für diese Familien und für die kommunale Jugendhilfe?

Der Bereich der Jugendsozialarbeit ist trotz aller schönen Worte ein Stiefkind Ihrer Politik. Die Beratung und Vermittlung jugendlicher Arbeitsloser ist vorerst übergangsweise gesichert, aber auch nur deshalb, weil die Landesregierung ansonsten bis 2006 EU-Mittel verschenken würde. Was nach 2006 kommt, ist unklar. Viele Mitarbeiter in RAN-, RABaZ- und Pro-Aktiv-Centern bangen jetzt schon, was kommen wird und was sich diese Landesregierung noch alles einfallen lässt.

Verweisen Sie bitte nicht nur auf Hartz IV, und reden Sie bitte nicht nur über Mehrkosten, Frau Meißner. Die Kosten werden doch vom Bund durchgereicht. Das Land soll sie an die Kommunen weitergeben. Sie belasten das Land nicht so, wie Sie dies dargestellt haben.

Nun noch einmal zum Jugendbereich. Er hat bereits beim letzten Mal ganz heftig geblutet. Jetzt haben Sie noch einmal etwas weggenommen. Die Auswirkungen spüren wir alle doch vor Ort in der Jugendverbandsarbeit. Jeder Einzelne von Ihnen, der Kommunalpolitiker ist, weiß, welche Einschränkungen in diesem Bereich passiert sind und noch weiter geschehen werden.

Aber Ihnen ist ein einmaliges Husarenstück gelungen. Sie haben mit einem Schlag die politische Bildungsarbeit von über 30 Jahren in Niedersachsen zerschlagen. Sie wickeln nicht nur die Landeszentrale für politische Bildung einfach ab, sondern Sie treiben den Jugendhof Steinkimmen in die Insolvenz. Auch für die Jugendbildungsstätte Juist ist die Situation äußerst kritisch. Die Arbeit der Bildungsstätte ist aus unserer demokratischen Geschichte nicht wegzudenken.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

In diesem Bereich ist sehr viel in der Landesjugendakademie getan worden. Sie ist eine tragende Säule der überverbandlichen Jugendbildungsarbeit. Aber Sie reißen diese Säule um. Sie sind nicht einmal bereit, an einer Übergangsfinanzierung zu arbeiten, geschweige denn, darüber nachzudenken. Es soll einfach in die Insolvenz gehen. In meinen Augen ist dieses Verhalten schon fast schizophren. Auf der einen Seite treiben Sie den Jugendhof Steinkimmen in die Insolvenz, und auf der anderen Seite bauen in unmittelbarer Nähe Volksverhetzer eine Bildungsstätte auf, um rechte politische Agitation zu betreiben. Das kann doch wohl nicht wahr sein!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Schauen Sie noch einmal in den Haushalt, ob wir den Jugendhof nicht retten können.

Meine Damen und Herren, diese Art von Politikgestaltung, die Sie uns heute nahe zu bringen versuchen, ist nicht motivierend, sie ist nicht innovativ und auch nicht nachhaltig. Mit Gerechtigkeit hat sie beileibe nichts zu tun. Sie ist einfach nur deprimierend, zerstörerisch und destruktiv.

Herr Sander, was sagen Sie immer? - Wir machen Politik mit den Menschen und nicht gegen die Menschen. - Hier machen Sie Politik gegen die Menschen im Lande Niedersachsen. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich der Ministerin von der Leyen das Wort erteile, möchte ich kurz etwas zu den Zeitbudgets sagen. An Redezeit stehen noch zur Verfügung für die CDU-Fraktion 30 Minuten, für die SPD-Fraktion 12 Minuten, für die FDP-Fraktion 17 Minuten und für die Fraktion der Grünen 11 Minuten. Die Landesregierung hat bereits um 2 Minuten überzogen. Es sind noch zwei Politikbereiche zu besprechen. Sofern die Landesregierung jetzt noch weiter überzieht, können die Fraktionen von der Möglichkeit Gebrauch machen, zusätzliche Redezeit zu beantragen. Diese zusätzliche Redezeit müsste dann aber von der Mittagspause abgehen, weil wir pünktlich um 15 Uhr weitermachen müssen. Sie haben das selbst in der Hand.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Die Landesregierung hat das in der Hand!)

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Dr. Ursula von der Leyen, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mir ist klar, dass ich mich kurz halten muss. - Herr Schwarz, jedes Ihrer Schmähworte, das Sie über die Bedingungen der Blindenhilfe gesagt haben, trifft für die Behindertenhilfe nach SGB XII in Gänze zu, das die Bundesregierung mit allen Ländern beschlossen hat. Mit anderen Worten: Jedes Ihrer Worte müssen Sie also mit Ihrer Partei vor jedem Menschen in Deutschland verantworten, der Leistungen nach dem SGB XII beansprucht. So weit zu diesem Punkt.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Die Frage, über die wir hier streiten, ist Folgende: Können wir den Nachteilsausgleich noch in Gänze, frei von allen finanziellen Bedingungen, zahlen, oder müssen wir Transferleistungen dort leisten, wo der Staat subsidiäre Hilfe leisten muss? Die Entscheidung ist uns schwer gefallen; das zeigt auch die Debatte hier. Sie löst viele kontroverse Diskussionen aus. Aber niemand kann sich vor der Frage nach der Subsidiarität drücken.

Frau Janssen-Kucz, Sie haben zu Recht eingefordert, wenn wir auf Dauer die soziale Marktwirtschaft auch in Zeiten einer dramatischen Wirtschaftsschwäche - ich möchte hier nicht thematisieren, woher sie kommt - sichern wollen, dann müssen wir akzeptieren, dass der Staat denen hilft, die sich nicht alleine helfen können. Wir haben die Rahmenbedingungen gehört, unter denen das Land handeln muss.

Deshalb lassen Sie mich in der Kürze der Zeit, die der Landesregierung noch zur Verfügung steht, ganz knapp ein paar Worte zu den Themen sagen, die bereits dankenswerterweise von Frau Jahns ausführlich angesprochen worden sind.

In der Wohngeldreform - Hartz IV - werden wir die Entlastungen an die Kommunen wie verabredet in Höhe von 105 Millionen Euro weitergeben. Wir werden die Städtebauförderung für ein Jahr aussetzen. Das ist auch richtig so. Wir werden aber 2006 wieder einsteigen. Frau Janssen-Kucz, Sie sagten zu Recht, jeder Bereich muss seinen Bei-

trag leisten, und auch in der Städtebauförderung muss dies erfolgen.

Das Programm für Nichtsesshafte muss neu überarbeitet werden. Es hat bei der Evaluierung schlecht abgeschnitten. Wir haben jetzt Hartz IV. Wir werden Mittel einstellen, sie sind im Haushalt verankert, sodass wir bis spätestens Mitte August eine Übergangszeit haben werden, in der die neuen Träger, die für die Qualifizierung und Beschäftigung Nichtsesshafter zuständig sind, ihre Arbeit aufnehmen können.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich möchte noch einige Worte zu den politischen Schwerpunkten, die auch hier schon thematisiert worden sind, sagen. Zunächst einmal gehe ich auf das Thema Integration in das Arbeitsleben ein. Wir haben für benachteiligte Jugendliche im ganzen Land Pro-Aktiv-Centren geschaffen, die in der wissenschaftlichen Evaluation als wegweisend, als effizient und als zukunftsträchtig ausgezeichnet worden sind. Wir werden dieses Programm weiterführen. Alle Landkreise und Kommunen - 44 haben sich bereits beteiligt; die letzten vier sind dabei, sich zu beteiligen - arbeiten mit. Das zeigt, dass wir auf diesem Weg mit großem Erfolg arbeiten, um die benachteiligten Jugendlichen mithilfe eines gebündelten Programms in Arbeit zu bringen.

Für die Integration von Frauen in das Arbeitsleben stellen wir 2,5 Millionen Euro Landesmittel und 6,3 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds bereit. Selbstverständlich legen wir den Schwerpunkt auf eine familienbewusste Arbeitswelt. Für Väter und Mütter ist es wichtig, das Recht und die Möglichkeit zu erstreiten - auch mit den Möglichkeiten, die das Land hat -, Teilhabe an der modernen Arbeitswelt zu haben. Ich nenne einige Programme stichwortartig: Die Offensive mit den Unternehmerverbänden in Niedersachsen, die Qualifizierung der Tagesmütter und das Programm für junge allein erziehende Mütter in einer dualen Ausbildung in Teilzeit mit Kinderbetreuung, um eine Chance auf den ersten Arbeitsmarkt und eine Chance, aus einer fast sicheren Sozialhilfekarriere herauszukommen, zu haben. Ferner nenne ich unser Programm zur Unterstützung von Existenzgründerinnen, die Mehrgenerationenhäuser und den Familien-TÜV. Der Fokus, meine Damen und Herren, liegt in der Tat - das ist ein politischer Schwerpunkt dieser Landesregierung - darauf, Vätern und Müttern mit Kindern eine reelle Chance

in der modernen Arbeitswelt zu geben; denn sozial ist, was Arbeit schafft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Beim Gewaltschutz ist ausgeführt worden, dass wir das Gesamtvolumen von 3,8 Millionen Euro nicht angetastet haben und es dennoch gelungen ist, das Modellprojekt BISS, das zunächst auslaufen sollte, das wir aber für richtig gehalten haben, weiterhin fortzuführen. Wir werden im nächsten Jahr an einen flächendeckenden Ausbau herangehen.

Meine Damen und Herren, wir tragen mit dem Entwurf dieses Sozialhaushaltes einer sehr schwierigen Haushaltslage Rechnung. Das ist die Anerkennung der Realitäten, vor denen wir uns nicht drücken können. Wir ziehen den Kopf *nicht* ein. Wir verhökern *nicht* weiterhin die Zukunft der Kinder, wie das hier die SPD mit der Landespolitik vorgemacht hat und wie sie es im Bund weiterhin tut.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Auch wenn es unpopulär ist: Wir stellen uns weiterhin der Tatsache, dass Deutschland unter Rot-Grün ärmer geworden ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Es hat sich noch einmal Herr Schwarz zu Wort gemeldet. Herr Schwarz, ich erteile Ihnen das Wort.

Uwe Schwarz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, Sie hören ja immer nur bruchstückweise zu, wenn jemand aus der Opposition redet. Insofern haben Sie sich wieder die entsprechenden Stellen herausgesucht. Ich will Ihnen nur eines sagen: SGB XII ist, wie Sie genau wissen, ein Ausfluss aus dem gemeinsam verabschiedeten Hartz-IV-Gesetz. Es gibt aber einen großen Unterschied zu dem, was Sie gerade gesagt haben. Die bisherigen Sozialgesetzbücher in Deutschland stellten einen richtungsweisenden Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik dar. Dabei wurde bewusst von dem Fürsorgesystem weggegangen, und es wurde bewusst zum Nachteilsausgleich für Menschen mit Handikaps hingegangen. Das war

eine riesige sozialpolitische Leistung. Was Sie in Niedersachsen machen, stellt dieses bundesweit einmalig auf den Kopf. Das ist die Tatsache, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Dr. Harald Noack [CDU]: Sie sagen das mit großer Überzeugung! Aber das ist falsch!)

Das Nächste, was ich Ihnen sagen möchte, das meine ich auch so: Ich habe, wie vielleicht einige von Ihnen, die letzten drei Demonstrationen, die die Blinden hier durchgeführt haben, zum Teil gesehen, zum Teil begleitet. Mir persönlich geht das ziemlich durch und durch, wenn ich dort Menschen mit ihren weißen Stöcken und ihren gelb-schwarzen Kappen - - -

(Zuruf von der CDU: Dann heulen Sie doch!)

- Ich finde, dass „Heul doch!“ ein toller Zwischenruf ist. Ich sage Ihnen ehrlich: Mir sind fast die Tränen gekommen. Aber man muss wahrscheinlich Ihren Charakter haben, um so reagieren zu können, wie Sie das gerade gemacht haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich will genau das sagen: Ich finde es erschreckend, wenn man die Hilflosigkeit dieser Menschen sieht. Ich finde es auch erschreckend, dass - Frau von der Leyen hat das heute Vormittag gesagt - die Hilflosigkeit auch von anderen schwerbehinderten Menschen sieht. Aber man kann doch nicht die, die etwas ganz früh auf den Weg gebracht haben, dafür büßen lassen, weil man nun sozialpolitisch wieder genau in die Urzeit zurück möchte. Es ist doch nicht in Ordnung, wenn man hier den Versuch unternimmt, die eine Gruppe gegen die andere ausspielen zu wollen. Das lassen die übrigens auch nicht mit sich machen. Die Behindertenverbände und Wohlfahrtsverbände stehen geschlossen, obwohl sie alle Interessengruppen von Behinderten zu vertreten haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe vorgestern, wie vielleicht der eine oder andere von Ihnen auch, die Sendung „heute-journal“ gesehen. Es hat sich mit diesem Thema befasst. Das war übrigens überhaupt nicht reißerisch gemacht. Da ist über ein junges blindes Ehepaar berichtet worden, dem es finanziell relativ gut geht. Frau von der Leyen ist da auch zweimal ein-

gespielt worden. Das war ein blindes Ehepaar, deren Morgen damit beginnt, dass ein sprechender Wecker sagt, wie spät es ist. Dieses Ehepaar hat als Hilfsmittel ein Gerät, das ihnen sagt, welche Farbe ihr Kleidungsstück hat, damit sie sich nicht wie ein Clown anziehen. Das ging damit weiter, dass sie Händchen haltend in den Supermarkt gingen, weil sie sich nur so orientieren konnten. Im Supermarkt bekamen sie ihren Rucksack voll gesteckt, weil das Vertrauensverhältnis da war. Das konnten die nicht allein. Dann gingen sie nach Hause und haben ihre Lebensmittel eingeräumt. Dazu hat dann der junge Mann gesagt: Ein Sehender braucht dafür zehn Minuten. Ich brauche dafür zwei Stunden. Aber ich mache das, weil das ein Stück Selbständigkeit ist. - Dann schaute er auf die Uhr - bildlich. Er machte das nämlich mit den Fingern. Er hatte eine blindengerechte Uhr. Im Übrigen hat er einen blindengerechten Computer. Er war nämlich intelligent und arbeitete. Er sagte dann: Das alles habe ich mir vom Blindengeld leisten können. Wenn ich das nicht gekonnt hätte, hätte ich diesen Job nicht.

(Heidrun Merk [SPD]: Genau so ist es!)

Im Übrigen kann ich nur sagen, für mich lohnt es sich zukünftig überhaupt nicht mehr zu arbeiten, weil ich mit Blindenhilfe mehr bekäme, als wenn ich meinen Lebensunterhalt selbst verdiene.

Frau von der Leyen hat darauf geantwortet. Ich fand, nicht sehr qualifiziert; aber das lasse ich einmal außen vor.

An dieser Stelle ist wirklich sehr eindringlich und ohne emotional reißerisch zu wirken - das kann man auch machen -, unter Beweis gestellt worden, welchen Lebensinhalt und welche Lebensperspektive Sie mit Ihrer Entscheidung diesen bedauernswerten Menschen wegnehmen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass Sie das normalerweise mit Ihrem Gewissen nicht vereinbaren könnten. Ich verstehe nicht, dass eine so große Fraktion nicht in der Lage ist, sich in einer so zentralen Frage gegen solche Hardliner in ihren Reihen durchzusetzen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Frau Mundlos, Sie haben sich noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Heidemarie Mundlos (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine, Herr Schwarz, dass Sie bei manchen Dingen ein kleines bisschen offener sein und aufmerksamer zuhören sollten.

(Ursula Körtner [CDU]: Mehr als ein kleines bisschen!)

Wir wollen niemanden gegen einen anderen ausspielen.

(Zurufe von der SPD: Das tun Sie aber!)

Wir maßen uns nicht an zu sagen - wie Sie es machen -, dass die eine Behinderung schwerer wiegt als eine andere Behinderung.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das war Ihre Argumentation von heute Morgen!)

Es gibt dramatische Behinderungen, bei denen alle betroffenen Menschen den Anspruch haben, dass ihnen der Staat zur Seite steht. Deshalb sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit zu den Dingen, die Sie vorhin erwähnt haben: Wir reden mit den Verbänden, die Landesregierung redet mit den Verbänden.

(Silva Seeler [SPD]: Aber sie hört nicht darauf, was diese sagen!)

Es sind nie zuvor so viele Gespräche geführt worden wie in den letzten Monaten.

(Zuruf von der SPD: Was haben die denn davon gehabt?)

Und Ihr Herr Gabriel, der sich als Sozialpolitiker aufgespielt hat, hat durch Abwesenheit gegläntzt, als es zur Sachdiskussion überging und er seinen Showauftritt gehabt hatte.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen, wir nehmen unsere soziale Verantwortung sehr ernst. Wir haben es uns nicht leicht gemacht. Sie dagegen ergehen sich im Moment im Schüren von Sozialneid.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Das wird Sie über kurz oder lang einholen, und zwar ganz gewaltig.

(Beifall bei der CDU - Heidrun Merk [SPD]: Das holt Sie ein!)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Jetzt hat noch einmal Gesine Meißner das Wort.

Gesine Meißner (FDP):

Herr Schwarz, ich habe mich noch einmal gemeldet, weil Sie die Sendung angesprochen haben, die auch ich mir angeschaut habe. Ich habe in der letzten Zeit alles gelesen und alles angeschaut, was irgendwie mit blinden Menschen zu tun hat, weil mir das sehr wichtig war.

Ich wollte nur an einer Stelle eine Richtigstellung vornehmen. Sie haben das zunächst alles richtig berichtet. Dann haben Sie gesagt, dass dieses Ehepaar nur wegen des Landesblindengeldes der Erwerbstätigkeit nachgehen konnte. Das ist nicht richtig.

(Ulrich Biel [SPD]: Sich das erlauben konnten!)

Die Hilfsmittel für den Arbeitsplatz bekommt man auch so. Nun zu der Finanzsituation des Paares: Sie haben gesagt, sie hätten, wenn sie weiter arbeiten würden, wegen des Wegfalls des Landesblindengeldes nur 200 Euro mehr, als wenn sie nicht arbeiten würden. Es ist mir wichtig, das richtig zu stellen. Ich finde es wichtig, über solche Berichte zu reden. Dann muss man aber die Tatsachen richtig darstellen.

(Zuruf von der SPD)

- Es geht schon darum, dass man berufstätig sein kann. Dafür wird gesorgt. Das ist genau der Punkt. Das haben wir uns vorher sehr genau angeschaut.

(Zuruf von der SPD: Es geht nicht ums Reden, ums Helfen! Geredet ist genug! - Weitere Zurufe von der SPD - Glocke der Präsidentin)

Ich wollte es richtig stellen. Ich halte es für wichtig, darüber zu reden, dann aber auch so, wie es tatsächlich war.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Wir kommen jetzt zum Bereich

Kultus

Ich erteile Herrn Jüttner das Wort.

Wolfgang Jüttner (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Kultuspolitiker haben den anderen schon oft Zeit geklaut. Heute ist es umgekehrt. Wir tragen es mit Fassung. Haushaltsplanberatung 2005 zum Kultusbereich heißt, die Arbeit eines Ministers zu bilanzieren, der sich jovial und pragmatisch gibt. Aber, Herr Busemann, unser Fazit vorweg: Versetzung hochgradig gefährdet.

(Beifall bei der SPD - David McAllister [CDU]: Ich denke, du willst das Sitzenbleiben abschaffen!)

- Er will es ja behalten. - Wäre dies nur unser Eindruck, könnten Sie damit sicherlich leben. Aber nicht nur die Opposition in diesem Hause kommt zu diesem Fazit; es sind viele Eltern, Kollegien, Schülervertretungen, die GEW, der VBE und der Schulleitungsverband, bei denen der Unmut über Ihr tägliches Tun kontinuierlich wächst. Gerade die mangelnde Reputation im Kreise der Schulleiterinnen und Schulleiter müsste Ihnen zu denken geben. Wurden Sie vor einem Jahr noch mit Wohlwollen bedacht, war das Gesamtfazit von Frau Ackermann auf der diesjährigen Tagung pointiert: Der niedersächsische Kultusminister hat seinen Kredit verspielt. - Das war die Aussage dort.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir uns die Leistungsbilanz anschauen wollen, komme ich zunächst zu Ihrem Haupttrumpf, der Unterrichtsversorgung. Herr Busemann, der 100-%-Mann. Das ist Ihre Messlatte, Herr Busemann.

(Ulrich Biel [SPD]: Mister 100 %!)

Mit dieser Prozentzahl kann man vielleicht steuern, dass die Unterrichtsstunden im Lande einigermaßen gleichmäßig verteilt werden, mehr aber nicht. Sie sagt nichts darüber aus, wie viel Pflichtunterricht erteilt werden soll. Sie sagt nichts darüber

aus, inwieweit Pflichtunterricht tatsächlich erteilt wird. Um das Ziel medienwirksam verkaufen zu können, musste ein neues Berechnungsmodell her.

(Ursula Körtner [CDU]: Das haben wir immer gefordert! Wenn ihr das mal gemacht hättet!)

Die Details können Sie in der Antwort auf eine Kleine Anfrage nachlesen, meine Damen und Herren. Ich fasse zusammen: Der Anspruch der Schulen auf eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung kann bei Herrn Busemann mit deutlich weniger Stunden gewährleistet werden als vorher. Die Zahl der Lehrersollstunden ist um 33 000 gesenkt worden. Das entspricht 1 200 Lehrerstellen.

(Reinhold Coenen [CDU]: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

- Das steht in der Antwort des Kultusministeriums.
- Mit weniger Lehrerstunden wird bei steigenden Schülerzahlen eine höhere prozentuale Unterrichtsversorgung erreicht. Wir nennen das Schönrechnerei oder Zauberei oder wie Sie wollen. Unredlich ist das allemal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Signal kommt auch aus den Schulen. Nicht nur Verbände, nein, die zahlreichen Briefe aus allen Teilen des Landes signalisieren, es fällt überall und regelmäßig Pflichtunterricht aus. Was helfen 100 %, wenn Englisch, Mathe, Deutsch und andere Fächer regelmäßig über Wochen ausfallen?

Das Problem wird sich verschärfen, meine Damen und Herren. Die Absenkung der Personalmittel um 40 Millionen Euro im nächsten Jahr wird dazu führen, dass mehr als 700 durch Pensionierungen zum 1. Februar 2005 frei werdende Stellen nicht nachbesetzt werden können und dass der traditionelle Einstellungstermin am 1. August weitestgehend ignoriert werden muss.

Wie wäre es, Herr Busemann, wenn Niedersachsen den Schuljahresbeginn aus finanzpolitischen Gründen auf den 1. Dezember legen würde? Denken Sie einmal darüber nach.

Auch wenn Sie es nicht hören wollen: Ihre Probleme bei der Unterrichtsversorgung haben auch damit zu tun, dass Sie ein Schulgesetz beschlossen haben, das Lehrerstunden aufbraucht, ohne zusätzlichen Unterricht zu schaffen - Vorlage 44

vom Kultusministerium, alles nachlesbar. - Das heißt in der Konsequenz: Jedes Jahr geben Sie 90 Millionen Euro für Ihre ideologische Verblendung aus, statt diese Mittel in konkreten Unterricht zu stecken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

In der mittelfristigen Finanzplanung wird es schlimmer. Darüber haben wir heute Morgen schon geredet.

Aber nicht nur bei der Unterrichtsversorgung, sondern auch an anderer Stelle ist Versagen festzustellen. Beispiel Ganztagsschule: Im Kern passt das natürlich nicht in Ihr Frauen- und Familienbild. Aber Sie haben gemerkt, dass diese Position nicht mehr haltbar war. Das hat Frau Bulmahn mit ihrem Ganztagsprogramm erreicht.

Herr Busemann, ganz Pragmatiker: Nach eigener Einschätzung ist er inzwischen der Erfinder der Ganztagsschule. Das ist ganz beeindruckend. Die Wahrheit ist, Herr Busemann, Sie diskreditieren eine Idee, indem Sie genehmigte Ganztagsschulen finanziell kurz halten und sie pädagogisch zahnlos machen. Wir wissen, dass ein pädagogisch ausgerichteter Ganztagsbetrieb ein zentraler Baustein eines erfolgreichen Bildungskonzepts ist. Deshalb unser Haushaltsantrag: 6,5 Millionen Euro, damit alle genehmigten Ganztagsschulen über ein Budget verfügen können.

(Beifall bei der SPD)

Nächster Punkt: Ihr Hohelied auf die Stärkung des vorschulischen Bereichs. Die Verabredung mit den Trägern wurde getroffen. Das ist auch in Ordnung. Aber erklären Sie diesen Trägern und uns: Warum Kürzung der Sprachförderung bereits im Jahre 2004? Warum Kürzung der Sprachförderung im Jahre 2005? Warum Wegfall bzw. Kürzung im muttersprachlichen Unterricht? Warum Streichung der Hausaufgabenhilfe? - Meine Damen und Herren, wir wollen diese Kürzungen nicht. Das unstrittige Hauptdefizit ist ausweislich der internationalen Untersuchungen der sich verschärfende Zusammenhang zwischen sozialem Status und Bildungserfolg. Wir sind uns doch sicherlich einig darin, dass die gezielte Therapie heißt: Förderung der frühkindlichen Phase, zusätzliches Engagement in sozialen Brennpunkten. - Was kommt von Ihnen? - Fehlanzeige. Was halten Sie dagegen? - Stärkung des Hauptschulbereichs. Aber, meine Damen und Herren, ein Blick über die Grenze müsste deutlich machen: In anderen Ländern ist die CDU weiter,

sie weiß, dass diese Position nicht zu halten ist, und erlaubt Kooperationen. In Niedersachsen: Abgrenzung! Meine Damen und Herren, das Konzept mag im Emsland noch aufgehen, in großen Teilen des Landes nicht mehr. Sie sollten mit uns daran arbeiten, dass die Risikogruppen, die natürlich insbesondere an der Hauptschule vertreten sind, eine ernsthafte Chance zu ihrer Persönlichkeitsentwicklung und zur Berufstauglichkeit bekommen. Das findet bei Ihnen nicht statt.

(Beifall bei der SPD - Ursula Körtner [CDU]: So wie bei euch früher!)

Ich will einmal nicht PISA zum Ausgangspunkt nehmen, sondern das Schulwahlverfahren der Niedersachsen. Bei uns gibt es 69 000 Schülerinnen und Schüler auf Privatschulen. Ich glaube, dass die pädagogische Reformfreude auf diesen Schulen im Schnitt größer als in den anderen Schulen ist.

(Ursula Körtner [CDU]: Oh, oh, oh!)

Dort wird Heterogenität der Lerngruppen als Bereicherung begriffen, mit der Rhythmisierung des Schulalltags gearbeitet, und die Elternarbeit ist intensiv. In einem Teil dieser Schulen sind Zensuren und Sitzenbleiben sogar Fremdwörter. Gleichwohl, meine Damen und Herren, gibt es Menschen, die ihre Kinder dort anmelden und dafür zum Teil sogar hunderte von Euro im Monat bezahlen. Ich habe den Eindruck, dass diese Kinder sogar noch gerne in diese Schulen gehen und durch das, was sie an diesen Schulen gelernt haben, vernünftig durch das Leben kommen. Meine Frage, Herr Busemann: Könnten wir vielleicht von den Privatschulen lernen? Müssen wir die staatlichen Schulen nicht attraktiver machen, um eine Entwicklung entlang des Portmonees - Gutbetuchte auf Privatschulen, der Rest verbleibt im staatlichen Bildungswesen - zu verhindern? - Das sind die Fragen, die mich umtreiben. Denn in der Tat, Herr McAllister: Es geht um Unterrichtsqualität. Das ist die zentrale Frage.

(Beifall bei der SPD)

Was macht Herr Busemann? - Er belebt die Debatten aus den 70er-Jahren um Einheitsschule. Platt und peinlich, sage ich Ihnen.

Der zweite Teil meiner Rede - vielleicht redet er; dann kann ich dazu anschließend etwas sagen - befasst sich mit den Fragen, die wirklich wichtig sind, und diese Fragen liegen auf ganz anderem

Felde. Ich hoffe, ich habe die Gelegenheit, hier auch diesen Teil noch vorzutragen; sonst gebe ich ihn zu Protokoll. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Das Wort hat jetzt der Kollege Klare von der CDU-Fraktion.

(Uwe Bartels [SPD]: Das wird schwer, Karl-Heinz!)

Karl-Heinz Klare (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Jüttner, Sie proklamieren draußen die Abschaffung von Sitzenbleiben; ich will mich darüber im Moment nicht unterhalten. Aber den Kultusminister wollen Sie heute sitzen bleiben lassen. Ganz so ernst scheint also das, was Sie draußen gesagt haben, wohl doch nicht gemeint gewesen zu sein. Im Übrigen nur ein Satz: Man muss immer wissen, woher man kommt. Insbesondere dann, wenn man über Förderstufen und die anderen Fragen redet, müssen Sie sich ein bisschen an Ihre eigene Vergangenheit erinnern. Ich komme darauf gleich noch zu sprechen. Ihr Verhalten, sich hier hinzustellen, gerade im Hinblick auf Schulen in freier Trägerschaft diesen Anspruch zu erheben und unsere bevorstehenden Einschnitte so zu kritisieren, ist in Anbetracht der vier massiven Kürzungen, die Sie vollzogen haben - ich habe mitdemonstriert -, Scheinheiligkeit in tiefster Form.

(Beifall bei der CDU)

So können wir nicht miteinander umgehen, sich also nach 22 Monaten so aus der Verantwortung zu stehlen und uns hier einen Berg an Schulden zu hinterlassen. Ein bisschen Ehrlichkeit gehört schon auch hier zum Geschäft.

Meine Damen und Herren, die Regierungsfractionen haben der Bildung einen hohen Stellenwert beigemessen, so wie es auch nötig ist.

(Walter Meinhold [SPD]: Erklären! Beispiele!)

Ich meine, das wird auch in diesem Haushalt deutlich. Der hohe Stellenwert spiegelt sich in diesem Haushalt wider. Aber eines muss ich sagen: Wir müssen auf die von Ihnen ererbte Verschuldung Rücksicht nehmen. Wenn Sie diese 7 Millionen

Euro, die wir hier Tag für Tag an Zinsen bezahlen müssen, auf Schule herunterbrechen, dann könnte man ins Träumen kommen, wenn man das Geld hätte, oder man kann traurig werden, weil wir das Geld eben nicht mehr haben. Ich bin traurig. Für 7 Millionen Euro, auf Schulen heruntergebrochen, könnten Sie jeden Tag eine Schule bauen. Für 7 Millionen Euro könnten Sie den gesamten Schülertransport im Landkreis Diepholz ein Jahr lang bezahlen. Für 7 Millionen Euro könnten Sie auch jeden Tag über 100 Lehrer zusätzlich einstellen. Das ist die Erblast, über die wir reden müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Trotzdem haben wir selbstverständlich weiterhin in Schule investiert, weil das die beste Investition ist, die man sich überhaupt vorstellen kann. Davon hängt die Zukunftsfähigkeit unserer jungen Menschen ab. Das ist auch unsere Motivation. Unsere Motivation für unser Handeln ist die Zukunftsfähigkeit der jungen Menschen. Herr Jüttner, Folgendes ist auch eine Motivation, aber eine negative: Wir mussten jahrelang miterleben, was für eine verfehlte, was für eine chaotische Bildungspolitik Sie auf dem Rücken der Kinder betrieben haben.

(Uwe Harden [SPD]: Und Sie setzen dem Ganzen die Krone auf!)

Meine Damen und Herren, ich sage es Ihnen konkret: Wenn 20 bis 22 % eines Jahrgangs die Schule verlassen, ohne die notwendigen Kenntnisse zu haben, die man braucht, um eine berufliche und persönliche Perspektive zu haben, dann ist das ein sozialer Sprengstoff, den Sie uns hinterlassen haben, den man in seiner Dimension überhaupt noch nicht einschätzen kann. Das ist ein sozialer Sprengstoff für die gesamte Gesellschaft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die zentrale Frage der Schulpolitik ist sicherlich die Unterrichtsversorgung. Nach dem, was ich hier gerade gehört habe, haben wir dazu etwas andere Wahrnehmungen. Es hat einen Paradigmenwechsel gegeben, und ich bin stolz darauf, dass wir einen Paradigmenwechsel geschaffen haben. Wir befinden uns nämlich zum ersten Mal seit über zehn Jahren in einer Situation, in der endlich der Unterricht stattfindet, der in den Stundentafeln dargestellt ist. Das hat es zehn Jahre lang nicht gegeben.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD - Walter Meinhold [SPD]: Das stimmt nicht!)

Meine Damen und Herren, ich habe hier die Debatten geführt, und ich sage auch Ihnen sehr konkret: Wir lassen Sie, insbesondere weil das langfristige Perspektiven sind, hier nicht aus der Verantwortung. Herr Jüttner, Sie reden von Tricks. Ich habe erlebt, dass die alte Landesregierung den Schulen 14 % nach oben geschönte Statistiken vorgelegt hat. Das nenne ich Manipulation und Statistiktrickserei.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist von niemandem in der ehemaligen Landesregierung bestritten worden, sondern das war Fakt, und die Schulleiter haben es Ihnen immer in das Stammbuch geschrieben.

(Uwe Harden [SPD]: Was haben sie denn Ihnen ins Stammbuch geschrieben? Um 30 % geschönt!)

Jetzt haben wir einen Unterrichtserlass, in dem man die Unterrichtsversorgung sehr klar erkennen kann. Die nötige Transparenz ist jetzt da, und die Eltern sind dankbar, dass sie die Angaben durchschauen können.

(Beifall bei der CDU - Walter Meinhold [SPD]: Das ist etwas ganz Neues! - Uwe Harden [SPD]: Die kenne ich nicht, *die* Eltern)

Folgendes ist wichtig, weil wir innerhalb dieser Strukturen besondere Schwerpunkte geschaffen haben. Wir haben z. B. die Pflichtstundenzahl für Schüler erhöht. Das bedeutet für die Grundschule plus sechs Unterrichtsstunden, für die Realschule plus vier Unterrichtsstunden. Andere Schulformen haben mehr Unterrichtsstunden bekommen. Wir haben Wert darauf gelegt, dass innerhalb der Pflichtstunden mehr Unterrichtsstunden für grundlegende Bildung in den Vordergrund gestellt werden.

(Uwe Harden [SPD]: Das nenne ich Tonnenideologie!)

- Darauf komme ich gleich zu sprechen. - Grundlegende Bildung ist auch deshalb als pädagogische Maßnahme wichtig, weil wir wissen, dass bei uns Kinder die Grundschule verlassen haben, ohne lesen, schreiben und rechnen zu können. Meine Damen und Herren, deshalb haben wir hier rea-

giert. Wir sind sogar in der Situation, dass Schüler aus der Hauptschule entlassen worden sind, ohne richtig lesen, schreiben und rechnen zu können. Deshalb müssen wir darauf reagieren und haben darauf mit grundlegender Bildung reagiert. Ich bin davon überzeugt, dass diese Schwerpunktsetzung auf grundlegende Bildung auch im Hinblick auf Standards und Prüfungen von besonderer Bedeutung ist.

Was die Lehrereinstellung anbetrifft, so weiß ich nicht, ob Sie auch insoweit komische Wahrnehmungen haben. Herr Gabriel hat früher während seiner Amtszeit als Ministerpräsident tolle Szenarien aufgebaut. Er wusste nicht, ob es sich um Neueinstellungen, neue Lehrer oder zusätzliche Lehrer handelte. Das waren tolle Sachen. Die Bilanz ist eindrucksvoll, meine Damen und Herren

(Uwe Harden [SPD]: Welche?)

- die kommt jetzt -: 2003/2004 4 202 neue Lehrkräfte, davon 2 500 zusätzliche.

(Walter Meinhold [SPD]: Und wie viele abgebaut?)

- Ich habe es ja gesagt: 4 202 neue und 2 500 zusätzliche. Ich erlaube mir, Ihnen zu sagen: Ein bisschen mehr zuhören.

Im Jahr 2004/05 wurden 1 400 eingestellt. Im Jahr 2005, also mit dem Haushalt, den wir jetzt beraten, werden 2 500 neue Lehrer eingestellt. Sie werden gestaffelt eingestellt, wie hier schon dargestellt worden ist.

(Uwe Harden [SPD]: Das heißt, sie stehen in der Statistik, sind aber nicht da!)

- Das ist völliger Unsinn. Sie sollen zum 1. Februar, zum 1. August und zum 1. November gestaffelt eingestellt werden, weil wir dafür sorgen müssen, dass diejenigen, die ihre Studienseminare abschließen, auch eine Chance haben, sich in Niedersachsen zu bewerben.

(Zustimmung bei der CDU)

Die gehen sonst in andere Bundesländer. Wir wollen aber, dass die Besten aus den Studienseminaren und auch diejenigen mit den besten Fächerkombinationen in Niedersachsen bleiben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich sage Ihnen angesichts der Berechnung, die Sie hier angestellt haben, noch eines, Herr Jüttner: Ich lasse Sie an dieser Stelle nicht aus der Verantwortung, gerade weil Lehrereinstellungen immer langfristig angelegt sind. Sie haben die Einstellungskorridore während Ihrer Regierungszeit auf Null gesetzt. Sie haben nur jede zweite frei werdende Stelle wieder besetzt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb haben wir jetzt diese problematische Situation, die wir nun nach und nach aufzufangen versuchen. Das ist die Situation.

Ich bitte Sie herzlich, Herr Jüttner. Sie hatten ja nicht mehr die Gelegenheit, können aber gleich wieder nach hier vorn kommen.

(Heinrich Aller [SPD]: Sie sind ein schlechtes Vorbild für die Schüler!)

Herr Gabriel hat immer noch nicht klar gesagt, ob die 2 500 Lehrer nun wieder nach Hause geschickt werden oder nicht.

(Heinrich Aller [SPD]: Das machen Sie doch! Das machen Sie doch selbst!)

Kommen Sie hierher und erklären Sie, was Sie wirklich wollen! Er jedenfalls läuft durchs Land und gebärdet sich als Sparkommissar, indem er sagt, die 2 500 Lehrkräfte wären eigentlich die Einsparmasse gewesen.

(Walter Meinhold [SPD]: Keine Märchen, Herr Kollege Klare!)

- Da Sie auch jetzt dazwischen gerufen haben, sage ich Ihnen noch eines: Es ist unglaublich hoch drei, wenn er hier den Sparkommissar macht, gleichzeitig aber Ihre Abgeordneten durchs Land laufen lässt, um ständig das Fehlen eines einzelnen Lehrers an einer Schule zu kritisieren. Das ist eine komische Art von Politik, die niemand versteht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Uwe Harden [SPD]: Und was haben Sie 13 Jahre lang gemacht?)

Meine Damen und Herren, nun ein Wort zur Kürzung der Anrechnungsstunden für Schulleiter. Ich sage Ihnen: Wenn sich ein Ministerpräsident a. D., der so wenig Ahnung von der Situation der Schulleiter hat, erdreistet, die Kürzung der Zahl der An-

rechnungsstunden für Schulleiter zu fordern, dann ist das daneben. Er hat vom schulischen Alltag keine Ahnung.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wo haben Sie das denn gelesen? - Uwe Harden [SPD]: Wo haben Sie das denn her? - Weitere Zurufe von der SPD)

- Kennen Sie das Papier des Ministerpräsidenten a. D. gar nicht? - Ich habe es Ihnen doch vorgehalten. Ich habe im Kultusausschuss Ihre überraschten Gesichter gesehen, weil Sie dieses Papier gar nicht kannten.

(Walter Meinhold [SPD]: Keine Märchenstunde!)

Meine Damen und Herren, die Situation ist anders. Sie haben den Schulleitern alle möglichen Verwaltungsaufgaben zugeteilt. Sie müssen aber berücksichtigen, dass es gerade auf den Schulleiter ankommt, wenn der Betrieb einer Schule gelingen soll.

(Heinrich Aller [SPD]: Herr Klare, in der Opposition waren Sie besser!)

Sie sollten sich einmal die Situation der Bewerber für Schulleiterstellen ansehen. Einige Schulen warten drei Jahre. Ich kann nur sagen: Hören Sie auf mit Ihrem unverantwortlichen Gerede, das Sie da in die Welt setzen! Sie verunsichern, statt Sicherheit hinsichtlich dessen zu schaffen, was in der Schule positiv läuft.

Jetzt laufen Sie durchs Land - vor allem Sie, Herr Jüttner - und behaupten, dass die von uns eingestellten Lehrer durch unsere Schulreform quasi wieder „aufgefressen“ würden. Wenn Sie auf diese Weise durchs Land laufen, dann müssen Sie bitte auch sagen, was Sie wieder abschaffen wollen.

(Walter Meinhold [SPD]: Richtig!)

Wollen Sie - dafür sind die Lehrer nämlich eingestellt worden - die Sprachförderung im Vorschulalter abschaffen?

(Walter Meinhold [SPD]: Nein!)

Wollen Sie die Ganztagsbetreuung abschaffen? Die Hochbegabtenförderung?

(Walter Meinhold [SPD]: Nein! Kein Mensch!)

Das Abitur nach Klasse 12? Die Stärkung der Naturwissenschaften? Die Stärkung der grundlegenden Bildung? - All das ist mit den zusätzlichen Lehrern geschaffen worden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Walter Meinhold [SPD]: Nein, leider nicht!)

Sie aber schicken sie wieder nach Hause. Das kann doch nicht wahr sein!

In anderen Bundesländern beneidet man uns um die Maßnahmen, die wir hier durchgeführt haben. Sie aber mäkeln daran herum. Ich kann nur sagen: Wenn Sie einmal eine große Opposition werden wollen - „groß“ im Sinne von anerkannt -, dann sollten Sie offensichtlich unbestreitbare Erfolge der Landesregierung nicht so klein kariert abtun. Das macht sich am Ende nicht bezahlt. Das kann ich Ihnen sagen. Insofern machen Sie weiter so!

Wissen Sie, was auch zur Erblast gehört? - Über die November-Lehrer haben wir geredet. Unfinanziert. Komisch.

(Walter Meinhold [SPD]: Die Lehrer sind keine Erblast!)

Ich nenne Ihnen jetzt noch ein zweites Problem, das Sie uns hinterlassen haben: Sie haben die Lehrer auf Arbeitszeitkonten arbeiten lassen. Darüber muss hier geredet werden. Arbeitszeitkonten bedeuten seit einigen Jahren zwei Stunden mehr. Wenn Sie einmal umrechnen, was das für die Haushalte bedeutet

(Jacques Voigtländer [SPD]: Hätte!)

und in welcher Weise uns diese Erblast belastet, dann bedeutet dies: Unsere Lehrer haben bis zum jetzigen Zeitpunkt 45 000 Unterrichtsstunden aufgearbeitet. Das entspricht einem Gegenwert von 1 730 Lehrerstellen. Das wiederum entspricht einem Gegenwert von 77,8 Millionen Euro, meine Damen und Herren. Das haben Sie uns untergeschoben, und damit müssen wir jetzt klarkommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich sage Ihnen, weil Herr Aller, der ehemalige Finanzminister, gerade hier vorne sitzt: Das ist eine gewaltige Erblast.

(Heinrich Aller [SPD]: Wo ist das denn eine Erblast?)

Es ist eine typische SPD-Methode, die Probleme der Gegenwart auf Kosten der Zukunft zu lösen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Heinrich Aller [SPD]: Gucken Sie einmal in die Privatwirtschaft, wie das da gemacht wird! Sie haben keine Ahnung, Herr Kollege! Das gibt's gar nicht!)

Meine Damen und Herren, wir haben gestern über PISA geredet. Über die Art, in der diese Debatte geführt worden ist, habe ich mich gewundert. Dazu kann ich nur sagen: Die Bundesbildungsministerin hat ziemlich dumpf - um es freundlich zu sagen - die Abschaffung der Hauptschule gefordert. Es gibt außer Frau Bulmahn keinen Wissenschaftler und keinen Bildungspolitiker, der aus der letzten PISA-Studie die Abschaffung der Hauptschule herausgelesen hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich sage Ihnen: Das ist eine bewusste Täuschung und Irreführung der Öffentlichkeit. Wer diese Studie nutzen will, um Debatten zu führen, wie sie vor 30 Jahren geführt worden sind, der läuft Gefahr, von den wesentlichen Fragen abzulenken.

Herr Jüttner, wir haben an der Gesetzesberatung teilgenommen. Jetzt aber sagen Sie, kombinierte Systeme seien nicht möglich. Wir haben mehr als 200 kombinierte Systeme, also Haupt- und Realschulen, Haupt-, Grund- und Realschulen. Selbstverständlich kann jeder Schulträger kombinierte Systeme, kooperative Systeme einführen - natürlich mit schulzweigbezogenem Unterricht. Wir haben jetzt nach dem neuen Schulgesetz 180 oder 200 solcher kombinierten Systeme. Von daher kann ich nicht sagen, dass es keine kombinierten Systeme und auch keine Zusammenarbeit gebe. Es gibt sie. Die Vielfalt in der Schule ermöglicht es, dass auch andere noch kombinieren und zusammenarbeiten. All das ist nach dem Schulgesetz möglich.

(Heinrich Aller [SPD]: Wie viele kooperative Systeme würden Sie denn zulassen, Herr Kollege?)

Ich weiß auch nicht, Herr Jüttner, woraus Sie die Einheitsschule, die Sie jetzt einführen wollen, eigentlich ableiten. Ich kann nur sagen: Die so genannte Realschule ist nichts anderes als eine Einheitsschule, aber mit den bekannten Problemen im Leistungsbereich und im sozialen Bereich. Nun

haben Sie die Orientierungsstufe gerade abgeschafft, meiner Meinung nach auch aus guten Gründen. Jetzt aber wollen Sie wieder eine integrierte Schule schaffen. Das kann nicht angehen. Das müssen Sie auch einmal jemandem erklären: zuerst abschaffen und dann wieder einführen. Beiläufig müssten Sie auch die Realschulen und die Gymnasien auflösen. Wie Sie das gegenüber der Öffentlichkeit begründen wollen, müssen Sie einmal überzeugend erklären. Jetzt habe ich gelesen, dass Herr Oppermann - er ist jetzt leider nicht da - die Vorklassen wieder flächendeckend einführen wolle. Auch da bin ich sehr gespannt. Sie haben die Vorklassen während Ihrer Regierungszeit abgeschafft, und jetzt wollen Sie sie wieder einführen. Ein bisschen Unklarheit besteht hier noch. Sie müssen das selbst zusammenbringen. Noch gespannter bin ich darauf, wie Sie das finanzieren wollen.

Was man aus PISA ableiten kann, ist, dass für den Unterricht die Qualität entscheidend ist. Die wesentlichen Fragen beziehen sich erstens auf die Stärkung des frühen Lernens, zweitens auf die Verbesserung der Lernstrategien, drittens auf die Gerechtigkeit beim Zugang zur Bildung und viertens auf verbesserte Wege der Integration angesichts der Tatsache, dass wir in Deutschland einen hohen Prozentsatz von Kindern mit Migrationshintergrund haben.

Meine Damen und Herren, wenn Sie jetzt sagen - wie aus Ihren Zwischenrufen ja herauszuhören ist -, dass da nichts getan worden sei, dann kann ich Ihnen nur entgegenhalten, meine Damen und Herren: Sie gehen ja nicht durch die Gegend und registrieren gar nichts mehr. Die neue Landesregierung hat entscheidende Schritte eingeleitet. Erstens legt sie ein besonderes Augenmerk auf die frühkindliche Bildung. Diese Aufgabe haben doch wir alle jahrelang vernachlässigt. Diesbezüglich haben die anderen uns etwas vorgemacht. Jetzt hat der Minister hier aber die Weichen gestellt

(Jacques Voigtländer [SPD]: Nein, hat er nicht!)

und in die frühkindliche Bildung Geld hineingesteckt und den Orientierungsplan geschaffen. Angesichts dessen können Sie doch nicht sagen, dass nichts gemacht worden sei. Endlich ist das Notwendige gemacht worden, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU - Walter Meinhold [SPD]: Auf Papier geschrieben!)

- Für die Sprachförderung von nicht oder nur schlecht Deutsch sprechenden Kindern sind es Lehrer, Herr Meinhold. Diese Sprachförderung ist nicht nur ein hervorragendes Instrument zur Integration von Kindern, sondern auch ein hervorragendes Instrument zur Integration von Familien. Denn über die Sprachförderung geht die deutsche Sprache auch in die Familien hinein, die sonst mit der deutschen Sprache - jedenfalls zum Teil - überhaupt nicht in Verbindung gebracht werden.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Warum wird dann da gekürzt?)

Das ist also ein hervorragendes Mittel. Aber nun dieses Gerede über Kürzungen. Wenn Sie den Bereich der Kindertagesstättenförderung - in diesem Bereich ist tatsächlich gestrichen worden; ich habe Ihnen ja am Anfang gesagt, wie schwer das ist - und den Bereich der Sprachförderung vor der Schule gemeinsam betrachten, dann werden Sie feststellen, dass die Mittel dafür im Haushalt erhöht, nicht aber gekürzt worden sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich bitte Sie, einmal in den Haushaltsplan zu gucken und Ihre Behauptungen nachzuweisen. Dieses Gerede darf so nicht weitergehen, weil es falsch ist. Sie sollten es aufgeben.

Zum ersten Mal gibt es jetzt nach dem Schulgesetz eine verbesserte und verpflichtende Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Schule. Das wird beiden gut tun. Vor allem wird es den Kindern, die jetzt begleitet werden, gut tun. Es gibt die Stärkung der grundlegenden Bildung schon in der Grundschule. Ich habe schon vorhin etwas dazu gesagt.

Die Maßnahmen zur Sprachförderung sind übrigens so gut angelaufen, dass wir schon jetzt über eine faktische Senkung des Einschulungsalters reden können. Auch darüber muss man nachdenken. Das ist schon kurz nach Einführung der Sprachförderung vollzogen. Ein Beispiel ist auch die Stärkung der Elternarbeit durch den verpflichtenden Dialog: Zum ersten Mal schreibt eine Landesregierung einen verpflichtenden Dialog in das Gesetz, meine Damen und Herren. Das kann man doch auch einmal begrüßen, weil es eine sehr positive Maßnahme ist.

(Beifall bei der CDU)

Oder nehmen Sie die inhaltlich neuen Schwerpunkte der Stärkung der Naturwissenschaften, der Fremdsprachen und der neuen Technologien. Oder nehmen Sie die Ganztagsangebote. Meine Damen und Herren, auch bezüglich der Ganztagsangebote laufen Sie durch die Gegend. Das passt Ihnen irgendwie nicht.

(Walter Meinhold [SPD]: Wieso das denn?)

Ich habe festgestellt, dass die Eltern das Ganztagsangebot wegen der hohen Flexibilität als ihr Ganztagsangebot ansehen. Entsprechende Anträge laufen im Lande. Die Eltern wünschen diese Maßnahme.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ach!)

Die Schulen können doch - so wie sonst auch - ihren Unterricht anders strukturieren. Sie können sich dem Lernrhythmus der Schüler anpassen und außerschulische Angebote in die Schulen holen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Bei dem Erlass geht das gar nicht!)

- Dann haben Sie keine Ahnung. Sie sollten sich das einmal anschauen. Wir haben doch immer davon geträumt, dass wir außerschulische Angebote z. B. von Musikschulen und Sportvereinen in die Schulen hineinbekommen.

(Heinrich Aller [SPD]: Das alles wollen Sie doch gar nicht!)

Meine Damen und Herren, ich will das jetzt klar sagen: Wenn das mit weniger Lehrerstunden erreicht werden kann - wie das in den Schulen ja der Fall ist -, dann soll uns das doch recht sein, weil es trotzdem hoch attraktiv ist.

(Beifall bei der CDU)

Herr Meinhold, ich kenne ja Ihre Haltung. Was Sie bei diesem Thema wirklich ärgert, ist, dass Ihr so genanntes Supermodell, den verpflichtenden Ganztagsbereich - d. h. die Schüler sind von morgens bis nachmittags verpflichtend in der Schule, ob sie wollen oder nicht -, in Niedersachsen kein Mensch mehr will. Die Menschen wollen ein flexibles Modell.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir setzen auf Bildungsstandards und zentrale Prüfungen - übrigens bundesweit. Daran muss man nicht herumdiskutieren, sondern das ist eine

gemeinsame Überlegung aller. Durch die Formulierung von Bildungsstandards wird endlich wieder der Blick auf die lange vernachlässigten Ergebnisse der schulischen Arbeit und deren Vergleichbarkeit gerichtet. Natürlich wird sich Schule durch Bildungsstandards verändern. Aber angesichts von PISA kann das ja keine Drohung sein, sondern das muss als Chance verstanden werden.

Meine Damen und Herren, das ist auch Ziel unserer Politik und der Politik der Landesregierung: Ein in Niedersachsen erworbener Abschluss - Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialabschluss - wird dann zum Gütesiegel, mit dem der Staat garantiert, dass bestimmte Dinge verbindlich gekonnt werden. Darauf warten die ausbildende Wirtschaft und die Hochschulen.

(Zustimmung von Ursula Körtner [CDU] und Gesine Meißner [FDP])

Meine Damen und Herren, in der letzten OECD-Teilstudie wurde festgestellt: In Deutschland müssen weder Lehrer noch Schulen Rechenschaft darüber ablegen, was sie leisten und wie sie ihre Ziele erreichen. - Das heißt, unsere Schulen sind die am wenigsten kontrollierten staatlichen Einrichtungen. Wir werden jetzt die Schulinspektionen einführen und die Schulaufsicht reformieren. Unser Ziel ist, durch häufigen und unmittelbaren Kontakt gemeinsam mit den Schulen Stärken und Schwächen zu erkennen und Qualitätsverbesserungen durchzusetzen. Es gibt auf Dauer keine gute Arbeit, wenn sie nicht zugleich reflektiert, überdacht und durch gemeinsames Planen verbessert wird. Man kann auch verkürzt sagen: Es gibt auf Dauer keine gute Arbeit ohne Controlling.

Aber, meine Damen und Herren, auch hier ein Blick zurück in die Geschichte: Wir haben gerade bei Ihnen - Grüne und SPD - über die Jahre hinweg immer wieder eine Abneigung gegen alles, was im Schulbereich mit Aufsicht und Leitung zu tun hat, festgestellt.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist doch Unfug!)

- Fragen Sie einmal den Schulleitungsverband! Der kann Ihnen das bestätigen. - Dieses Verhältnis muss wieder auf die richtige Bahn gebracht werden. Mit Inspektion und neuer Schulaufsicht machen wir das.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, leider hat die Vorgängerregierung die berufsbildenden Schulen völlig aus dem Blick verloren.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Wir haben hier nicht darüber geredet. Damals ist kein Lehrer eingestellt worden.

(Zuruf von Jacques Voigtländer [SPD])

- Ich weiß, dass es einen einzelnen Rufer gegeben hat. Aber der hat bei diesem Thema nichts zu sagen gehabt. Das darf ich einmal in Ihre Richtung sagen. - Wir stärken die berufsbildenden Schulen mit der Zukunftsoffensive Berufliche Bildung. Das ist die Schulform, die immerhin 70 % eines Jahrgangs besuchen. Unsere berufsbildenden Schulen bieten den jungen Menschen eine hochwertige Ausbildung auf der einen Seite, und sie beschulen die Schwachen in unserer Gesellschaft - z. B. im BVJ, im Berufsvorbereitungsjahr, in dem sie ihrer Schulpflicht genügen müssen - auf der anderen Seite, also von Hightech bis hin zu dieser wichtigen sozialen Aufgaben. Das sind unsere berufsbildenden Schulen. Das, was da geleistet wird, muss man anerkennen. Das möchte ich im Namen unserer Fraktion hier auch anerkennend sagen. Ich möchte auch einen Dank an die berufsbildenden Schulen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Kollegen schicken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Berufliche Bildung läuft partnerschaftlich. Sie haben gelesen, dass die Regierungsfaktionen die Mittel für die überbetriebliche Lehrlingsausbildung wieder in den Haushalt eingestellt haben. Das hat eine entsprechende Signalwirkung nach außen, vor allem an die kleinen und mittelständischen Betriebe, die nämlich ihre Ausbildungsleistung über das normale Maß hinaus erfüllen. Ich sage das auch in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit: Die CDU-Fraktion dankt vor allem den mittelständischen und kleinen Betrieben für die großartige Ausbildungsleistung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir als CDU-Fraktion haben uns immer als Sachwalter von Sonder- und Förderschulen sowie von behinderten Kindern verstanden. Wir haben Anträge eingebracht und immer wieder über mehrfach schwerstbehinderte

Kinder, Sonderschulen und Integration diskutiert. Wir haben direkt nach der Regierungsübernahme die Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den Förderschulen eingeleitet. Das Schlimmste, was ich draußen hörte, war, dass diejenigen, die den meisten Unterrichtsbedarf hatten, in Ihrer Regierungszeit am schlechtesten abgeschnitten haben, meine Damen und Herren. Wir haben im letzten Jahr 150 zusätzliche Lehrer eingestellt. In diesem Jahr haben wir 52 Lehrer eingestellt, um die Unterrichtsversorgung an den Sonderschulen zu verbessern. Unser Ministerpräsident Christian Wulff hat zum ersten Mal überhaupt in einer Regierungserklärung den besonderen Stellenwert von Sonderschulen und ihrer Schülerinnen und Schüler dargestellt.

(Heinrich Aller [SPD]: Die Regierungserklärung ist doch hinfällig!)

Zum ersten Mal gibt es einen gemeinsamen Erlass für alle Förderschulen und für alle Förderschwerpunkte. Nach den jahrzehntelangen Diskussionen über alle Bereiche kann ich sagen: Dieser neue Erlass ist ein wirklicher Meilenstein in der Geschichte der Förderschulen und für die Integration von Behinderten in der Schule in diesem Lande.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, weil es hier gerade passt, sage ich etwas zu der Landeszentrale für politische Bildung.

(Walter Meinhold [SPD]: Lieber nicht!)

Vielleicht können wir nachher noch darüber reden. Wir haben die Aufgaben, für die die Landeszentrale zuständig war, weitestgehend in andere Bereiche übernommen. Das kann man nicht bestreiten. Ein Beispiel ist die Gedenkstättenarbeit. Sie wissen das.

(Silva Seeler [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! - Wolfgang Jüttner [SPD]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Aber ich will Sie auch daran erinnern, dass Sie die Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung vor drei Jahren um 60 % gekürzt haben. Das gehört zur ganzen Wahrheit dazu, wenn Sie hier vollmundige Erklärungen abgeben. 60 % weniger Mittel für die Arbeit unserer Landeszentrale und dann hier dicke Backen machen, das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, unser Schulgesetz ist das vielleicht elternfreundlichste in der Geschichte des Landes Niedersachsen. Wir haben zum ersten Mal den verpflichtenden Dialog von Schule und Elternhaus in das Schulgesetz geschrieben - ich habe es vorhin angedeutet; jetzt sage ich es klarer - mit dem Ziel, das Vertrauensverhältnis zwischen Elternschaft und Schule zu stärken. Wir sind uns über die zentrale Bedeutung der Erziehungsverantwortung von Eltern einig. Aber die Eltern müssen diese auch wahrnehmen. Wir wollen mit den Eltern bezogen auf die Schule gemeinsame Wege gehen. Das ist auch unser Appell von hier aus. Wir danken dem Landeselternrat für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünschen ihm für die vielen Arbeiten alles Gute auch im nächsten Jahr.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich zum Schluss ganz herzlich bei der Landesregierung bedanken, bei Herrn Kultusminister Bernd Busemann und natürlich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses - zum einen für die hervorragende Vorbereitung des Haushalts, zum anderen für die wirklich großartige und anstrengende Arbeit bei der Umsetzung der Schulreform, die, was die innere Schulreform anbetrifft, auch noch weiter andauern wird. Ich habe nicht geglaubt, dass wir nach so relativ kurzer Zeit schon so weit kommen würden, wie wir jetzt gekommen sind. Ich beziehe in unseren herzlichen Dank auch den Arbeitskreis Kultus der CDU-Landtagsfraktion mit der Vorsitzenden Ulla Körtner ein. Ihr habt eine tolle Arbeit geleistet!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Walter Meinhold [SPD]: Was ist das denn? Das ist ja wunderbar!)

- Herr Meinhold, Sie dürfen immer Zwischenrufe machen. Das sind wir ja auch so gewohnt. Aber ich lade Sie und die gesamte Opposition herzlich ein,

(Walter Meinhold [SPD]: In euren Arbeitskreis!)

mit uns gemeinsam an der vielleicht seit Jahrzehnten tiefgreifendsten Bildungsreform unseres Landes Niedersachsen mitzuarbeiten. Ich würde mich freuen, wenn Sie das Angebot endlich an-

nehmen und nicht ständig nur mäkeln und kleinkarierte Politik machen würden. - Herzlichen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Korter von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ina Korter (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Keine Angst, so lange wie Herr Klare werde ich jetzt nicht reden.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: So viel Zeit haben Sie auch nicht!)

Dyskalkulie beim Kultusminister? Leidet der Kultusminister unter Rechenschwäche? - Man könnte fast auf diese Idee kommen, kokettiert er doch selbst in der Öffentlichkeit in letzter Zeit so gern damit, er sei wegen Mathematikschwäche sitzen geblieben. Rechenschwäche - das frage ich mich, wenn ich mir den Kultushaushalt anschau. Es gelingt dem Kultusminister einfach nicht, sein Zahlenwerk mit den vollmundigen Ankündigungen und der großspurigen Selbstdarstellung seiner Schulpolitik in Einklang zu bringen. Diese Gleichung, Herr Minister, geht einfach nicht auf. Was behaupten Sie nicht alles zu tun: mehr frühkindliche Bildung, mehr Sprachförderung, mehr individuelle Förderung. Im Kultushaushalt ist das alles nicht wiederzufinden.

(Zustimmung von Wolfgang Jüttner [SPD])

Für die so wichtige frühkindliche Bildung findet sich in Ihrem Haushalt nichts; die steht nur auf dem Papier. Und für die Sprachförderung? - Die alte Landesregierung hatte noch 8 Millionen Euro pro Jahr für die Sprachförderung der 3- bis 6-Jährigen im Kindergarten vorgesehen. Damit konnte die Förderung dort angeboten werden, wo mindestens 40 % der Kinder in einer Kindergartengruppe besondere Sprachprobleme haben. Zugegeben, das war zu wenig, aber immerhin ein Anfang. Die neue Landesregierung hat diese Summe 2004 um 10 % gekürzt, sodass in vielen Kindergärten die gerade angelaufene gute Sprachförderung schon wieder eingestellt werden musste.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

2005 wollen Sie jetzt noch einmal 2,4 Millionen Euro gegenüber dem ursprünglichen Ansatz streichen. Aber Sie, Herr Minister Busemann, schämen sich nicht, sich für die Sprachförderung in den Kindergärten immer wieder selbst zu loben. Wahrscheinlich werden Sie auch dann noch prahlen, wenn das Land nur noch in einem einzigen Kindergarten die Sprachförderung finanziert. Sie reden von Integration, aber ausgerechnet in diesem wichtigsten Bereich kürzen Sie.

Bei der Sprachförderung vor der Einschulung ist es nicht viel besser. Auch hier lobt sich der Minister gern und häufig für ein Programm, das er von der Vorgängerregierung übernommen hat.

(Ursula Körtner [CDU]: Aber nicht finanziert! Keine müde Mark!)

Doch bislang hat er nichts dafür getan, um die offenkundigen Schwächen dieses Programms zu beheben. Die Sprachförderung beschränkt sich auf das letzte halbe Jahr vor der Einschulung, und selbst in diesem halben Jahr fällt sie wegen des Mangels von Lehrern und Vertretungskräften häufig aus.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das stimmt nicht!)

Damit bin ich schon beim Thema Unterrichtsversorgung. Hier erleben wir geradezu ein Lehrstück in Sachen Verschleierung. Das wissen Sie genau, Herr Klare. Vor der Wahl hat die CDU lautstark von einer gesetzlichen Unterrichtsgarantie gesprochen. Davon ist heute keine Rede mehr. Dafür hat sich Minister Busemann selbst auf seine Herkulesschultern für die 2 500 Lehrerstellen geklopft, die er angeblich geschaffen hat.

(Ursula Körtner [CDU]: Was heißt „angeblich“?)

2 500 Stellen sehen nach einer tollen, soliden Zahl aus. Aber was ist tatsächlich aus seiner Herkulesnummer geworden? - Gleich zu Anfang hat er die 700 Stellen, die die SPD geschaffen hatte, wieder kassiert. Übrig waren noch 1 800 Stellen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Rechnen Sie ruhig mit! - Im kommenden Haushalt will die Landesregierung 40 Millionen Euro bei

den Lehrern sparen. Dafür werde keine einzige Stelle gestrichen, sagt der Minister. Aber wie wollen Sie dann die 40 Millionen Euro sparen? - Er wird jede Menge Stellen unbesetzt lassen. Für die Lehrkräfte, die bis zum 1. Februar aus dem Schuldienst ausscheiden, wird es zumindest bis zum Sommer, vielleicht sogar bis zum 1. November, keinen Ersatz geben. Dabei geht es nicht um Einzelfälle. Wenn diese Stellen nur sechs Monate, also bis zu den Sommerferien, unbesetzt bleiben, geht es um fast 1 800 Stellen, um auf die Einsparsumme von 40 Millionen Euro zu kommen.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das müssen Sie anders rechnen!)

Das heißt, dass die gesamten 1 800 Stellen, die Sie selbst noch neu geschaffen haben, mindestens ein halbes Jahr lang unbesetzt bleiben werden.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Die Rechnung ist völlig falsch!)

Außerdem beginnen Sie 2005 bereits mit dem ersten Stellenabbau in der mittelfristigen Finanzplanung. Ihre selbstgefällige Herkulesnummer, Herr Minister Busemann, ist eine Luftnummer.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung können Sie ohnehin nur rechnerisch erfüllen, weil Sie einfach die Bedarfszahlen verändert haben. Was heute nach Ihrem neuen Unterrichtsversorgungserlass 100 % sind, wären nach dem alten Erlass nur 97,2 % gewesen. Da können wir dann doch nicht mehr von Dyskalkulie sprechen, Herr Minister, sondern das ist eine trickreiche Irreführung der Öffentlichkeit,

(Reinhold Coenen [CDU]: Na, na!)

die mit Wahrheit und Klarheit der Haushaltsführung nichts mehr zu tun hat.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie haben die Klassenfrequenzen auf 32 heraufgesetzt, Sie haben Förder- und Zusatzstunden gestrichen. Die Lehrerstunden pro Schüler und Schülerin sind bereits heute wieder auf dem gleichen schlechten Stand wie vor der Wahl. Aber Sie reden die Lage schön, dass man sich nur die Augen reibt.

Meine Damen und Herren, in der vorigen Woche ist uns der neueste PISA-Bericht vorgelegt worden. Wir haben gestern bereits darüber gesprochen. Wieder mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass in unserem Schulsystem Kinder aus benachteiligten sozialen Verhältnissen so schlechte Chancen haben wie in keinem anderen Land. Herr Jüttner hat dazu bereits gesprochen. Unsere Gesellschaft leistet sich noch immer den skandalösen Luxus, mehr als 20 % der Schülerinnen und Schüler ohne das nötigste Rüstzeug aus der Schule zu entlassen. Der Kultusminister aber weigert sich, auch nur den kleinsten Gedanken daran zuzulassen, ob nicht auch unsere überkommene gegliederte Schulstruktur mitverantwortlich sein könnte. Nein, sagt der Minister, und lässt keinen Zweifel zu. Eine wirkliche Reform will er überhaupt nicht. Er prahlt lieber mit der so intensiven Sprachförderung vor der Schule und mit der individuellen Förderung in der Schule.

Über die Sprachförderung vor der Schule habe ich bereits gesprochen; das ist noch viel zu wenig und nicht effizient genug. Wo aber bleibt die individuelle Förderung in der Schule? - Die ist nun wirklich Ihr größter Bluff, Herr Minister. Der Philologenverband hat vor kurzem dringend mehr Förderstunden angemahnt. Die Antwort des Ministers war kühl: Eine Förderstunde pro Klasse sei unbezahlbar. Wer so etwas fordere, sei selber Schuld, wenn eine Arbeitszeitverlängerung wieder in die Diskussion komme. So stopft der Kultusminister selbst seinen Freunden den Mund und bereitet, wie man aus zuverlässigen Quellen hört, langsam eine Arbeitszeitverlängerung für die Lehrer vor. Nächstes Jahr um diese Zeit werden wir sehen, was hier vorgelegt wird.

In die Grundsatzerteile für die verschiedenen Schulformen hat der Minister hineinschreiben lassen, für jede Schülerin und jeden Schüler solle ein individuelles Förderkonzept festgelegt werden. Und wo bleiben die Ressourcen dafür? - Realität ist, dass in vielen Klassen jetzt 32 und mehr Schülerinnen und Schüler sitzen und die Lehrer weniger Zeit denn je haben, sich um diese Kinder zu kümmern. Meine Damen und Herren, wir haben einen Kultusminister, der Jurist ist, nicht Pädagoge. Dieser Minister scheint allzu gern an seine Paragraphen zu glauben. Aber Paragraphen sind nicht von selbst wirksam, wenn man für die Umsetzung nichts tut.

Der Kultusminister hat auch eine Verordnung schreiben lassen, wonach Schülerinnen und

Schüler einen Anspruch haben, bei entsprechenden Leistungen auf höhere Schulformen aufzusteigen. Nun behaupten Sie, Herr Minister, unser Schulsystem sei nach oben durchlässig. So einfach ist das. Um eine Schule nach oben durchlässig zu machen, muss man einen neuen Paragraphen ins Gesetz schreiben oder eine Verordnung erlassen. Aus den Schulen hören wir, dass schon jetzt die ersten Kinder auf die Hauptschule wechseln müssen. Das ist die Durchlässigkeit nach unten, die wir schon ein halbes Jahr nach Ihrer großartigen Schulreform erleben müssen! Förderung haben diese Kinder nicht erlebt, nur Aussortierung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Minister, von Finnland wollen Sie nicht lernen, dass Kinder besser gemeinsam lernen. Sie sollten sich dort aber wenigstens abgucken, dass die Kinder dort auch deshalb besser vorankommen, weil in jeder Schule zusätzliche Fachkräfte zur Verfügung stehen. Das sei wieder viel zu teuer, werden Sie sagen, aber gleichzeitig verschwenden Sie in Ihrem Schulsystem ungeheure Beträge. Ca. 80 Millionen Euro könnten jährlich gespart werden, wenn nicht jeder dritte Schüler mindestens einmal in seiner Schulzeit sitzen bleiben würde. Wie ineffektiv das ist, wissen Sie genau.

(Ursula Körtner [CDU]: Das ist ein Hammer nach dem anderen!)

Auch bei den Lehrkräften verschleudern Sie ungeheure Beträge. Kosten in Höhe von mehr als 100 Millionen Euro pro Jahr entstehen dem Land, weil ein Großteil der Lehrkräfte vorzeitig in Frühpension gehen muss. Trotzdem fehlen noch immer effektive Programme zur Gesunderhaltung der Lehrkräfte. Wenn der Minister die Pension auch gar nicht bezahlen muss - die Frühpensionierungen tauchen nicht im Kultushaushalt auf -, dann fühlt sich der Minister auch nicht dafür verantwortlich.

(Walter Meinhold [SPD]: Das ist doch klar!)

Für eine gute Schule müssen Sie, Herr Minister, aber auch in die Personalentwicklung investieren. Sie sagen immer, es komme Ihnen vor allem auf die Verbesserung der Unterrichtsqualität an. Herr Klare hat das auch wieder gesagt. Aber woher soll diese Qualität kommen, wenn Sie gleichzeitig die Lehrerfortbildung fast auf Null herunterfahren? Sie glauben wohl, wenn Sie noch einen Paragraphen ins

Schulgesetz hineinschreiben, würde alles besser, vielleicht ein Paragraf: „Der Unterricht soll besser werden.“

Herr Minister, Sie haben in der Schulpolitik bislang mächtig dicke Backen gemacht. Aber bis heute haben Sie es nur geschafft, eine Schulform, die Orientierungsstufe, zu zerschlagen, und das in Rekordzeit.

(Angelika Jahns [CDU]: Gott sei Dank!)

Sie sind überhaupt der Meister des Zerschlagens: Orientierungsstufe zerschlagen, KMK am liebsten auch, Hausaufgabenhilfe, Lernmittelfreiheit und nun die Landeszentrale für politische Bildung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie haben bislang nichts auf den Weg gebracht, was man allen Ernstes als nachhaltige Qualitätsverbesserung bezeichnen könnte.

(Zuruf von der CDU: Das haben Sie gar nicht mitbekommen!)

Ihr Ehrgeiz, jede Woche der Landespresse eine neue schulpolitische Großtat verkünden zu wollen, hat Sie zu hektischem Aktionismus verleitet - ob bei der Abschaffung der OS, für deren Nachfolge wir bis heute noch keine Rahmenrichtlinien haben, der Einführung Ihres Mietmodells, der Oberstufenreform. All das haben Sie unüberlegt und in Aktionismus gemacht, und Sie haben sich mehr und mehr in dem Ehrgeiz verzettelt, jede Woche eine neue Schlagzeile zu ergattern.

(David McAllister [CDU]: Glauben Sie das eigentlich selbst, was Sie da sagen?)

Ich komme zum Schluss. Herr Minister, es ist nicht Ihre erste Aufgabe, sich um Ihre persönliche Profilierung zu kümmern, sondern nachhaltig die Unterrichts- und Bildungsqualität in unserem Land zu verbessern. Als ich kürzlich in Hamburg war, ist mir dort ein Slogan auf den Plakaten aufgefallen, die man dort im Moment überall in der Fußgängerzone sehen kann - das passt umgewandelt sehr gut für Niedersachsen -: CDU-Politik in Niedersachsen - wo bleibt eigentlich die Bildung?

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Walter Meinhold [SPD]: Auf der Strecke!)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Das Wort hat jetzt der Kollege Hans-Werner Schwarz für die FDP-Fraktion.

Hans-Werner Schwarz (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mag eigentlich diesen Zeitdruck nicht. Man kann da so wenig ins Detail gehen. Trotzdem muss ich zwei, drei Anmerkungen zu Themen machen, die meine Vorrednerin gerade präsentiert hat.

Es ist mir in der Tat nicht klar, meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Frau Korter, wie penetrant man sich der Tatsache verweigern kann, dass wir eine Rekordzahl von Lehrern haben, nämlich 69 000. Das hatten wir bisher noch nie. Das muss man doch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich bitte Sie dringend: Schüren Sie doch nicht ewig den Gedanken, die Hauptschule sei eine Restschule, sie sei nicht leistungsfähig. Sie tun damit sehr vielen Lehrkräften und sehr vielen Schülern ausgesprochen weh. Lassen Sie das in der Zukunft!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Da Sie ja immer wieder die Einheitsschule propagieren, möchte ich ganz kurz einen Ausschnitt aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 10. Dezember zitieren:

„Jeder finnische Lehrer würde den Kopf schütteln, wenn er leistungsstarke, schwach begabte und verhaltensgestörte Kinder in einer Klasse unterrichten müsste. Die scheinbare Einheitlichkeit der finnischen Schule ist eine optische Täuschung.“

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Setzen Sie sich doch bitte einmal mit diesem Gedanken auseinander! Ich erwarte von Ihnen wirklich einmal eine konstruktive Diskussion auf allen Seiten. Das würde uns insgesamt und vor allen Dingen den niedersächsischen Kindern wirklich helfen.

Eine weitere Vorbemerkung, die ich ein bisschen auf einer versöhnlichen Ebene machen möchte. Bei der Wahl zum Wort des Jahres, so habe ich

vernommen, kam der Begriff „PISA-gebeutelte Nation“ auf Platz 3. Deswegen macht es wirklich Sinn, wenn man in einer Haushaltsdebatte - da schließe ich mich Herrn Jüttner an - nicht unbedingt immer über PISA reden muss. Ich glaube, das ist dann auch mal hilfreich.

Bekanntlich ist der Haushalt die in Zahlen wiedergegebene Politik. Die Positionen im Einzelplan 07 sind den schwierigen Rahmenbedingungen und den Zielsetzungen der Bildungspolitik von CDU und FDP entsprechend angepasst aufgestellt. Im Zusammenhang mit Schule gibt es kluge Menschen, die behaupten, wir hätten kein Bildungsproblem, sondern ein Finanzierungsproblem. Für mich ist das zumindest in Teilen nachvollziehbar. Wer Bildungsqualität verbessern will, braucht Geld - Geld, das in der Vergangenheit zuungunsten der Bildungspolitik in unserem Land ausgegeben worden ist. Das ist übrigens auch sehr leicht nachzuvollziehen und abzulesen.

Wir haben als Auswirkung Ihrer Einstellungspolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD-Fraktion, einen Lehrerberg zwischen 52 und 59 Jahren. Das ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass Sie über viele Jahre hinweg keine Lehrer eingestellt haben und das sozusagen auf dem Rücken der Kinder ausgegetragen haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Sparmaßnahmen tun insbesondere dem Kultushaushalt weh; denn er setzt sich bekanntlich hauptsächlich aus Personalkosten zusammen. Ich meine, es ist positiv anzumerken, dass sich der Anteil am Gesamtvolumen immerhin erhöht. Das ist der Schritt in die richtige Richtung. Wir liegen bei ca. 19 % am Gesamtvolumen. Nach meiner Überzeugung hat aber der Bildungsanteil - ich glaube übrigens, in allen Bundesländern - bei weitem noch nicht den hohen Stellenwert erreicht, der notwendig ist. Er ist notwendig, um der heranwachsenden Generation Chancen im Wettbewerb um gute Bedingungen für das Berufsleben zu ermöglichen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will hier nur einige Punkte nennen, die aus unserer Sicht angesprochen werden müssen.

Zur Landeszentrale für politische Bildung: Nun glaube doch bitte niemand ernsthaft, dass es Spaß macht, eine solche Einrichtung aufzulösen. Das ist ein wahrlich schmerzhafter Eingriff. Dennoch muss

man mal die Dinge hier ins rechte Licht rücken. Wenn Herr Gabriel in seinem emotionsgeladenen und zugegebenermaßen auch kurzweiligen Beitrag gestern zum Haushalt den aus seiner Sicht dringend erforderlichen Erhalt der Landeszentrale damit begründet hat, dass die rechte Szene wieder verstärkt in die Parlamente einzieht, dann liegt das schlicht daneben. Fakt ist, dass rechtsextreme Gruppierungen in der Vergangenheit in Parlamente eingezogen sind, obwohl es Landeszentralen für politische Bildung gegeben hat. Ich spreche mich dafür aus, an unterschiedlichen Stellen private Initiativen, z. B. Stiftungen, zu unterstützen, die politische Bildung zum Ziel haben.

(Beifall bei der FDP)

Nächster Punkt: Freie Schulen dürfen nicht ausbluten. Die FDP-Fraktion hat sich ganz besonders für die Mittel für die Schulen in freier Trägerschaft eingesetzt. Wir sind froh, dass es gelungen ist, für diese Schulen die Sparaufgaben abzufedern; denn die freien Schulen sind eine Bereicherung für die niedersächsische Schullandschaft.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ihre Vielfalt schafft Wahlmöglichkeiten, und Wahlmöglichkeiten fördern den Wettbewerb und damit die Qualität unserer Schulen. Sie nehmen genau wie öffentliche Schulen den Bildungsauftrag des Landes wahr. Jedem im Saal hier ist, glaube ich, klar, dass es für Niedersachsen erheblich teurer wäre, wenn das Land die Arbeit dieser Schulen durch öffentliche Schulen ersetzen müsste.

(Astrid Vockert [CDU]: So ist es!)

Wir gehen davon aus, dass bei der Verteilung der jetzt zur Verfügung stehenden Mittel alle Schulen in freier Trägerschaft, auch die starken, die sich einer Konkurrenz gegenübergestellt sehen, die sich im Wettbewerb beweisen müssen, berücksichtigt werden.

Wichtig ist jedenfalls, für die Zukunft ein verlässliches Finanzierungskonzept für diese Schulen zu entwickeln, das den realen Gegebenheiten angepasst wird. Stichworte wie Bildungsgutscheine, feste Sockelbeträge usw. können daher in die Diskussion mit allen Beteiligten einfließen.

Nächster Punkt, der im unmittelbaren Zusammenhang mit dem gerade Gesagten steht: Wir haben den Begriff „eigenverantwortliche Schule“ deshalb im Schulgesetz festgeschrieben, weil wir der Auf-

fassung sind, dass genau diese Bezeichnung den Weg kennzeichnet, den wir gehen wollen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Der Bildungsstandort Niedersachsen wird erfolgreich sein, wenn den Schulen die Möglichkeit gegeben wird, Schritt für Schritt in eigener Verantwortung festgeschriebene Ziele und Bildungsstandards zu erreichen - natürlich immer unter Berücksichtigung des Artikels 7 des Grundgesetzes; das ist völlig klar. Leider finden wir in diesem Haushalt noch keine Entlastung im Zusammenhang mit der Kultusministerkonferenz. Ich begrüße den niedersächsischen Vorstoß in dieser Frage außerordentlich.

(Beifall bei der FDP)

Nach den bisher eingeleiteten Schritten wird das zwar erst 2006 ein Thema im Haushalt werden, aber man kann ja jetzt schon erwähnen, dass eine Bewegung in diesem Bereich überfällig gewesen ist. Fast 300 000 Euro Erhöhung sind angesichts unserer Verhältnisse im Moment kein Pappenstiel. Hier sind unserer Meinung nach die Bedingungen für eine gute Ausgangsposition geschaffen worden. Ich freue mich auf diese Diskussion bei dem nächsten bzw. übernächsten Haushalt.

(Zustimmung von Ursula Körtner
[CDU])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Verbesserung der Bildungsqualität hängt insbesondere von der Lehrerbildung ab. Wir brauchen Lehrer, die das Vertrauen zu ihren Schülern finden, aber wir brauchen vor allen Dingen, dass Schüler das Vertrauen zu ihren Lehrern finden. Wir brauchen in Zukunft Lehrer, die diagnosefähig sind und die vor allen Dingen schulformbezogen ausgebildet worden sind. Wir müssen noch ganz schön die Augen aufmachen, dass das auch umgesetzt wird.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

In einer zukünftig eigenverantwortlichen Schule wird man Kompetenzen von außen einkaufen können. Ich glaube, das ist auch der richtige Weg.

Die Klammer zwischen Schulinspektion und Schulaufsicht muss geschlossen werden. Ich halte es für außerordentlich wichtig, diesen Prozess jetzt aufmerksam zu begleiten, damit wir, weil wir uns ja in den Anfängen befinden, nicht plötzlich irgendwelche Wege gehen, die nach links oder rechts

ausscheren, und dabei dann plötzlich eigenständige Positionen herauskommen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Ursula Körtner [CDU]: Sehr gut!)

Ich möchte Herrn Klare herzlich dafür danken, dass er noch einmal betont hat, dass wir den Dialog mit den Eltern in das Schulgesetz aufgenommen haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das ist eine ausgesprochen wichtige Aufgabe, die wir damals in den Koalitionsvereinbarungen gemeinsam diskutiert haben. Ich bin froh, dass unsere Vorstellungen weitestgehend gefolgt werden konnte.

Zu den weiteren Punkten. Bei der Ganztagschule sind wir uns, glaube ich, alle weitestgehend einig. Auch für die Sprachförderung muss etwas getan werden. Ich finde, hier ist Kritik durchaus berechtigt. Warum soll man das nicht sachlich und fair miteinander austragen? Wir würden in diesem Bereich gerne viel mehr investieren. Aber man kann - das habe ich schon an anderer Stelle gesagt - einem nackten Mann nun einmal nicht in die Tasche greifen. Deswegen gibt es da Probleme. Aber wir werden weiterhin den Schwerpunkt auf Sprachförderung und auf Ganztagschulen setzen.

Unsere Position zu den Ganztagschulen ist Ihnen bekannt. Wir möchten nicht, dass die Eltern gezwungen werden, ihre Kinder schlicht und einfach abzugeben. Das hatten wir schon in anderen Systemen, die uns nicht sonderlich gepasst haben und die letztlich zu einer Entfremdung der Familien geführt haben. Dem wollen wir entgegenwirken. Ich glaube, wir sind aber auch in dieser Frage auf einem guten Weg.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben ein tolles Schulgesetz verabschiedet. Ich glaube, dass dieser Haushalt eine Menge hergibt, was die Begleitung dieses Schulgesetzes betrifft. Wir sind auf einem guten Weg. Ich freue mich auf die weitere Arbeit in diesem Bereich.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Das Wort hat jetzt der Kultusminister Herr Busemann.

Bernhard Busemann, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Redezeiten sind erschöpft. Wir haben uns gestern Vormittag über Bildung ausgetauscht, wir haben heute Vormittag über Bildung debattiert, und wir haben auch jetzt einiges ausgetauscht. Man muss nicht immer alles künstlich wiederholen.

Ich darf mich zunächst einmal bei den Vertretern der Regierungsfraktionen für die ausführliche Darstellung unserer gemeinsam getragenen Politik bedanken. Damit ist vieles ausgeräumt worden, was hier an Irrtümern verbreitet wurde.

Herr Jüttner, dass wir in der einen oder anderen Frage miteinander ringen, ist doch völlig klar, das entspricht doch auch der parlamentarischen Aufgabenteilung.

Bei Ihnen, Frau Korter, fällt es mir allerdings langsam schwer. Ich weiß nicht, aus welchem bildungspolitischen Nirwana heraus Sie Ihre Betrachtungen anstellen. Da kann ich Ihnen nur noch schlecht folgen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe aber die Bitte - das sage ich mit Bedacht, wie ich es vor ein paar Wochen auch schon getan habe -: Hören Sie auf, Gerüchte zu streuen! Was jetzt von Ihnen wieder in Sachen Lehrerarbeitszeiten verbreitet wird, entbehrt jeder Grundlage. Vier Wochen später muss ich mich hier rechtfertigen, weil von Ihnen Gerüchte gestreut wurden. So geht das nicht!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir alle wissen, dass die Zeiten schwierig sind. Aber wenn wir es geschafft haben - ich habe das heute Morgen angesprochen -, dass immerhin 19,1 % des Gesamtetats für Bildung vorgesehen sind - ein wachsender Anteil in einem insgesamt abfallenden Etat -, dann ist das eine gute Botschaft in schwieriger Zeit. Das mögen Sie nun kritisieren, wie Sie wollen. 100,8 % Unterrichtsversorgung in diesen Tagen ist ein Wert, der sich sehen lassen kann. Da und dort gibt es zwar Einzelfälle, bei denen das nicht stimmt. Aber man merkt doch an der Ruhe in der Schulszene im Lande, dass dieser 100-prozentige Wert stimmt. Deshalb sollte nicht immer künstlich irgendetwas an Problemen hineingeredet werden.

(Hans-Jürgen Klein [GRÜNE]: Das ist Ihre Interpretation!)

Nun zu einem ganz entscheidenden Punkt - das sage ich gerade zu den Sozialdemokraten -: Wir haben 2 500 Lehrerstellen mehr im Geschäft. Diese wollten Sie nicht. Wir haben sicherlich zu schwierigen Maßnahmen, z. B. Entlastungsstunden, Klassenobergrenzen usw., gegriffen. Wir haben noch einmal im Gegenwert von mehr als 2 000 Lehrervollzeitstellen Leistungen für Unterricht erwirtschaftet, was der Schule zugute kommt und dadurch auch der Unterrichtsversorgung.

Ich habe heute Morgen schon angedeutet: Mit den Vorstellungen, die Sie, Herr Gabriel, und auch andere von der sozialdemokratischen Seite in Bezug auf die Umwandlung von Lehrerbeamtenstellen in Angestelltenverhältnisse haben - das hat ja auch Auswirkungen auf die Arbeitszeit -, würden Sie ein Fehl von etwa 1 900 Stellen erzeugen. Zwischen dem, was wir machen, und dem, was Sie tun würden, wenn Sie denn könnten, liegen fast 7 000 Vollzeitlehrerstellen, meine Damen und Herren: 10 % Unterrichtsversorgung. Zwischen uns liegen Welten. Rechnen Sie es einmal durch.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich bin dankbar, dass wir durch Aktivitäten und Beratungen in den Regierungsfraktionen noch zusätzliches Geld für die freien Träger mobilisieren können. Das nimmt gewissermaßen den Druck heraus. So können wir vernünftig gucken, wie wir das Jahr 2005 überstehen und für 2006 vielleicht neue Finanzierungsverhältnisse miteinander ermitteln können.

Ich bin auch dankbar, dass wir durch zusätzliche Mittel - wenn es morgen so beschlossen wird - jegliche Probleme im Bereich der überbetrieblichen Ausbildung wegbekommen. Dadurch können wir dem Handwerk sagen - Herr Hermann, das wird Sie freuen -: Miteinander, mit unseren Partnern schaffen wir es, dass auch in Zukunft eine vernünftige überbetriebliche Ausbildung gemacht wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ein Punkt, den ich noch ansprechen möchte, ist die Landeszentrale für politische Bildung. Ich verstehe den politischen und auch den haushaltstechnischen Vorstoß der Sozialdemokraten nicht so ganz. Wir haben vor etwa vier Wochen die Stiftung „Niedersächsische Gedenkstätten“ beschlossen, die ca. 30 % bis 40 % des Etats der Landeszentrale ausmacht, und zwar ohne Kürzung von Mitteln und Personal. Das ist doch in Ordnung. Wir

haben deutlich gemacht, dass in Zukunft die Restaufgaben der Landeszentrale vernünftig von anderen Stellen erledigt werden. Alleine zum Broschürendrucken kann man doch eine Landeszentrale nicht aufrechterhalten. Da muss doch jeder einräumen: Das ist nun anders geregelt, und so mag es gut sein.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle aber auch sagen: Wenn ein Koordinierungsbedarf besteht, gerade wenn es um politische Felder geht, dann werde ich in meinem Hause einen Koordinator installieren, der sich speziell um die politische Arbeit im Lande kümmert, sodass wir auch dieses Feld zu Ihrer Zufriedenheit bedienen werden.

Meine Damen und Herren, man könnte noch viele Bereiche ansprechen. Ich sage nur: Das Geld ist knapp, und jeder könnte noch ein bisschen mehr Geld gebrauchen. Aber wir werden mit unserem morgigen Beschluss das Schulwesen für das Jahr 2005 zur Zufriedenheit der Eltern, der Schülerinnen und Schüler und des gesamten Schulbetriebs über das Jahr bringen. Das muss man in dieser schwierigen Zeit auch einmal sagen dürfen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es wird natürlich auch Innovationen geben. Dazu ist viel angesprochen worden. Sie wissen, wie stark ich frühkindliche Bildung gewichte. Ich habe angekündigt, dass wir in den nächsten Monaten in den individuellen Förderplan einsteigen werden. Da können auch Sie sich entsprechend einbringen. Das Thema Sprachförderung wird weiterverfolgt werden. Es kommen auch höchst wichtige Innovationen in der Verwaltung, die ich z. B. mit den Begriffen „eigenverantwortliche Schule“, „Schulinspektion“ und anderen mehr beschreiben. Ich sage Ihnen: Der Kultusminister wird nicht untätig bleiben. Bei aller Haushaltskürzung, die auch wir erfahren: Die Kreativität des Kultusministeriums ist ungebrochen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Grenzenlos!)

Wir werden Ihnen schon in den nächsten Monaten interessante Vorschläge unterbreiten, mit denen wir die Schule weiter nach vorne bringen wollen. Herr Jüttner, wenn Sie sich daran beteiligen möchten, sind Sie herzlich dazu eingeladen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Beratung des Haushaltsschwerpunkts Kultus angelangt und treten jetzt in die Mittagspause ein. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass die Mittagspause eine Stunde dauern soll. Wir treffen uns also wieder pünktlich um 15.30 Uhr wieder.

Unterbrechung: 14.29 Uhr.

Wiederbeginn: 15.30 Uhr.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung fort. Zunächst erteile ich dem Abgeordneten Gabriel einen Ordnungsruf. Er hat gestern in der Debatte zum Haushalt in einem Zwischenruf gegenüber dem Finanzminister das Wort „lügen“ gebraucht.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Mea culpa!)

Wir setzen die Haushaltsberatungen fort mit

noch:

Tagesordnungspunkt 9 bis 15:

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2005 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Wissenschaft und Kultur - Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Umwelt - Ländlicher Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien)

Wir kommen nun zum Themenbereich

Wissenschaft und Kultur

Von der SPD-Fraktion hat sich die Abgeordnete Dr. Andretta gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Dr. Gabriele Andretta (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wäre zu schön gewesen, und man

hatte schon Hoffnung geschöpft, dass die Landesregierung aus den selbstkritischen Einsichten in ihre Sparpolitik Konsequenzen für den Haushalt 2005 zieht.

(Zuruf von der CDU: Hat sie doch!)

So stellte der Minister bei einer ersten Bilanz des HOK nüchtern fest, dass Effekte entstehen - ich zitiere -, „die kurz- und mittelfristig eine geordnete strukturelle Entwicklung der niedersächsischen Hochschulen behindern.“ Der Staatssekretär musste einräumen - ich zitiere -, „dass die Hochschulen nicht gezielt Stellen streichen, weil diese erst in einigen Jahren frei werden. Einige Hochschulen gehen jetzt mit dem Rasenmäher vor.“ Der Minister sieht ein, dass der Begriff „Optimierungskonzept“ wohl als Euphemismus aufgefasst werden muss. Und war es nicht Herr Rösler, der bereits vor einem Jahr die Einsicht hatte - ich zitiere -: „Es gibt einen Unterschied zwischen intelligentem Sparen und dem, was jetzt passiert.“ - Sie haben alle so Recht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Bernd Althusmann [CDU]: Verhaltener Beifall!)

Doch trotz dieser Einsichten wird die perspektivlose Sparpolitik fortgesetzt. Da muss es den Hochschulen wie Hohn und Spott in den Ohren klingen, wenn der Ministerpräsident erklärt, dass man in den Kürzungen „sehr zurückhaltend gewesen“ sei. Herr Ministerpräsident, hat man Ihnen nicht gesagt, dass die Hochschulen die für das Haushaltsjahr 2004 beschlossenen Kürzungen in Höhe von 40,6 Millionen Euro auch 2005 wieder abliefern müssen? Hat man Ihnen verschwiegen, dass im nächsten Jahr noch einmal weitere 10 Millionen Euro an Kürzungen dazukommen? Wissen Sie denn nicht, dass wieder einmal die Studierenden erhalten müssen, um die Haushaltslöcher des Finanzministers zu stopfen?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mussten im letzten Jahr die Langzeitstudiengebühren beim Finanzminister abgeliefert werden, so wird dieses Mal der Verwaltungskostenbeitrag um 50 % erhöht. Übrigens, kein einziger Cent, den die Studierenden zahlen, kommt der Verbesserung ihrer Studien- und Prüfungsbedingungen zugute. Alles kassiert der Finanzminister.

(Axel Plaue [SPD]: Riesenskandal!)

Ich glaube, es bedarf keiner allzu großen Phantasie in diesem Hause, um sich auszumalen, was passieren wird, wenn die Studierenden auch noch Studiengebühren zahlen sollen.

(Zuruf von der CDU: Die bleiben dort!)

Gekürzt wird auch dort, wo es unmittelbar um die Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen geht: 200 000 Euro weniger für den Technologietransfer und 600 000 Euro weniger für die Zusammenarbeit der Hochschulen mit der Wirtschaft - das ist verantwortungslos.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ein Blick in den Haushalt zeigt also: Investitionen in die Zukunft des Landes - Fehlanzeige! Statt in Bildung und Forschung zu investieren, wird ohne Sinn und Verstand gekürzt und der Wissenschaftsstandort Niedersachsen gefährdet. Über einen Zukunftsvertrag, der den Hochschulen endlich Planungssicherheit geben soll, wird schon seit zwei Jahren schwadroniert. Wann handeln Sie endlich?

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist noch nicht allzu lange her, da herrschte an unseren Hochschulen Aufbruchstimmung.

(Bernd Althusmann [CDU]: Aber nicht unter Ihrer Regierungszeit! Da müssen sogar Ihre Kollegen grinsen!)

Das neue NHG gab den Hochschulen Autonomie. Moderne Studiengänge wurden auf den Weg gebracht. Die Internationalisierung wurde vorangetrieben, Exzellenzcluster wurden eingerichtet und neue, erfolgreiche Wege der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses beschritten.

(Bernd Althusmann [CDU]: Meinen Sie das wirklich? Sind Sie davon überzeugt?)

Und jetzt, nur zwei Jahre später? - „Hochschulen im Stimmungstief. Manchen Unipräsidenten packt der Frust“, titelte vor kurzem die HAZ. Die vom Land beschlossenen Kürzungen vergifteten das Klima. Ich zitiere: „Deprimiert bis unwillig beschreibt Jochen Litterst, Präsident der TU Braunschweig die Stimmung. Was als Optimierung verkauft wird, ist ein Streichkonzert.“ Und aus Osnabrück heißt es: „Wir haben früher als alle anderen Reformen eingeleitet. Jetzt kommen wieder Kür-

zungen. Wozu all die Anstrengungen?“ Statt Aufbruch allerorten Resignation, das ist die Bilanz von zwei Jahren Hochschulpolitik dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Statt in die Zukunft zu investieren, wird gekürzt, während sich andere Länder rüsten, ihre Hochschulen im Wettbewerb zu stärken. 50 Millionen Euro Kürzungen durch das HOK - das sind 1 192 Stellen für hoch qualifizierte Wissenschaftler weniger an den Hochschulen.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Jede Wissenschaftlerstelle weniger verschlechtert die Chance, erfolgreich Drittmittel einzuwerben. Hier geht es nicht allein um das Prestige von Hochschulen und Rankings. Hier geht es um die Wirtschaftskraft unseres Landes. Jeder von den Hochschulen eingeworbene Euro Drittmittel schafft weitere 5 Euro für das Bruttoinlandsprodukt von Niedersachsen. Herr Hirche, jeder Arbeitsplatz für einen Wissenschaftler sichert vier weitere Arbeitsplätze in der Region. Und auf diese Arbeitsplätze wollen Sie verzichten? - Wir nicht!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nun sagen Sie, Herr Minister, der Aderlass bei den Hochschulen sei ohne Alternative. Das ist falsch. Wenn die CDU endlich ihre Blockadehaltung beim Subventionsabbau aufgeben würde, dann könnten die Bildungsausgaben sogar erhöht werden. Ein Ja von Niedersachsen beim Subventionsabbau, und den Hochschulen wäre der Aderlass erspart geblieben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Minister, Sie ließen sich keine Gelegenheit entgehen, um mit dem Finger nach Berlin zu weisen und dort die Kürzungen im Hochschulbau zu beklagen. Und was machen Sie im eigenen Lande? - Sie machen ohne Skrupel genau das, was Sie in Berlin kritisieren. Sie kürzen die Mittel für den Hochschulbau um 12,5 Millionen Euro. Da aber eine moderne Infrastruktur in der Wissenschaft eine wichtige Voraussetzung für das Behaupten im Wettbewerb ist, bedeuten Kürzungen eben nicht nur den Verzicht auf Bundesmittel, son-

dern auch eine nachhaltige Schwächung unserer Hochschulen im Wettbewerb.

Nun wissen wir, dass sich die Föderalismuskommission darauf geeinigt hat, den Hochschulbau in die alleinige Verantwortung der Länder zu geben. Ich halte diese Entscheidung für falsch. Für unsere Hochschulen wird das bitter werden. Ihr Haushalt 2005, Herr Minister, ist der Vorgeschmack auf das, was uns in den nächsten Jahren erwartet.

Das aber war nur der Hochschulbau. Schlimmeres ist zu befürchten, wenn sich die CDU/CSU-Position in der Föderalismuskommission durchsetzt und die Hochschulen komplett in die Verantwortung der Länder übergehen: blühende Wissenschaftslandschaften im Süden der Republik und öde Flächen im Norden!

Meine Damen und Herren, die Sache ist schon jetzt prekär genug. Noch in dieser Woche entscheiden die Ministerpräsidenten, ob der Wettbewerb um die Spitzenuniversitäten zustande kommt oder nicht. Bayern und Baden-Württemberg stehen längst in den Startlöchern, um das Geld in ihr Land zu holen.

Und Niedersachsen? Wo werben Sie, Herr Minister, für unsere Hochschulen? Stattdessen Blockade in Berlin und peinliche Anträge der CDU-Fraktion im Landtag gegen die Spitzenförderung, und die FDP applaudiert. Hinter vorgehaltener Hand wird getuschelt, Niedersachsen sei sowieso nicht dabei, da brauche man auch keinen Wettbewerb.

Was ist das für eine Haltung! Wir haben gute Chancen, dabei zu sein. So braucht die Universität Göttingen den Vergleich mit Heidelberg, Tübingen und München nicht zu scheuen. Göttingen gehört zu den herausragenden Wissenschaftsstandorten in Deutschland und hat alle Chancen, dabei zu sein. Mir müssen Sie das nicht glauben. Aber vielleicht glauben Sie es dem Göttinger Forscher, Leibniz-Preisträger und Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, Professor Peter Gruss, der vor kurzem die wichtigste Auszeichnung des Landes, den Niedersächsischen Staatspreis 2004, erhalten hat. Anlässlich der Preisverleihung hat Peter Gruss auf die großen Chancen von Göttingen hingewiesen, unter den besten Zehn dabei zu sein. Wir freuen uns über diesen Botschafter für den Wissenschaftsstandort Niedersachsen.

(Zuruf von der CDU: Wir auch!)

Aber müsste nicht auch der Wissenschaftsminister Botschafter für seine Hochschulen sein, nicht nur für Göttingen, sondern auch für die exzellenten Fakultäten der Universität Hannover, der MHH, der Universitäten Braunschweig, Oldenburg oder Osnabrück? Herr Minister, tun Sie endlich etwas für unsere Hochschulen in diesem Lande!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es geht um viel Geld, Geld, das CDU und FDP den Hochschulen vorenthalten. Es geht aber auch um internationales Ansehen und die Chance, zukünftig die besten Köpfe nach Niedersachsen holen zu können. Es wäre ein hochschulpolitischer Super-GAU, wenn die Suche nach Standorten für Spitzenhochschulen für Niedersachsen vorbei wäre, bevor sie überhaupt begonnen hat. Und warum?

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Weil das ganze System nichts taugt!)

Weil die niedersächsische Landesregierung die Flinte ins Korn geworfen hat, bevor der Startschuss zum Wettbewerb gefallen ist.

Herr Minister, die niedersächsischen Hochschulen und die niedersächsische Bevölkerung haben ein Anrecht darauf, von Ihnen zu erfahren, was Sie bisher getan haben und was Sie in Zukunft tun werden, um unsere Hochschulen für den Wettbewerb gut zu positionieren. Aufgefallen sind Sie bisher nur durch Beschimpfungen der Bundesbildungsministerin. Ich fürchte, das wird nicht reichen.

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt wird kein Feuer entfacht. Sie knipsen den Hochschulen das Licht aus. Der einzige Fortschritt gegenüber dem Vorjahr besteht darin, dass Ihnen selbst der Zynismus aufgeht, die eingetretene Dunkelheit dann auch noch Hochschuloptimierung zu nennen.

Wir alle wissen: Unsere Hochschulen befinden sich in einem schwierigen Übergangsprozess. Ich erwähne nur das Stichwort Internationalisierung und Bologna-Prozess. Um ihn bewältigen zu können, bedürfen die Hochschulen der vollen Unterstützung der Landesregierung. Doch diese Landesregierung lässt unsere Hochschulen im Regen stehen. Egal ob Juniorprofessur, Spitzenuniversitäten oder Föderalismusreform - immer gehen Parteiinteressen vor Landesinteressen. Der Ministerpräsident applaudiert, wenn sein Parteifreund, Roland

Koch, die vollständige Verlagerung der Bildung in die Hand der Länder fordert. Das ist bildungspolitischer Provinzialismus in Reinkultur und Rückkehr in das 19. Jahrhundert.

(Beifall bei der SPD)

Jeder weiß, die Hochschulen, nicht die Bundesländer müssen im internationalen Wettbewerb bestehen. Jeder weiß, Wissenschaftler und Studierende müssen mobil sein. Der Präsident der HRK, Peter Gaehtgens, hat Recht, wenn er sagt: „Je internationaler Lehre und Forschung werden, desto wichtiger ist es, dass die Hochschulpolitik mit einer Stimme sprechen kann.“ Sie dagegen fordern die Rückkehr zur Kleinstaaterei. Das ist kurzsichtig. Forschungs- und Hochschulpolitik darf nicht zum Bauernopfer der Föderalismusreform werden.

Meine Damen und Herren, Hochschulen brauchen Handlungsspielräume, um begonnene Reformen in Studium und Profilbildung in der Forschung fortzusetzen. Reformen aber gibt es nicht zum Nulltarif. Wir beantragen deshalb auch in diesem Jahr, die Kürzungen im HOK zu reduzieren. Die Maßnahmen zur Gegenfinanzierung sind in unserem Haushaltsantrag dargelegt. Wir in Niedersachsen können es uns nicht leisten, Fortschritte in der Hochschulreform zurückzudrehen. Was wir uns ebenso wenig leisten können, ist, uns dumm zu sparen und unsere einzige Ressource zu vergeuden, die wir haben: die Köpfe und Talente unserer jungen Leute.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deshalb ende ich mit dem Appell des Trägers des Niedersächsischen Staatspreises 2004: „Die Finanzen für Forschung und Wissenschaft dürfen nicht gekürzt werden; Wissenschaft ist eine Investition in die Zukunft.“

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Bührmann von der SPD-Fraktion das Wort.

(Dr. Harald Noack [CDU]: Wenn es denn schon so dick kommen muss, dann hintereinander!)

Christina Bührmann (SPD):

Herr Dr. Noack, sonst sind Sie doch charmanter!

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf 2005 ist der gedruckte Nachweis für eine verfehlte Kulturpolitik.

(Beifall bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Das musste von Ihnen einmal gesagt werden!)

Kultur braucht weiterhin öffentliche Förderung. Damit Herr Stratmann nachher nicht wieder argumentiert, wir würden immer nur Geld fordern und den öffentlichen Haushalt dabei nicht betrachten, will ich einmal aus Ihrem Regierungsprogramm zitieren: „Kulturförderung muss eine öffentliche Pflichtaufgabe bleiben - auch in Zeiten knapper Kassen.“ Deswegen muss die niedersächsische Kulturlandschaft in ihrer Vielfalt erhalten bleiben und bedarf perspektivischer strategischer Weichenstellung. Vor dem Hintergrund, dass wir immer knapper mit den Mitteln sind, ist dies ein ganz wichtiger Faktor, auf den wirklich einzugehen ist.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, Fehlanzeige bei dieser Landesregierung zum Thema Perspektive und Strategie. Die Frage lautet: Hat die Landesregierung in diesem Sinne ein kulturpolitisches Konzept? Die Antwort lautet: nein! Ich bedaure das außerordentlich.

Vor diesem Hintergrund sind die Einsparungen im Kulturhaushalt ausschließlich Sparbeschlüsse. Sie treffen überwiegend die freien Kultureinrichtungen aus den Bereichen Musik, Literatur, freies Theater, Soziokultur, nichtstaatliche Museen, Kunstschulen und kulturelle Jugendbildung. Auch dazu ein Zitat aus Ihrem Regierungsprogramm - es ist schön, Herr Althusmann, wenn man sich das immer wieder anhören darf -:

„Wir stehen zu einem erweiterten Kulturbegriff und wollen neben den klassischen Kultureinrichtungen auch freie Initiativen und künstlerische Aktivitäten unterstützen.“

Wie sieht das denn nun wirklich aus? - Die Projektmittel für nichtstaatliche Museen wurden fast vollständig gekürzt. Es trifft die guten kleinen Museen im ländlichen Raum, die über Projektförderung und viel ehrenamtliches Engagement ihr Angebot erweitert und qualitativ verbessert haben. Am Wochenende, sehr geehrter Herr Minister,

haben Sie ja auch wieder gesehen, dass es gute Museen im ländlichen Raum gibt.

Die Musikschulen müssen eine Kürzung in Höhe von 25 % hinnehmen. Davon betroffen sind auch die Übungsleiterpauschalen. Nun frage ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und insbesondere Frau Mundlos: Wo sind eigentlich Ihre alten Ideen bezogen auf die Musikschulen geblieben?

(Heidemarie Mundlos [CDU]: Wir schicken unsere Kinder dahin!)

Ich entsinne mich an viele Entschließungsanträge, in denen Sie immer gesagt haben, die Musikschulen müssten eigentlich eine bessere Förderung bekommen. Und was machen Sie jetzt? - Sie kürzen um 25 %. Sie haben die Musikschulen einmal mit als die geistigen Zentren dieses Landes bezeichnet. Ich hätte von Ihnen nicht erwartet, dass Sie sich so aus der Förderung der Musikschulen verabschieden.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Stichwort: Musikland Niedersachsen. Sie sind hier vollmundig angetreten und haben gesagt: Niedersachsen wird Musikland. - Zeigen Sie mir eine einzige Initiative in den letzten beiden Jahren zum Thema Musikland!

(Bernd Althusmann [CDU]: Der Landtagschor!)

- Ja, das ist alles. - Es ist absolut traurig, dass in diesem Bereich nichts passiert.

(Bernd Althusmann [CDU]: Das ist doch lächerlich!)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich will das gerne fortsetzen. Die auch von Ihnen immer gelobten freien Theater müssen einschließlich der Spielbankmittel 48,66 % einsparen. Das ist fast die Hälfte der gesamten Fördermittel.

(Heidemarie Mundlos [CDU]: Und warum ist das so?)

Es gehört nicht viel Fantasie dazu, festzustellen, dass dies einer Kahlschlagspolitik gleichkommt. Daran ändert auch nichts, dass Sie jetzt, nachdem Herr Rösler sich die freien Theater angesehen hat, einen Änderungsantrag eingebracht haben. Die Einsparungen bei den freien Theatern liegen immer noch bei 25 %.

Jetzt komme ich zur Soziokultur. Sie kürzen die Mittel für die Soziokultur um rund 37 % und zerschlagen auch hier Strukturen, die sich seit 1990 unter der Überschrift Verantwortungspartnerschaft zwischen dem Ministerium und der freien Kultur aufgebaut haben. Die LAG Soziokultur als beliebener Unternehmer hat sich bei der Abwicklung von Förderanträgen viel Anerkennung und Respekt erworben. Dies haben auch - das erwähne ich immer besonders gerne - die kommunalen Spitzenverbände eindeutig zum Ausdruck gebracht.

Der Präsident der kulturpolitischen Gesellschaft, Herr Dr. Scheytt, hat im Vorfeld der Spardebatte Minister Stratmann einen Brief geschrieben und Folgendes ausgeführt: Er sei irritiert, so schrieb er, dass gerade Niedersachsen, das so vorbildliche Strukturen der Landesförderung im Bereich der freien und soziokulturellen Kulturarbeit aufgebaut habe, jetzt eine solche radikale Kehrtwendung vollziehen wolle. - Das bedarf wirklich keines Kommentars. Bei der Soziokultur sind es offensichtlich ideologische Vorurteile, wegen derer CDU und FDP sich jeder Argumentation verschließen.

(Zuruf von der CDU: Keineswegs!)

Tatsache ist, dass aus der vertrauensvollen Zusammenarbeit - die hat es mit der freien Kultur lange gegeben - zwischen dem Ministerium und der freien Kultur inzwischen eine Kultur des Misstrauens geworden ist. Damit, lieber Herr Minister Stratmann, setzen Sie die Debatte fort. Wir erinnern uns an die Diskussion über die Museen, über die staatlichen Museen und an die Debatte über die Staatstheater.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben in der Kulturpolitik nie die Auffassung vertreten, dass es immer nur um die Forderung nach mehr Mitteln geht. Allerdings darf man sich auch bei den Größenordnungen, über die wir reden, nicht vertun. Wir reden bei der Kulturförderung über einen Prozentsatz von unter 1 % am gesamten Landeshaushalt. Ich sage das noch einmal deutlich, damit einige, die sich so sehr verkämpft haben, um bei der Kultur noch mehr einzusparen, vielleicht begreifen, dass man damit den Landeshaushalt nicht retten kann.

Wir haben dem Ministerium Zeit gelassen, andere Vorstellungen zu entwickeln. Ich will darauf verweisen, dass im Ausschuss immer noch zwei Entschließungsanträge liegen. Zum einen der Antrag

„Kulturförderung - Quo vadis?“. Er liegt seit 2003 im Ausschuss und kann nicht beraten werden, weil die kulturpolitischen Überlegungen des Ministeriums nicht belastbar sind und von daher im Ausschuss nicht beraten werden können. Zum anderen der Antrag „Planungssicherheit für niedersächsische Museen“. Auch dieser Antrag - gleicher Fall - kann nicht beraten werden, weil die CDU-Fraktion keine Antworten hat. Das Schlimme ist: Sie hat noch nicht einmal Fragen.

(Beifall bei der SPD)

Stattdessen erleben wir einen Minister, der eine ungewöhnlich scharfe Debatte über die angeblich aufgeblähte Verwaltung bei der Soziokultur und bei dem LaFT in den Landtag gebracht hat, um zu beweisen, dass dort eingespart werden kann.

Der Minister hat in seinem Ministerium jetzt das so genannte Drei-Säulen-Modell entwickelt. Dieses Drei-Säulen-Modell, sehr geehrte Damen und Herren, ist dadurch gekennzeichnet, dass die Verwaltungsaufgaben im Ministerium zentralisiert werden. Es geht nicht darum, Aufgaben zu verlagern. Vielmehr zentralisieren Sie mit diesem Drei-Säulen-Modell neben vielen anderen Punkten die Verwaltung im Ministerium. Das ist überhaupt nicht zu begreifen. Mit Verwaltungsreform hat das jedenfalls nichts zu tun.

Die regionalen Bezüge - das kommt dazu - bleiben auf der Strecke. Von einer Stärkung des ländlichen Raums, Ihrem Lieblingsthema, kann man überhaupt nicht mehr reden.

Wir wollen nicht bestreiten, dass es schwierig ist, in der Kulturförderung neue Prioritäten zu setzen und dabei gleichzeitig einen Weg zu finden, die institutionelle und die projektbezogene Förderung zu verbinden. Weil wir das wissen, sehr geehrter Herr Minister, muss die Frage erlaubt sein, wann der Minister für Kultur mit seinen konzeptionellen Überlegungen anfängt und wie er sich konkret die Kulturförderung für die Zukunft vorstellt.

Das Fazit lautet: Zwei Jahre Kulturpolitik in Niedersachsen sind zwei Jahre verlorene Zeit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Fraktion der Grünen hat die Abgeordnete Frau Dr. Heinen-Kljajić das Wort.

(Zurufe von der SPD: Die anderen trauen sich nicht! Die Regierung schweigt! - Hans-Werner Schwarz [FDP]: Wer hat das bloß sortiert?)

- Ich erteile das Wort in der Reihenfolge, in der die Wortmeldungen abgegeben worden sind.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Keine Kritik am Präsidium! - Weitere Zurufe von der CDU)

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie schon im Vorjahr wird auch beim Haushalt 2005 mit den Kürzungen im Bereich Wissenschaft und Kultur ein tiefer Eingriff in die Infrastruktur Niedersachsens vorgenommen. Besonders hart hat es in diesem Jahr die Kultur getroffen. Auch wenn die Kürzungen statt mutmaßlicher 8 Millionen Euro jetzt nur noch 4,3 Millionen Euro betragen - in der Konsequenz wird an vielen Stellen eine Infrastruktur zerschlagen, die einen wichtigen Grundpfeiler unseren kulturellen Grundversorgung ausmacht.

Meine Damen und Herren, ob es die freien Museen sind, ob Kunstvereine, Literaturbüros, Musik- und Kunstschulen, Chöre oder die kulturelle Jugendbildung, freie Theater oder soziokulturelle Einrichtungen - sie alle sind Teil des öffentlichen kulturellen Angebots. Sie alle erledigen eine Arbeit, die, wenn es die Freien nicht gäbe, vom Staat erbracht werden müsste, und zwar zu wesentlich höheren Kosten.

Aber statt eine Arbeit zu würdigen, die sich durch einen enorm hohen Anteil bürgerschaftlichen Engagements auszeichnet und unter besonders effizientem Mitteleinsatz arbeitet, kündigen Sie, meine Damen und Herren von den Mehrheitsfraktionen, eine Partnerschaft, die es erst ermöglicht, die Chance zur Teilhabe an Kunst und Kultur für alle Menschen offen zu halten, unabhängig von Wohnort, sozialer Herkunft oder Alter.

Wie schon im letzten Jahr bei den Kürzungen im Hochschulbereich wird auch hier völlig konzeptionslos unter Heranziehung falscher Behauptungen

wider besseres Wissen und wider die eigenen Grundsätze der Rotstift angesetzt.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das ist alles so schlimm in Niedersachsen! Das ist alles ein Chaos!)

Ich will Ihnen einige Beispiele nennen. Noch im Mai letzten Jahres haben Sie, Herr Minister Stratmann, darauf hingewiesen, dass im Bereich der freien Kultur mögliche Einsparpotenziale in keinem Verhältnis zu den Schäden stehen, die diese Kürzungen bei der Grundversorgung vor Ort anrichten.

(Zustimmung bei der SPD)

Vor dem Hintergrund Ihrer Haushaltspolitik löst sich diese Aussage in Schall und Rauch auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Koalitionsvertrag wird die Stärkung des ländlichen Raums als prioritär eingestuft. Kulturelle Grundversorgung im ländlichen Raum findet aber ausschließlich über freie, nichtstaatliche Einrichtungen statt. Auch hier werfen Sie Prinzipien schnell über Bord, wenn es darum geht, Einsparpotenziale zu finden. Wo immer es sich anbietet, singen Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, das Hohelied auf das Ehrenamt. Doch in der Kultur zerschlagen Sie genau die Strukturen, die wir eigentlich gerade wegen der Haushaltslage öffentlicher Kassen ausbauen müssten, statt sie zu schwächen.

Das Hinwegsetzen über Logik und Verstand gipfelt schließlich in Ihrer Behauptung, Herr Minister Stratmann, ein Großteil der Mittel für die Freien fließe in Bürokratie und Lobbyarbeit der Verbände. Diese Behauptung ist durch nichts zu belegen. Wenn Sie schon das Kriterium „ein Minimum an Bürokratie“ als Messlatte anlegen, warum dann die überproportionalen Kürzungen bei der Soziokultur? Mit einem Verwaltungskostenanteil von nur 9 % ist die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur bundesweites Vorzeigemodell in Sachen effizienter Mitteleinsatz.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Was immer Sie, Herr Minister Stratmann, in Sachen Umstrukturierung der Kulturförderung vorhaben, eine Beendigung des Beleihungsvertrages mit der LAGS wäre die unwirtschaftlichste Entscheidung, die man nur treffen kann. Wir können es uns im wahrsten Sinne des Wortes nicht leisten, auf

eine mit Bestnoten evaluierte Förderpraxis zu verzichten.

Meine Damen und Herren, aber die Kultur ist nicht der einzige Bereich, der unter der Kürzungspolitik leidet. Die vermeintliche Schonung des Hochschuletats ist eine Mär. Nach der Umsetzung der zweiten Stufe des HOK haben sich die Studienbedingungen an den niedersächsischen Hochschulen massiv verschlechtert. 2005 greift bei den Hochschulen die zweite Stufe des so genannten Hochschuloptimierungskonzeptes mit weiteren 10 Millionen Euro Kürzungen. Aber es ist vor allem das Ausbleiben des zugesagten Zukunftsvertrages, das Schlimmes befürchten lässt. De facto heißt das, meine Damen und Herren, dass der Finanzminister jederzeit Zugriff auf die Hochschuletats hat.

Herr Minister Stratmann, Sie haben den Hochschulen einen Zukunftsvertrag versprochen, der sie zumindest für ein paar Jahre vor weiteren Kürzungen hätte schützen sollen. Doch Sie sind leider wortbrüchig geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stattdessen lassen Sie zu, dass sich die Bedingungen an den niedersächsischen Hochschulen auch im Jahre 2005 weiter verschlechtern werden. Das Überlastproblem wird sich weiter zuspitzen, denn das HOK ist nichts anderes als ein Studienplatzabbauprogramm. Trotz zu langer Studiendauer und hoher Abbrecherquote wird sich die Betreuungsquote 2005 weiter verschlechtern. Den Hochschulen werden außerdem zusätzliche Aufgaben aufgebürdet, denn die Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge erfordert einen hohen Kosten- und Personalaufwand. Die Reform der Hochschulzulassung wird enorme Mehrkosten verursachen.

Meine Damen und Herren, während diese Landesregierung der ohnehin schon kränkelnden Hochschullandschaft also fleißig weitere Wunden schlägt und damit die Studienbedingungen für Studierende weiter verschlechtert, sollen diese für die Teilnahme an einem maroden System nun auch noch ordentlich zur Kasse gebeten werden. Nichts verfolgen die Mehrheitsfraktionen und die Landesregierung in Sachen Hochschulpolitik ernstlicher als die Forderung nach Gebühren.

Meine Damen und Herren, die Heraufsetzung des Verwaltungskostenbeitrages der Studierenden auf 75 Euro nimmt sich da noch harmlos aus. Die Er-

hebung für Gebühren für Zulassungsverfahren wird bereits kräftiger zu Buche schlagen. Sie ist darüber hinaus kontraproduktiv, weil die Hürden zur Aufnahme eines Studiums doch gesenkt und nicht erhöht werden müssen. Die Erhebung von Studiengebühren ist angesichts der Kürzungen im Hochschulbereich allerdings wirklich ein Affront.

Meine Damen und Herren, solange diese Landesregierung den staatlichen Anteil an der Hochschulfinanzierung kontinuierlich zurückfährt, kann sie doch nicht erwarten, dass die Steigerung des privaten Anteils der Kosten bei den Betroffenen auf Verständnis stoßen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

Wenn Sie nicht einmal Ihr Versprechen eines Zukunftsvertrages für die Hochschulen bis 2007 einhalten können, Herr Minister Stratmann, wie wollen Sie dann sicherstellen, dass die Studiengebühren nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern herhalten müssen? Es tut mir Leid, Herr Minister, aber Ihre Beteuerungen, Studiengebühren werde es nur geben, wenn sie auch wirklich den Hochschulen zugute kämen, sind angesichts der gemachten Erfahrungen absolut unglaubwürdig.

Meine Damen und Herren, wir üben auch formale Kritik an den Hochschulhaushalten. Die Haushaltsberatungen für 2005 haben zum wiederholten Male gezeigt, dass der Übergang von der kameralistischen zur kaufmännischen Haushaltsführung nicht gelungen ist. Das Hochschulkapitel ist intransparent und lässt kaum Rückschlüsse auf die tatsächliche wirtschaftliche Situation der einzelnen Hochschulen zu, weil Eröffnungs- und Abschlussbilanzen fehlen. Zielvereinbarungen, die die Grundlage für die Zuführungen an die Hochschulen sein sollen, liegen ebenfalls nicht zeitgerecht vor. Damit fehlt dem Parlament eine wichtige Beratungsgrundlage. Ich sehe die Landesregierung in der Pflicht sicherzustellen, dass die Beratung des Hochschulkapitels 2006 unter legalen Bedingungen stattfindet.

Es verbleibt noch der Bereich der Erwachsenenbildung. Meine Damen und Herren, wir haben der Novelle des Erwachsenenbildungsgesetzes trotz einiger Unzulänglichkeiten zugestimmt,

(Bernd Althusmann [CDU]: Ein gutes Haar lassen Sie ja doch!)

weil wir den betroffenen Einrichtungen fraktionsübergreifend Verlässlichkeit und Planungssicherheit signalisieren wollten. Dies wird sich in Zukunft aber vor allem in den Haushaltsberatungen beweisen müssen. Hier ist Misstrauen angebracht.

Meine Damen und Herren, alles deutet darauf hin, dass sich bei den Kürzungen im Einzelplan 06 ein Rotationsprinzip durchsetzt: ein Jahr Kürzungsschwerpunkt Hochschulen, ein Jahr Kürzungsschwerpunkt Kultur

(Zuruf von Bernd Althusmann [CDU])

und dann im dritten Jahr Kürzungsschwerpunkt in der Erwachsenenbildung. Ich meine, dass ich als Grüne sagen darf: Das ist Rotation im schlechtesten Sinne.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

Denn auch bei der Erwachsenenbildung ist das Ende der Fahnenstange längst erreicht. Die Fehler, die Sie bei den Hochschulen und der Kultur gemacht haben, werden hoffentlich nicht wiederholt. Meine Bitte, Herr Minister Stratmann: Agieren Sie bitte im nächsten Jahr nicht so durchschaubar, wie es zu befürchten steht. Denn, meine Damen und Herren, ob Kulturpolitik oder Hochschulpolitik, Sie orientieren sich ausschließlich am Einspariktat des Finanzministers. Eine problemgerechte, auf die Anforderungen der Zukunft ausgerichtete Politik ist Fehlanzeige. Stattdessen werden mittel- und langfristige Zukunftsinvestitionen kurzfristigen Einsparungen geopfert.

Obwohl Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, in den Haushaltsdebatten nicht oft genug betonen können, dass wir eine Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen haben, kommen langfristige Folgekosten von Einsparungen in Ihrem Kalkül nicht vor. Meine Damen und Herren, erkennen Sie endlich an, dass Ausgaben im Bereich Wissenschaft und Kultur Zukunftsinvestitionen sind, und hören Sie auf, am falschen Ende zu sparen. Wir zeigen Ihnen mit unseren Haushaltsanträgen, wie man das macht. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Klare das Wort.

Karl-Heinz Klare (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Selbstverständlich sind alle Entscheidungen, die wir auch im Bildungsbereich treffen, immer unter dem Aspekt einer gigantischen Verschuldung zu sehen, die wir von Ihnen übernommen haben. Nachdem ich das jetzt gehört habe, was Sie, Frau Dr. Andretta, und Sie von den Grünen gesagt haben, müsste man meinen, die niedersächsische Hochschullandschaft, die niedersächsische Kulturlandschaft insgesamt, alles würde zerschlagen, würde kränkeln, würde unter Wortbruch leiden, würde zerstört werden,

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Nein!)

und müsste man glauben, dass Sie von einem anderen Land - und nicht von Niedersachsen - reden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn Sie auf diese Art und Weise Oppositionspolitik machen, dann kann ich nur sagen: Machen Sie weiter so. Dann wird es sehr lange dauern, bis Sie irgendwann einmal auf konstruktive Vorschläge kommen, denn davon war in beiden Reden überhaupt nichts zu hören.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in folgendem Punkt herrscht Konsens, obwohl wir sonst nur Negativdarstellungen bekommen haben: Der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit eines Landes und der Motor für kulturelle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung und Innovationskraft heißt Bildung und Ausbildung.

(Isolde Saalman [SPD]: Das ist ganz neu!)

- Sie haben einen anderen Eindruck erweckt. - Dieser Haushalt des Ministers passt genau in diese These hinein. Nach meiner Bewertung steht der Einzelplan 06 unter der Überschrift: Wir halten Wort, und zwar in schwierigen Zeiten. - Genau das ist das Motto, auf das wir uns hier verständigen müssen.

Fortschritt erreicht man nur mit erstklassigen Hochschulen und erstklassigen Forschungseinrichtungen. Deshalb haben wir mit dem Hochschuloptimierungskonzept den einzig richtigen Weg eingeschlagen. Es gibt keine Alternative. Das wissen viele, nur Sie haben es leider nicht begriffen. Sie führen in etwa die gleiche Diskussion wie vor einem Jahr. Sie malen schwarz, obwohl Sie wissen, dass die Hochschulen gerade auf diesen Aufbruch gewartet haben. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Gehen
Sie doch in die Hochschulen!)

Meine Damen und Herren, es geht darum, dass wir uns in einer Zeit mit den Haushalten, die wir haben, auf das Wesentliche und auf die Stärken konzentrieren müssen; das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der CDU)

Es ist weder finanzierbar noch vertretbar, an allen Standorten alles anbieten zu wollen. Das sollten Sie sich einfach einmal merken, damit man nicht mit Gießkannen über das Land zieht. Solche Hochschullandschaften, in denen alles finanzierbar und vertretbar ist, gibt es nicht. Meine Damen und Herren, diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Ich sage, entgegen dem, was Sie heute hier wieder erklärt haben: Die Zusagen im Hochschulbereich werden 1 : 1 umgesetzt, d. h. neben dem im HOK Festgesetzten gibt es keine weiteren Kürzungen für die Hochschulen, auch wenn immer wieder etwas anderes behauptet wird. Richtige Prioritätensetzung und Verlässlichkeit sind die Merkmale, die die niedersächsische Hochschulpolitik bestimmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Isolde Saal-
mann [SPD]: Wo denn?)

Ich sage es noch einmal: Was Sie damals gesagt haben, ist nicht eingetreten, meine Damen und Herren. Das Dunkel- und Schwarzmalen hat sich nicht bewahrheitet. Die Zielvereinbarungen zeigen, dass das HOK ohne Wenn und Aber umgesetzt wird. Nicht nur der Minister, meine Damen und Herren, sondern auch die Hochschulen wissen um die Notwendigkeit der im HOK festgesetzten Schritte. Sie sind schlichtweg froh darüber, dass endlich eingefahrene Strukturen aufgebrochen und verbessert werden können. Die Hochschulen wissen inzwischen auch, meine Damen und Herren, dass sie in Lutz Stratmann, unserem Wissenschaftsminister, einen sehr verlässlichen Partner

haben, einen Wissenschaftsminister, der zu seinem Wort steht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden diese Politik im Sinne der Hochschulen und auch im Sinne der Studierenden fortsetzen. Dabei werden wir auch die großen Herausforderungen, die sich in der Zukunft aus der Globalisierung des Bildungsmarktes oder in Form der internationalen Konkurrenz anstehen, berücksichtigen und diesen Weg weitergehen.

Gleiches gilt im Übrigen auch für den Kulturbereich, Frau Bührmann. Es ist richtig, die schwierige Situation der Mittelknappheit als Chance zu nutzen; das haben wir getan. Festgefahrene Strukturen mussten hinterfragt werden, Bürokratie musste abgebaut werden, und eine Profilschärfung musste durchgesetzt werden. Das ist die Politik im Kulturbereich. Verantwortung für den Kulturbereich in Niedersachsen wahrzunehmen heißt, dafür zu sorgen, dass die Landeszuschüsse unmittelbar der Kultur zugute kommen und jeder Euro effektiv eingesetzt wird. Sie kennen die Strukturen im Kulturbereich doch auch; dazu muss ich Ihnen doch nichts erzählen.

Meine Damen und Herren, es ist kein leichter Weg gewesen. Das haben wir alle gespürt, weil wir viele Briefe bekommen haben. Er war mit Widerständen unterschiedlichster Interessengruppen gepflastert. Doch wir mussten ihn gehen, und wir sind ihn auch gegangen, meine Damen und Herren. Wir sind ihn bei den Hochschulen so gegangen, und wir werden ihn bei den Kultureinrichtungen gehen, weil es dazu keine Alternative gibt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Sigmar Gabriel [SPD]: Warum liest du
denn heute ab?)

Meine Damen und Herren, auch bei den Staatstheatern werden wir mehr Wirtschaftlichkeit durchsetzen. Darüber ist bis jetzt zwar nicht gesprochen worden, aber wir wissen, dass das notwendig ist. Wir werden die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen und den nichtstaatlichen Theatern ausbauen, in der Kulturförderung Bürokratie abbauen und durch die Stärkung der Landschaften und Landschaftsverbände die kommunale Anbindung erweitern. Meine Damen und Herren, was vor Ort entschieden werden kann, soll auch vor Ort entschieden werden. Das ist eine alte Maxime unserer Politik, die wir nicht nur im Bereich der Kulturförderung umgesetzt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch kurz auf die Förderung der Erwachsenenbildung eingehen. Diese haben wir auf einem sehr hohen Niveau gehalten. Ich sage das auch mit ein bisschen Stolz. Das neue Erwachsenenbildungsgesetz ist eines der wichtigen Gesetze, die wir in dieser Legislaturperiode beschlossen haben. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir das gemeinsam auf den Weg gebracht haben.

Die staatliche Bildungsverantwortung endet nicht am Ende der Schulzeit. Lebenslanges Lernen dürfen wir nicht nur von unseren Bürgern fordern; wir müssen ihnen auch die entsprechenden Möglichkeiten geben. Das ist mit dem Erwachsenenbildungsgesetz sehr wohl gelungen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit diesem neuen Erwachsenenbildungsgesetz haben wir gemeinsam eine hervorragende Grundlage dafür geschaffen, mit der die Qualität in der Erwachsenenbildung gesichert wird. Aber, meine Damen und Herren, hier finden sich auch die Leitlinien unserer Politik wieder: besondere Förderung von Eltern- und Familienbildung, Stärkung des Ehrenamtes, Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des ländlichen Raumes. Das sind ganz wichtige Merkmale, die wir neu in die Prioritätenliste aufgenommen haben.

Die Ausgaben für die Erwachsenenbildung sind Investitionen in die Zukunft des Landes. Deswegen ist es richtig, den Bereich der Erwachsenenbildung von Kürzungen weitestgehend auszunehmen. Die Ansätze für das Jahr 2005 sind ein weiterer Beleg dafür, dass wir unserer Verantwortung für das Land trotz der schwierigen Zeiten gerecht werden.

Meine Damen und Herren, wir haben im Bereich Wissenschaft und Kultur in den vergangenen Monaten vieles gemeinsam auf die Reihe gebracht. Das ist auch gut so. Man wundert sich aber, wenn man dann solche Reden zu hören bekommt, wie Sie sie eben gehalten haben. Ich meine, Gemeinsamkeit in dieser Sache ist vielfach gefordert und auch richtig.

Der Haushalt für den Bereich Wissenschaft und Kultur lässt sich mit den Worten zusammenfassen: Wir gestalten und sichern die Zukunft Niedersachsens, auch ohne immer neue Schulden zu machen. Eines erlaube ich mir kritisch zu sagen, meine Damen und Herren: Das unterscheidet uns

wohltuend von Ihnen in der Zeit Ihrer Regierungsvergangenheit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die CDU-Fraktion hat nun die Abgeordnete Siebert das Wort.

Britta Siebert (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Niedersachsen ist hinsichtlich der Vielfaltigkeit seiner Museumslandschaft einzigartig,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

von den montanhistorischen Museen im Oberharz bis zum Sielhafenmuseum in Carolinensiel, von den Darstellungen der frühesten menschlichen Spuren in Schöningen bis hin zu moderner Kunst in der Kunsthalle in Emden oder im Sprengel-Museum in Hannover.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Wir in Niedersachsen können stolz auf das sein, was unsere Museen zu bieten haben, und wir können sehr selbstbewusst auf unsere Kulturschätze blicken.

(Beifall bei der CDU - Hans-Dieter Haase [SPD]: Alles in den letzten zwei Jahren entstanden!)

Den Museumsdirektoren und allen, die an der hervorragenden Arbeit unserer Museen beteiligt sind, gilt an dieser Stelle mein herzlichster Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vor dem Hintergrund der knappen Finanzmittel und trotz aller Einsparungen werden die Museen auf einem hohen finanziellen Niveau gefördert.

(Zurufe von der SPD: Ach nee! - Das muss ganz neu sein!)

Das zeigt, wie wichtig uns diese Arbeit ist. Das, was eine rot-grüne bzw. rote Landesregierung über mehr als ein Jahrzehnt versäumt hat, kann man nicht innerhalb von eineinhalb Jahren reparieren.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Wolfgang Wulf [SPD])

- Herr Wulf, das können auch wir nicht. - Es stimmt mich sehr traurig, dass Museen nicht nur Altes und Sehenswertes präsentieren, sondern vielerorts auch zur Schau stellen, wie wenig Ihnen, meine Damen und Herren in der Opposition, unsere Kulturgüter und Museen wert waren und sind.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will nicht nur in die Vergangenheit schauen, sondern auch in die Zukunft blicken. Wir müssen alle Kräfte auf die inhaltliche Arbeit unserer Museen richten und den Verwaltungsaufwand zugunsten von mehr Flexibilität möglichst gering halten.

(Zuruf von der SPD: Wir haben doch gar keine Verwaltungskräfte mehr!)

Deshalb sorgen wir für eine größere Selbstständigkeit unserer sechs Landesmuseen, setzen auf weitere Synergieeffekte und steigern damit die Wirtschaftlichkeit unserer Museen. Diese Ziele stehen für uns im Vordergrund und werden im Dialog mit den Museumsdirektoren und dem Museumsverband gemeinsam verwirklicht.

Sie, meine Damen und Herren auf der Oppositionsbank, haben nicht einmal die erforderlichen Analysen für die Konzipierung von nachhaltigen strukturellen Verbesserungen der Museumslandschaft vorbereitet. Nicht einmal vorbereitet haben Sie die!

Hier ist aber nun endlich Bewegung drin. Dem Stillstand bei der zukunftsorientierten Weiterentwicklung der niedersächsischen Museumslandschaft wird mit einem zielstrebigem Voranschreiten ein Ende gesetzt. Da Sie, sehr geehrte Frau Bührmann, den Museumsbereich vorhin kaum erwähnt haben, sind Sie wohl insgesamt meiner Meinung.

Mit unseren Museen wollen wir auch in Zukunft unseren Kindern und Kindeskindern Kultur nahe bringen und ihnen Wissen vermitteln. Das ist eine großartige Aufgabe, meine Damen und Herren.

(Unruhe)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Frau Siebert, einen Augenblick bitte. - Jetzt reden Sie bitte weiter.

Britta Siebert (CDU):

Mit unseren Museen wollen wir auch in Zukunft unseren Kindern und Kindeskindern Kultur nahe bringen und ihnen Wissen vermitteln. Das ist eine großartige Aufgabe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Uns geht es nicht nur um das Jetzt, uns geht es vor allem um das Morgen. Dieser Verantwortung kommen wir auch mit dem Haushalt 2005 nach. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Dr. Brockstedt das Wort.

Professor Dr. Emil Brockstedt (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Schlagwort von einem europäischen Hochschulraum vom Ural bis zum Mittelmeer ist in aller Munde. Der so genannte Bologna-Prozess hat durch die Berliner Konferenz der Bildungsminister von 40 europäischen Staaten, darunter erstmals Russland und die Balkanstaaten, im September 2003 einen neuen und sehr ehrgeizigen Fahrplan erhalten. Ich sagte eben, 40 Staaten. Um das zu verdeutlichen: Das sind 5 000 Hochschulen mit 12,5 Millionen Studenten.

Das Tempo der Einführung neu konzipierter international ausgerichteter Bachelor- und Master-Abschlüsse hat sich damit drastisch erhöht. Spätestens 2010, wenn es beim jetzigen Sachstand bleibt, sollen die Hochschulen im Rahmen ihrer Autonomie entsprechende Strukturen schaffen. In Niedersachsen werden wir dieses Ziel sicherlich früher erreichen.

Es wird aber nicht genügen, dabei bestehende Inhalte lediglich mit neuen Namen zu versehen. Studieninhalte sind entsprechend zu ändern. Auch und gerade die Bachelor-Studenten der Universitäten müssen berufsfähig sein. Die Hochschulen sind in diesem Rahmen gefordert, ihre Stärken zu stärken und ihre Profile zu schärfen. Gerade die Hochschulen der angewandten Wissenschaften und Künste, die Fachhochschulen, können, wenn sie sich auf ihre Stärken konzentrieren, hiervon noch stärker profitieren als in der Vergangenheit.

Maßstab muss dabei aber der anerkannt hohe Stellenwert der traditionellen deutschen Abschlüsse bleiben, damit die Akzeptanz eines Bachelors oder Masters auch in der Wirtschaft erreicht wird.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir müssen in Zukunft mit unseren Abschlüssen besser sein als andere. Ich nenne ein Beispiel: Auf einen deutschen Chemiestudenten kommen heute 150 chinesische Chemiestudenten. Die können später 150mal so lange im Labor stehen und forschen. Deshalb müssen wir besonders gute Absolventen ausbilden.

Die Umstellung der bisherigen Diplom- und Magisterstudiengänge auf die Bachelor- und Master-Struktur wird auch die Studiengänge der Lehramtsausbildung erfassen. Bei der weiteren Umsetzung der Neustrukturierung der Lehramtsstudiengänge kommen der frühzeitigen Verknüpfung von Theorie- und Praxisausbildung, der Entwicklung der Diagnosefähigkeit der Lehramtsstudenten und dem Schulformbezug eine besondere Bedeutung zu.

(Beifall bei der CDU)

Diese Umstellung der Lehramtsstudiengänge wird seit dem Regierungswechsel in Niedersachsen ganz konsequent umgesetzt und auch zur dringend erforderlichen qualitativen Verbesserung der Lehrerausbildung genutzt. Es ist uns gelungen, mit allen für das Lehramt ausbildenden Hochschulen in Niedersachsen für eine Neustrukturierung der Lehramtsstudiengänge auf der Grundlage der Strukturvorgaben für 2006/2007 die Ausbildung zu beginnen. Durch diese Strukturvorgaben in staatlicher Verantwortung für die Qualitätssicherung sind Grundlagen für eine umfassende inhaltliche Reform der Lehrerausbildung gelegt worden.

Auf der Agenda für das nächste Jahr stehen das Hochschulzulassungsgesetz und die NHG-Novelle.

(Isolde Saalmann [SPD]: Darauf sind wir aber gespannt!)

- Darauf sind Sie gespannt? Gut. - Die Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulzulassungsgesetzes hat bereits am 9. Dezember stattgefunden. Wir werden die dort vorgetragenen Anregungen aufnehmen und auch entsprechend umsetzen. Ich hoffe hier auf eine konstruktive Zusammenarbeit; denn wenn die Hochschulen den größten Teil ihrer

Studierenden aussuchen können, wird dies nicht nur positive Auswirkungen auf die Studiendauer und auf ihren Studienerfolg haben, sondern durch Profilbildung und Wettbewerb der Hochschulen untereinander werden gerade diese besonders gefördert.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es uns also gelingt, ein gutes, zukunftsgerichtetes Hochschulzulassungsgesetz zu verabschieden, werden wir im Wettbewerb der Hochschulen besser bestehen und als Sieger daraus hervorgehen können.

(Beifall bei der CDU)

Sie sehen, meine Damen und Herren: Wir befinden uns am Anfang eines weitreichenden Umbruchs, um mit unserem niedersächsischen Bildungssystem und mit unserer niedersächsischen Bildungspolitik Anschluss an die Länder Bayern und Baden-Württemberg zu bekommen. Ich bin sicher, dass wir dabei auf einem richtigen Weg sind. Wir werden den Wettbewerbsgedanken verstärkt in unsere Hochschulen implantieren. Wir brauchen jetzt Geduld, Kraft und die Unterstützung aller gesellschaftlichen Kräfte. In die Köpfe und Herzen unserer jungen Generation muss die Überzeugung zurückkehren, dass Leistung Anerkennung verdient und auch Anerkennung bekommt. Die Herrschaft des Mittelmaßes kann im internationalen Wettbewerb keinen Bestand mehr haben. Wir müssen dafür sorgen, dass Schule und Hochschule dieses Ideal zurückerobern, denn diese Leitbilder braucht die Jugend. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Herr Dr. Dr. Zielke das Wort.

(Oh! bei der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Land hat hohe Schulden und wenig Geld - auch für die Bildung. Mehr wäre besser; niemand würde das bestreiten. Aber manche Rezepte, meine Damen und Herren von der Fraktion der Grünen, wie die Erhöhung der Gewerbesteuer für die Bildung, sind nun wirklich kontraproduktiv und undiskutabel

in der heutigen Situation, in der unsere Betriebe doch wachsen und Lehrstellen schaffen sollen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir versuchen, aus knappem Geld das Beste zu machen, und wir versuchen das nicht nur, wir tun das auch.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Der Haushalt 2005 für die Hochschulen lässt sich ganz einfach zusammenfassen: versprochen und gehalten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Widerspruch bei der SPD)

Am Beginn des Hochschuloptimierungskonzeptes haben wir versprochen, dass es im Jahre 2005 keine weiteren Einschnitte geben würde. Trotz der unerwarteten zusätzlichen Einnahmeausfälle und Sparzwänge ist es uns gelungen, die Mittel für die Hochschulen in vollem Umfang zu erhalten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das bedeutet Planungssicherheit für die Hochschulen, zwar auf kargem Niveau - das wissen wir -, aber wir werden auch weiterhin das HOK wie geplant umsetzen. Die Hochschulen wissen das, und sie honorieren das. Resignation bei den Hochschulen kann ich wirklich nicht so erkennen.

Frau Dr. Andretta, zur Föderalismusdiskussion. Haben Sie Angst davor, dass wir unsere Hochschulen selbst voranbringen könnten? Sollen wir unsere Länderkompetenzen in diesem Bereich für ein Linsengericht verkaufen? Sollen wir diesem absurden Brain-up-Konzept der so genannten Spitzenhochschulen nachlaufen? Wir wollen Exzellenz-Cluster. Das ist etwas ganz anderes. Das ist sachgerecht und viel besser.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir wollen nicht mit verfassungswidrigen Verboten arbeiten wie Frau Bulmahn bei der Junior-Professur,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

sondern wir setzen auf den offenen Wettbewerb zwischen den Konzepten Junior-Professur und Habilitation. Wir wollen keine Spitzenuniversitäten par ordre du mufti, sondern den offenen Wettbewerb zwischen den Hochschulen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Deswegen wollen wir den niedersächsischen Weg und nicht den Bildungszentralismus einer Frau Bulmahn.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
David McAllister [CDU]: Dabei könnt
ihr ruhig einmal mitklatschen! Wolf-
gang!)

Wir packen die Dinge an, die die Hochschulen unisono wollen und die sie wirklich voranbringen, wie die Möglichkeit, nach eigenen Kriterien Studenten zuzulassen. Allein diese Möglichkeit wird einen Riesenschub geben und eine Aufbruchstimmung erzeugen. Fazit: Es gibt auch gute Reformen, die wenig kosten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Hans-Christian Biallas [CDU]: Sehr
gut!)

Nächstes Thema: Erwachsenenbildung. Wir haben es in langen und komplizierten Verhandlungen erreicht, dass das Erwachsenenbildungsgesetz trotz der vorgesehenen Kürzungen im Einvernehmen mit den Verbänden und auch hier im Landtag einstimmig verabschiedet werden konnte. Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Verbänden der Erwachsenenbildung für ihre Einsichten in die Notwendigkeiten der Haushaltskonsolidierung bedanken.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Was den Bereich Kultur betrifft, so sind die Kürzungen weit moderater ausgefallen, als einige, schon bevor irgendwelche Zahlen bekannt waren, es an die Wand gemalt haben. Von einem Kahl-schlag kann keine Rede sein.

(Heinrich Aller [SPD] bespricht sich
mit Mitgliedern seiner Fraktion)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Augenblick, Herr Dr. Zielke, wir wollen die jetzt nicht stören, die gerade reden. - Herr Abgeordneter Aller!

Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP):

Herr Aller, Sie können auch weghören.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Dr. Zielke, fahren Sie fort.

Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP):

Von einem Kahlschlag in der Kultur kann keine Rede sein. Wir als FDP-Fraktion haben darüber hinaus in den Beratungen durchgesetzt, dass die Mittel für die freie Kulturförderung, in der sehr viel ehrenamtliches Engagement steckt, doch noch um 600 000 Euro aufgestockt werden. Dazu wird mein Kollege Roland Riese sprechen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Und diesem Kollegen erteile ich jetzt das Wort für die FDP-Fraktion.

Roland Riese (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kultur ist bekanntlich eines der wenigen Politikfelder, die sich nur durch eine geringe Regulungsdichte auszeichnet. Das ist ein Gebiet, in dem wir in Niedersachsen wie auf kaum einem anderen Feld unabhängig von Bundesrecht politische Gestaltungskraft an den Tag legen können. Ich habe mich deswegen besonders gefreut, dass es gestern in der Generaldebatte der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Dr. Philipp Rösler, war, der insbesondere auf die Kulturpolitik und den Stellenwert der Kultur im Lande hingewiesen hat. Es sitzen hier viele im Saal, die beschämt schweigen müssen, weil sie nämlich nach der Vorstellung der ersten Rahmendaten des Haushaltsentwurfs im Juli 2004 für den Haushalt 2005 durch die Lande gezogen sind und behauptet haben, die freie Kultur würde abgeschafft und 8 Millionen Euro würden dort eingespart.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Kollegin Dr. Heinen-Kljajić war sich sogar nicht zu schade, diesen Umstand noch einmal in Erinnerung zu rufen. Es galt aber damals wie auch heute das Wort von Gorbatschow: Wer zu früh kommt, den bestraft das Leben!

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Nein, wer zu spät kommt! - Uwe Harden [SPD]: Das war ein falsches Zitat! - Hans-Werner Schwarz [FDP]: Manche waren jetzt auf! Herzlich willkommen!)

Wohl sind noch in dem Haushaltsentwurf, den die Landesregierung im Oktober in dieses Haus eingebracht hat, schmerzhaft Kürzungen im Bereich der Kultur enthalten. Es sind dies aber - wir alle müssen einmal die Hand aufs Herz legen - unvermeidbare Beiträge zum Aufräumen in einem chaotischen Landeshaushalt, den diese Regierung von ihren Vorgängern geerbt hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn ich die Zahlen richtig aufaddiere, dann komme ich nicht mehr auf 4 Millionen, verehrte Kollegin Heinen-Kljajić, sondern auf noch gut 1 Million im Haushaltsentwurf. Erfreulicherweise haben wir in den Beratungen durch die Fraktionen diese Vorschläge in ihrem Wert noch vermindern und auf intelligente Art und Weise decken können. In diesem Zusammenhang möchte ich mich ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktion CDU bedanken. Die FDP hat in den Haushaltsberatungen vorgeschlagen, die qualitätsvolle und fantasiereiche Arbeit der vielen freien Theater im Lande dadurch zu würdigen, dass wir speziell für diesen Bereich in den Haushaltsentwurf noch weitere 300 000 Euro eingestellt haben. Es ist mir persönlich eine besondere Freude, dass wir für eine Kürzung um 50 000 Euro, die Sie vorschlagen mussten - Herr Minister, ich weiß, dass Ihnen das nicht leicht gefallen ist, weil Sie insoweit ein Versprechen von Ihrem Vorgänger Oppermann geerbt haben, dass die Haushaltsansätze gleich bleiben sollten -, einen Deckungsvorschlag gefunden haben. Insofern können wir auch beim Weltkulturerbe Rammelsberg das Vorjahresniveau wieder erreichen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in der Kulturdiskussion haben wir uns vielfach mit Leuchttürmen beschäftigt. Dazu hat der Minister für Kultur Lutz Stratmann am 15. September 2004 an diesem Pult folgende Worte gefunden:

„Was das Stichwort ‚Leuchttürme‘ angeht, so sage ich Ihnen: Für mich ist der strahlendste und hellste Leuchtturm in diesem Lande die Ehrenamtlichkeit.“

Dafür haben Sie viel Applaus bekommen, Herr Minister. Er war auch völlig berechtigt; denn ohne diesen Leuchtturm kommen wir nicht zurecht. Es ist aber so, wie alle Seefahrer wissen. Leuchttürme geben über große Entfernungen hinweg nur eine grobe Orientierung. Sie müssen durch Richtfeuer,

durch Leitfeuer und durch eine Unzahl befeuerter Bojen ergänzt werden, damit der Richtungsuchende nicht auf gefährliche Untiefen gerät. Für diese Richtfeuer und beleuchteten Bojen sorgt der von der Regierung vorgeschlagene und von den Fraktionen beratene Haushalt.

Wenn ein solcher Haushalt zur Beschlussfassung vorliegt, stellen sich - - -

(Axel Plaue [SPD]: Haben Sie schon einmal eine beleuchtete Boje getroffen? - Gegenruf von Dr. Harald Noack [CDU]: Nicht auf dem Maschsee! Aber es gibt sie! - Weitere Zurufe)

- Ja. Herr Kollege Plaue, lassen Sie uns zusammen segeln. Dann zeige ich Ihnen welche.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Fahren Sie fort. Sie haben das Wort.

Roland Riese (FDP):

Natürlich ergeben sich, wenn man einen solchen Haushalt beschließt, immer auch Aufgaben für die Zukunft. Das sind Aufgaben sortierender Art. Ich durfte Ihnen an dieser Stelle schon einmal vortragen, dass auch in der Organisation der vielschichtigen Kulturlandschaft Aufgaben zu erledigen sind, die mehr als 15 Jahre liegen geblieben sind und jetzt angefasst werden müssen.

Ich nenne drei dieser Aufgaben. Der zugegebenermaßen nicht sehr üppige Kulturhaushalt des Landes Niedersachsen - er beläuft sich auf weniger als 1 % des Gesamthaushaltes - ist zu zwei Dritteln und mehr durch große und teure Einrichtungen bestimmt, nämlich durch die Theater. Hier müssen - der Kollege Klare hat schon darauf hingewiesen - Umstrukturierungen stattfinden. Hier müssen wir über Tarifverträge reden. Wir müssen über Kooperationen reden und über die Organisation des Spielplans, um zu zeitgemäßen Formen zu kommen. Außerdem werden wir dort erhebliche Wirtschaftlichkeitsreserven heben. Die werden wir nicht dazu verwenden, um den Haushalt zu sanieren - das ist mit solchen relativ kleinen Beträgen auch gar nicht möglich -, sondern aus diesen Wirtschaftlichkeitsreserven werden wir Kraft für eine gestaltende Kulturpolitik in der Fläche und für die vielen anderen Kulturfelder gewinnen, wie wir es uns vorgenommen haben.

In der reichhaltigen organisch gewachsenen Kultur- und Kulturförderungslandschaft müssen wir uns auch in Zukunft politisch über die Frage auseinandersetzen, was Aufgabe der Kommunen und was Aufgabe des Landes ist. Hier ist das Stichwort „Übungsleiterpauschale“ genannt worden. Jetzt dürfen Sie wieder einmal etwas schmunzeln; denn hier am Pult steht einer der wahrscheinlich wenigen Chorleiter im Saal. Die Übungsleiterpauschale kommt beim einzelnen Gesangsverein mit 300 Euro an. Dieser Gesangsverein hat 20 oder, wenn es ein größerer ist, 50 Mitglieder. Wenn die im Jahr 300 Euro bekommen, dann bedeutet das: Wenn jedes einzelne Mitglied pro Monat ein Bier weniger trinkt, dann bringt der betreffende Verein die gleiche Summe schon von sich aus auf. Bei solchen Beträgen kann nicht wirklich von einer Landesaufgabe die Rede sein.

(Zurufe von der SPD)

Diese Beträge sollten wir besser in eine vom Landesmusikrat organisierte gute Bildungs- oder Qualifizierungsmaßnahme für die Übungsleiter hineingeben. Das als nur ein Beispiel.

Es gedeiht im Fördersystem über den Haushalt, über diverse meist staatsnahe Stiftungen ein bunter Strauß von Blumen. Allerdings sind viele der Blüten in ihrem Duft nur lokal begrenzt wahrnehmbar. Viele kleine Projekte, auch im Bereich Sozialkultur, sind von ihrer Natur her eben doch kommunale und nicht unbedingt staatliche Aufgaben. Auch dort geht es - wie übrigens auch bei den Museen - darum, eine gewisse Qualität und gewisse Standards zu garantieren. Es geht aber nicht darum, auch noch der letzten kleinen Einrichtung den letzten kleinen Geldbetrag zu geben. Damit verzetteln wir uns.

Der dritte Aufgabenbereich, mit dem wir uns beschäftigen müssen, bedarf eines zähen Ringens. An dieser Stelle spreche ich alle Kulturpolitiker im Hause, aber auch alle Haushaltspolitiker an. Dieser dritte Bereich umfasst die Gestaltung von Förderverfahren, die Richtlinien, die Anwendung und auch die Formulierung der Landeshaushaltsordnung. Wer mit Kulturvereinen und Ehrenamtlichen spricht, der bekommt jeden Tag praktische Beispiele dafür geliefert, wie sich hier Hemmnisse aufbauen, die wir durch eine Überprüfung der Rechtsnormen beseitigen müssen. Ich rate Ihnen allen, diese Gespräche zu führen.

Was die Haushaltsansätze und die im Rahmen der Diskussion vorgeschlagenen Änderungen angeht, so finden Sie in allen Kulturvereinen verständige Staatsbürger, die wissen, dass auch sie einen Beitrag leisten müssen. Ich habe mit Vertretern der Soziokultur, der freien Theater, der Museen und der Kulturvereine überall im Land gesprochen und dort viel Verständnis gefunden. Deshalb sollten wir hier nicht den Untergang des Abendlandes zitieren. Er findet nicht statt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Stratmann das Wort.

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen ganz herzlich dafür bedanken, dass es in finanziell extrem schwierigen Zeiten gelungen ist, einen Einzelplan 06 vorzulegen, der davon gekennzeichnet ist, dass es in den Hochschulkapiteln keine weiteren Kürzungen geben wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das heißt, er ist davon gekennzeichnet, dass wir Wort halten - eine Selbstverständlichkeit für diese Regierung und die Regierungsfractionen. Außerdem ist es gelungen - liebe Frau Bührmann, das ist hier eben völlig zu Recht vorgetragen worden -, die Horrorzahl im Kulturbereich in Höhe von 8 Millionen Euro, die Sie zum Anlass genommen haben, hier im Landtag ein großes Spektakel zu veranstalten, auf 1 Millionen Euro abzusenken. 1 Millionen Euro, bezogen auf 8 Millionen Euro, die hier vor einigen Wochen ein Thema waren - meine Damen und Herren, dies kann man als wirklichen Erfolg im Rahmen der Haushaltsplanberatungen bezeichnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn man dann noch berücksichtigt, dass Sie diese Kürzung der Kulturmittel um 1 Millionen Euro auf einen Gesamtansatz in Höhe von 175 Millionen Euro beziehen müssen, dann bitte ich Sie, die Kirche im Dorf zu lassen. Hier in Niedersachsen geht deshalb keineswegs die Welt unter,

(Beifall bei der CDU)

auch wenn ich gut nachvollziehen kann, dass Betroffene, die in Zukunft etwas weniger bekommen, darüber nicht glücklich und erfreut sind. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, dass ich mir selbstverständlich wünschen würde, mich in der Rolle eines Kulturministers zu befinden - um einmal bei diesem Bereich zu bleiben -, der im Übermaß über Geld verfügen und durch das Land reisen und neue Museen - eines luxuriöser und schöner als das andere - eröffnen kann. Diese Rolle wünscht sich wohl jeder herbei, weil es menschlich wäre, sich so zu verhalten.

Ich stelle aber auch fest, dass meine Vorgängerinnen und Vorgänger - alle, wie sie da sind - ihr Amt vielleicht zu häufig nach diesem Prinzip ausgeübt haben, sodass wir heute diese sich in aller Dramatik stellenden Probleme haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Freude löst ein solches Verhalten allemal mehr aus. Es ist aber nicht verantwortlich, wenn ich an die Bürden denke, die wir künftigen Generationen damit aufgelastet haben.

(Unruhe)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Minister, einen Augenblick. - Fahren Sie bitte fort!

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Mit großem Bedauern, liebe Frau Dr. Andretta, stelle ich fest, dass sich in Zeiten wie diesen, die eigentlich ein völlig anderes Verhalten erfordern würden, die Opposition offensichtlich dazu entschieden hat, sich auf Fundamentalkritik zu begrenzen, ohne auch nur im Ansatz Lösungsvorschläge aufzuzeigen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe mir die Anträge der SPD-Fraktion zum Einzelplan 06 mit großem Interesse angeguckt. Ich habe gesagt: Das ist konsequent. Da stehen 50 Millionen, also eine Rücknahme der hier kritisierten Kürzungen im Hochschulbereich. - Dann habe ich ein zweites Mal hingeguckt und gesehen: Da fehlt ja eine Null. Sie wollen die Kürzungen ja um nur 5 Millionen Euro reduzieren. - Frau Dr. An-

dretta, behaupten Sie gegenüber der Öffentlichkeit doch nicht, dass Sie die Kürzungen im Hochschulbereich zurücknehmen wollten. In Wahrheit beantragen Sie eine Verringerung der Kürzungen um nur 5 Millionen Euro. Das ist noch nicht einmal ein Zehntel der von uns beschlossenen Kürzungen. Das ist nicht seriös. Sie werden damit unglaublich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich würde mich erheblich lieber mit Ihnen auseinander setzen, wenn Sie hier Vorschläge in einer entsprechenden Größenordnung und dafür auch Deckungsvorschläge unterbreitet hätten. Dann würde ich mich gerne mit Ihnen darüber unterhalten, ob diese Deckungsvorschläge richtig und seriös sind oder nicht. Aber überhaupt keine Vorschläge zu machen und hier zu sagen, Finanzzuweisungen dürfen nicht gekürzt werden - das war einer Ihrer letzten Sätze -, ist nicht seriös. So können wir nicht miteinander umgehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben auch Haushaltsvorschläge gemacht, die den Kulturbereich betreffen. Dort wollen Sie zusätzlich 500 000 Euro ausgeben. Meine Damen und Herren, die Regierungsfractionen haben einen Antrag vorgelegt, der einen Betrag von 600 000 Euro umfasst. Das heißt, die Regierungsfractionen liegen mit 100 000 Euro über den Vorschlägen der Opposition - so viel zur Seriosität Ihrer Vorträge hier!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Grünen - liebe Frau Heinen-Kljajić, Sie haben ja die Diktion von Frau Dr. Andretta aufgegriffen - machen Folgendes: Sie versuchen noch nicht einmal, unseren Haushaltsplanansatz sozusagen positiv zu korrigieren, sondern sie reduzieren ihn bei der Studienstiftung sogar noch um 10 000 Euro. Sie haben es also noch nicht einmal geschafft, mehr draufzupacken, sondern Sie nehmen sogar noch etwas heraus. Ich finde das ungeheuerlich. So können wir nicht miteinander umgehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Präsident, ich finde es dabei besonders schade - das ist vielleicht einmal eine Anregung -, dass zwischenzeitlich die Besucher auf den Tribünen gewechselt haben. Das heißt, sie alle gehen mit dem Eindruck nach Hause, dass das, was die Opposition hier vorträgt, richtig ist, ohne dass wir die

Gelegenheit haben, das richtig zu stellen. Aber gut, sei es drum.

(Zurufe von der SPD: Das ist auch richtig!)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Minister, es kann natürlich auch umgedreht sein.

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Ja, es kann auch umgedreht sein. Damit gleicht sich das aus. Das gebe ich gerne zu.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zu einigen Stichworten, die hier gefallen sind. Ein Stichwort lautet „Zukunftsvertrag“. Auch dazu kann ich Ihnen nur sagen: Wir stehen zu dem Wort, das wir vor einem Jahr gegeben haben, dass wir den Hochschulen einen Zukunftsvertrag vorlegen wollen. Aber dieser Zukunftsvertrag, liebe Frau Dr. Andretta, soll sich in einem Punkt wesentlich von dem Innovationspakt I und II der SPD-Vorgängerregierung unterscheiden: Er soll eben nicht unter Haushaltsvorbehalt stehen. Wir wollen eben nicht nur weiße Salbe verschmieren, wie Sie das über Jahre getan haben, sondern wir wollen den Hochschulen sagen: Wenn wir mit euch einen Vertrag abschließen, dann hat dieser Vertrag auch wirklich Substanz. Wir werden uns daran halten. Der Vertrag wird nicht unter Haushaltsvorbehalt gestellt und nicht bei der nächsten Diskussion wieder null und nichtig sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Damit würden wir Vertrauen zerstören. Glaubwürdigkeit ist für uns aber ein enorm hohes Gut.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch etwas anderes sagen: Das nächste Jahr wird für Sie ein schweres Jahr. Das Bundesverfassungsgericht wird im Januar Studiengebühren, so wie das bei der Juniorprofessur auch der Fall war, zulassen. Das heißt, es wird die Verbotsnorm im Hochschulrahmengesetz verwerfen.

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Sie wissen das schon?)

Davon geht sogar Frau Bundesbildungsministerin Bulmahn aus, die ich ja angeblich immer beschimpfe. Diejenigen, die mich kennen, wissen,

dass ich das gar nicht kann. Ich neige zu allem, aber nicht zu Beschimpfungen. Aber sei es drum. Das Bundesverfassungsgericht wird die Verbotsnorm aus dem HRG herausnehmen. Dann, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von den Grünen und von der SPD, kommt für Sie der Beweistermin: Sind Sie bereit, mit uns einen Weg zu gehen, der den Hochschulen mehr Mittel verschafft, der aber nur dann gegangen wird, wenn die Mittel auch wirklich in den Hochschulen verbleiben? - Für diesen Weg stehe ich hier. Ohne diese Bedingung mache ich die Studiengebühren nicht mit. Das sage ich ganz bewusst öffentlich vor diesem hohen Haus.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sind Sie dann bereit, diesen Weg mit uns zu gehen? Werden Sie dann zumindest an diesem Punkt glaubwürdig - da Sie ja ständig zusätzliche Mittel für die Hochschulen einfordern -, oder werden Sie auch dann Fundamental- und Oppositionspolitik betreiben? - Ich fürchte, das Zweite wird der Fall sein. Ich würde mich freuen, wenn Sie bei diesem Thema einen konstruktiven Dialog mit uns führen würden.

Dann haben Sie kritisiert, wir würden beim Hochschulbau reduzieren. Das tun wir in der Tat. Aber wir sind trotzdem in der Lage, die Bundesmittel gegenzufinanzieren, und zwar komplett. Warum sind wir das? - Sie müssen mit Ihrer Kollegin in Berlin einmal darüber sprechen, ob es vernünftig ist, die Hochschulbaumittel zurückzufahren, nämlich von 1,1 Milliarden Euro auf 925 Millionen Euro. Weil sie das getan hat, haben wir kein Problem damit, die Gegenfinanzierung sicherzustellen. Warum sollen wir mehr Geld in den Haushalt einstellen, wenn es weniger Komplementärmittel aus Berlin dafür gibt? Ich frage sie: Warum sollten wir das tun? - Sie haben sich in der Vergangenheit überhaupt nicht anders verhalten.

Bezüglich der Exzellenzförderung muss ich noch einmal auf den Hochschulbauplanfond hinweisen. Ich persönlich finde es ungeheuerlich, dass so getan wird, als würden nun zusätzliche Mittel für die Forschung und anderes bereitgestellt, aber verschwiegen wird, dass die 1,45 Milliarden Euro Bundesmittel ausnahmslos durch eine Absenkung des Hochschulbauplanfonds finanziert werden. Das bedeutet im schlechtesten Fall - da gebe ich Ihnen Recht, liebe Frau Dr. Andretta -, dass die norddeutschen Länder unter Umständen künftig die Exzellenzförderung in Süddeutschland, Bayern

und Baden-Württemberg mitfinanzieren. Das müssen wir verhindern. Ich bin zuversichtlich, dass es dem Herrn Ministerpräsidenten morgen und in den nächsten Tagen im Rahmen der Föderalismuskommission gelingen wird, die entsprechenden Entscheidungen zu erreichen.

Ich möchte noch ein Thema aus diesem Bereich aufgreifen, weil es von Frau Dr. Heinen-Kljajić angesprochen worden ist und auch im Ausschuss von Herrn Wenzel thematisiert worden ist. Da wurde gesagt: Eure Vorschläge sind intransparent und überhaupt nicht beratungsfähig. - Auch dazu will ich sagen: Man kann nicht auf der einen Seite ständig das Hohelied der Autonomie der Hochschulen und der Globalhaushalte singen, aber auf der anderen Seite erwarten, dass man in den Ausschüssen eine Diskussion wie zu kameralistischen Haushalten führen kann. Beides passt nicht zusammen. Das muss hier der Ehrlichkeit halber auch gesagt werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Transparenz und Autonomie gehören zusammen!)

Wir stehen für ein Höchstmaß an Autonomie.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Und dazu gehört Transparenz!)

Wir stehen für moderne Bewirtschaftungsformen. Herr Wenzel, ich weiß, dass Sie das auch tun. Aber ich bitte Sie, auch ehrlich zu sagen, dass dann die üblichen Haushaltsberatungen, wie wir sie aus den letzten Jahrzehnten kennen, nicht mehr uneingeschränkt möglich sind.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das erklären Sie hier wider besseren Wissens!)

Einige Worte abschließend zum Kulturbereich. Ich habe etwas zu den Zahlen gesagt. Von 8 Millionen Euro sind insgesamt etwa 2 Millionen Euro übrig geblieben. Von den 2 Millionen Euro muss man - wenn man so will - noch rund 1 Million Euro Erwachsenenbildung abziehen. Das heißt, es erfolgen 1 Million Euro Kürzungen im Kulturbereich.

(Christina Bührmann [SPD]: Das müssen Sie schon fairerweise sagen!)

Auch das will ich der Ehrlichkeit halber dazu sagen. Das betrifft aber, liebe Frau Bührmann, den Kulturhaushalt, was die Haushaltsdebatten angeht, nur mittelbar. Dass zusätzliche Einschnitte

durch die Reduzierung der Konzessionsabgabe und der Toto/Lotto-Mittel eintreten, ist ein Problem, dem sich auch alle anderen Kolleginnen und Kollegen vom Sportbereich - Minister Schünemann - bis in den Sozialbereich - Ministerin von der Leyen - zu stellen haben. Das betrifft den Kulturhaushalt in den Auswirkungen unmittelbar. Die Haushaltsdebatte, die wir jetzt führen, betrifft das nur mittelbar. Ich habe meinen Haushalt zu sehen. Dieser Haushalt ist, was den Kulturbereich angeht, um 1 Million Euro gekürzt. Das räume ich freimütig ein. Bezogen auf einen Betrag von 175 Millionen Euro ist das eine, wie ich finde, akzeptable Größenordnung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben das Beispiel Musikschulen genannt. Auch das gehört zur Wahrheit dazu: In der Tat kürzen wir - das betrifft das Thema Toto/Lotto und Konzessionsabgabe - um 25 %. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss Ihnen aber berichten, dass sich diese 25 % auf einen Landeszuschuss von 1,9 % - bezogen auf die Gesamthaushalte der Musikschulen - bezieht. Das heißt, von den 1,9 % Landeszuschuss für die Musikschulen nehmen wir 25 % heraus. Das ist die Kürzung. Das gehört zur Wahrheit dazu. Das heißt, künftig wird die Förderung von 1,9 % auf rund 1,5 % zurückgeführt, bezogen auf die Gesamthaushalte der Musikschulen. Auch das ist eine vertretbare Größe. Ich glaube, da müssen wir ehrlich miteinander umgehen.

Eines ist von der Kollegin Siebert sehr sympathisch vorgetragen worden. Ich stelle fest, dass es gerade im Kulturbereich in den letzten Jahren eine sehr ausgeprägte Mentalität gegeben hat - ich halte mich einmal zurück und versuche, sehr moderat zu formulieren -, Geld auszugeben, und zwar nicht immer unter qualitativen Gesichtspunkten. Man ist vielmehr mit der Gießkanne durch das Land gegangen und hat versucht, die Leute glücklich und zufrieden zu machen.

(Zustimmung bei der CDU)

Es gibt und gab eine Reihe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die das mit großer Freude gemacht haben. Das kann ich menschlich auch nachvollziehen. Aber eines, Frau Bührmann, gab es nie: Es gab nie auch nur im Ansatz die Überlegung, wie wir Konzepte hinkriegen, die es uns ermöglichen, auch in haushaltsmäßig schwierigen Zeiten eine Kulturlandschaft vorzuhalten, die es verdient hat, auch außerhalb Niedersachsens mit

Stolz und Hochachtung betrachtet zu werden. Das versuchen wir jetzt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In allen Bereichen - z. B. bei den Museen - haben wir uns vorgenommen, unter Hinzuziehung von Fachleuten Strukturveränderungen vorzunehmen. Es sind Projektgruppen mit Fachleuten eingesetzt worden, die sich die niedersächsische Museumslandschaft anschauen. Das Gleiche gilt für die Theater in Niedersachsen - die staatlichen, die städtischen und die freien Theater. Ich glaube, dass wir hier durch eine bessere Zusammenarbeit und eine stärkere Koordinierung eine Menge an Synergien und Potenzialen freisetzen können, die wir zugegebenermaßen - dafür werde ich mich als zuständiger Ressortminister immer einsetzen - der Kultur auch wieder zugute kommen lassen müssen.

Ich meine, dass wir die Kulturlandschaft nur dann wirklich am Leben erhalten können, wenn wir jetzt den Mut haben, Schwerpunkte zu setzen, Strukturveränderungen vorzunehmen und auch kundenorientierter zu agieren, als das in der Vergangenheit der Fall war. Dies tun wir. Da können Sie uns und mir wirklich keinen Vorwurf machen. Wenn Sie etwa unser Drei-Säulen-Modell kritisieren, dann passt das allerdings nicht mit Ihrem Eingangsvorwurf zusammen, wir würden nichts tun. Wir haben die Kulturlandschaft in dieser Hinsicht durchgebürstet und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir drei grobe Einordnungen vornehmen können.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir sind im Gespräch mit allen Kulturschaffenden, wie wir auch in diesem Bereich die Mittel so effizient wie möglich verteilen können. Besonders wichtig ist mir, dass der überwiegende Teil dieser Mittel auch wirklich bei den Kulturschaffenden ankommt und nicht an den Fingern der Verwaltungsleute kleben bleibt. Das ist für mich ein außerordentlich wichtiger Ansatz.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Ich habe von dieser Stelle aus schon gesagt, dass von rund 2 oder 1,8 Millionen Euro Soziokulturmitteln ein gutes Drittel nur für Personalkosten verwendet wird. Ich will damit nicht die Empfänger dieser Gelder diskreditieren, weil ich sehr viel von dem Beratungssystem halte, das in der Soziokultur

aufgebaut worden ist. Bei dieser Feststellung muss aber doch die Frage erlaubt sein, ob es dort nicht zu Verschiebungen in Richtung Kulturschaffende und zu einer Reduzierung der Personalkosten kommen kann.

(Unruhe)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Minister, einen Augenblick, bitte. - Wirklich ruhig wird es hier erst, wenn auch noch die Sprechstunde auf der Ministerbank rechts von mir eingestellt wird. - Fahren Sie fort!

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Lieber Herr Präsident, ich bin mit den Stichworten, die ich mir aufgeschrieben habe, durch. Viele Kollegen haben bereits das Nötige gesagt.

Ich möchte zum Schluss versöhnlich an alle sagen: Keiner von uns, keiner meiner Vorredner und natürlich auch kein Redner von der Opposition, wird bestreiten, dass wir in extrem schwieriger Situation Politik zu machen haben. Ich bitte deshalb alle wirklich herzlich, sich noch einmal zu überlegen, ob wir es uns in Zeiten wie diesen tatsächlich leisten können, die Dinge nur nihilistisch, nur fundamental und vielleicht auch zu ideologisch anzugehen. Wissenschaft und Kultur sind für die Zukunft unseres Landes von existenzieller Bedeutung. Wir werden Niedersachsen nur zukunftsfähig halten, wenn wir im Bereich der Hochschulen, im Bereich der Bildung insgesamt - Forschung, Technologie und Innovationen - die richtigen Entscheidungen treffen, die unter um Umständen auch mit Geld verbunden sein müssen; das ist völlig unstrittig. Wir haben hier gemeinsam eine hohe Verantwortung und sollten uns - bei aller Kritik, die berechtigt sein mag und die Sie auch konstruktiv vortragen mögen - bemühen, Politik in diesem Bereich nicht nur auf der Ebene einer fundamentalen Auseinandersetzung zu betreiben, sondern wirklich zusammen zu wirken. Machen Sie mir konkrete Vorschläge! Sagen Sie mir, woher ich nach Ihrer Meinung das Geld nehmen kann! Wir werden die Vorschläge mit allem Nachdruck prüfen. Wenn sie in Ordnung sind, haben wir auch keine Scheu, diese Vorschläge umzusetzen. Von derartigen Vorschlägen habe ich aber heute leider nichts gehört.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für den Themenbereich Wissenschaft und Kultur liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen jetzt zum Themenbereich

Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Hoppenbrock gemeldet.

Ernst-August Hoppenbrock (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die wirtschaftliche Entwicklung Niedersachsens - ich denke, da sind wir uns einig - ist immer von der gesamtwirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik Deutschland abhängig. Diese gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland ist zurzeit - Herr Oppermann, da werden Sie mir zustimmen -, im sechsten Amtsjahr der rot-grünen Bundesregierung, grottenschlecht.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das ist nun wirklich Blödsinn!)

Besonders im Vergleich mit den anderen Industrieländern zeigt sich: Deutschland ist nach wie vor der kranke Mann in Europa.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Sie wollen uns doch wohl nicht weismachen, dass vorher alles in Butter war! Das ist ja lächerlich! Da wurde immer nur ausgesessen und ausgesessen und ausgesessen!)

Wenn man den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute glauben darf, wird sich daran auch in den nächsten Jahren leider nichts ändern.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vernachlässigt man die statistischen Verluste, dann haben wir in Deutschland immer noch ca. 6 Millionen Menschen ohne festen Arbeitsplatz. Jahr für Jahr gehen 40 000 Betriebe - gestern wurde gesagt: 42 000 Betriebe - Pleite, und wir verlieren in Deutschland Tag für Tag über 1 000 Arbeitsplätze.

Ich meine, es reicht nicht aus, hier nur das Elend zu beschreiben.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Aber wir sind uns einig, dass es bei Kohl noch schlimmer war, dass es ganz schrecklich war! Sie waren doch auch froh, als Kohls Wirtschaftspolitik beendet wurde!)

Die Niedersächsische Landesregierung hat sich konzeptionell neu aufgestellt, sie hat neu nachgedacht und neue Produkte entwickelt. Verschiedene Institute haben schon nachgewiesen: Niedersachsen ist auf dem richtigen Weg. Die Wirtschaft hat wieder Vertrauen gefasst zur Wirtschaftspolitik der Niedersächsischen Landesregierung,

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

wie es beispielsweise auch das Länderranking der *Wirtschaftswoche* zeigt, das gestern hier schon referiert worden ist. Hätten wir nicht eine solche dramatisch hohe finanzielle Erblast übernommen, dann könnten wir diesen Aufholprozess durch zusätzliche Maßnahmen, die natürlich etwas kosten, noch deutlicher unterstützen.

Der Konsolidierungskurs, den die Landesregierung eingeschlagen hat, ist der einzig mögliche Weg, um uns wieder auf ein sicheres Fundament zu bringen. Er ist auch die einzig vertretbare Antwort auf die Verschuldung, die wir von der SPD-Landesregierung, von der Vorgängerregierung, übernommen haben.

(Anneliese Zachow [CDU]: Richtig!)

Wir sind uns daher sicherlich einig: Konsolidieren ist unverzichtbar. Obwohl im Haushalt des Wirtschaftsministers zusätzlich 50 Millionen Euro eingespart werden mussten, wurden mit den verbleibenden Mitteln Schwerpunkte gesetzt, hauptsächlich bei der Innovationsförderung und bei der Mobilität. So stieg der Innovationsanteil am Wirtschaftsförderfonds von knapp 30 % im Jahr 2003 auf inzwischen über 61 % im Jahr 2005.

Ein anderer wichtiger Punkt zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen ist die Verwaltungsmodernisierung. Zur aktiven Standortpolitik gehört der Abbau von überflüssigen rechtlichen Vorschriften. Die uns von der SPD-Landesregierung, von der Vorgängerregierung, hinterlassene Überregulierung, teilweise bis ins letzte Detail, behindert unternehmerisches Handeln und erhöht die Arbeitskosten. Der Abbau von Bürokratie dagegen kostet kein Geld, erhöht aber die Att-

raktivität des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen für die Unternehmen. Diese „Wirtschaftspolitik ohne Geld“ - so nenne ich sie einmal - nimmt angesichts der Haushaltslage einen immer größeren Stellenwert ein.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Im Wirtschaftsministerium wurde ein neues Referat „Bürokratieabbau“ geschaffen, in dem die Maßnahmen zum Abbau von bürokratischen Hemmnissen gebündelt und koordiniert werden. Das geschieht gemeinsam mit den mittelständischen Unternehmen.

Gerade dem Mittelstand dient auch die Einrichtung der NBank, die Anfang des Jahres ihre Arbeit aufgenommen hat.

(Wolfgang Ontijd [CDU]: Sehr gut!)

Dort werden die Förderinstrumente gebündelt, und die Wirtschaft hat seitdem, Gott sei Dank, nur noch einen Ansprechpartner.

(Björn Thümmler [CDU]: Eine hervorragende Einrichtung!)

Die NBank berät aus einer Hand über die Förderprogramme von Land, Bund und EU. So hat beispielsweise der Niedersachsen-Kredit bereits bei vielen kleinen und mittleren Unternehmen geholfen, neue Arbeitsplätze einzurichten bzw. die vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern. Daran haben Sie auch Ihren Anteil; das weiß ich.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Björn Thümmler [CDU]: Das kann man bestätigen! - Wolfgang Ontijd [CDU]: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, ein herausragender Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Qualität der Wirtschaftspolitik ist der Arbeitsmarkt. Noch im Januar 2003, also kurz vor dem Regierungswechsel, belegte Niedersachsen den 9. Platz unter den Bundesländern. Seitdem haben wir uns verbessert und halten seit März dieses Jahres stabil den 6. Platz. Ich meine, das will etwas heißen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Das ist doch was!)

Durch den Ausbildungspakt, dem sich die Gewerkschaften übrigens verweigert haben, hat Niedersachsen in diesem Jahr einen Zuwachs an Ausbildungsplätzen von 3 %. Durch eine gemeinsame Anstrengung von CDU und FDP wurde die ÜLU, die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung, wieder eingeführt und in gewohnter Weise ausgebracht. Ich danke ganz ausdrücklich den kleinen und mittleren Unternehmen und auch den Handwerksbetrieben für diese außerordentliche Ausbildungsleistung, die sie in diesem Jahr für uns vollbringen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, trotzdem leiden unsere niedersächsischen Unternehmen nach wie vor unter den falschen Vorgaben durch die Bundesregierung. Bei den Bereisungen unseres Arbeitskreises ging die Diskussion mit den Unternehmern immer wieder in Richtung Neueinstellungen, und es kam immer wieder das gleiche Argument: Wir würden ja gern einstellen, wenn wir bei schlechter Auftragslage nicht an dem starren Kündigungsschutzgesetz verzweifeln würden. - Also greifen die Betriebe lieber auf Leiharbeitsfirmen zurück, und die vielen Arbeitslosen haben das Nachsehen, das dann allerdings bei vollem Kündigungsschutz. Fakt ist: Der heutige starre Kündigungsschutz schützt nur vordergründig die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die einen Arbeitsplatz haben. Er blockiert aber die Neueinstellungen, und es besteht oft keine Chance, einen festen Arbeitsplatz zu bekommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, zum 1. Januar greifen die neuen Arbeitsmarktgesetze nach Hartz IV. Das geht in die richtige Richtung. Ich glaube, wir wollen alle, dass das erfolgreich wird.

(Thomas Oppermann [SPD]: Dafür habt ihr aber lange gebraucht!)

Schon in den vergangenen Jahren haben einige Landkreise, wie beispielsweise der Landkreis Osnabrück, ohne neue Gesetze und neue Verordnungen viele Langzeitarbeitslose in Lohn und Brot gebracht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Dr. Philipp Rösler [FDP]: Sehr gut!)

So wurden beispielsweise seit 1997 im Landkreis Osnabrück mehr als 7 000 Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt. Das gelingt

aber nur, wenn sich die Vermittler bei der Wirtschaft Vertrauen erworben haben, wenn sie die Talente der Langzeitarbeitslosen fördern, aber auch, wenn sie diejenigen dann fordern und sie dann individuell nach ihren Fähigkeiten in die Betriebe bringen.

Meine Damen und Herren, das Regionalmonitoring des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung hat einmal mehr bestätigt: Wirtschaftliche Entwicklung findet entlang der großen Verkehrswege statt. Das sind in erster Linie die Autobahnen. Hier entstehen neue Arbeitsplätze, und die Bevölkerung wächst entgegen dem Bundestrend. Durch den stümperhaften Versuch der Einführung der Lkw-Maut ist der Bundesverkehrswegeplan massiv unterfinanziert. Wichtige niedersächsische Verkehrsprojekte sind direkt gefährdet. Das Gleiche gilt für etwa 3 000 Arbeitsplätze in der niedersächsischen Bauindustrie.

Aber anstatt zu resignieren, greifen das Land, die Kommunen und die Wirtschaft zur Selbsthilfe. So ist die Emslandautobahn, die A 31, inzwischen mit Hilfe von Spenden der regionalen Wirtschaft, auch mit Hilfe der alten Landesregierung - das will ich gar nicht verhehlen -, die das angestoßen hat, fertig gestellt. Am kommenden Sonntag wird mit dem Schüttorfer Kreuz das letzte Teilstück freigegeben.

(Thomas Oppermann [SPD]: Wer hat das gemacht?)

Dann heißt es „Freie Fahrt zwischen Bottrop und Emden“.

Am 15. November wurde ein Vertrag zur Planung der A 22 unterzeichnet. Darin verpflichten sich das Land Niedersachsen, die Kommunen und die kommunale Wirtschaft, die Planungskosten zu je einem Drittel zu tragen. Ziel ist der Abschluss des Raumordnungsverfahrens Ende 2008.

(Christian Dürr [FDP]: Ein vorbildliches Projekt!)

- Das ist sehr vorbildlich; das ist richtig.

Überregionale Bedeutung hat ebenfalls der Ausbau des Forschungsflughafens in Braunschweig. Der ist finanziert. Dort arbeiten inzwischen mehr als 1 600 hochqualifizierte Arbeitskräfte an Luftsicherheits- und Verkehrsleittechnik.

Meine Damen und Herren, beim Straßenbau werden die Mittel auf den Erhalt der vorhandenen

Infrastruktur konzentriert. Dafür setzt das Land 32,7 Millionen Euro ein. Das ist objektiv gesehen zwar zu wenig, aber, ich meine, wir wollen den Konsolidierungskurs; dazu gehören auch Sparmaßnahmen im Bereich Straßenbau. Erfreulich ist, dass besonders im ländlichen Raum die Gemeinschaftsradwege weiter gebaut werden. Das dient der Schulwegsicherheit.

Nach wie vor fließt im Rahmen des Programms „Niedersachsen ist am Zug“ viel Geld in die Schiene. Herr Hagenah, mit einem Gesamtvolumen von 100 Millionen Euro haben wir eine umfassende Modernisierung von 32 Bahnhöfen vertraglich mit der Deutschen Bahn AG vereinbart. Und im Rahmen des Harz-Weser-Vertrags zwischen Niedersachsen und der Bahn AG wird die Bahn in den nächsten Jahren gut 200 Millionen Euro in die Schiene und auch in ein Stellwerk und weitere moderne Triebwagen stecken.

Meine Damen und Herren, im Ausschuss hat die Opposition keine konstruktiven Änderungsvorschläge zum Haushalt gemacht - ich kann mich daran jedenfalls nicht erinnern -, einmal abgesehen davon, dass die Grünen wie in jedem Jahr eine Verschiebung der GVFG-Mittel von der Straße in Richtung Schiene fordern. Das Gegenteil wäre richtig gewesen, Herr Hagenah.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Dr. Philipp Rösler [FDP]: Genau!)

Und Herr Oppermann will pressewirksam mehr Geld für den Erhalt der Landesstraßen. Aber, Herr Oppermann, das sind genau die Straßen, die die SPD während ihrer Regierungszeit hat verkommen lassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Ich meine, das ist nicht sehr glaubwürdig. Die alten Rezepte, der Ruf nach mehr Geld, haben unser Land in der Vergangenheit in die Situation gebracht, dass wir jetzt das Geld nicht mehr haben, um diese Straßen zu renovieren und auszubauen. Darum bemühen wir uns jetzt Jahr für Jahr, mehr als 350 Millionen Euro Einsparungen herauszuarbeiten.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Früher haben Sie uns für bekloppt erklärt, wenn wir so etwas beantragt haben!)

In einem Interview der NOZ - das konnte man am Samstag nachlesen - hat Kardinal Lehmann die ungehemmten öffentlichen Schuldenmacher als „Zukunftsdiebe“ bezeichnet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Ich meine, er hat Recht. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Zukunftsdiebe waren vor uns dran. Wir verhalten uns anders. Wir wollen nicht schon heute die Zukunft unserer Kinder verfrühstücken. Deshalb gibt es zur Wirtschaftspolitik des Ministers Hirche und der CDU/FDP-geführten Landesregierung keine Alternative. Die Politik ist gut für die Arbeitsplätze in Niedersachsen, sie ist gut für die Menschen in Niedersachsen und damit ohne Alternative für unser Land. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Hagenah das Wort.

(Zurufe)

- Ich habe den Abgeordneten Hagenah aufgerufen! Er hat jetzt das Wort, und die anderen schweigen und hören zu.

Enno Hagenah (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Landesregierung versucht in der Öffentlichkeit, sich quasi per Parteizugehörigkeit Wirtschaftskompetenz und Haushaltskompetenz zuzusprechen. Der Anschein trügt aber. Minister Walter Hirche benutzt für neue, komplexe Probleme zu oft alte und überholte Rezepte. Das kann so nicht funktionieren. Falsche Weichenstellungen in so wichtigen Bereichen wie Verkehr, Wirtschaft und Ausbildung bei abnehmenden Finanzmitteln verursachen Gefahren für die Zukunft Niedersachsens.

Auch Ihre Haushaltspolitik, Herr Minister Hirche, wird den Herausforderungen im Land nicht gerecht und ist nicht effizient. Es ist zum Schaden für Niedersachsen, wenn diese Regierung Fördermittel verschenkt. Die Fördermittel vom Bund und der Europäischen Union für Niedersachsen werden zukünftig ohnehin geringer. Spätestens mit dem Auslaufen der Ziel-2-Mittel Ende 2006 sieht es für

unsere Problemregionen bitter aus. Trotzdem verschenken Sie auch 2005 die knappen Fördermittel wieder als Zuschüsse und stellen nicht - wie beispielsweise unser Nachbarland Nordrhein-Westfalen - auf revolvingierende Fonds um. Nur so könnten wir auch noch nach 2006 die Wirtschaft Niedersachsens mit Rückflüssen fördern.

Ihr Ministerium versteht sich auch nicht gut darauf, das Wirtschaftsförderinstrument GA-Mittel, das vom Bund finanziert wird, für unser Land erfolgreich einzusetzen. Im Frühjahr beklagte Minister Hirche noch an dieser Stelle das drohende Ende der GA-Förderung. Wir alle haben ihm beigepflichtet und ihn unterstützt, dass die Mittel auch dieses Jahr fließen. Jetzt verzichtet Niedersachsen sogar freiwillig auf große Beträge. Für 2004 gibt das Land 15 Millionen Euro GA-Mittel an den Bund zurück. Im Haushalt 2005 hat Minister Hirche 2 Millionen Euro, die der Bund Niedersachsen bereitstellen würde, nicht einmal mehr gegenfinanziert. Das ist ein Offenbarungseid, Herr Minister, wenn man bedenkt, dass in Ihrem Wirtschaftsförderfonds noch ungebundene Mittel stecken, die sich durch Zuschüsse von Bund und EU multiplizieren ließen.

(Hans-Jürgen Klein [GRÜNE]:
Unbegreiflich!)

Noch schlimmer ist der Verzicht dieser Landesregierung im nächsten Jahr auf die Bundesmittel zum Programm Soziale Stadt, zur Städtebauförderung und zum Stadtumbau West. Mehrere hundert Millionen Euro Investitionen gehen Niedersachsen dadurch in den nächsten Jahren verloren. Gerade in den Kommunen, die Probleme haben, wäre es sehr wichtig gewesen, wenn wir hier durchfinanzieren würden. Das ist wirklich nicht gerecht und effizient, schon lange nicht, wenn Sie bedenken, dass hier 1 Euro öffentlicher Investitionen 7 bis 8 Euro private Investitionen auslöst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Landesregierung will sogar das erfolgreiche Programm zur Förderung der energetischen Sanierung der Bausubstanz wieder kippen. Dieser Landtag hat noch voriges Jahr einstimmig gefordert, alles zu tun, um die attraktiven Förderkredite der KfW verstärkt nach Niedersachsen zu holen. Das ist im Jahr 2004 durch den Einsatz der Landestreuhandstelle mithilfe einer Landesbürgschaft auch erfolgreich angelaufen. Die Mittel waren schon zur

Hälfte des Jahres aufgebraucht und mussten aufgestockt werden. Aber dieser warme Regen für unsere Bauwirtschaft zählt für Minister Hirche nicht ausreichend, weil die Privatbanken darauf verschnupft reagiert haben und das Geschäft zu teureren Konditionen wieder alleine machen wollten. Das Erfolgskonzept der LTS wird deshalb zulasten der notleidenden Bauwirtschaft auf Eis gelegt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Dass Sie zu wenig Verständnis für unsere niedersächsischen Unternehmen haben, zeigt auch Ihr neuester Vorstoß. Mit den Reformvorschlägen für die Berufsgenossenschaften ohne Absprache mit den Betroffenen haben Sie sich ins Abseits gebracht.

(Zuruf von der CDU)

- Ich war bei der Veranstaltung mit der Bauwirtschaft dabei. Man war gar nicht erfreut - not amused - angesichts Ihrer Bundesratsinitiative.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer nicht weiß, wie Unternehmen ihre Mitarbeiter künftig versichern sollen, wenn das alles privatisiert ist und im Wettbewerb läuft, und wer kein Konzept hat, wer die immensen Altkosten übernehmen könnte, und trotzdem das solide System unserer Berufsgenossenschaften der fixen Idee Wettbewerb opfern will, der handelt nicht professionell, sondern fahrlässig, Herr Minister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir setzen andere Prioritäten. Bei diesem angespannten Haushalt sehen wir z. B. kein Potenzial, die Managerschule GISMA für Führungskräfte im bisherigen Rahmen aus Landesmitteln zu fördern. Das können Wirtschaft und Studierende auch aus eigener Kraft schaffen, meinen wir. Viel wichtiger ist aus unserer Sicht, den Verbraucherzentralen ausreichend Mittel zu geben. In der globalisierten Waren- und Konsumwelt wird unabhängige Orientierung für den Verbraucher immer wichtiger. Die Qualität von Produkten muss ebenso wie Energie- und Schadstoffbilanz für die Kunden besser transparent gemacht werden. Sie haben sonst keine Lobby und brauchen unsere Unterstützung.

(Zustimmung von Hans-Jürgen Klein [GRÜNE])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung setzt auch beim Punkt Ausbildung falsche politische Signale in einer prekären Situation. Seit Jahren waren die Bewerberzahlen in Niedersachsen nicht derart hoch und die Ausbildungsplätze derart niedrig wie im Herbst 2004. Nach Auskunft Ihres Ministeriums, Herr Minister, haben wir den Verlust von 1 600 Ausbildungsplätzen - in Summe, und zwar nach Anrechnung der hinzugewonnenen Ausbildungsplätze und nach Abzug aller verlorenen Ausbildungsplätze - in unserem Land zu beklagen. Ausgerechnet jetzt wollten Sie die Absprache im Ausbildungspakt brechen und sehenden Auges die überbetriebliche Ausbildung in Niedersachsen im nächsten Jahr vor die Wand fahren. Doch die übrigen Projektpartner protestierten lautstark. Jetzt holen die Fraktionen der CDU und der FDP mit ihrem Änderungsantrag die Kohlen für Sie aus dem Feuer - immerhin. Das ist zwar gut für die Jugendlichen, aber peinlich für die Landesregierung und ihren Wirtschaftsminister.

(Vizepräsidentin Astrid Vockert übernimmt den Vorsitz)

Jenseits des Zahlenjonglierens, Herr Hoppenbrock: Sie haben vorhin noch von 3 % mehr Ausbildungsplätzen gesprochen. Auch Sie sind im Ausschuss dabei gewesen und haben vernommen, dass das Wirtschaftsministerium auf Nachfrage uns gegenüber weniger Ausbildungsplätze konstatieren musste. Fakt ist: Mehr Jugendliche als jemals zuvor haben in Niedersachsen keine Ausbildungsstelle in diesem Herbst gefunden. Auch Ende November klafft weiter eine Lücke von 1 200 zwischen unbesetzten Stellen und Bewerbern. Das ist rund ein Drittel mehr als noch vor einem Jahr. Und das wollen Sie allen Ernstes als Erfolg verkaufen? Es geht nicht alleine darum, wie viele Ausbildungsplätze neu eingerichtet wurden - man muss die verlorenen auch gegenrechnen - und ob nun eine IHK oder eine andere Handwerkskammer mehr meldet, sondern die gesamte Zahl der Ausbildungsplätze ist entscheidend.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jörg Hillmer [CDU]: Sorgen Sie doch in Berlin dafür, dass nicht so viele Firmen Pleite gehen!)

Hinzu kommt, dass die Zahl der Bewerber noch immer steigt. Wichtig ist also nur, was nach der ganzen Rechnerei unter dem Strich steht. Gerade deshalb ist es fatal, dass Sie die Förderung von

Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen zum Jahresende abrupt abbrechen, obwohl es Zusagen bis 2006 gab. Gerade beim Übergang zum Arbeitslosengeld II wäre deren unabhängige Beratung für die Betroffenen besonders wichtig gewesen. Das ist Ihnen aber offensichtlich egal. Sie hoffen wohl, dass die Probleme beim Bund abgeladen werden. Aber Sie haben hier vor Ort die Verantwortung, dass der Übergang zum Arbeitslosengeld II ordentlich vonstatten geht. Deswegen ist es wichtig, wenn die Initiativen den Arbeitslosen auch noch im ersten Halbjahr 2005 zur Verfügung stehen, ihnen Rede und Antwort stehen können und mithelfen, die im Übergang sicherlich vielen fehlerhaften Berechnungen zu korrigieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, entgegen aktueller Studienergebnisse hält diese Landesregierung auch an einer falschen Verkehrspolitik fest. Sie verwechseln Autobahnbau mit Wirtschaftspolitik. Doch das funktioniert schon lange nicht mehr.

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Mit Ihrer Verbohrtheit reißen Sie auch noch Kommunen in die Schuldenfalle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem sorgen Sie mit Ihrer falschen Mittelverteilung dafür, dass das bestehende Infrastrukturnetz - sei es Straße oder Schiene - bei uns weiter verfällt. Kein Autobahnbau - und sei er auch noch so oft in den Medien platziert wie jetzt die A 22 - bringt bei uns automatisch Schwung in wirtschaftsschwache Regionen. Das ist ein Ansatz aus den 60er-Jahren des vorigen Jahrhunderts, mit dem sich IHKs und Landkreise versuchen, Mut zu machen. Und Sie als Minister feuern das an, obwohl Sie wissen, dass sich die Küstenautobahn nicht finanzieren lässt und dass sie wegen der demografischen Entwicklung in der Zukunft in dieser Region erst recht nicht gebraucht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jörg Hillmer [CDU]: Wogegen sind Sie eigentlich nicht?)

Geld wird für die Infrastruktur woanders gebraucht, nämlich um das vorhandene Straßen- und Schienennetz zu erhalten. Wegen Ihrer einseitigen Infrastrukturpolitik fehlt es hier an allen Ecken und Kanten - ob Nordenham - Hude, Göttingen - Bodenfelde oder die gesamte Strecke der Heidebahn.

Zum Teil befindet sich unser Schienennetz schon jetzt in einem erbärmlichen Zustand. Und ob Verkehrsverträge, wie für die Harz-Weser-Region, den Verfall aufhalten, ist noch mehr als fraglich. Nichts steht in dem Vertrag darüber, wie und wann konkret mit wie viel Geld die wichtigen Strecken erhalten werden. Das sind sehr pauschale Aussagen, die irgendwann in den nächsten zwei Jahrzehnten von der Bahn umgesetzt werden müssen und dann noch im Streit enden könnten. Deswegen wiegen wir uns da überhaupt nicht in Sicherheit hinsichtlich der Verlässlichkeit der Bahn, sondern müssen unmittelbar zu Investitionen beitragen.

Auch wenn Sie mit dem Finger noch so oft nach Berlin zeigen, Herr Minister Hirche, können Sie nicht von Ihren Fehlentscheidungen im Verkehrsbereich ablenken. Tatsächlich läuft die Mittelvergabe unter Rot-Grün auf einem hohen Niveau, und zwar trotz Maut und sogar trotz Koch/Steinbrück. Jährlich nehmen die Regionalisierungsmittel an die Länder zu und nicht ab. Aber was passiert hier in Niedersachsen damit? - Das Land sorgt sogar dafür, dass die Mittel für die Infrastruktur im öffentlichen Personennahverkehr und Schienenverkehr zunehmend zweckentfremdet werden. Nach dem neuen Nahverkehrsgesetz gehen 10 % an die Landkreise. Das ist an sich kein Problem, aber ohne klare Zweckbindung natürlich sehr problematisch. Die Ausgleichszahlungen des Landes für die Schülerbeförderung im ÖPNV werden nächstes Jahr erstmalig vollständig aus den Regionalisierungsmitteln der Bahnreform bezahlt. Das sind jährlich mehr als 100 Millionen Euro, die nicht mehr für den Infrastrukturerhalt in unserem Land zur Verfügung stehen und die Sie zweckentfremden. Deshalb sind wir mit unserem Änderungsantrag für den Haushalt geradezu gezwungen, bei den GVFG-Mitteln wieder einigermaßen einen Ausgleich zwischen Schiene und Straße herzustellen, damit die Wettbewerbsbedingungen in der Zukunft nicht völlig verzerrt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir stellen fest: Entgegen dem mühsam gezeichneten Selbstportrait stellt diese Landesregierung die Weichen für Niedersachsens Zukunft falsch und ist äußerst ineffizient beim Einsatz der knappen Mittel.

Minister Hirche, bei genauerer Betrachtung erweisen Sie sich als Neuauflage einer bekannten Figur aus der Augsburger Puppenkiste.

(Zurufe von der CDU: Ah!)

Vielleicht erinnern Sie sich! Es ist der Scheinriese aus „Jim Knopf und Lukas, der Lokomotivführer“. Je näher man kommt, desto kleiner wird er. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Nächster Redner, meine Damen und Herren, ist Herr Kollege Oppermann von der SPD-Fraktion. Herr Oppermann, Sie haben das Wort.

Thomas Oppermann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als Wirtschaftsminister Hirche im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr seine Strategie und den Einzelplan 08 erläuterte, da nannte er vier Leuchtturmprojekte. Wenn ich mich richtig erinnere, waren das das Innovationszentrum Niedersachsen, die NBank in Hannover, Braunschweig und Oldenburg, der JadeWeserPort in Wilhelmshaven und der Forschungsflughafen in Braunschweig. Diese vier Leuchttürme, meine Damen und Herren, sind sehr unterschiedlich. Aber sie haben eines gemein: Sie stammen alle vier aus der SPD-Regierungszeit.

(Beifall bei der SPD)

Insofern, Herr Hirche: Wenn das Ihre Leuchttürme sind, dann können Sie dort höchstens die Rolle des Leuchtturmwärters spielen. Wenn Sie sich als Architekt ausgeben, schmücken Sie sich mit fremden Federn. Das, finde ich, sollte man auch immer deutlich machen.

Ich will einmal schauen, wo dieser Haushalt Herrn Hircches eigene Handschrift trägt. Zunächst ein Blick auf die Investitionen. Arbeitsplätze entstehen durch Investitionen und Innovationen. Ohne Investitionen sind Wachstum und Beschäftigung nicht möglich.

Wenn Sie die Investitionsquote des Haushalts anschauen, meine Damen und Herren, dann stellen Sie fest: Seit es das Land Niedersachsen gibt, seit 1947, hat kein Wirtschaftsminister einem Etat mit einer so niedrigen Investitionsquote seine Zustimmung gegeben.

(Zuruf von der CDU: Das habt ihr doch verschuldet!)

Sie kürzen beim Hochschulbau, beim Wirtschaftsförderfonds, beim Hafenbau, beim Landesstraßenbau; beim Landesstraßenbau mit 15 Millionen Euro eine Summe, welche die Grünen sich nicht einmal zu beantragen getraut hätten. Sie kürzen aber auch gleich noch die Ingenieurleistungen, sodass keine neuen Straßen geplant werden können, womit Sie gleich eine Rechtfertigung dafür haben, den niedrigen Ansatz für 2006 weiterzuschreiben. Und - das ist schon erwähnt worden - Sie kürzen bei der Städtebauförderung eine Summe, die den kleinen und mittleren Unternehmen des Bau- und Baunebengewerbes insgesamt einen dreistelligen Millionenbetrag an Aufträgen vorenthält.

Meine Damen und Herren, mit 7,2 % haben Sie nicht nur die niedrigste Investitionsquote in der Geschichte des Landes Niedersachsen, Herr Hirche. Wenn man sich einmal die anderen Bundesländer anschaut, dann haben Sie auch die niedrigste Investitionsquote von allen 16 Bundesländern. Nordrhein-Westfalen, das von Ihnen immer politisch verdächtigt wird, hat eine Investitionsquote von 10,6 %. Bayern hat eine von 12,9 %. Selbst das arme Schleswig-Holstein hat eine von 9,3 %. Die neuen Bundesländer haben durch die Bank zweistellige Investitionsquoten.

Herr Hirche, Sie sind doch ein alter Hase. Keiner ihrer 15 Kollegen der Wirtschaftsministerkonferenz war schon, wie Sie, 1986 im Amt. Wir fühlen Sie sich als alter Hase, wenn die 16 Minister ihre Investitionen auf den Tisch legen und Sie zugeben müssen, dass Sie der Investitionszerg Deutschlands sind?

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Hagenah hat eben das Wort „Scheinriese“ in den Mund genommen. In der Tat, der Scheinriese wird immer kleiner, je näher man kommt. Und das ist bei Ihnen bei der Investitionsquote so.

Wie wollen Sie von der Wirtschaft glaubhaft mehr Investitionsbereitschaft einfordern, wenn Sie selber die Investitionen in Niedersachsen auf ein Rekordminimum schrumpfen lassen? - Das ist ein völlig verfehelter Ansatz.

Was passiert in der Innovations- und Wachstumpolitik des Landes? - Hier gibt es ein doppeltes Vakuum. Erstens haben Sie keine Strategie gegen die ungleichzeitige und unregelmäßige Entwicklung des Landes Niedersachsen. Sie haben keine Strategie, wie die Verarmung und Verödung gan-

zer Landstriche in Ost- und Südostniedersachsen abgewendet werden kann.

In früheren Zeiten gab es darauf Antworten. CDU- und SPD-Regierungen haben z. B. mit dem Emslandprogramm ein gezieltes Programm gegen die Verarmung einer Region aufgelegt. Hier entwickelt sich Niedersachsen auseinander. Die Lebensverhältnisse entwickeln sich gegensätzlich, und Sie unternehmen praktisch nichts dagegen.

Sie haben auch keine industriepolitische Strategie. Sie haben kein Konzept, wie die beiden Schwachpunkte, die der *Niedersachsen-Monitor* aufgezeigt hat, nämlich der Mangel an unternehmensnahen Dienstleistungen und das Fehlen ausreichender Direktinvestitionen, also Investitionen ausländischer Firmen, behoben werden können. Beide Defizite können Sie nur überwinden, wenn Sie auf Spitzentechnologie setzen.

Bei der Maut haben Sie immer kräftig polemisiert, als das nicht geklappt hat.

(Zuruf von der CDU: Zu Recht!)

Ihr Kollege Dinkla hat sogar, als das Chaos auf dem Höhepunkt war, die Einführung der Infrarottechnik vorgeschlagen. Die Infrarottechnik, Herr Dinkla, mag gut genug sein, um Ihren verspannten Rücken zu bestrahlen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aber das ist keine Technologie, mit der Sie heute weltweit im Exportgeschäft erfolgreich tätig sein können.

(Beifall bei der SPD)

Auch da waren Sie opportunistisch ohne Ende. Wenn das mit dem Mautsystem jetzt funktioniert, dann werden Sie ganz neidvoll gucken. Wir wollen mal sehen, wie es läuft.

Sie haben von uns ein engmaschiges Netzwerk bei der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft übernommen. Wir haben Kompetenzzentren geschaffen. Wir haben Institute für Innovationstransfer geschaffen. Sie, Herr Hirche, pflegen dieses Netzwerk nicht genug. Sie machen Spitzentechnologie nicht zu Ihrem persönlichen Thema.

Auf Bundesebene gibt es die Partner für Innovation. Wissenschaft, Wirtschaft und Politik arbeiten zusammen, um Deutschland in dieser Frage vo-

ranzubringen. Dieses Projekt läuft an Niedersachsen vorbei.

Gerade ein Land wie Niedersachsen - Sie haben das hier oft genug gehört -, das finanziell vergleichsweise arm ist, muss, wenn es Anschluss an die reicheren Regionen in Süddeutschland und in anderen Teilen Europas gewinnen will, seine knappen Mittel konzentriert für Wissenschaft und Forschung, für Technologie und Entwicklung einsetzen. Genau das machen Sie aber nicht. Ihr Haushalt und auch der gesamte Haushalt lässt diesen Schwerpunkt überhaupt nicht erkennen. Sie kürzen z. B. bei der IPA, die den Auftrag hat, neue Unternehmen in Niedersachsen anzusiedeln. Sie haben aber auch kein Konzept für die Bestandspflege erfolgreicher niedersächsischer Unternehmen.

Ich will das noch einmal am Beispiel Volkswagen erläutern. Als Sie in den Aufsichtsrat dieses Global Players gekommen sind, haben Sie bestimmt gedacht, jetzt seien Sie selbst ein Global Player. Als Erstes haben Sie den Deal mit Abu Dhabi ausgeplaudert. Sie haben zwar nicht den Namen genannt, aber als Sie von einem Großinvestor bei Volkswagen sprachen, wussten die Eingeweihten Bescheid. Das war zu dem Zeitpunkt noch nicht öffentlich. Sie haben ein Zeitungsinterview gegeben. Kein anderes Aufsichtsratsmitglied in deutschen Automobilunternehmen würde die solche Dinge ausplaudern.

Aber Sie haben aus dem Fehler noch nicht einmal gelernt. Sie haben weiter öffentlich Ratschläge zur Markenpolitik und zur Preispolitik gegeben. Wenn mir bei Volkswagen eines auffällt, meine Damen und Herren, dann ist es der schroffe Gegensatz zwischen diesem dilettantischen Auftreten und dem professionellen Verhalten der Arbeitnehmervertreter im Betriebsrat und im Aufsichtsrat.

Einen schweren Fehler haben Sie auch beim Thema Ausbildung gemacht. Herr Hirche, als Vizeministerpräsident und Wirtschaftsminister durften Sie nicht zulassen, dass zwei Wochen, nachdem Sie im Anschluss an den nationalen Pakt für mehr Ausbildungsplätze einen Landespakt mit der ausbildenden Wirtschaft verabredet hatten, das Kabinett eine Kürzung von 2,7 Millionen Euro beschließt. Davon war die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung betroffen, obwohl Leute wie Herr Hermann als betroffener Ausbildungsbetrieb heftig dagegen protestiert haben. Sie bzw. die CDU haben das zwar jetzt korrigiert, das stimmt. Aber Sie

haben drei Monate lang, während der gesamten Vermittlungs- und Nachvermittlungsphase, z. B. das Handwerk in dem Glauben gelassen, es müsse noch mehr Finanzmittel für die Ausbildung aufwenden. In dieser Phase, in der noch zusätzliche Ausbildungsplätze hätten generiert werden können, haben Sie dem Handwerk praktisch vors Schienbein getreten, meine Damen und Herren. Das war eine meisterhafte Psychologie. Wenn Sie mal aus der Politik aussteigen, sollten Sie Motivationstrainer werden.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Wir brauchen keine Motivation!)

Im Übrigen, Herr Hirche, behandeln Sie, auch wenn Sie Handwerksmeister in der Fraktion haben, das Handwerk schlecht.

(Zuruf von der CDU: Das sagen gerade Sie!)

Sie tun so, als ob das ohnehin Ihre angestammten Fußtruppen sind. Wenn Sie mit denen reden, dann werden Sie hören, dass Sie da zu arrogant sind.

Zum Schluss noch einmal zum Thema Bürokratieabbau. Herr Hoppenbrock, Sie sagen, wir haben kein Geld, also bauen wir die Bürokratie ab, denn das kostet ja kein Geld. Allerdings haben Sie erst einmal ein Referat für Bürokratieabbau mit einem Referatsleiter eingerichtet. Damit fangen Sie ja schon einmal an, Kosten entstehen zu lassen. Gleich heißt es dazu sicherlich wieder, diese Leute waren sowieso da. Auf dieses Argument bin ich schon sehr gespannt.

Aber was ist Ihnen bisher gelungen? - Sie haben in den Ministerialblättern alte Vorschriften und Erlasse aufgestöbert,

(Hermann Dinkla [CDU]: Das hätten Sie ja auch machen können!)

die man heute schon gar nicht mehr kennt und die auch gar nicht mehr angewendet werden. Die heben Sie dann auf, und dann addieren Sie die Zahl der aufgehobenen Vorschriften und bezeichnen das als großen Bürokratieabbau. Das Einzige, was Ihnen dabei bisher wirklich gelungen ist, der einzige messbare Erfolg ist, dass Sie Sitzgelegenheiten in Stehcafés erlaubt haben. Von dieser Erlaubnis wird jetzt auch massenhaft Gebrauch gemacht. Das ist ein großer Wachstumsimpuls für unsere Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD - Björn Thümler
[CDU]: Das ist bürgernah!)

Herr Hirche, das ist zu dünn. Große Ankündigungen, kleine Taten. Der Rekordtiefstand bei den Investitionen, das Fehlen eines industriepolitischen Konzeptes und die Vernachlässigung der Spitzentechnologie in Niedersachsen lassen befürchten, dass es in der Wirtschaft in Niedersachsen im nächsten Jahr mit diesem Haushalt und diesem Minister leider nicht vorangehen wird.

(Starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Der nächste Redner ist Herr Kollege Hermann von der FDP-Fraktion. Bitte schön!

Wolfgang Hermann (FDP):

Frau Präsidentin! Verehrte Damen, meine Herren! Herr Oppermann ist ein ganz netter, auch ein durchaus intelligenter Mann. Aber wenn er über Wirtschaft spricht, dann liegt er völlig daneben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Denn er theoretisiert, hat, weil er von der Praxis nichts versteht, ein Problem und wird dann - das ist nicht so fein, Herr Oppermann - persönlich. Das sollten wir eigentlich lassen. Ich finde, als Wirtschaftspolitiker sollte man schon eins und eins zusammenzählen können.

Meine Damen und Herren, auch der Einzelplan des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr muss Einsparungen erbringen, und zwar in Höhe von 50 Millionen Euro. Darüber hinaus muss er noch eine globale Minderausgabe in Höhe von 16 Millionen Euro erbringen, damit das Sparziel erreicht wird.

Aber, Herr Oppermann, das ist bekannterweise noch nicht das Ende des Weges hin zu einem Finanzgebaren nach kaufmännischen Gepflogenheiten. Hier gilt nämlich ein Grundsatz, den alle Unternehmen und fast alle Menschen in diesem Lande verstehen, außer Ihnen, Herr Oppermann. Dieser Grundsatz lautet: Schulden, die durch notwendige Investitionen entstehen, müssen durch vorher kalkulierte Einnahmen abbezahlt werden können. Wer Zins und Tilgung einer Schuldlast durch die Aufnahme neuer Schulden finanziert, der geht den Weg in das kaufmännische Verderben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Und wer diesen Verderben bringenden Weg nicht verlässt, lieber Herr Oppermann, der beraubt unsere Jugend ihrer Zukunftschancen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Denn irgendwann bricht diese Gesellschaft an dieser enormen Last dieser nicht mehr zu verstehenden Staatsschulden zusammen. So kann es nicht mehr weitergehen, eigentlich keinen Tag mehr!

Niemand von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen - und damit meine ich das ganze Haus -, will das. Ich kenne Sie alle seit etwa 22 Monaten, einige, z. B. Frau Heiligenstadt aus Northeim, auch schon etwas länger. Niemand will das. Daher muss auch die gemeinsame politische Botschaft heißen: mit weniger Geld mehr erreichen. Übrigens ist das ein in unserer Gesellschaft Tag für Tag gesagter und gelebter Satz.

Aus wenig viel zu machen, erfordert allerdings die Bereitschaft zu Veränderungen und von den Akteuren kreatives Denken und Handeln. Das gilt im Besonderen für den äußerst angespannten Arbeitsmarkt. In unserem Programm „Erster Arbeitsmarkt zuerst!“ sind die Fördermaßnahmen konsequent auf den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet und mit der Wirtschaftspolitik auch eng verzahnt worden. Dies ist günstiger und effizienter als Maßnahmen für den zweiten Arbeitsmarkt. Den zweiten Arbeitsmarkt muss es natürlich auch geben. Er ist für Menschen gedacht, die Probleme haben, mit denen sie nicht zurechtkommen, etwa aufgrund ihres Alters oder aufgrund einer Krankheit. Damit ist der zweite Arbeitsmarkt auch für uns unendlich wichtig. Wir lassen die Schwachen nicht im Regen stehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Neben der präventiven Arbeitsmarktpolitik und der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen handelt es sich bei der Hälfte aller Maßnahmen um die Förderung von Jugendlichen. Insgesamt sind für das Jahr 2005 100 Millionen Euro für Arbeit und Qualifizierung veranschlagt, im Wesentlichen ESF-Gelder aus Brüssel.

Meine Damen und Herren, ich sprach von der Notwendigkeit zur Veränderung und von kreativem Denken und Handeln. Im Jahre 2004 sind in einer gemeinsamen Initiative der Agentur für Arbeit Hannover, dem Bund Türkisch-Europäischer Unternehmer und der niedersächsischen FDP-Frak-

tion allein in der Region Hannover durch den Einsatz von türkischen Ausbildungsplatzakquisiteuren 140 zusätzliche Ausbildungsplätze eingeworben worden. Das ist Kreativität und Nischendenken!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Thomas Oppermann [SPD]: Das hat die IHK gut gemacht!)

- Nein, nicht die IHK, Herr Oppermann; das hat die FDP-Fraktion initiiert.

Ich erinnere auch an die von der FDP-Fraktion initiierte und von allen Fraktionen dieses Hauses getragene Bundesratsinitiative - dafür danke ich allen Beteiligten - zur Einführung von Ausbildungsberufen für praktisch begabte Jugendliche. Das hat schon einen großen Stellenwert bei der - übrigens deutschlandweiten - Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Das gilt natürlich für die nächsten Jahre, denn von heute auf morgen lässt sich so etwas nicht machen.

Ich habe vor einer Woche mit Vertretern der Wirtschaftsunioren Niedersachsens und Mitarbeitern von ZEPRA, dem Dachverband von 37 Arbeitsloseninitiativen Niedersachsens, zusammengesessen, um nach Möglichkeiten zu suchen, den Fortbestand dieses Dachverbandes zu gewährleisten. In diesem Gespräch habe ich erkannt, dass es möglich ist, ganz neue Wege bei der Lösung unserer Probleme zu beschreiten. Ich gehe nämlich davon aus, dass mithilfe der Agentur für Arbeit und der Spenden der Wirtschaftsunioren eine hauptamtliche Stelle für den Dachverband ZEPRA für ein halbes oder ein ganzes Jahr erhalten bleibt. Nicht nur Hoffnung, sondern auch Mut zum Weitermachen hat dieser Abend nicht nur den Vertretern der Arbeitsloseninitiativen, sondern auch mir gegeben.

Meine Damen und Herren, Ideen statt Geld! Ich habe die hohe soziale Kompetenz der anwesenden jungen Wirtschaftsführer erleben dürfen. Fordern wir nicht nur diesen Kreis auf, sich aktiv an der Bewältigung der arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen unserer Zeit zu beteiligen. Ich glaube, die Menschen warten nur darauf. Für Politiker, die ihre Leistung nur darüber definieren, wie viel Geld sie ausgeben können, ist diese Zeit allerdings sicherlich frustrierend.

Herr Hagenah, heute ist Mittwoch. Am Montag war die Veranstaltung mit der Bauindustrie. Sie waren entweder nicht dabei,

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Ich war dort!)

oder aber - das täte mir Leid, weil ich auch Sie mag - Sie leiden an Gedächtnisschwund. Ihr Kurzzeitgedächtnis muss ja total kaputt sein.

Ich verweise nur auf die Äußerungen von Professor Sommer.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Ich denke, Sie wollten nicht persönlich werden? - Heiterkeit)

- Das war an der Kante.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Sigmar Gabriel [SPD]: Ich bin der Letzte, der etwas dagegen hätte!)

- Ich nehme das zurück. - Dort saßen zehn Leute, und alle haben verstanden, dass die Bauindustrie dafür dankbar ist, dass die Landesregierung mit Walter Hirche an der Spitze des Wirtschaftsministeriums diese Initiative gestartet haben, damit das Damoklesschwert „Berufsgenossenschaft für Millionen von Unternehmen“ endlich wegkommt. Auch Sportvereine werden von dieser Berufsgenossenschaft übrigens gebeutelt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Für diejenigen Politiker allerdings, die mit wenig Geld und viel Kreativität Dinge bewegen können, eröffnen sich neue Möglichkeiten. Ebenso wie in der Arbeitsmarktpolitik verfahren wir auch bei der Wirtschaftsförderung nach dieser Devise. Die erste Regel lautet, die knappen Mittel so effizient wie möglich einzusetzen. So bewegt die NBank mit nur 3 Millionen Euro Landesmitteln ein mittlerweile ein Kreditvolumen von über 200 Millionen Euro.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Gutes Projekt!)

- Ich weiß nicht, ob ihr es geschafft hättet, das so durchzuführen.

(Beifall bei der FDP - Lachen bei der SPD -
Sigmar Gabriel [SPD]: Wissen Sie eigentlich, wer die Leitung eingestellt hat? Das waren wir, nicht Sie!)

- Ich habe nur 15 Minuten Zeit. Herr Gabriel, bei Ihnen wird vieles gut bedacht, aber es wird nicht gehandelt.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Nicht Sie, sondern die Leitung der Bank handelt!)

- Wir haben schon ganz gut gehandelt. 200 Millionen Euro fließen direkt in Investitionen, schaffen Arbeitsplätze und generieren irgendwann auch einmal höhere Steuereinnahmen.

Wir - diesen Vorwurf muss ich Ihnen an dieser Stelle machen - reden mit den Unternehmen - und übrigens auch mit den Gewerkschaften. Manchmal habe ich den Eindruck, dass Sie insofern Berührungsängste hatten. Wir schaffen Vertrauen. Wir nehmen auch die Probleme der kleinen und mittleren Unternehmen ernst. Das erreichen wir auch durch Beratungselemente der NBank, die auch hier einen großen Fortschritt gemacht hat.

Nun noch ein Wort zum Bürokratieabbau. Natürlich gibt es, wie so häufig im Leben, nicht den großen Wurf, mit dem auf einen Schlag Millionen eingespart werden können. Aber wenn wir die Fesseln - nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Menschen werden gefesselt - Stück für Stück zerschneiden, werden wir irgendwann die notwendige Freiheit nicht nur für die Unternehmen, sondern auch für die Menschen haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Wirtschaft wird es uns danken. Das ist auch sicherlich besser, als großzügig Schecks zu verteilen. Natürlich gibt es Bereiche, in denen es unerlässlich ist, Geld in die Hand zu nehmen. Aber für Wirtschaftspolitik muss immer gelten: Jeder Euro, der ausgegeben wird, muss in der Zukunft Einnahmen generieren. Alles andere, meine Damen und Herren, wäre verantwortungslos.

Daher ist es richtig, dass sich die Landesregierung auf sehr wichtige Projekte konzentriert. Der Tiefwasserhafen Wilhelmshaven und der Forschungsflughafen Braunschweig sind zwei Projekte, die klar und deutlich in die Zukunft zeigen.

Neben der direkten Unterstützung innovativer Unternehmen wird besonders der Wissenstransfer aus den Hochschulen zu den Unternehmen gefördert. Forscher müssen aber lernen - das sage ich auch Herrn Stratmann; das kann er weitergeben -, im Kopf sozusagen auch immer eine kleine Fabrik zu haben, damit sie abschätzen können, inwieweit ihre Ideen später in Produkte umgesetzt werden können. Das muss nicht immer sein, sollte aber immer öfter der Fall sein.

(Beifall bei der FDP)

Diese neuen Produkte müssen transportiert werden. Daher sind der Erhalt und Ausbau unseres Straßen- und Schienennetzes so wichtig. Doch in Zeiten knapper Kassen sind auch hier neue Ideen gefragt. Beim ÖPNV spart das Land durch die Vergabe von Schienenstrecken an Private bereits Millionenbeträge. Der Anteil von Strecken, die nicht von der Deutschen Bahn und damit preiswerter bedient werden, steigt ständig. Dank der Landesnahverkehrsgesellschaft ist Niedersachsen hier führend. Im Falle der Küstenautobahn A 22 - auch das möchte ich zum Schluss noch einmal ganz deutlich sagen - sind wir schon sehr weit, was die Überlegung privat finanzierter Straßen angeht.

(Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]: Das will ich sehen!)

Ich glaube, dass die A 22, Herr Hagenah, die erste privat finanzierte Autobahn Deutschlands sein wird. Ideen statt Geld, Herr Hagenah, das ist entscheidend.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]: Wie viele Zentimeter sind schon verkauft?)

Es ist falsch - damit komme ich zum Schluss -, dass - das sage ich als Liberaler voller Überzeugung - weniger Geld vom Staat gleichbedeutend ist mit dem Wegfall von Tätigkeiten. Das gilt für die Wirtschaft, aber auch für alle anderen Bereiche der Gesellschaft. Denn dort, wo eine Tür zugeht, geht immer auch ein Fenster auf. Wenn wir also die Tür der Staatsausgaben weiter schließen müssen, brauchen wir die Menschen nur dabei zu unterstützen, die Fenster zu öffnen, indem wir Kooperationen initiieren und Impulse geben. Sie werden überrascht sein, was für ein frischer Wind plötzlich in unserem Lande weht.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Herr Kollege Janßen das Wort.

(Zuruf von der CDU: Jetzt sind wir gespannt! - Bernd Althusmann [CDU]: Jetzt kommt etwas zum Tiefwasserhafen! Sie sagen, dass das alles nicht notwendig sei!)

Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon richtig, es geht wieder um Häfen und Schifffahrt. Das zentrale Projekt dieser Landesregierung im Bereich Häfen und Schifffahrt im zu Ende gehenden Jahr war eindeutig die Scheinprivatisierung der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung.

(Björn Thümler [CDU]: Rechtsformänderung!)

Außer großer Verunsicherung bei den Beschäftigten bringt diese rein ideologisch begründete Maßnahme allerdings nichts. Im Gegenteil: Im kommenden Jahr wird die Privatisierung mit Mehrkosten von mindestens 910 000 Euro zu Buche schlagen. So, Herr Minister Hirche, steht es jedenfalls in der Kabinettsvorlage Ihres Hauses vom 15. September dieses Jahres.

Meine Damen und Herren, das Geld, dass Sie für Ihre ideologischen Mätzchen ausgeben, wäre für die Bauunterhaltung und für Investitionen in den niedersächsischen Häfen dringend erforderlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier sparen Sie jedoch im kommenden Jahr 9 Millionen Euro ein. Mit Ihren Einsparungen in diesem Bereich machen Sie genau das Gegenteil dessen, was notwendig ist. Anstatt dafür zu sorgen, dass sich das Defizit der Häfen durch höhere Gebühreneinnahmen zumindest verringert, lassen Sie die Infrastruktur mit der Folge sinkender Gebühreneinnahmen verkommen. Das können Sie im Übrigen auch in Ihrer eigenen Kabinettsvorlage vom 15. September nachlesen. Ich zitiere:

„Eine Reduzierung der Investitions- und Unterhaltungsausgaben führt zu kurzfristigen Einspareffekten. Mittel- bis langfristig ist mit einer Verringerung der Erlöse zu rechnen.“

Aber vielleicht lesen Sie Ihre eigenen Kabinettsvorlagen so genau nun auch wieder nicht.

Es kommt aber auch noch schlimmer, meine Damen und Herren von CDU und FDP. Sie weigern sich, mit den Nachbarhäfen in Hamburg und Bremen bei den Hafengebühren enger zusammenzuarbeiten und über höhere Gebühren zu einer verbesserten Kostendeckung zu kommen. Wir haben im Ausschuss einen entsprechenden Antrag gestellt. Sie haben noch die Chance, da aufzuspringen.

Meine Damen und Herren, Herr Minister Hirche, dort aber, wo Sie wirklich privatisieren könnten, versagen Sie kläglich. Beim JadeWeserPort ist von privaten Investoren für die Infrastruktur weit und breit nichts zu sehen.

(Zuruf von der CDU: Das würde ich nicht so sehen!)

Stattdessen werden Sie bis 2009 mehr als 500 Millionen Euro in den Landeshaushalten bereitstellen müssen, Mittel, die Sie nicht zur Verfügung haben, und die zulasten dringend benötigter Investitionen gehen.

(Zuruf von der FDP: Beispiele!)

- Wir hatten gerade die 9 Millionen Euro bei der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung. Das steht wohl irgendwie im selben Kontext.

Ihre Annahmen zur Refinanzierung - das haben wir durch mehrere mündliche Anfragen herausbekommen - sind nichts anderes als Wunschdenken und bislang durch Zahlen nicht hinterlegt.

Meine Damen und Herren, wenn Sie schon bei der Finanzierung des Tiefwasserhafens Wilhelmshaven so kläglich versagen, dann werfen Sie dem Projekt doch zumindest nicht auch noch ständig Steine vor den Bug. Mit Ihrer Zustimmung zur Elbvertiefung sorgen Sie dafür, dass Wilhelmshaven sein Alleinstellungsmerkmal, nämlich das tiefe Fahrwasser, verliert. Sie schaden damit nicht nur der Umwelt, sondern auch den wirtschaftlichen Interessen des JadeWeserPorts und damit dem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zu allem Überfluss konterkarieren Sie das vom Bundesumweltminister auf den Weg gebrachte nationale Hafenkonzept, das endlich auf Kooperation der norddeutschen Hafenstandorte anstatt auf Konkurrenz zulasten der öffentlichen Haushalte setzt, indem Sie die niedersächsischen Interessen im Hamburger Rathaus ohne Not abgeben.

Ihre Hafenpolitik, meine Damen und Herren, ist insgesamt ideenlos, ideologisch begründet, und sie ist eine weitere Hypothek für den ohnehin schon ramponierten Haushalt dieses Landes. Wir werden diesen Irrweg auf keinen Fall mitgehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Kollege Thüm-
ler zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Björn Thümmler (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen
und Herren! Herr Kollege Janßen, Sie haben ja gut
gebrüllt, aber doch irgendwie nicht richtig verstan-
den, um was es eigentlich geht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben hier wieder einmal aus einer Kabinetts-
vorlage vom September zitiert. Wenn Sie sich in-
formiert und den Gang der Privatisierung verfolgt
hätten, dann wüssten Sie, dass es im November
eine neue Kabinettsvorlage zu diesem Thema gab,
die inhaltlich anders aussieht als die aus dem
September. Ich kann nur empfehlen: Lesen Sie
einmal dort nach!

Mit einem haben Sie allerdings Recht: Das zent-
rale Thema in diesem Jahr im Bereich der Häfen-
und Schifffahrtspolitik war in der Tat die so ge-
nannte Rechtsformänderung, d. h. die Überführung
der jetzigen Hafenämter in eine private Rechts-
form, nämlich eine GmbH & Co. KG. Das Kabinett
hat dieses beschlossen.

(Zuruf von Hans-Dieter Haase [SPD])

Die Regierungsfractionen aus CDU und FDP tra-
gen dieses Projekt mit, und zwar nicht etwa, Herr
Haase, wie Sie denken, aus ideologischen Grün-
den,

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Andere
haben Sie uns nicht genannt!)

sondern aus rein pragmatischen Gründen. Ich
werde sie Ihnen gleich nennen. Die Vorteile dieser
Privatisierung sind:

Erstens. Steigerung der Flexibilität von Entschei-
dungen, beginnend auf der Führungsebene, bis
hinunter in den täglichen Betrieb der Häfen.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Wunsch-
glaube!)

- Sie werden es erleben.

Zweitens. Ausrichtung der Entscheidungen nach
betriebswirtschaftlichen Kriterien und dadurch
Schaffung besserer und messbarer Produktivitäts-

vorteile. Herr Kollege Hermann hatte dazu schon
vorgetragen.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Ist schon
längst passiert!)

- Das ist eben nicht so passiert, weil Sie den Weg,
den Sie hätten gehen können, nicht konsequent
gegangen sind. Wir holen das jetzt nach.

Drittens. Freie Kooperations- und Koalitionsfähig-
keit am Markt.

Viertens. Erweiterung der Finanzierungsmöglich-
keiten durch privates Fremdkapital; für Sie im Üb-
rigen ein Fremdwort.

Fünftens. Möglichkeit der Erweiterung des Leis-
tungsangebotes gegenüber Dritten.

Ich bekenne mich hier für die CDU-Fraktion aus-
drücklich dazu - das sage ich in vollem Ernst -,
dass die Hafenämter in der Vergangenheit eine
gute Arbeit geleistet haben und dass die Mitarbei-
terinnen und Mitarbeiter der Hafenämter ihren
Dienst im Sinne des Landes Niedersachsen immer
gut versehen haben. Die Überführung in eine pri-
vate Rechtsform allerdings stellt geradezu eine
konsequente Weiterentwicklung dessen dar, was
vor langer Zeit begonnen worden ist. Wir stellen
damit die Weichen im Rahmen der Wettbe-
werbsaufgaben und werden damit den Häfen ins-
gesamt gerecht. Wenn nämlich 80 % der größten
Häfen weltweit in einer privaten Rechtsform betrie-
ben werden, dann geschieht das wohl nicht ganz
ohne Grund.

Meine Damen und Herren, das Verhalten der Ge-
werkschaft ver.di war in diesem Zusammenhang
allerdings befremdlich. Der Ministerpräsident die-
ses Landes hatte den Beschäftigten bereits im
März 2004 die Zusage gegeben, dass sie unter
Wahrung ihrer Rechte in die künftige Gesellschaft
übernommen werden. Die Augenwischerei und
Verunsicherung, die ver.di dann rund neun Monate
lang veranstaltet hat - das ging bis hin zu einer
Urabstimmung - waren befremdlich; das sage ich
hier auch einmal deutlich. Zu diesem Zeitpunkt war
nämlich alles schon erledigt, weil zwischen dem
Ministerium, dem Bezirkspersonalrat und anderen
Vertretern Klarheit bestand. Ver.di hat an diesen
Gesprächen übrigens teilgenommen. Es ist unver-
ständlich, dass es zu diesen Irritationen gekom-
men ist.

Im Einzelnen werden den Mitarbeitern folgende Regelungen in einem Personalüberleitungsvertrag angeboten; diese sind bereits angenommen worden:

Erstens. Dauerhafte Verpflichtung zur Anwendung der für Tarifbeschäftigte des Landes geltenden tariflichen Regelungen für die übergeleiteten Beschäftigten.

Zweitens. Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen der übergeleiteten Beschäftigten innerhalb einer Frist von drei Jahren.

Drittens. Eine weitere Personalüberleitung der übergeleiteten Beschäftigten auf andere Unternehmen kann nur mit deren Zustimmung vorgenommen werden.

Viertens. Rückkehrrecht der Beschäftigten zum Land bei Konkurs, Liquidation oder Betriebsstilllegung der Gesellschaft.

Fünftens. Bildung eines einheitlichen Betriebsrates.

Alles das, was der Ministerpräsident und auch Minister Hirche zugesagt haben, wird eingehalten.

(Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]:
Ohne das wäre es nicht zu einer Tarifierung gekommen!)

- Doch, doch, lieber Herr Janßen, das ist vorher alles so zugesagt gewesen. Lesen Sie den Schriftverkehr! Der wird von ver.di übrigens breit gefördert.

Unser Dank gilt dem Wirtschaftsminister Walter Hirche, seinem Staatssekretär Joachim Werren und dem gesamten Hafenreferat, die bei der Umsetzung dieser wirklich schwierigen Privatisierung konsequent das Ziel verfolgt haben und zu einem guten Abschluss bringen werden.

Zum JadeWeserPort, meine Damen und Herren, möchte ich vorweg Helmut Werner und Professor Dr. Joachim Erdmann für ihre hervorragende Arbeit danken. Sie haben die Weichen für die Realisierung dieses für Niedersachsen wichtigen Infrastrukturprojektes gestellt. Das Ausschreibungsverfahren wurde vor wenigen Tagen eröffnet und wird bis Ende 2005 laufen. Dann wird ein Betreiber für den Hafen feststehen. Ferner kann ich Ihnen schon sagen, dass die Signale, die aus der Wirtschaft dazu zu hören sind, nicht so schlecht sind, wie Sie, Herr Janßen, meinen. Wir sind sehr opti-

mistisch, dass wir einen Hafenbetreiber par excellence finden. Dieser Hafen wird vernünftig betrieben werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, von den rund 900 Millionen Euro Gesamtkosten dieses Projekts wird das Land Niedersachsen rund 510 Millionen Euro tragen. Im nächsten Haushaltsjahr werden diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen dafür 19,7 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Ginge es nach den Grünen, würde dieser Betrag auf null reduziert. Damit wäre die Realisierungsgesellschaft zum 1. Januar 2005 handlungsunfähig, arbeitsunfähig, und das Hafenprojekt wäre gestorben. Damit, meine Damen und Herren von den Grünen, haben wir Sie endlich einmal dort, wo wir Sie schon lange haben wollten, nämlich dass Sie zugeben, dass Sie dieses Projekt JadeWeserPort ablehnen und nicht wollen.

(Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]:
Unter den Rahmenbedingungen, die Sie machen, ist das zutreffend!)

- Die Rahmenbedingungen sind hervorragend. Sie werden sehen, wie diese im internationalen Rahmen angenommen werden. Herr Janßen, da seien Sie mal ganz sicher.

So kann ich Ihnen sagen, dass der JadeWeserPort zu einem gemeinsamen norddeutschen Hafen- und Infrastrukturprogramm mit dem Ziel der Stärkung des Seehafenstandortes Deutschland gehört. Das heißt, das, was Sie unter einem Hafenkonzept verstehen und was auch der Bundesumweltminister darunter verstehen könnte, ist hier schon lange aufgegriffen worden. Das ist übrigens auch Beschlusslage dieses Hauses. Die Landesregierung arbeitet genau in diese Richtung. Wenn Sie die Presse verfolgt haben, werden Sie festgestellt haben, dass die letzte Kabinettsitzung mit Hamburg dies eindeutig gezeigt hat. Herr Janßen, Sie könnten schon ein Stück weiter sein. Ich kann Sie nur bitten, das zu lesen, was Ihnen vorgelegt wird.

Wir stehen, wie gesagt, zu diesem Projekt des JadeWeserPorts und bitten Sie, den unnötigen Widerstand endlich aufzugeben, den Sie gegen dieses Jahrhundertprojekt aufzubauen versuchen, damit auch Ihre Kraft in die Entwicklung des Landes Niedersachsen gesteckt werden kann.

Ich erlaube mir noch einen kurzen Ausflug zur Werftenhilfe. Dies ist ein Punkt, den uns die Kollegen der SPD in Bezug auf den Haushaltsplan nahe bringen wollten.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Wir haben auch einen Änderungsantrag eingebracht!)

Wir unterstützen ausdrücklich die niedersächsischen Werften, die einem knallharten internationalen Wettbewerb und einer großen Wettbewerbsverzerrung ausgesetzt sind. Durch Preisdumping in Südostasien werden die deutschen Werften im weltweiten Wettbewerb benachteiligt.

Wir stellen im Haushaltsplan 2005 7,223 Millionen Euro und damit 700 000 Euro mehr als bislang vorgesehen zur Verfügung. Zusätzlich wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2 Millionen Euro zur Gegenfinanzierung der Wettbewerbshilfe des Bundes ausgebracht. Damit wird ein Investitionsvolumen von rund 300 Millionen Euro in der niedersächsischen Schiffbauindustrie am Standort Niedersachsen ermöglicht.

Begrüßenswert ist, dass sich der Bund künftig mit 50 % an der Werftenhilfe beteiligen wird. Damit wird eine Forderung des Landtags aus dem vergangenen Jahr erfüllt, der - ich betone - alle Fraktionen dieses Hauses mit der Verabschiedung der Entschließung in Drucksache 15/541 zugestimmt haben. Die Landesregierung hat diese Forderung aufgegriffen und umgesetzt.

Unverständlich bleibt allerdings der Antrag der SPD-Fraktion zum Haushaltsplan 2005, der eine Erhöhung der Mittel für die Werftenhilfe um 2 Millionen Euro vorsieht und damit anscheinend bei der Werftenhilfe bei einer 75-prozentigen Förderung durch das Land bleiben will, obwohl Sie im vergangenen Jahr gemeinsam mit uns etwas anderes beschlossen haben.

Liebe Kollegen von der SPD, wenn Sie mehr Werftenhilfe wollen, dann nutzen Sie bitte Ihren Einfluss auf die Bundespolitik. Beim Bund werden die Mittel für die Werftenhilfe eben nicht erhöht. Der Bund hat ausdrücklich erklärt, dass er es bei seinem Ansatz belassen wolle. Wir stellen die Gegenfinanzierung sicher. Sollte sich der Bund entschließen, mehr Werftenhilfe zu gewähren, werden wir wie im vergangenen Jahr die Gegenfinanzierung realisieren.

Ich darf vielleicht den Kollegen Fleer zitieren, der in einer Rede am 20. November 2003 gesagt hat:

„Wir werden uns bei der Bundesregierung für eine 50-prozentige Werftenhilfe des Bundes einsetzen.“

Dies ist geschehen; der Bund - ich habe es gerade gesagt - hat seinen Anteil nicht erhöht. Setzen Sie sich deswegen freundlicherweise bei Ihren Kollegen in Bonn und in Berlin dafür ein, dass dieser Anteil erhöht wird. Dann haben wir mehr Geld. Aber mit der Forderung, 75 % der Werftenhilfe durch das Land aufzubringen, liegen Sie falsch. Sie haben auch etwas anderes mit beschlossen.

Meine Damen und Herren, abschließend wünsche ich mir, dass wir gemeinsam an der Weiterentwicklung des maritimen Niedersachsens arbeiten. Der für das nächste Jahr in Aussicht gestellte Küstenbericht - er wird uns wahrscheinlich im nächsten Jahr vorgelegt -, den die Landesregierung erstellen wird, wird uns Gelegenheit geben, uns intensiv mit den Belangen der Küste und damit auch der Häfen und der Schifffahrt auseinander zu setzen. - Ich danke Ihnen sehr herzlich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die Landesregierung hat Minister Hirche das Wort. Bitte schön, Herr Minister!

(Ah! bei der CDU und bei der FDP)

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Ein Oldenburger bemerkt eben die Oldenburg-Krawatte. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Zurufe von der SPD und von der FDP: Frau Präsidentin!)

- Entschuldigung, Frau Präsidentin. Einerseits ist es gut, dass man hinten keine Augen hat; sonst wäre man ja ein Monstrum. Andererseits bedauere ich das in diesem Fall besonders.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kein Bundesland - das ist ganz einfach - hat in den letzten 22 Monaten mehr Fortschritte gemacht als Niedersachsen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das zeigen die Wirtschaftsdaten. Zusammen mit Bayern steht Niedersachsen an der Wachstumsspitze der Bundesländer. Im Durchschnitt der Jahre 1994 bis 2002 lagen wir übrigens auf Platz 9, also in der unteren Tabellenhälfte. Jetzt sind wir an der Spitze. Nach Sachsen haben wir die größte Dynamik aller Bundesländer. Auch der Arbeitsmarkt entwickelt sich relativ besser als in den anderen Bundesländern.

Meine Damen und Herren, wenn wir nicht noch weiter gekommen sind, dann liegt das daran, dass die Rahmenbedingungen nicht so sind, wie wir uns das wünschen, und dass sich die Bundesregierung bei den Themen Steuern, Sozialvorsorge sowie Flexibilisierung des Arbeits- und Tarifrechts Reformen verweigert. Stattdessen werden an allen Ecken und Enden neue Hürden aufgerichtet. Ich nenne nur zwei: Die Strompreise werden nach oben getrieben, vielleicht bis die ganze chemische Industrie von der Küste verschwunden ist. Das ist ein sehr ernster Vorgang, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Heute kam die Meldung über den Ticker: Die Fraktionen von Rot und Grün bereiten ein Antidiskriminierungsgesetz vor, das offenkundig die Vorstellungen der Grünen aufnimmt und nicht die Vorgaben aus Brüssel im Verhältnis von 1 : 1 umsetzt, wie das Frau Zypries vorhatte. Dieses Gesetz würde ein bürokratisches Monstrum hervorbringen, das den Mittelstand in Deutschland in äußerst ernster Weise bedrohen würde. Das wird das Hauptfeld der Auseinandersetzung im nächsten halben Jahr sein.

Meine Damen und Herren, es sind diese Rahmenbedingungen, die uns Schwierigkeiten machen. Ich will aber auch gern erwähnen, dass dazu Rahmenbedingungen gehören, an denen in der Vergangenheit z. B. alle Kultusminister beteiligt waren. Die falsche Ferienregelung, die wir hatten und noch in diesem Jahr haben,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

hat beim Tourismus Einbußen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro verursacht.

Wenn ich solche allgemeinen Dinge unter den Rahmenbedingungen erwähne, heißt es immer: Reden Sie doch über Niedersachsen! - Das will ich gern tun. Ich habe aber zu Anfang gesagt, wie positiv die Bilanz insgesamt in Niedersachsen ist.

Man kann auch sagen: endlich Vorwärtsgang statt Rückwärtsgang.

Trotzdem, meine Damen und Herren: Wenn wir uns die Fundamentaldaten in Niedersachsen ansehen, müssen wir feststellen, dass wir natürlich noch ein ganzes Stück hinter Bayern, Baden-Württemberg und Hessen liegen. Das lässt sich nicht kurzfristig aufholen. Wir sehen, dass innerdeutsche Vergleiche nicht mehr ausreichen; denn das Tempo der Globalisierung nimmt zu.

Wir mussten am Beginn dieser Legislaturperiode feststellen: Unter den Ministerpräsidenten Schröder, Glogowski und Gabriel hat sich der Anteil der niedersächsischen Wirtschaft am deutschen Export von 10,5 % auf 8,6 % verringert. Das hat in Niedersachsen haufenweise Arbeitsplätze gekostet. Deswegen ist die Außenwirtschaft, insbesondere für den Mittelstand, ein wichtiges Feld für neue Arbeitsplätze in Niedersachsen.

Vor diesem Hintergrund ist es ein großer Vorteil, insbesondere wenn ich an die mittel- und osteuropäischen Länder denke, dass wir mit der Deutschen Management-Akademie in Celle eine Einrichtung haben, die in den letzten 15 Jahren rund 20 000 Manager aus Mittel- und Osteuropa durchlaufen und sich dort qualifiziert haben. Diese Menschen sind eine Brücke in diesen Raum hinein.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Der Streichungsantrag der Grünen an dieser Stelle zeigt, dass Sie entweder nicht begriffen haben, welche Chancen in diesem Personentransfer und dieser Brückenfunktion liegen, oder aber dass nach der Methode Trittin industrielle Arbeitsplätze in diesem Lande vorsätzlich zerstört werden sollen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich bin es auch leid, die Folgen draußen zu bemängeln. Wenn wir Infrastrukturvorhaben angehen - Herr Kollege Thümmler hat das gerade im Zusammenhang mit dem JadeWeserPort gesagt -, dann werden immer wieder Einwände vorgetragen, die auf Blockade ausgerichtet sind. Das war damals beim Emssperrwerk der Fall, das ist jetzt beim JadeWeserPort und bei vielen anderen Dingen genauso. Meine Damen und Herren, was unsere Volkswirtschaft an dieser Stelle an Zeit verliert, kostet Arbeitsplätze. Weil keine Einnahmen erzielt werden, verschärfen sich die sozialen Probleme im Lande. Ihre Blockaden verschärfen die sozialen

Probleme in diesem Lande zulasten der Menschen, der Arbeitnehmer.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich freue mich deswegen, dass es mit der SPD Einigkeit darin gibt, dass die Hauptaufgabe von Wirtschaftspolitik ist, Arbeitsplätze zu erhalten und Hilfe beim Aufbau neuer zu geben. Über die Instrumente werden wir immer diskutieren. Aber deswegen setzen wir - auch darauf ist hingewiesen worden - z. B. das Instrument der Wettbewerbs-hilfe ein. Die volle Gegenfinanzierung legen wir im Haushalt vor. Ich hätte mir auch gewünscht, dass, wenn der Landtag eine einstimmige Entschließung fasst, auf der Basis einer solchen einstimmigen Entschließung gegenüber dem Bund argumentiert und nicht aus Tagesopportunismus heraus entschieden wird, noch etwas draufzulegen. Meine Damen und Herren, es war schwierig genug, an dieser Stelle zu dem Ergebnis 50 : 50 zu kommen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich freue mich, dass es gelungen ist, in der NBank die verschiedenen Förderprogramme zu bündeln. Herr Kollege Opermann hat darauf hingewiesen, dass das von der SPD vorgedacht worden sei. Richtig! Aber ich habe doch überhaupt keine Hemmungen, nach Prüfung Konzepte, die richtig sind, zu übernehmen und fortzuführen. Ich freue mich im Übrigen, Herr Oppermann, dass Sie das in der Vergangenheit mit Maßnahmen, die ich während meiner ersten Amtszeit durchgeführt habe, genauso gemacht haben. Die heutige Innovationspolitik, die wir als Landesregierung betreiben, fußt auf dem, was in den letzten Jahren gemacht worden ist, und das wiederum fußt auf dem, was in der Regierungszeit Albrecht/Hirche Ende der 80er-Jahre gemacht worden ist. Deswegen brauchen wir uns doch nicht gegenseitig schlecht zu machen. Es ist richtig, dass es eine solche Kontinuität gibt, und ich bin froh, dass Sie nicht mehr die Auseinandersetzungen mit Ihrer damaligen Kabinettskollegin, meiner Amtsvorgängerin, betreiben müssen, denn es funktioniert heute sehr viel besser zwischen Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium als während Ihrer Regierungszeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Natürlich sind die Themen Forschungsflughafen und JadeWeserPort schon früher diskutiert worden. Ich hätte mir aber gewünscht, dass die haushaltsmäßige Absicherung so erfolgt wäre, wie wir

sie noch vornehmen mussten. Stattdessen sind im Jahre 2002 300 Millionen Euro mehr ausgegeben worden, als die ohnehin schon beträchtliche Rekordverschuldung von 3 Milliarden Euro hergegeben hat. Das ist der eigentliche Punkt, unter dem wir heute leiden und weshalb wir die Innovationsförderung nicht verdoppeln können, sondern uns darüber freuen können - dafür danke ich den beiden Fraktionen -, dass im Haushalt der gleiche Stand des Vorjahres wiederhergestellt worden ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Im Rahmen der schwierigen Haushaltslage, in der wir uns befinden, bilden die Innovationspolitik und die Außenwirtschaft in diesem Zusammenhang insofern zwei durchaus erkennbare Schwerpunkte, weil sich aus unterschiedlichen Motiven in diesen beiden Bereichen Arbeitsplätze in Niedersachsen schaffen lassen. Ich brauche diese Motive jetzt nicht im Einzelnen vorzutragen.

Meine Damen und Herren, die Opposition hat verständlicherweise angesprochen, dass die Investitionsquote unter 10 % liegt. Ich habe dafür viel Verständnis; denn auch ich finde das nicht schön. Aber wenn ich unsere Lage mit der in Bayern vergleiche, dann stelle ich fest, dass die Bayern im Haushalt eine Zinsausgabenquote von 3,2 % und die Niedersachsen eine Zinsausgabenquote von 11,8 % haben. Meine Damen und Herren, dieses Geld fehlt im laufenden Haushalt, um Investitionen zu bedienen. Das lässt sich nicht mehr aus den Schulden finanzieren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es war wohl der Kollege Hoppenbrock oder der Kollege Hermann - ich weiß es nicht mehr genau -, der davon gesprochen hat, dass das Zukunftsdiebe seien. Sie, Herr Hoppenbrock, waren es, der an dieser Stelle den Bischof Lehmann zitiert hat. Diese Verschuldungspolitik können wir nicht mehr betreiben.

Meine Damen und Herren, natürlich schmerzt es mich bei einem Vergleich mit meiner ersten Amtszeit, dass wir bei den Landesmitteln im Vergleich zum letzten Jahr Kürzungen in Höhe von 25 % vornehmen mussten. Aber wenn Sie ein Haus erben, auf dem riesige Schulden lasten, und das Dach kaputt geht, dann können Sie leider nur die Stelle flicken, die kaputtgeht, und nicht das ganze Dach erneuern. Das ist genau die gleiche Situation, in der wir als Landesregierung und in der Privatleute stehen. Deswegen haben die Bürger

draußen auch viel Verständnis dafür, dass wir in dieser Weise vorgehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es liegt doch deswegen auf der Hand, dass wir darüber nachdenken müssen, wo und wie Infrastrukturausgaben auch mit privatem Geld finanziert werden können, weil die Aufgaben noch vorhanden sind, auch wenn wir kein Geld haben, um sie wahrzunehmen. Deswegen muss man Projekt für Projekt betrachten. Es ist nun einmal so - das wissen die Grünen ganz genau -, dass Sie Hafeninfrastruktur nicht in dem Stile privat finanzieren können, in dem es in Wilhelmshaven erforderlich ist. Wer das fordert, will im Klartext einen Stopp des Projekts und traut sich nur nicht, es laut in der Öffentlichkeit zu sagen. Sie sind an der Stelle ein Stückchen feige. Sie bekennen sich nicht zu Ihrer Industriefeindlichkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Widerspruch bei den GRÜNEN - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Wer hat denn die alten Zahlen in die Welt gesetzt?)

Meine Damen und Herren, gleichzeitig bin ich froh darüber, dass es gelungen ist, im Zusammenhang mit der A 22, der Küstenautobahn, mit der regionalen Wirtschaft und den Kreisen eine Vereinbarung zu erreichen, wonach wir die erste Phase der Planung zu je einem Drittel finanzieren. Wenn wir es schaffen - die Aussichten sind gut -, dass die Europäische Kommission in Brüssel die A 22 als Teil des transeuropäischen Netzes akzeptiert, dann haben wir auch Chancen für den zweiten Teil der Planung, nämlich bis zum Planfeststellungsbeschluss Zuschüsse zu erhalten. Meine Damen und Herren, dann treten wir in die dritte Phase, die Bauphase, ein. Wir sind in Anbetracht der Lage der Bundesfinanzen zu der Einschätzung gelangt, dass es schwer sein dürfte, Bundesmittel bereitzustellen. Deswegen wird die Landesregierung im Januar oder Februar eine Initiative in den Bundesrat einbringen, das Bundesfernstraßenprivatfinanzierungsgesetz so zu verändern, dass wir in der Lage sind, das Vorhaben durch Private bauen und betreiben zu lassen - - -

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Zwischenfrage, Herr Hirche!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Minister Hirche, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wenzel?

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

- gleich! -, weil diese Region eine Erschließung über die Straße braucht, weil wir die Straße für den JadeWeserPort brauchen und weil wir damit diesen verkehrsfernen Raum an die Haupträume anbinden wollen; denn Arbeitsplätze entstehen an solchen Verkehrsachsen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Minister Hirche gestattet die Zwischenfrage. - Herr Kollege Wenzel, bitte schön!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Minister Hirche, ist Ihnen klar, dass wir Sie bei den Zahlen zum Tiefwasserhafen an Ihren eigenen Zahlen messen, die Sie hier ausdrücklich gebilligt haben und die ursprünglich einmal von Roland Berger stammen, dem Sie hier hohe Fachkompetenz unterstellt haben? Genau diese Zahlen sind es, auf die wir uns heute beziehen.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Minister!

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Wenzel, ich darf nur sagen: Das Gutachten von Roland Berger wurde von der vorigen Landesregierung in Auftrag gegeben.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Sie haben es ausdrücklich gutgeheißen!)

- Augenblick mal! - Wir wollen uns keine fremden Federn an den Hut stecken. Die vorige Landesregierung hat die Einzelheiten beurteilt.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Nein, das haben Sie gutgeheißen!)

Wir haben Ihnen im Haushaltsausschuss nach unserer Erkenntnis unter Nutzung aller Unterlagen, die vorher erarbeitet waren - das ist gar keine Frage -, Zahlen vorgelegt. Diese Zahlen stehen, und an diesen Zahlen lassen wir uns messen, meine Damen und Herren.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Sie behaupten hier, dass diese Zahlen Wol-

kenkuckucksheime seien! Das ist es doch!)

Ich bin froh darüber, dass wir im Plan sind und das Planfeststellungsverfahren läuft. Im EU-Amtsblatt ist der Text für das Betreiben des Hafens ausgeschrieben. Ich meine, dass wir das Verfahren bis zur Sommerpause abgeschlossen haben werden und bis dahin auch das Planfeststellungsverfahren in etwa beendet sein wird und wir dann rasch vorankommen werden.

Meine Damen und Herren, weil es an dieser Stelle um großes Geld geht, möchte ich doch noch ein kleines Wort zu dem Streit sagen, der gestern und heute seitens der SPD immer wieder in die Debatte hineingetragen worden ist, nämlich zu dem Jäger 90 dieser Tage, also zu der Eigenheimzulage, mit der sich alles finanzieren lässt. Ich möchte daran erinnern, dass im Land Niedersachsen durch die völlig missglückte Reform der Körperschaftsteuer, die die SPD durchgeführt hat,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

allein in den Jahren 2000 bis 2002 das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer um 1,4 Milliarden zurückgegangen ist. Das sind etwas größere Beträge als die, die heute in der Debatte eine Rolle gespielt haben. Auf Bundesebene waren es merkbare zweistellige Milliardenbeträge, die die Grünen in Berlin genauso zu vertreten haben wie die SPD. Es war eine Entlastung für die Konzerne, für deren Kriegskasse. Der Mittelstand jedoch hat diese Entlastung nicht bekommen. Auch das will ich einmal festhalten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das darf ich zum Verkehrshaushalt doch sagen, weil hier der Eindruck erweckt wird, beim Bund sei alles in Ordnung, und dann, wenn etwas gekürzt wird, geschieht das auf Landesebene. Die Kürzungen im Bereich des Bundesverkehrswegeplanes belaufen sich in der Zeit von 2004 bis 2008 auf 8 Milliarden Euro. 10 % davon können Sie für Niedersachsen ansetzen. 800 Millionen Euro fehlen uns in dieser Zeit für den Straßenbau. Trotzdem ist es traurig, dass wir auf Landesebene keinen Ausgleich vornehmen und unsere Landesmittel nicht vorhalten können. Wenn die Opposition hier aber den Eindruck erweckt, dass das alles bösartig sei und dass man doch könne, wenn man denn nur wolle, da muss ich Ihnen entgegenhalten: Es geht nicht, erst die Kasse zu entleeren und im Anschluss daran die anderen dafür zu kritisieren,

dass kein Geld mehr da sei, das man ausgeben könne. - So lassen wir mit uns nicht spaßen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich bin sehr froh darüber, dass der Ausbildungspakt, den wir mit der Wirtschaft geschlossen haben, ein solcher Erfolg ist. Ich bleibe auch nach allem, was Herr Hagenah hierzu gesagt hat, dabei: Es gibt im Vergleich zum Vorjahr 3% zusätzliche Ausbildungsplätze, wie uns die Handwerks- sowie die Industrie- und Handelskammern mitgeteilt haben. Das ist ein großer Erfolg - ein großer Erfolg deshalb, weil die Politik der Bundesregierung in diesem Jahr wieder zu einer Rekordzahl von Pleiten bei Betrieben geführt hat, die somit keine Ausbildungsplätze vorhalten konnten. Meine Damen und Herren, wir haben es erlebt. Nachdem diese unselige Ausbildungsplatzabgabe endlich vom Tisch war, war es möglich, mit den Betrieben zu reden, Vertrauen zu bilden und ihnen zu sagen, dass sie etwas für die jungen Leute tun müssen. Sie haben es dann in bewundernswürdiger Art und Weise auch getan. Ich finde das großartig.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch Folgendes sagen: Wenn kein oder nur noch wenig Geld da ist - der Kollege Hermann hat das schon angesprochen -, muss man sich etwas einfallen lassen. Dann muss man, wenn man Gespräche in den Betrieben führt - das wissen auch Sie von der Opposition -, erkennen, dass wir das beseitigen müssen, was die Betriebe so drückt, nämlich die überbordende Bürokratie an allen Ecken und Enden. Hier sind wir noch lange nicht am Ende. An dieser Stelle kommt man nur sehr schwer voran.

Die Landesregierung hat in diesem Zusammenhang drei Maßnahmen ergriffen. Erstens haben wir auf Bundesebene gesagt, dass das Arbeits- und Tarifrecht geändert werden muss. Das ist an Rot-Grün aber leider zum Teil gescheitert, obwohl alle internationalen Experten sagen, dass es der Haupthemmschuh für die deutsche Wirtschaft sei. Deshalb wächst die deutsche Wirtschaft schwächer als alle anderen Wirtschaften.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zweitens haben wir in unserem eigenen Bereich mit der Verwaltungsreform und der im Zusammenhang damit vorgenommenen Abschaffung einer Entscheidungsebene, einer Hierarchieebene, dafür

gesorgt, dass Entscheidungen schneller getroffen werden. Meiner Meinung nach ist das für die Wirtschaft fast noch wichtiger als die Tatsache, dass wir am Ende auf Landesebene fast 7 000 Stellen einsparen werden. Aber auch das ist wichtig.

Drittens ergibt sich eine Entbürokratisierung dadurch, dass die Betriebe von Doppelkontrollen und Kosten befreit werden. Das ist der eigentliche Sinn der Diskussion über die Berufsgenossenschaften, wenn ich Ihnen das sagen darf. Wir brauchen nicht den Dualismus, die gleichzeitige Prüfung durch Gewerbeaufsicht und durch Berufsgenossenschaften. Wir brauchen diese Doppelkontrolle nicht. Wir als Landesregierung haben gesagt: Wir wollen diese Debatte ganz vorurteilslos beginnen. Dann werden wir am Ende entscheiden, ob wir die Aufgaben bei der Gewerbeaufsicht oder bei den Berufsgenossenschaften abbauen werden. Ich plädiere dafür, an dieser Stelle ganz rational vorzugehen. Aber auch Sie wollen doch sicherlich nicht Doppelkontrollen beibehalten.

Meine Damen und Herren, das ist ein wichtiger Punkt. Natürlich reden wir darüber. Ich habe auch mit dem Zentralverband der Berufsgenossenschaften und mit anderen geredet. Wir werden auch in Zukunft in der Diskussion und im Dialog mit ihnen bleiben.

Übrig bleibt - das darf ich am Schluss noch feststellen -: Niedersachsen war bis zum Februar 2003 in der unteren Tabellenhälfte der Bundesländer. Jetzt befinden wir uns in allen Fällen in der oberen Tabellenhälfte.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, angesichts der Erfolge, die die Landesregierung gerade auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik erzielt hat, zeigt sich, dass die Abwahl von Sigmar Gabriel und der SPD für dieses Land ein Segen war und ist.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Was zählt, sind nicht Sprüche und falsche Behauptungen in diesem Parlament, sind nicht Daten und einzelne Angelegenheiten, sondern es zählt das Ergebnis. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Wir steigern Tempo, Leistung und Qualität. Es ist aufwärts gegangen. Darüber wird sich hoffentlich auch die Opposition freuen, wenn sie Gutes für

Niedersachsen will. Es wird in Niedersachsen auch weiterhin aufwärts gehen. Das aber ist schlecht für die Opposition. Es ist jedoch gut für Niedersachsen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herzlichen Dank sage ich insbesondere den Fraktionen von CDU und FDP für die hervorragende Zusammenarbeit. Ich sage ganz herzlichen Dank aber auch meinen Mitarbeitern im Ministerium und in allen nachgeordneten Behörden. Das ist eine leistungsfähige und motivierte Verwaltung. Gemeinsam schaffen wir bessere Verhältnisse in Niedersachsen. Wir wollen mit dieser Entwicklung in Niedersachsen auch Zeichen in Deutschland setzen. - Danke schön.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von der CDU: Zugabe!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. Mit der Zugabe wird es vielleicht etwas schwierig; denn die Landesregierung hat eine Restredezeit von insgesamt nur noch 7 Minuten und 34 Sekunden. Das gilt für alle nachfolgenden Redner der Landesregierung.

Ich stelle fest, dass mir zum Haushaltsschwerpunkt Wirtschaft, Arbeit und Verkehr keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

Ich rufe nun den Haushaltsschwerpunkt

Umwelt

auf. Hierzu hat sich von der SPD-Fraktion der Herr Kollege Haase zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Hans-Dieter Haase (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vorab etwas zum vorherigen Komplex sagen: Von sich überzeugt zu sein, beweist noch nicht die Richtigkeit der Aussagen, Herr Hirsch.

(Zustimmung bei der SPD)

Auf den Umweltbereich bezogen: Das war ein sehr trauriges und trockenes Jahr für die Umweltpolitik in Niedersachsen. Ich befürchte - angesichts des Haushalts 2005 -, das Nächste wird noch schlim-

mer. Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, Sie erregen sich ja schon wieder etwas. Das hatte ich auch nicht anders erwartet. Aber die Realität ist, dass die Bilanz Ihres Umweltministers für das Jahr 2004 mehr als trüb aussieht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich aufregen, so beweist auch dies wiederum nichts.

(Roland Riese [FDP]: Wir regen uns nicht auf!)

Wir schauen uns jetzt einmal die Zukunft an, nämlich den nächsten Haushalt. Wir hatten bereits für 2004 erhebliche Befürchtungen, was die Kürzungen im Einzelplan 15 angingen, trafen sie doch vor allem diejenigen, die seit Jahren erfolgreiche Umwelt- und Naturschutzarbeit leisten - und das in der Regel ehrenamtlich, Herr Riese. Nun müssen wir leider feststellen, dass es der Umweltminister geschafft hat, die Daumenschrauben für das Jahr 2005 erneut fester zu ziehen.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Haase, einen Moment bitte. Die Diskussion des abgeschlossenen Bereichs Wirtschaft, Arbeit und Verkehr hat vielleicht noch das eine oder andere Problem aufgeworfen. Ich möchte alle, die noch diskutieren wollen, darum bitten, nach draußen zu gehen. - Herr Kollege Haase, Sie haben das Wort.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Die gratulieren alle!)

Hans-Dieter Haase (SPD):

Meine Damen und Herren, wir haben anerkannt und stehen auch dazu - - -

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Haase, entschuldigen Sie bitte. Das gilt auch für den Kollegen Lehmann. Jetzt unterbreche ich Sie auch nicht mehr.

Hans-Dieter Haase (SPD):

Ich bin ja dankbar, wenn Sie mich unterbrechen.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ich bin optimistisch, dass jetzt alle ruhig sind und Ihnen ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden werden.

(Bernd Althusmann [CDU]: Unterhalten Sie sich doch noch ein bisschen! Wir bringen Ihnen auch gerne einen Kaffee!)

Hans-Dieter Haase (SPD):

Meine Damen und Herren, wir haben anerkannt und stehen auch dazu, dass gespart werden muss. Aus diesem Grund müssen wir einen Teil Ihrer Kürzungsvorschläge - zugegeben: mehr als widerwillig, aber dennoch - akzeptieren. Wir tun dies. Doch das Ziel, das sich hinter den Kürzungen verbirgt, hat nicht mehr unbedingt etwas mit sinnvoller Umweltpolitik zu tun - von Nachhaltigkeit keine Spur.

Meine Damen und Herren, der Umweltminister des Landes Niedersachsen und natürlich die gesamte Landesregierung leisten zu Beginn einer Amtszeit einen Amtseid auf die Niedersächsische Verfassung.

(Bernd Althusmann [CDU]: Einen Amtseid haben Sie immer geleistet!)

Ich weiß nicht, ob es Ihnen bewusst ist, aber in Artikel 1 Abs. 2 steht:

„Das Land Niedersachsen ist ein freiheitlicher, republikanischer, demokratischer, sozialer und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteter Rechtsstaat in der Bundesrepublik Deutschland und Teil der europäischen Völkergemeinschaft.“

Ich betone: dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet. Aber dieser Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen steht offensichtlich nicht mehr auf Ihrer Agenda. Niedersachsen wird unter dieser Landesregierung zunehmend zur umweltpolitischen Wüste. Herr Sander hat sich in der Aktuellen Stunde - Sie alle erinnern sich daran - im Oktober quasi als Wüstenbeauftragter empfohlen, da er als erfolgreiches Ziel seine eigene Überflüssigkeit formuliert hat - ein merkwürdiges Amtsverständnis, so kann ich nur sagen. Sie trocknen wirklich alles aus, was auch nur im Ansatz mit erfolgreicher niedersächsischer Umweltpolitik zu tun hat.

Außer bei der finanziellen Unterstützung für Leistungen im Bereich der Landwirtschaft werden die Haushaltsmittel durchgehend gekürzt. Durch Ihren Winkelzug, den Erschwerenausgleich und den Vertragsnaturschutz über die prioritären Maßnahmen der Wasserentnahmegebühr zu finanzieren, werden Landesmittel zur Konsolidierung freigesetzt. Gleichzeitig stehen dadurch natürlich weniger Mittel für die originäre Naturschutzarbeit zur Verfügung - mit dem Ergebnis, dass notwendige Maßnahmen nicht mehr finanziert werden können.

Meine Damen und Herren, fortgesetzt wird diese großflächige Trockenlegung der umweltpolitischen Landschaft durch die Zerschlagung der effektiven und gewachsenen, im ganzen Bundesgebiet anerkannten Strukturen der niedersächsischen Umweltverwaltung. Das NLÖ wird aufgelöst, die Bezirksregierungen werden abgeschafft. Warum, hat sich für viele bis heute noch nicht erschlossen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Also für uns schon!)

Aber wohl auch - nun hören Sie gut zu -, um die persönlichen Rachegefühle Ihres Umweltministers zu befriedigen.

(Zurufe von der FDP: Ach!)

Nicht anders kann ich Aussagen des Umweltministers am 26. August dieses Jahres - um 17 Uhr, wenn Sie es genau wissen wollen - bei einer Veranstaltung des Zentralverbandes der Jagdgenossenschaften und Eigenjagden in Niedersachsen und des ehemaligen Landvolkpräsidenten von Nienburg verstehen. Herr Sander soll dort sinngemäß gesagt haben

(Christian Dürr [FDP]: Soll!)

- ich war nicht dabei, deshalb muss ich „soll“ sagen, Herr Dürr -: Der Naturschutz habe ihm in der Vergangenheit sehr weh getan. Dafür werde er ihn fertig machen, auch wenn ihn das am Ende seinen Job koste.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Können Sie für das Protokoll die Quelle einmal nennen?)

Meine Damen und Herren, wenn man die Handlungen des Ministers auswertet, dann wundern uns derartige Äußerungen - von denen es auch andere gibt - nicht mehr. Ich möchte an dieser Stelle den Minister noch einmal an seinen Amtseid erinnern und den Ministerpräsidenten - leider ist er ja nicht

da - fragen, ob derartige Aussagen eines Ministers würdig sind. Herr Sander, Sie sind als Umweltminister des Landes Niedersachsen und eben nicht als Wüstenbeauftragter, Hilfslandwirtschaftsminister oder gar Terminator angetreten.

Meine Damen und Herren, damit nicht genug. Schon wird der nächste Hahn zur Bewässerung gedeihender natur- und umweltpolitisch notwendiger Projekte abgedreht: „Bingo! - Die Umweltlotterie“ wird von Ihnen zweckentfremdet. Auch wenn der Ministerpräsident höchstpersönlich die Worte fand, die seinem Umweltminister bei diesem Thema offensichtlich ausgegangen sind: Es ist und bleibt eine Täuschung der Spielerinnen und Spieler, wenn Sie eine Lotterie, die mit ihren Überschüssen Umwelt- und Entwicklungsprojekte unterstützen soll und damit auch erfolgreich wirbt, zum Stopfen von Haushaltslöchern missbrauchen - und das in einer ständig steigenden Größenordnung.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es geht noch weiter. Auch die letzte Quelle umweltpolitischer Arbeit wird von Ihnen zum Versiegen gebracht. Die wichtige und notwendige Arbeit von tausenden ehrenamtlichen Vertretern der Umwelt- und Naturschutzverbände im ganzen Land wird vom Land nicht mehr in der angemessenen Form unterstützt. Sie kürzen in jedem Jahr die finanzielle Förderung und wollen diese ab dem Jahr 2006 - die Mipla beweist es - komplett einstellen.

Offensichtlich gibt es aber in diesem Land noch einige kleine Oasen. Denn nicht alle anerkannten Naturschutzverbände sind von der massiven Kürzungskur betroffen. Es kommt wohl darauf an, wo man ressortiert. Nur zur Erinnerung: Herr Minister, es gibt in Niedersachsen 13 anerkannte Umwelt- und Naturschutzverbände - nicht nur BUND, NABU, LBU und NVN. Was ist mit der finanziellen Förderung der Landesjägerschaft Niedersachsen e. V., des Landessportfischerverbandes Niedersachsen e. V., der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, des Niedersächsischen Heimatbundes? - Eine wichtige Frage, auf die Sie uns bisher trotz Kleiner Anfrage die Antwort schuldig geblieben sind.

Es gibt kleine Oasen, aber ansonsten gibt es nur umweltpolitische Wüste, wohin man blickt. Das gilt entsprechend für andere Politikbereiche aus dem Ressort, die Energiepolitik, Förderpolitik für rege-

nerative Energien. Von dem Hickhack um Offshore will ich hier gar nicht reden.

(Bernd Althusmann [CDU]: Offenbar ist es etwas zu heiß!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns gedanklich einmal ein wenig zurückgehen - in bessere Zeiten. Frau Zachow, ich weiß nicht, ob Sie sich noch an die Haushaltsberatungen im Jahre 2001 erinnern.

(Anneliese Zachow [CDU]: Da können Sie bestimmt gut zitieren!)

Ich darf Sie mit Ihrem Einverständnis zitieren:

„Meine Damen, meine Herren, die CDU-Fraktion ist nach der Beratung des Umwelthaushaltes zu dem Schluss gekommen, dass die Umweltpolitik wirklich an Bedeutung verloren hat.“

(Anneliese Zachow [CDU]: Das ist richtig!)

„Das ist nicht nur schade und bedauerlich, sondern gegenüber kommenden Generationen auf Dauer auch nicht mehr zu verantworten.“

Verehrte Frau Zachow, damals war die Welt aber doch offensichtlich noch in Ordnung,

(Ursula Körtner [CDU]: Das findet ihr!)

sozusagen blühende Landschaften im Vergleich zur Wüstenei von heute. Damals ging es gar um eine Erhöhung des Volumens des Umwelthaushaltes von 1,5 %, anstatt wie ursprünglich zugegebenermaßen vorgesehenen 5 %. Wenn Sie also damals schon meinten, dass der Umwelthaushalt von 2002 gegenüber zukünftigen Generationen nicht mehr zu verantworten sei, dann frage ich Sie heute: Was sagt Ihre Fraktion, was sagen Ihre Umweltpolitiker denn zum Haushalt 2005 dieser Landesregierung? - Nein, bei dieser Landesregierung hat die Umweltpolitik nicht nur an Bedeutung verloren, sie ist offensichtlich völlig bedeutungslos geworden.

(Beifall bei der SPD - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Der erste Applaus!)

Sie, Herr Minister, wollen die Umweltpolitik ehrlicherweise auch gar nicht.

Meine Damen und Herren, am Ende bleibt mir nur festzustellen: Die Konzerne, die in Brasilien den Urwald roden, sind gegen diese Landesregierung, gegen diesen Umweltminister teilweise umweltpolitische Waisenknaben. Das Jahr 2005 wird, um im Bild zu bleiben, in Niedersachsen ein heißes und trockenes Jahr - wie es eben ist in einer umweltpolitischen Wüste. Im Umweltbereich gibt es keine Spur von Nachhaltigkeit, es sei denn die nachhaltige Zerstörung gewachsener Strukturen.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Ach!)

Es gibt keine Spur von Generationengerechtigkeit, stattdessen gibt es neue Hypotheken für die Zukunft. Dann, Herr Sander, droht möglicherweise wegen der Nichteinhaltung der EU-Vorgaben bei der FFH-Ausweisung noch ein Sandsturm, wenn es zu den befürchteten Strafzahlungen kommt. Ignorantes, selbstgefälliges Verhalten gegenüber der EU hätte dann wirklich fatale, böse Folgen für unser Land. Die Verantwortung dafür tragen Sie, Herr Sander.

Es bleibt eigentlich nur wenig Hoffnung - auch das sei aus diesem Bild heraus gezogen -; denn alle paar Jahre fängt die Wüste an zu leben und dann werden wir zur Stelle sein. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Zachow das Wort. Bitte schön!

Anneliese Zachow (CDU):

Auf in die Wüste! Ich liebe Wüstenlandschaften.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Machen Sie ruhig in dem Bild weiter!)

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 15 steht genau wie der gesamte Landeshaushalt und alle anderen Einzelpläne unter einem enormen Sparzwang. Ausgabenreduzierungen sind unweigerlich notwendig, weil die abgewählte Landesregierung

(Wolfgang Jüttner [SPD]: „... alles vergeigt hat“!)

uns diesen furchtbar desolaten Haushalt hinterlassen hat.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Das, Herr Haase, ist der erste Unterschied zu 2002. Wenn wir unseren Kindern und Kindeskindern nicht Zinsen und Zinseszinsen hinterlassen wollen, was wir nicht dürfen - da sind wir sicherlich wieder auf einer Linie -, dann muss konsolidiert werden. Haushaltskonsolidierung in diesem Sinne erfolgt damit ganz in Übereinstimmung - - -

(Zuruf von Brigitte Somfleth [SPD])

- Ich verstehe Sie nicht von dort hinten.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Frau Somfleth, wenn Sie eine Zwischenfrage stellen wollen, dann melden Sie sich bitte.

Anneliese Zachow (CDU):

Haushaltskonsolidierung in diesem Sinne erfolgt damit ganz in Übereinstimmung mit dem Rio-Prozess. Dort geht es eben nicht nur um Ökologie, sondern gleichwertig um Ökonomie und um Soziales, um eine nachhaltige Entwicklung, die auch unseren Kindern noch Zukunft beschert.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Daran müssen wir unsere Umweltpolitik ausrichten.

Ich weiß, dass Sie, meine Damen und Herren von der SPD, das nicht gerne hören, was ich auch nachvollziehen kann.

(Klaus-Peter Dehde [SPD]: Wie bitte?)

Wir werden die Schulden aber immer und immer wieder erwähnen.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Das rettet Sie nicht!)

Das ist eine rein präventive Maßnahme. Wir wollen nämlich nicht, dass Sie irgendwann Erinnerungslücken haben und vergessen, was Sie uns hinterlassen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Hans-Dieter Haase [SPD]: Wir haben ein gutes Gedächtnis!)

Meine Damen und Herren, der prozentuale Anteil des Einzelplans 15 am Gesamthaushalt ist prak-

tisch unverändert geblieben. Daran sehen Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von den Oppositionsfraktionen, dass trotz Ihrer Unkenrufe die Umweltpolitik unter CDU und FDP weitergeht,

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Auf niedrigstem Niveau!)

auch wenn die Grünen dem Minister mit stets blinder Unterstützung der SPD ständig bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit in dieser Hinsicht den Untergang des Abendlandes oder die zukünftigen Wüsten vorwerfen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Die Umweltpolitik hat bei uns einen ebenso hohen Stellenwert wie früher bei Ihnen. Sie hingegen haben sich inzwischen anscheinend völlig aus diesem Thema verabschiedet.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

In Ihrer Kursbestimmung „Strategie und Ziele der SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen 2005 bis 2008“ kommt die Umweltpolitik nämlich überhaupt nicht mehr vor.

(Christian Dürr [FDP]: Aha!)

Das ist nachhaltige ökologische Politik à la Gabriell

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Lieber Herr Haase, so viel zur Wüste! Ich kann dazu nur sagen: Herzlich willkommen, Wüstensohn!

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Es geht also weiter mit der Natur- und Umweltschutzpolitik, es geht sogar aufwärts. In den letzten beiden Jahren ist einiges schon verbessert worden. Das haben Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, heute eigentlich eindrucksvoll bestätigt, und zwar die SPD noch mehr als die Grünen. Nach all den Attacken, die Sie hier im Hause, aber auch draußen im Land und in - ich weiß nicht, wie vielen - Pressemeldungen gegen den Umweltminister geritten haben,

(Klaus-Peter Dehde [SPD]: Niedersachsen hat gar keinen Umweltminister!)

haben wir mit vielen Änderungsanträgen gerechnet, mit denen Sie dann auch Ihren Unmut deutlich gemacht hätten. Was ist gekommen? - Ein einziger Antrag der SPD!

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von der SPD: Das stimmt nicht!)

Sie wollten mit diesem Antrag die institutionelle Förderung der Umweltverbände auf dem Niveau von 2004 halten. Ich gehe darauf später noch einmal ein.

Bei den Grünen sieht es ähnlich einfallslos aus. Sie greifen dieses Thema ebenfalls auf und fordern darüber hinaus die Erhöhung der Ausgaben für Naturschutzprogramme zum Schutz der Gewässer und des Wasserhaushalts. Allerdings finanzieren Sie nur rein rechnerisch gegen; denn wenn man Ihre Deckungsvorschläge inhaltlich genau betrachtet und überprüft, lösen sie sich in Luft auf.

(Ursula Körtner [CDU]: Mit den Nullen hatten sie schon immer Probleme! - Bernd Althusmann [CDU]: Das passiert, wenn man durch die Wüste wandert! Dann sieht man plötzlich eine Fata Morgana!)

Sie wollen etwa die Mittel für die Bisam-Bekämpfung ganz streichen. Wann waren Sie eigentlich zuletzt an einem Deich und haben sich die durch den Bisam verursachten Schäden zeigen lassen?

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD)

- Ich habe die Grünen gefragt. Sie haben keinen Änderungsantrag eingebracht.

Ich versichere Ihnen: Was Sie heute bei der Bisam-Bekämpfung einsparen, müssen Sie in einigen Jahren doppelt und dreifach für die Sanierung der Deiche zahlen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von den GRÜNEN)

Außerdem wollen Sie die Verwaltungskosten für das Wasserentnahmegeld kürzen. Dabei übersehen Sie geflissentlich, dass diese Verwaltungskosten tatsächlich anfallen und laut Gesetz auch bezahlt werden müssen. Deshalb müssen sie im Haushalt eingeplant werden. Wenn Sie den Ansatz

hier streichen, muss das Geld irgendwo anders bereitgestellt werden. Dann reißen Sie halt an anderer Stelle Löcher auf.

(Ursula Körtner [CDU]: Das war bei denen schon immer so! Luftnummern!)

Im Gegensatz zu diesen untauglichen Kürzungsvorschlägen der Opposition sind die Einsparungen vertretbar, die vom Umweltministerium vorgeschlagen wurden und die die Fraktionen von CDU und FDP mittragen.

(Zurufe von Dorothea Steiner [GRÜNE] und Klaus-Peter Dehde [SPD])

Es geht etwa um die Streckung von Baumaßnahmen beim NLWK für wasserwirtschaftliche Anlagen oder um Kürzungen bei den erneuerbaren Energien, die Sie uns nun wirklich nicht zum Vorwurf machen sollten, lieber Herr Dehde. Sie wissen doch ganz genau, dass in all den Jahren die Mittel für erneuerbare Energien aus dem Ökofonds wirklich nur ganz spärlich abgefließen sind.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Ich will mich aber hier nicht drücken und auch über die Kürzungen bei den Umweltverbänden sprechen. Der eine oder andere erinnert sich vielleicht noch daran, dass wir diese institutionelle Förderung schon bei ihrer Einführung abgelehnt haben. Wir hielten und halten auch heute noch die Projektförderung für erheblich sinnvoller. Mit der Umstellung kommen wir auf den aus unserer Sicht bewährten Stand aus der Zeit vor Frau Griefahn zurück. Für die Verbände ist das im Einzelfall zugegebenermaßen nicht unproblematisch;

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Da kommt vieles zusammen!)

denn sie haben ihre Strukturen darauf eingerichtet. Wir fahren die tätigkeitsunabhängige institutionelle Förderung aber in drei Jahresschritten zurück.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: In 2006 ist sie auf null!)

- Ich habe gesagt: in drei Jahresschritten. Wir fahren sie zurück, auf null. - Im Umgang miteinander halte ich es für richtig, dass wir die Förderung in drei Schritten zurückfahren und nicht, wie es auch einmal überlegt wurde, in einem Schritt. So haben die Verbände Zeit, sich darauf einzustellen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Außerdem ist es aus unserer Sicht ungerecht, nur vier Verbände mit festen Beträgen zu fördern. Die anderen Verbände sind in einem anderen Haushalt.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Wir sortieren bloß anders!)

Es widerspricht außerdem unserem Gerechtigkeitsverständnis, wenn andere Verbände hier in Niedersachsen, die auch gute Arbeit leisten, überhaupt keine institutionelle Förderung erfahren.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Jeder Verband, der gute Arbeit für die Natur leistet, soll auch Chancen auf eine Förderung erhalten.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Hans-Dieter Haase [SPD]: Wer soll denn noch etwas kriegen, wenn es auf null ist?)

- Wir sprechen über Projektförderung, Herr Haase. Hätten Sie mal zugehört.

Meine Damen und Herren, wir haben mit diesem Haushalt deutliche Schwerpunkte beim Küstenschutz, wo die Mittel unverändert geblieben sind, sowie beim Hochwasserschutz und vor allem auch beim Vertragsnaturschutz gesetzt.

(Klaus-Peter Dehde [SPD]: Da setzt ihr unsere Politik fort!)

Uns ist es wichtiger, Vereinbarungen über Naturschutzleistungen mit Bodennutzern zu schließen, als Flächen zu kaufen, die bei knapper Haushaltslage wegen der Folgekosten nicht mehr unterhalten werden können.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Wir alle kennen Grünflächen, die im Landesbesitz sind und nicht mehr gepflegt werden. Die Folge ist: Die Vögel, derentwegen wir diese Flächen einmal geschont und unter Schutz gestellt haben, sind längst weg und die Natur hat sich total verändert. Wir erhalten dort keine Kulturlandschaft, so wie wir es eigentlich tun müssten. Meine Damen, meine Herren, deshalb werden wir auch im Biosphärenreservat „Elbtalaue“, aber auch in Trinkwasserschutzgebieten möglichst keine Flächen mehr

kaufen, wenn wir mit weniger Geld den gleichen Schutzerfolg durch Vertragsnaturschutz erreichen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Für meine Fraktion danke ich dem MU, dem Haushaltsreferenten und seinen Mitstreitern ganz herzlich für die hervorragende geleistete Arbeit.

(Zurufe von der SPD)

- Ich habe zuerst dem MU im Ganzen gedankt, und ich gehe davon aus, dass auch Ihnen bekannt ist, dass an der Spitze eines Ministeriums ein Minister steht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Das ist bei denen so lange her!)

Bei der Finanzsituation, die nun einmal so ist, wie sie ist und wie Sie sie uns hinterlassen haben - ich wiederhole das herzlich gerne -,

(Beifall bei der CDU)

haben wir einen Umwelthaushalt, der gut verantwortbar ist. Mit diesem Haushalt, meine Damen, meine Herren, werden wir keine Wüste haben, sondern wir werden Umwelt- und Naturschutzpolitik in Niedersachsen weiterhin auf einem guten Weg lassen können. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Hans-Dieter Haase [SPD]: Wir sprechen uns wieder!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Steiner das Wort. Bitte schön! Insgesamt steht noch eine Redezeit von 23 Minuten und 50 Sekunden zur Verfügung.

Dorothea Steiner (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Haushaltsplan spiegelt sich immer die Politik wider, die eine Landesregierung macht,

(Zurufe von der CDU: Aha! - Sehr gut!)

und die, die sie nicht macht. Bei der Einbringung des Umwelthaushalts im Ausschuss hat uns Minister Sander erklärt, seine Umweltpolitik sei dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet.

(Zustimmung von Anneliese Zachow
[CDU])

Dem sei in allen Politikbereichen Geltung zu verschaffen. - Jetzt dürfen Sie klatschen, Herr Althusmann! - Dafür sind wir auch. Herr Minister Sander, meine Damen und Herren, davon kann ich weder im Umwelthaushalt noch in der Politik des Umweltministers etwas wiederfinden. Das sind bei Ihnen reine Worthülsen. Wenn Sie in den Umwelthaushalt nur unzureichend Mittel für den Umwelt- und Naturschutz einstellen, insbesondere für den Naturschutz, um wenigstens ein Minimum abzusichern und europäischen Festlegungen zu entsprechen, dann können Sie damit nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sie mit Ihrer Politik ein anderes Ziel verfolgen. Sie wollen den Naturschutz ruinieren und den Umweltschutz im Allgemeinen zurückschrauben. Wenn wir an das Zitat denken, das Herr Haase vorhin gebracht hat - das könnten wir noch um ein paar weitere ergänzen -, dann entspricht das wohl auch dieser Denkweise.

Zielstrebigkeit, Herr Minister, ist Ihnen dabei nicht abzusprechen. Wir müssen feststellen: Sie sind bei erheblichen Widerständen damit ein Stück weiter gekommen. Das drückt sich nicht nur in Zahlen und verringerten Fördermitteln aus, etwa beim Trinkwasserschutz und bei den gewässerbezogenen Naturschutzprogrammen, um nur ein Beispiel zu nennen. Diese Politik manifestiert sich auch in bürokratischer Behinderung und in Verhinderung von Naturschutz.

Seit April blockiert der Umweltminister, wo immer es möglich ist, die Ausweisung von Naturschutzgebieten. Und, Herr Sander, Sie greifen - das hören wir immer wieder - auch gerne mal persönlich ein, um den Zuschnitt von Naturschutz- oder FFH-Gebieten zu ändern oder die Naturschutznutzung im Interesse von Anrainern zu verhindern. Statt Naturschutzpolitik im allgemeinen Interesse, wozu Sie das Amt als Umweltminister verpflichtet, fällen Sie Einzelentscheidungen im Klientelinteresse, sei es im Interesse von Gruppen wie der Landwirte oder von Einzelinteressen wie des CDU-Fraktionsvorsitzenden Herrn McAllister.

Herr Sander teilt es auf den entsprechenden Versammlungen auch immer wieder mit: Die Landwirtschaft muss vor dem Naturschutz und seinen Anforderungen geschützt werden. - Das ist die Botschaft. Und die andere ist: Die Wirtschaft macht den besseren Umweltschutz. - Das ist eine konsequent nutzerorientierte Umweltpolitik, die nicht

mehr dem Gemeinwohl und dem Schutz von Natur und Umwelt im Interesse zukünftiger Generationen verpflichtet ist.

(Zuruf von Anneliese Zachow [CDU])

- Es gibt zum Gemeinwohl durchaus ein paar übereinstimmende Definitionen; an die halten wir uns auch.

Frau Zachow, es gibt einen breiten gesellschaftlichen Konsens für den Naturschutz in Deutschland. Auch die CDU-regierten Länder und Bayern, das bekanntlich vor einem christlich geprägten Hintergrund, nämlich die Schöpfung zu bewahren, keinen schlechten Naturschutz betreibt, also alle diese Länder lassen sich nicht auf die Absenkung von Standards im Naturschutz ein, die historisch gewachsen sind und die in der Bevölkerung verankert sind.

(Christian Dürr [FDP]: Konkrete Beispiele bitte!)

- Das können wir bei Bayern durchdeklinieren, Herr Dürr. - In Niedersachsen dagegen erleben wir eben nicht Umweltpolitik mit den Menschen, sondern den Versuch, Ideologie umzusetzen,

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

die aus vorgestrigen Elementen zusammengesetzt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Abschaffung des NLÖ, die Zerstückelung der Umweltverwaltung sind eben auch die Umsetzung der Ideologie in die Praxis. Niedersachsen ist jetzt das erste Bundesland ohne Landesumweltamt,

(Christian Dürr [FDP]: Wir haben einen Landesbetrieb!)

ohne eine zentrale Stelle, die Daten der Umweltbeobachtung auch für konzeptionelle und zukunftsweisende Umweltpolitik aufbereiten kann. Die Haushaltsansätze für das Umweltmonitoring sind deswegen konsequenterweise schon gekürzt worden. Was sollen Behörden auch Daten sammeln, wenn kein Personal mehr da ist, das diese Daten fachkompetent auswerten kann!

(Anneliese Zachow [CDU]: Frau Steiner, Sie haben nichts verstanden!)

Die Zerschlagung des NLÖ hat ihre Ursache ja auch nicht darin, dass hier schlechte Arbeit geleistet worden ist oder dringender Reformbedarf in Bezug auf die Qualität oder Effizienz gewesen wäre oder Einsparungen zu erzielen gewesen wären, nein, sie hat ihre Ursache vor allem darin, dass der Minister hier eine politische Überzeugungstat vollbringen musste, wie er ja auch öffentlich erklärt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Es gibt keine grüne Umweltpolitik!)

Ebenso ist es nicht mit sachlichen Argumenten zu erklären, dass Sie die Verbandsförderung für die Umweltverbände kürzen und kürzen, bis Sie sie im Jahr 2006 ganz einstellen. Damit brechen Sie den Umweltverbänden das professionelle Rückgrat, das die Basis für das auch von Ihnen so viel beschworene ehrenamtliche Engagement darstellt. Der Grund ist doch: Sachkundige und kritische Vertreter von Umweltverbänden passen nicht in Ihr Konzept von Umweltpolitik. Sie könnten ja Schwächen benennen und begründete Forderungen im Umweltschutz auch mit öffentlicher Wirkung vertreten.

Ich möchte Ihnen mal sagen: Der Umgang mit einem dieser Verbände, dem Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, der in anderen Zusammenhängen für seine Initiativen gelobt worden ist, von dem man verlangt, auch noch für die vergangenen Jahre zurückzuzahlen, ist wirklich ein aggressiver und unerträglicher Umgang. Das hätte man diesem Verband wirklich ersparen müssen.

(Christian Dürr [FDP]: Wenn die Mittel falsch verwendet werden! Was glauben Sie, was der Landesrechnungshof dazu sagt!)

Meine Damen und Herren, das vom Umweltminister lancierte Projekt „Natur erleben“ ist bei seiner ruinösen Naturschutzpolitik noch nicht einmal ein Trostpflaster. In den Landkreisen längs der Elbe sollen mit der eindrucksvollen Summe von 100 000 Euro touristische Projekte aus dem Haushalt des Umweltministeriums umgesetzt werden. Es bleibt auch nach einem Jahr der Ankündigung einer solchen Initiative unklar, was der Umweltminister genau damit meint. Er hat gesagt: Die Menschen müssen Gelegenheit haben, die Natur zu erleben, sie dürfen nicht ausgesperrt werden.

(Anneliese Zachow [CDU]: Das ist doch richtig!)

Mit großem Erstaunen stellen wir immer wieder fest, dass Herr Sander die Natur neu erfindet. Ich habe die nicht unbegründete Vermutung, dass sich der Umweltminister hier eine Kasse eröffnet hat, um Wahlkreispflege zu betreiben und bei seinen Auftritten im Lande kleine Wohltaten nach Gutsherrenart zu verteilen,

(Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

seien das 16 000 Euro für einen Radweg im Amt Neuhaus oder 50 000 Euro für Spundwände in einem touristisch genutzten Hochmoor im Solling vor seiner Haustür. Bingo, Herr Sander!

Der Anschlag auf die Bingo-Lotterie ist ein abenteuerliches Kapitel des Politikversuchs von Minister Sander.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Das ist ja eine tolle Überleitung!)

- Das kann ich Ihnen nicht ersparen; denn die Debatte werden wir im nächsten Jahr wieder haben. - Vorerst ist Minister Sander bei dem Versuch gescheitert, den direkten Zugriff auf die Gelder der Bingo-Lotterie zu erhalten. Es kann und darf nicht sein, dass Bingo-Spieler ihr Geld im guten Glauben für Umwelt- und Entwicklunghilfeprojekte ausgeben und dann mit ihren Spieleinsätzen die Löcher im Landeshaushalt gestopft werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber Sie wissen alle, Lügen haben kurze Beine. Verbraucher - Lotteriespieler und -spielerinnen sind auch Verbraucher - sind kritisch und hinterfragen jedes Angebot. Wir haben in unserem Haushaltsantrag festgelegt: Die Deckelung der Ausschüttung im Haushalt 2005 auf 3 Millionen für Umwelt- und Entwicklunghilfeprojekte muss weg. Das gehört nicht in den allgemeinen Haushalt. Wir müssen wieder dahin kommen, dass der Anteil der Lotterie, der für gemeinnützige Zwecke bestimmt ist, auch völlig dafür ausgegeben wird; denn das ist die Widmung.

Meine Damen und Herren, in Niedersachsen gibt es keine Ansätze mehr für eine zukunftsorientierte Umweltpolitik. Dem entspricht auch die Perspektivlosigkeit in der Energiepolitik. Sie, Herr Minister, decken Ihre Sparauflagen aus dem Ökofonds, der vor allem für die Förderung der erneuerbaren

Energien eingerichtet wurde. Die Förderung des Einsatzes von Solarenergie ist bis auf zwei kleinere Projekte zurückgefahren, und acht konkrete Projekte - ganze acht - sind in Planung, die die energetische Nutzung von Biomasse und Biogas befördern sollen.

Nun zu dem chaotischen Umgang mit den Förderrichtlinien. Ein halbes Jahr, nachdem sie in Kraft getreten sind, wurden sie endlich herausgegeben. Genau dieser Umgang hat dazu geführt, dass kaum noch ein Unternehmen weiß, wofür es Förderung beantragen kann, und deswegen geht die Nachfrage nach Förderung von Einzelprojekten zurück. Dann hat man eine self fulfilling prophecy und sagt: Danach fragt ja gar niemand. - Auch so kann man das natürlich ruinieren!

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Auf das Irrlichtern des Umweltministers bei der Nutzung der Windenergie möchte ich lieber gar nicht näher eingehen. Wir stellen fest, dass der Ministerpräsident schon längst ein Auge darauf geworfen hat und sich selbst um die Windparks in der Region kümmert.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Der passt schon auf!)

Meine Damen und Herren, wenn am monetären Umfang des Haushalts für einen Bereich die Bedeutung dieses Politikfelds für die Landesregierung abzulesen ist, dann erhalten wir das Signal, dass Umweltpolitik eine geringe Bedeutung für Niedersachsen hat. Minister Sander sagte bei einer Einweihung im letzten Oktober, er arbeite daran, dass man in fünf Jahren kein Umweltministerium mehr brauche, weil dann alle Probleme gelöst seien. Ich vermute, dass er damit meinte, dass er bis dahin die Umweltpolitik abgewickelt haben wird. Aber bevor dieses Szenario Realität wird, möchte ich mit dem alten Cato sagen: Im Übrigen bin ich der Meinung, dass dieser Umweltminister abgewickelt werden muss.

(Beifall bei den GRÜNEN - Wittich Schobert [CDU]: Bei Cato heißt das aber anders!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die FDP-Fraktion hat sich Herr Kollege Dürr zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Christian Dürr (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der gestrigen Rede des Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten ist der Versuch unternommen worden, den Eindruck zu erwecken, die SPD-Fraktion habe ein geradezu phantastisches Alternativkonzept zu diesem Landeshaushalt.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Das haben wir ja auch!)

- Herr Haase, ich habe mir daraufhin Ihre Änderungsvorschläge für den Einzelplan des Umweltministeriums einmal ganz genau angeschaut. Neben vielen Worten und noch mehr Worthülsen, vor allem aber wegen der persönlichen Angriffe des Kollegen Gabriel am gestrigen Tage, ist es schon sehr interessant, einmal genau hinzuschauen, was substanziell dahintersteckt. Frau Kollegin Zachow hat bereits gesagt, dass von der SPD-Fraktion nur ein Vorschlag für Mehrausgaben kam. Und jetzt raten Sie einmal, auf wie viele Änderungsvorschläge es die SPD-Fraktion im Bereich Umwelt insgesamt gebracht hat! - Es sind zwei. Ich wiederhole: Zwei Vorschläge, die es von ihrer Qualität her noch nicht einmal zulassen, hier ernsthaft diskutiert zu werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP - Hans-Dieter Haase [SPD]: Das möchte ich nun nicht sagen!)

Sogar die Grünen - bei den Grünen bin ich mit Lob bekanntermaßen immer ein bisschen sparsam - als die kleinere Oppositionspartei sind in der Lage, elf Vorschläge zum Umwelthaushalt zu präsentieren.

Ihr Fraktionsvorsitzender, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, hat hier gestern laut gebrüllt, aber inhaltlich hat es eher an ein Wimmern erinnert. Liebe Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion, es wird einfach nicht reichen, hier im Plenum durch Ihren Vorsitzenden einen Popanz aufzuführen. Es ist eigentlich die Pflicht der Opposition, zumindest theoretisch regierungsfähig zu sein. Sie sind davon so weit entfernt wie Frau Künast von glücklichen Hühnern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

(Vizepräsidentin Silva Seeler übernimmt den Vorsitz)

Herr Haase, da wir gerade bei Redlichkeit sind: Ich fand es vorhin schon bemerkenswert, wie Sie Zitate in den Raum warfen, ohne auch nur einmal daran zu denken, wie es um die Quellenangabe steht.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Die haben wir alle recherchiert!)

Wir würden uns sehr freuen, Herr Haase, wenn Sie das nachholen würden. Vielleicht wäre es ja auch ganz hilfreich, wenn Sie selbst zu Veranstaltungen gehen, aus denen Sie zitieren.

(Zustimmung bei der FDP - Rolf Meyer [SPD]: Sie waren doch auch nicht dort!)

Diese Landesregierung setzt lieber auf Inhalte. Mit dem Einzelplan des Umweltministeriums liegt ein Haushalt vor, der die Weichen für die Zukunft richtig stellt.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte Ihnen das an einem Beispiel deutlich machen: Die Ansätze für den Hochwasserschutz werden auf einem hohen Niveau gehalten. Dies ist in Anbetracht der Kürzung im Gesamthaushalt - das wurde vorhin schon gesagt - ganz besonders bemerkenswert. Ich halte das vor dem Hintergrund des Vorsorgeprinzips für sehr wichtig.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Sehr richtig!)

Dem Schutz und der Sicherheit der Menschen wird hier oberste Priorität eingeräumt. Wir alle sollten daran arbeiten, dass dies auch in den kommenden Haushalten möglich sein wird.

(Beifall bei der FDP - Dorothea Steiner [GRÜNE]: Dabei blockiert Sander im Bundesrat den vorsorgenden Hochwasserschutz!)

Meine Damen und Herren, neben der finanziellen Ausstattung insgesamt sind zweifelsohne die Auswirkungen der Verwaltungsmodernisierung ein ganz wichtiger Punkt in diesem Haushalt. Der bisher bereits effizient arbeitende Landesbetrieb im Bereich des Umweltministeriums wird an Bedeutung gewinnen. Durch die Ergänzung um den Naturschutz arbeiten jetzt nämlich der praktische und der theoretische Bereich der Umweltpolitik Hand in Hand.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Vorbildlich!)

Ich will überhaupt nicht verhehlen, dass man sich davon Effizienzverbesserungen erhoffen kann. Im Gegenteil. Deutlich wird dies bereits bei den vorgelegten Stelleneinsparungen.

Interessant ist im Übrigen, dass von der SPD-Landtagsfraktion kritisiert wurde, dass bei den Investitionsmitteln des Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz gekürzt wurde. Die Sozialdemokraten wollen aber in ihrem Vorschlag gleichzeitig die Zuführung an den Landesbetrieb um 1,4 Millionen Euro kürzen. Wie können Sie uns das erklären, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Unglaublich!)

Wie verschlafen Sie sind, merkt man ebenfalls an Ihren Haushaltsvorschlägen, wenn man sich diese wirklich einmal vornimmt. Sie reden in Ihrem Änderungsantrag immer noch vom „NLWK“. Nur zu Ihrer Information: Wir sprechen hier über den Landeshaushalt 2005. Ab dem 1. Januar 2005 gibt es den „NLWKN“.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Rolf Meyer [SPD]: Das war wieder eine Meisterleistung!)

Meine Damen und Herren, das gilt jetzt insbesondere für SPD und Grüne: „Heute schon an morgen denken“ muss eigentlich das Motto heißen. Sie bleiben allerdings im Gestern zurück.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben im Umweltausschuss eine interessante Debatte darüber geführt, ob man sich im Umweltbereich kaputtsparen kann. Ich sage Ihnen: Es gibt einen inneren Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Erfolg und einer intakten Umwelt in einem Land.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das kann man ja belegen.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Meinen Sie den Blödsinn mit der Autobahn?)

Wenn wir uns in der Welt umschauen, werden wir feststellen, dass es dort, wo es den Menschen ökonomisch schlecht geht, meist auch um die

Umwelt sehr schlecht bestellt ist. Gerade deshalb ist es wichtig, dass die Verwaltungsmodernisierung - darüber sprechen Sie überhaupt nicht - die Unternehmen in Niedersachsen von Bürokratie entlastet. Das nützt am Ende auch der Umwelt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich sage das Folgende gerade in Richtung der Grünen: Weniger Staat heißt eben nicht weniger Umweltschutz. Im Gegenteil, wir brauchen gerade die Freiwilligkeit der Menschen. Das ist ja vorhin schon angesprochen worden.

Ich will hier gar nicht um den heißen Brei herumreden. Die deutliche Kürzung bei der gesetzlichen Verbändeförderung ist niemandem leicht gefallen. Ich habe die Kritik der Umwelt- und Naturschutzverbände sehr wohl gehört. Die Verbände haben aber vor allem auf ihre Verwaltungskosten verwiesen, die sie aufgrund der gesetzlichen Aufträge haben. Ich sage Ihnen daher, meine Damen und Herren: Vielleicht muss man auch einmal darüber nachdenken, ob das mit der Verbandsklage und anderen Instrumenten wirklich der Weg zu einem besseren Umweltschutz ist.

(Beifall bei der FDP - Dorothea Steiner [GRÜNE]: Das haben wir vermutet, dass das der Hintergrund ist! - Hans-Dieter Haase [SPD]: Das ist auch eine Frage der Zeit!)

Ich möchte es an dieser Stelle nicht versäumen, dem Umweltministerium ganz herzlich für die Umsetzung insbesondere auch der Verwaltungsmodernisierung im Haushalt zu danken.

(Rolf Meyer [SPD]: Deswegen werden Sie auch nicht Minister!)

Lassen Sie mich schließen: Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist das oberste Ziel einer verantwortungsvollen Umweltpolitik.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Sie wollen also freiheitliche Bürgerrechte abbauen? Habe ich das richtig verstanden?)

Daher ist es gerade unsere Verantwortung, dass die natürlichen Lebensgrundlagen nicht nur heute, sondern vor allen Dingen morgen geschützt werden können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Der nächste Redner ist Herr Minister Sander. Ich erteile ihm das Wort.

Hans-Heinrich Sander, Umweltminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Realitäten in unserem Lande zwingen uns zu einem konsequenten Sparkurs.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der Opposition, wenn Sie den Begriff der Nachhaltigkeit auch in der Finanzpolitik rechtzeitig erkannt hätten, dann hätten wir nicht diese katastrophale Haushaltslage.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Genau!)

Meine Damen und Herren, interessant sind ja die beiden Anträge der Fraktionen der SPD und der Grünen. Wir haben gerade im Zusammenhang mit dem Wirtschaftshaushalt über Investitionen gesprochen. Die SPD-Fraktion stellt einen Antrag, in dem sie noch zusätzlich im investiven Bereich bei der Unterhaltung von Gebäuden einsparen will. Damit wird noch etwas anderes deutlich: Herr Kollege Haase, Sie kritisieren den Stellenwert der Umweltpolitik im Verhältnis zum Gesamthaushalt. Ihnen dürfte aber nicht entgangen sein, dass trotz der Sparmaßnahmen der prozentuale Gesamtanteil des Umwelthaushaltes am Gesamthaushalt bei konstant 1,54 % geblieben ist. Meine Damen und Herren, damit erbringen wir den Beweis, dass wir auch mit weniger Geld den Umweltschutz, die Umweltpolitik im Kern erhalten haben und erhalten werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch eine Zahl nennen, weil Sie ja mit Zahlen sehr gut umgehen können. Sie wissen, dass das Land in diesem Jahr 2,4 Milliarden Euro Zinsen zahlen muss. Wenn wir diese Zinszahlungen für die Ausgaben im Umweltbereich verwenden könnten, dann könnten wir sieben Jahre den Umwelthaushalt dieses Jahres finanzieren. Das wäre eine finanzpolitisch gute Lösung und eine nachhaltige Umweltpolitik gewesen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, sowohl Herr Haase als auch Frau Steiner versuchen, sich mit gewissen Bruchstücken zu äußern, die sie irgendwo aufgefangen haben. Ich erkläre noch einmal klar und

deutlich: Wir machen weiter eine Umweltpolitik mit den Menschen.

(Beifall bei der FDP)

Das heißt, dass wir die Landwirtschaft nicht vor dem Umweltschutz schützen, sondern die Landwirtschaft dazu bringen werden, dass sie eigenverantwortlich ihre Aufgabe in der Natur wahrzunehmen hat und dementsprechend nicht von uns gegängelt wird. Wir geben ihr die Instrumente, damit sie das auch praktisch tun kann.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Sie wollen doch Freiheitsrechte abbauen! Sie wollen Bürgerrechte abbauen! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN - Unruhe)

Meine Damen und Herren, Sie sagen, Wirtschaftspolitik kann keine bessere Umweltpolitik machen. Auch das verstehen Sie nicht. Wir werden dort immer wieder marktwirtschaftliche Instrumente einsetzen, wo Sie versuchen, mit dirigistischen Maßnahmen, mit bürokratischen Auflagen, Umweltpolitik zu machen.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Quatsch!)

Sie haben über die erfolgreiche Integration und Überführung der Mitarbeiter in den neuen Landesbetrieb gesprochen. Da nehmen Sie leider nicht zur Kenntnis, dass man alleine durch Sacheinsparung - aber wenn man spart, ist das bei Ihnen ja etwas ganz Schlimmes; das verstehen Sie ja nicht - im NLÖ 645 000 Euro einsparen kann.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD - Unruhe)

- Das haben Sie doch gerade kritisiert. Ihr Kollege hat das eben kritisiert.

(Weitere Zurufe von den GRÜNEN und der SPD - Zuruf von der CDU: Die sind sich nicht ganz einig!)

Insofern scheint mir das etwas schwierig zu sein. Auf der einen Seite sagen Sie, es findet zu wenig statt. Dann mache ich Umweltpolitik mit den Menschen, aber dann kritisieren Sie das auch wieder und wollen es abschaffen. Irgendwo ist da keine Logik mehr!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zuruf von Heinrich Aller [SPD])

- Herr Kollege Aller, dass Sie sich jetzt auch noch zum umweltpolitischen Sprecher der SPD machen, ist wirklich schon ganz schlimm. Sie sind maßgeblich mit dafür verantwortlich, dass wir die Maßnahmen, die wir in der Zukunft gerne weiterführen möchten, nicht mehr weiterführen können.

Lassen Sie mich noch einige Worte zur Verbändeförderung sagen. Herr Kollege Haase, es gibt 13 anerkannte Naturschutzverbände. Und was haben Sie gemacht? - Sie haben drei oder vier herausgepickt. Weil sie Ihnen genehm waren, haben Sie sie gefördert.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zuruf von Hans-Dieter Haase [SPD] - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

- Herr Kollege Haase, Sie hätten mich heute eigentlich für den Verband, in den Sie eingetreten sind, wieder loben müssen. Zumindest hätten Sie fordern müssen, dementsprechend die Zuschüsse dort noch zu erhöhen.

Meine Damen und Herren, wir werden diese Umweltpolitik weiter mit den Menschen konsequent weiterführen, weil wir auch in diesem Bereich wieder an die Spitze in der Bundesrepublik kommen wollen und werden. Daher lade ich Sie gerne ein, den Weg mit uns zu gehen. - Herzlichen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU - Hans-Dieter Haase [SPD]: Abstiegsgefährdet! - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Damit haben wir den Bereich Umwelt abgeschlossen und kommen jetzt zu dem Thema

Ländlicher Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Landesregierung eine Restredezeit von 2:12 Minuten hat.

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Stief-Kreihe von der SPD-Fraktion. Ich erteile ihr das Wort.

Karin Stief-Kreihe (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Haushaltsberatungen waren schwerpunktmäßig nicht nur davon geprägt, ein von den Regierungsfractionen gesetztes Einsparvolumen umzusetzen. Die Haushaltsberatungen waren in besonders starkem Maße auch von der Umsetzung der in großen Teilen unausgegorenen Verwaltungsreform geprägt.

Das trifft in besonderem Maße die Agrar- und Forstverwaltung, den ländlichen Raum und den Verbraucherschutz. Von den gut 6 000 Stellen Personalabbau werden allein im Agrar- und Forstbereich 1 000 Stellen gestrichen, ohne dass es zu einer umfangreichen Aufgabenkritik und einem entsprechenden Aufgabenabbau gekommen ist.

Sie haben gestern eine Anstalt öffentlichen Rechts für die niedersächsischen Forsten beschlossen. Sie haben im Fachausschuss ausführlich über den Namen der neuen Anstalt in der Form diskutiert, ob wir nun Gänsefüßchen oben und unten nehmen. Die rechtlichen Einwände des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes haben Sie ignoriert.

Die Mittelreduzierung in den ehemaligen Einzelplänen 09 und 10 - jetzt nur noch 09 - ergibt sich größtenteils aus der Herauslösung der Landesforsten aus dem Landeshaushalt. Das musste selbst Herr Minister Ehlen bei der Einbringung des Haushalts eingestehen.

Sie haben die Agrarförderung, die Bewilligung und Kontrolle der Tier- und Flächenprämien von den Ämtern für Agrarstruktur

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

auf die Landwirtschaftskammern übertragen und für diesen Bereich eine 100-prozentige Kostenerstattung vereinbart. Wo sind bei einer 100-prozentigen Kostenerstattung die Synergieeffekte und die daraus resultierenden Einsparungen?

Mit den Kammern wurden Verwaltungsvereinbarungen geschlossen. Aber der Minister hält es noch nicht einmal für nötig, den Fachausschuss zeitnah über die Inhalte dieser Vereinbarung, die haushaltsrelevant sind, zu unterrichten. Am Ende dieser Verhandlungen haben wir jetzt eine gesplattene Kostenerstattung: ein Teil des Budgets zu 90 %, ein Teil zu 100 %. Mittlerweile wurde das Budget noch einmal um 426 000 Euro erhöht, so-

dass wir jetzt über die stolze Summe von 67 573 000 Euro reden.

Da die Landesregierung von Anfang an nur darauf aus war, so viele Aufgaben wie möglich den Kammern zu übertragen, geriet man unter Druck und hatte man keinen Verhandlungsspielraum. Denn eine Variante - Rückübertragung der hoheitlichen Aufgaben von den Kammern zu den ÄfA - war überhaupt nicht untersucht worden. Das Ergebnis der Verhandlungen lässt nicht erkennen, dass diese Lösung für das Land kostengünstiger ist. Auch hier fehlt ein nachvollziehbarer Vergleich, den wir bereits vor Einsetzung der Arbeitsgruppen zur Verwaltungsreform gefordert hatten.

Wenn es angeblich Synergieeffekte geben soll - das war ja schließlich ein Ziel bei der Auflösung der Ämter für Agrarstruktur -, dann kann eine Kostenerstattung nur unterhalb von 100 % liegen. Darum haben wir in unserem Änderungsantrag eine Kostenerstattung von 95 % zugrunde gelegt mit dem Ziel, über alle hoheitlichen Aufgaben zu einer einheitlichen Kostenerstattung zu kommen.

Ungereimtheiten gibt es auch bei der von uns angeforderten Liste zu den Zahlungen aus dem Landeshaushalt an die Landwirtschaftskammern. In dieser Liste steht ein Budget von 54 Millionen Euro für beide Kammern im Jahre 2004. Im Haushalt steht die Summe von 54 793 000 Euro, also 793 000 Euro mehr. Wofür eigentlich?

Für viele verschiedene Maßnahmen bzw. Projekte gibt es noch einmal zusätzliche Mittel in einem Gesamtumfang von gut 5 Millionen Euro. Ca. 25 % des Haushaltsansatzes für den ländlichen Raum gehen an die Kammern, der drittgrößte Aufgabenblock. Wir werden uns mit diesen Ausgaben in den nächsten Wochen noch ausführlich beschäftigen.

Kostenersparnis gibt es allein durch die Kammerfusion und durch die bereits im AFC-Gutachten aus dem Jahre 2002 festgehaltenen Personalreduzierungen bei den ÄfA. Diese Einsparungen wären auch ohne die Zerschlagung der von allen Seiten - auch vom Minister, auch von der CDU- und von der FDP-Fraktion - immer wieder sehr gelobten Ämter für Agrarstruktur möglich gewesen.

Im Übrigen entspricht das auch der Beurteilung des Landesrechnungshofes aus den vergangenen Jahren. Bei den Summen, um die es sich hier handelt, müssen wir sagen: Herr Minister Ehlen, Sie sollten demnächst sehr vorsichtig sein, wenn Sie anderen Klientelpolitik vorwerfen.

Ich wage zu bezweifeln, dass die Kammer als Selbstverwaltungsorgan mit nunmehr über 50 % hoheitlichen Aufgaben auf Dauer glücklich sein wird. Auftragsstellung, Beratung, Förderung und Kontrolle aus einer Hand führt zu Interessenkollisionen, weckt Erwartungen bei den Landwirten nach dem Motto „die Kammer wird's schon richten und wird nicht so penibel sein“, erzeugt Ärger mit den eigenen Mitgliedern und erhöht das Anlastungsrisiko für das Land. Wir werden auch hier die weitere Entwicklung sehr genau beobachten.

Meine Damen und Herren, es war immer Zielsetzung des Hauses, auch wenn es schwerfällt, die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz zu 100 % zu binden, weil damit das Acht- bis Zwölfwache an Investitionen im ländlichen Raum ausgelöst wird. Im letzten Jahr konnten nicht alle Mittel gebunden werden, und auch in diesem Jahr zeichnete sich ab, dass 5 Millionen Euro nicht gegenfinanziert werden können. Durch die Kürzung der GA auf Bundesebene ist die Landesregierung noch einmal mit einem blauen Auge davon gekommen.

(Clemens Große Macke [CDU]: Sie hat kein blaues Auge!)

Die Rechnung geht nun auf. Ich erwähne es aber trotzdem, da die FDP auf Bundesebene eine viel weiter gehende Kürzung der GA, nämlich eine Kürzung um zusätzlich 231 Millionen Euro gefordert hatte,

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Das war eine Systemfrage!)

eine Forderung, die, wäre sie gekommen, dem ländlichen Raum in Niedersachsen in erheblichem Maß geschadet hätte. Soweit zu Ihren Beteuerungen, Sie wollen den ländlichen Raum stärken. Auf der anderen Seite entziehen Sie dem ländlichen Raum mit solchen Anträgen die finanzielle Grundlage.

Von zunehmender Bedeutung ist auch der Bereich der nachwachsenden Rohstoffe vor allen Dingen zur Schaffung alternativer Einkommensquellen für die Landwirte und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Hier müssen wir in Anbetracht der Tatsache, dass diese Haushaltsposition entgegen ersten Vorstellungen in diesem Jahr auf den Stand von 2004 festgeschrieben wurde, schon fast dankbar sein. Denn im letzten Jahr hatten Sie bereits kräftig gekürzt. Auch hier haben Sie auf der

anderen Ebene - auf der Bundesebene - erhebliche Kürzungen gefordert.

Wir sind davon überzeugt, dass gerade in diesem Bereich ein großes Forschungs-, Entwicklungs- und Investitionspotential liegt und dass wir aufpassen müssen, dass Niedersachsen nicht abgehängt wird. Um das zu verhindern, müssen zukünftig sicherlich zusätzliche Mittel eingesetzt werden. Das sieht die Mipla allerdings nicht vor.

Meine Damen und Herren, Sie entnehmen unserem Änderungsantrag

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Dass Sie viel kürzen wollen!)

eine Vielzahl von Einsparungen, die insgesamt ein Volumen von 2,6 Millionen Euro ausmachen. Wir halten es aufgrund unserer finanziellen Situation nicht mehr für möglich, zukünftig die Landesgartenschauen, wie jetzt im Haushaltsentwurf mit 2,5 Millionen Euro vorgesehen, zu bezuschussen. Auch die Förderung der Grünen Woche sollte auf neue Finanzierungsfüße gestellt werden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die Bundesratsempfehlung vom Oktober 2004, die Kosten der CMA zu übertragen.

Herr Minister Ehlen hat bei seiner Einbringungsrede gesagt, dass die Verteilung der Kürzung auf viele Schultern eine verträgliche Reduzierung ist.

(Clemens Große Macke [CDU]: Da hat er wohl Recht gehabt!)

Ich gebe zu: Auch wir haben mit unserem Änderungsantrag diese Verteilung auf viele Schultern betrieben, allerdings mit der klaren Ansage, dass die Grenze des Möglichen erreicht worden ist und dass man manche Fördertöpfe grundsätzlich in Frage stellen muss. Dazu gehört - ich weiß, dass das auch Inhalt des Antrages der Grünen ist - auch die Gestütverwaltung. Hier ist unsere Forderung eine schwarze Null, die dort unserer Meinung nach viel eher erreichbar ist als bei der Holzwirtschaft.

Nach der Aufbauphase des Landesamtes für Verbraucherschutz und mit der Übertragung neuer Aufgaben durch die Auflösung der Bezirksregierungen ist es sicherlich auch notwendig, Kosten und Ausgaben sowie die Gebührenstruktur des LAVES zu evaluieren. Im Mittelpunkt stehen nicht allein Einsparmöglichkeiten, sondern die Sicherung einer schlagkräftigen Verbraucherschutzbehörde.

Der Name „Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ suggeriert, dass das Ministerium für den gesamten Bereich des Verbraucherschutzes zuständig ist. In Wirklichkeit liegt aber ein Teil dieses Aufgabenbereichs noch im Wirtschaftsministerium. Der gesamte technische Verbraucherschutz ist ein Stiefkind dieser Landesregierung. Von einer Bündelung der Aufgaben kann also nicht die Rede sein.

(Beifall bei der SPD)

Dabei gilt es, die notwendigen Strukturen gerade in den ländlichen Regionen zu erhalten. Ihre Kürzungen haben bereits zu zahlreichen Schließungen von Verbraucherzentralen in der Fläche geführt. Dem muss Einhalt geboten werden.

(Beifall bei der SPD)

Im Ranking der Bundesländer nehmen die Förderung bzw. der politische Stellenwert des Verbraucherschutzes in Niedersachsen nur einen bescheidenen Platz ein.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Eine sehr zu bezweifelnde Aussage!)

Unser Anliegen ist es, den Verbraucherschutz in die Zuständigkeit *eines* Ministeriums zu legen, damit der Verbraucherschutz insgesamt in seiner Vielfalt der Themenbereiche auch in Niedersachsen den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürgern nach Verbraucherinformationen gerecht wird.

Meine Damen und Herren, das sind nur einige Beispiele, die zeigen, dass es durchaus noch Gestaltungsmöglichkeiten gibt, die zu Einsparungen auch ohne Qualitätsverlust führen können. Gefragt sind allerdings langfristige Konzepte, Prioritätensetzung und kreative Ideen für den Gesamthaushalt und für den Einzelplan 09, an denen es aber dieser Landesregierung mangelt, die sich fast ein Jahr lang ausschließlich mit dem Umbau von Verwaltungsstrukturen beschäftigt hat und nicht mit Inhalten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Der nächste Redner ist Herr Oetjen von der FDP-Fraktion.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das nun ablaufende Jahr 2004 war stark von der Debatte um die Agrarreform in der Europäischen Union geprägt. Diese Debatte war für die Zukunft der landwirtschaftlichen Betriebe in unserem Land entscheidend und ist es noch. Ab dem 1. Januar 2005 wird diese Agrarreform nun Wirklichkeit. Als FDP-Landtagsfraktion begrüßen wir ausdrücklich den eingeschlagenen Weg. Denn mit der Entkoppelung der Prämien von der Produktion und dem Gleitflug hin zu einer einheitlichen Flächenprämie sind wesentliche Forderungen der Liberalen und im Übrigen auch der Niedersachsen erfüllt.

(Beifall bei der FDP)

Durch das Engagement dieser Landesregierung und unseres Ministers Heiner Ehlen wurde für Deutschland ein Modell gewählt, das Niedersachsen als Agrarland Nummer eins weiter stärken wird. Hierfür gebührt ihm unser Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Um unsere landwirtschaftlichen Betriebe nach der EU-Agrarreform fit zu machen für das neue System und für die Umsetzung der Cross-Compliance-Vorschriften, bringen wir mit diesem Haushalt u. a. das Programm zur Förderung der einzelbetrieblichen Managementsysteme auf den Weg, mit dem sich unsere Bauern externe Fachberatung einkaufen können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich bin fest davon überzeugt, dass dieses Programm ein voller Erfolg wird und musterhaft für andere Bundesländer sein wird.

Für die FDP und für die CDU im Niedersächsischen Landtag spielt die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit unserer heimischen Betriebe die entscheidende Rolle. Deswegen waren unsere agrarpolitischen Anstrengungen stets darauf ausgerichtet, eben diese Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen. Ich möchte an dieser Stelle drei Punkte nennen:

Das ist zum einen - dieses Thema hatten wir schon in der Aktuellen Stunde - die Diskussion um die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung. Wir dürfen es nicht zulassen, dass wir im Bereich Schweine und Hühner solch gravierende Wettbewerbs-

nachteile erleiden müssen, wie sie Frau Künast uns aufbrummen möchte.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zum anderen geht es um die Frage der Düngeverordnung. Hierzu haben die Fraktionen von CDU und FDP bereits einen gemeinsamen Entschließungsantrag im Landtag eingebracht.

Drittens handelt es sich um die Frage der Besteuerung des Agrardiesels. In Deutschland wird die Steuer drastisch erhöht, während andere Länder ihre Steuern auf Agrardiesel senken. Leider wurde der Bundesratseinspruch mit der Kanzlermehrheit im Bundestag zurückgewiesen. Eigentlich ist das beschämend.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Nicht zuletzt ist die Frage nach der Fusion unserer beiden Landwirtschaftskammern ein wichtiger Punkt in der agrarpolitischen Diskussion in Niedersachsen gewesen. Ich möchte an dieser Stelle die Verantwortlichen in beiden Kammern zu der Entscheidung, eine gemeinsame Landwirtschaftskammer Niedersachsen auf den Weg zu bringen, beglückwünschen und von dieser Stelle aus ausdrücklich zusagen, dass wir als Landespolitiker im Rahmen unserer Möglichkeiten diesen Prozess positiv begleiten wollen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Tatsache, dass wir uns manchmal, wie bei der Kammerfusion, mit uns selbst beschäftigen, darf nicht davon ablenken, dass wir die größten und schwersten Auseinandersetzungen im landwirtschaftlichen Bereich nicht hier in Niedersachsen ausfechten, sondern im Bund.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Hier geht es um die Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen, ob sich die ideologische Politik der Großstadtgöre Renate Künast, wie sie sich selbst bezeichnet, durchsetzt oder der Sach- und Fachverstand von FDP und CDU sowie - das möchte ich gerne zugestehen - auch von der SPD.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Auseinandersetzung mit Frau Künast ist die Auseinandersetzung darum, ob unsere landwirtschaftlichen Betriebe eine Zukunft haben oder nicht. Das ist die Ausei-

nersetzung zwischen einer grün-romantischen und einer wettbewerbsorientierten, unternehmerischen Landwirtschaft.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Christian Dürr [FDP]: Es ist die Frage, ob man Tierschutz macht oder Luftschlösser baut!)

Für mich ist diese Auseinandersetzung eine Auseinandersetzung zwischen Vergangenheit und Zukunft. Weil es um die Kernfrage für die Zukunft unserer Landwirtschaft geht, sind die Änderungsvorschläge der Fraktionen von SPD und Grünen nicht tauglich, um uns in der agrarpolitischen Diskussion weiterzubringen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Während ich die Vorschläge der Grünen zwar nicht teile, aber zumindest nachvollziehen kann, da sie zugunsten ihrer eigenen Klientel im Haushalt umschichten wollen, kann man bei den Vorschlägen der SPD-Fraktion nur noch den Kopf schütteln. Die SPD-Fraktion will weitere 2,615 Millionen Euro aus dem Einzelplan 09 herausschneiden. Sie will nicht umschichten. Es gibt nur negative Vorzeichen in ihrem Änderungsantrag zum Landeshaushalt. Daran sieht man, wie sehr Ihnen Landwirtschaft und ländlicher Raum am Herzen liegen, Frau Stief-Kreihe.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Fraktionen von FDP und CDU haben im Rahmen der Haushaltsberatungen ihr Augenmerk noch einmal auf ein Thema gelegt, das uns allen besonders wichtig sein sollte. Wir haben die im Haushaltsplanentwurf vorgesehene Kürzung um 50 000 Euro bei der Ernährungsberatung rückgängig gemacht, weil wir der Überzeugung sind, dass die Frage nach der richtigen Ernährung eine der Zukunftsfragen unserer Gesellschaft sein wird. Hier müssen wir fachübergreifend - Schulpolitiker, Sozialpolitiker und Landwirtschaftspolitiker - zusammenarbeiten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass der hier vorgelegte Einzelplan 09 eine gute Basis für eine erfolgreiche niedersächsische Agrarpolitik im Jahre 2005 sein wird.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt erteile ich Herrn Klein von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

(Christian Dürr [FDP]: Machen Sie bitte nicht alles kaputt! Es war gerade so schön!)

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe die Wahl: Ich kann die vorgesehene Haushaltsrede halten, oder ich kann auf den allgemeinen agrarpolitischen Diskurs eingehen.

(Christian Dürr [FDP]: Es gibt noch eine dritte Möglichkeit! – Ursula Körtner [CDU]: Sie können sich auch wieder hinsetzen!)

Ich habe eine Weile überlegt und mich entschieden, dass man nicht jeden Unsinn kommentieren muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich werde mich weitgehend mit dem Haushalt befassen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es manchen der niedersächsischen Landwirte sehr schlecht ginge, wenn es die Alternativen, die die rot-grüne Bundesregierung z. B. im Bereich erneuerbare Energien eröffnet hat, nicht gäbe.

(Clemens Große Macke [CDU]: Ohne Rot-Grün wäre es besser!)

Ich möchte den Beitrag unseres Landwirtschaftsministers zum Zustandekommen der Flächenprämie nicht schmälern. Durchgesetzt hat das aber letzten Endes die Bundesministerin. Das haben Sie, Herr Oetjen, vergessen, in Ihrem Beitrag zu erwähnen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ingrid Klopp [CDU]: Die hat ganz andere Vorschläge gemacht!)

Lassen Sie uns mit den nackten Zahlen beginnen. Die Einzelpläne 09 und 10 enthielten im Haushaltsjahr 2004 Ausgaben von rund 550 Millionen Euro. Der Einzelplan 09 enthält einschließlich der Ansätze des Einzelplans 10 im Haushaltsjahr 2005 noch Ausgaben von ganzen 466 Millionen Euro. Auch wenn aus dem ehemaligen Einzelplan 10 nur noch der Saldo für die Anstalt des öffentlichen Rechts zur Verbuchung kommt, wird deutlich, dass

es hier drastische Kürzungen gegeben hat. Das erklärt wahrscheinlich, warum die Landesregierung nicht unbedingt die Speerspitze bei der Kritik an den notwendigen Kürzungen im Landwirtschaftsbereich auf der Bundesebene ist. Der Vergleich mit dem Steinewerfer, der im Glashaus sitzt, würde sich hier nur allzu offensichtlich aufdrängen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie wir den Kahlschlag im Forstbereich politisch bewerten, habe ich gestern bereits in der Diskussion um die so genannte Verwaltungsmodernisierung deutlich gemacht.

(Ingrid Klopp [CDU]: Freuen Sie sich, dass ich nicht da war!)

Ich will das jetzt nicht wiederholen. Da ich gestern aus Zeitgründen nicht darauf eingehen konnte, möchte ich doch noch einmal daran erinnern, wie absurd es ist, eine schwarze Null für einen Produktionsbereich in das Gesetz zu schreiben, der voll marktgesteuert und von der Preissituation am Weltmarkt abhängig ist.

(Ingrid Klopp [CDU]: Warum können die Privaten das?)

Frau Klopp, Sie treiben damit die Forstverwaltung oder die Verwaltung der zukünftigen Anstalt in Entscheidungen, die auf kurzfristige Einnahmen setzen statt auf ökologische Stabilität und damit langfristigen Werterhalt oder gar Wertsteigerung.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ingrid Klopp [CDU]: Genau das ist Quatsch!)

Statt der volkswirtschaftlichen Bilanz aller drei Waldfunktionen - Holznutzung, Umweltschutz und Erholung - wird das betriebswirtschaftliche Topfdenken in den Vordergrund rücken.

Meine Damen und Herren, indem Sie dem Parlament die Befugnis genommen haben, über Waldverkäufe ab 1 Million Euro Vermögenswert zu entscheiden - künftig ist dafür nur noch das Ministerium zuständig -, haben Sie sich einen verdeckten Zugang zum Tafelsilber verschafft. Das ist undemokratisch und lässt Schlimmstes befürchten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diesen Kürzungen stehen völlig überflüssige und marktwidrige Geschenke gegenüber, die man wohl nur als Bezahlung der eigenen Wahlklientel charakterisieren kann.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich meine damit - Sie können sich das vielleicht denken - die 4,25 Millionen Euro, die Sie ohne rechtliche und sachliche Notwendigkeit in die Tierseuchenkasse stecken, um der Intensivtierhaltung das absolut normale Risiko von Produktionsausfällen abzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Friedhelm Biestmann [CDU]: Das ist ganz daneben!)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, ich überlasse es Ihrem Gewissen, dies einmal zu bewerten, wenn Sie den Vergleich ziehen zwischen der Leichtigkeit, mit der Sie hier dem Drängen der Agrarindustrie nachgekommen sind, und Ihrem Umgang mit dem Landesblindenverband. Ich würde mich an Ihrer Stelle schämen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Friedhelm Biestmann [CDU]: Sie haben doch keine Ahnung!)

Wir haben mit unserem Änderungsantrag vorgeschlagen, Kürzungen in Bereichen rückgängig zu machen - wir haben auch Gegenfinanzierungsvorschläge unterbreitet, das betone ich -, die uns am Herzen liegen. Das betrifft die Zuschüsse für Beratungsleistungen und für Maßnahmen des ökologischen Landbaus. Wir wollen damit verhindern, dass es zu Kürzungen bei der Spezialberatung artgerechte Nutztierhaltung, bei der Umstellungsberatung und bei der Förderung von Maßnahmen für den Ökolandbau kommt; denn diese werden aus diesen Bereichen mitgetragen. Diese Bereiche müssen weiterhin forciert ausgebaut werden. Sie bieten im Rahmen einer marktgesteuerten Einkommensdiversifizierung noch wesentlich mehr Betrieben als heute eine nachhaltige und verbraucherorientierte Perspektive durch eine spezielle Qualitätsproduktion.

Meine Damen und Herren, sie bieten darüber hinaus auch einfach das umweltfreundlichere Produktionskonzept. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die dramatischen neuen Daten zum Waldsterben. Die Stickoxidemissionen als wesentliche Ursache für die anhaltenden Schäden sind im Ökolandbau eben deutlich niedriger als bei der konventionellen Wirtschaftsweise. Daran dürfen gerade Sie nicht vorbeisehen, wenn Sie schon sonst nichts für die Waldökologie übrig haben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Ingrid Klopp [CDU])

Exemplarisch - extra für Sie, Frau Klopp - habe ich mir aus dem Jagdbereich noch einmal die Jagdabgabe vorgenommen. Diese Jagdabgabe ist alljährlich ein besonderes Ärgernis für uns. Da steht eine beträchtliche Summe, nämlich über 1,7 Millionen Euro, im öffentlichen Landeshaushalt zur Verfügung. Wenn man aber genau hinschaut, entpuppt sie sich mit ihrer jagdlichen Zweckbindung als ausgelagerte Vereinskasse des Niedersächsischen Jagdverbandes und als Topf zur Dauersubvention eines so genannten Wildbiologischen Instituts, dessen Chef pikanterweise gleichzeitig Chef des Niedersächsischen Jagdverbandes ist.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Das macht gute Arbeit!)

- Darauf gehe ich gleich noch ein. - Meine Damen und Herren, dieses Institut zeichnet sich dadurch aus, dass es so weltbewegende Gutachten erstellt wie z. B. die, bei denen die Hasen unter Windkraftanlagen gezählt werden.

(Christian Dürr [FDP]: Von Umweltverträglichkeit bei Windkraft ist bei Ihnen nie die Rede!)

Oder, sehr viel schlimmer: die Untersuchung in Ostfriesland über den Einfluss von Rabenvögeln auf die Niederwild- und Brutvogelpopulation. Die grandiose, in ihrer Schlichtheit kaum zu übertreffende Versuchsanordnung funktioniert so, dass man die Rabenvögel einfach zu tausenden in großen Käfigen fängt und tötet. Anschließend wird gezählt, ob die Kiebitze oder die Hasen mehr geworden sind.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN - Zuruf von Friedhelm Biestmann [CDU] - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, diese Untersuchung ist wissenschaftlich primitiv ausgelegt, sie ist völlig überflüssig, weil längst festgestellt wurde, dass der Einfluss von Rabenkrähen minimal bis nicht vorhanden ist, und, meine Damen und Herren, Herr Biestmann, sie ist darüber hinaus ein Verstoß gegen das Tierschutzgesetz, weil hier Tiere ohne vernünftigen Grund getötet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Jäger legen ja so großen Wert darauf, dass sie ein anerkannter Na-

turschutzverband sind. Deshalb sollten wir zukünftig darüber nachdenken, ob nicht auch die Zweckbindung der Mittel entsprechend interpretiert werden muss. Ich könnte mir vorstellen, dass man damit gut den Topf füllen kann, aus dem z. B. die Bauern die Entschädigungen für Fraßschäden von Gänsen und anderen Vogelarten erhalten. Oder sie könnten zur Biotoppflege von entsprechenden Einrichtungen verwendet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich ein letztes Wort zum Verbraucherschutz sagen; mein Kollege Hagenah ist ja schon darauf eingegangen. Mit einer weiteren Kürzung im Umfang von 183 000 Euro bei der institutionellen Förderung setzen Sie Ihren Feldzug gegen die niedersächsische Verbraucherzentrale fort. Sie leisten damit einen entscheidenden Beitrag, nein, Sie sind verantwortlich dafür, dass damit die Wirksamkeit der Verbraucherberatung insbesondere im ländlichen Raum drastisch reduziert wird, und das in einer Zeit, in der die globale und technische Entwicklung den Markt so unübersichtlich wie nie zuvor macht. Sie setzen damit die Verbraucher schutzlos den Werbemilliarden der Wirtschaft und den Machenschaften von Neppern, Schleppern und Bauernfängern aus. Meine Damen und Herren, das ist kurzsichtig und wird sich durch mangelndes Marktvertrauen und Konsumverweigerung der vernachlässigten Verbraucher rächen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein letztes Wort zur Ernährungsberatung. In diesem Landeshaushalt sollte erstmals auch bei der Ernährungsberatung des ML gekürzt werden. Getroffen hätte das ein Zeitungsprojekt der Verbraucherzentrale zur Ernährungsberatung in Kitas. Die Zeitung *EssPress* ist eine wertvolle Information für die Erzieherinnen, um bei den zunehmenden und drängenden Problemen übergewichtiger Kinder gegenzusteuern. Meine Damen und Herren, wenn es gelänge, auch nur ein Kind vor einem durch Fettleibigkeit geprägten Lebensschicksal zu bewahren, dann hätten sich diese 50 000 Euro schon finanziell rentiert; vom ersparten menschlichen Leid ganz zu schweigen.

(Zustimmung von Stefan Wenzel
[GRÜNE])

Aber Sie haben mir Gott sei Dank die Möglichkeit gegeben, hier versöhnlich zu enden. Ich begrüße deshalb, dass die CDU-Fraktion vernünftig gewor-

den ist und unserem Änderungsantrag gefolgt ist. Herzlichen Dank dafür.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Ich erteile jetzt Herrn Kethorn das Wort zu seiner letzten Rede hier im Landtag. Herr Kethorn, bitte!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Friedrich Kethorn (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Haushalt 2005 setzt die Landesregierung ihren Konsolidierungskurs fort. Die sie tragenden Fraktionen unterstützen diesen Konsolidierungskurs.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Hans-Dieter Haase [SPD]: Wer hätte
das gedacht? - David McAllister
[CDU]: Das musste mal gesagt werden!)

Dies ist in den Beratungen in den Ausschüssen und auch hier in den letzten eineinhalb Tagen dokumentiert worden. Meine Damen und Herren, dass sich das Agrarressort an diesem Konsolidierungskurs beteiligt, ist klar, ist logisch, nachvollziehbar und auch konsequent.

Der Agrarhaushalt umfasst insgesamt 466 Millionen Euro. Der Konsolidierungsbeitrag beträgt 4,5 Millionen Euro. Solche Kürzungen sind schmerzhaft. Doch trotz dieser notwendigen Kürzungen sind die Schwerpunkte der bisherigen, aber insbesondere der künftigen Agrarpolitik für die Landwirtschaft und für den ländlichen Raum deutlich erkennbar. Dies macht sich in der Umsetzung der EU-Agrarreform und auch der anderen Reformen, die auf den Weg gebracht worden sind, bemerkbar. Aber auch das Programm zur ländlichen Entwicklung - PROLAND - wird fortgeführt, und inklusive der Tierseuchenbekämpfung und der Modulation werden insgesamt 107 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Darüber hinaus, meine Damen und Herren, haben wir den großen Abschnitt Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ mit insgesamt 87 Millionen Euro. Frau Stief-Kreihe, wir können die GA-Bundesmittel

selbstverständlich zu 100 % binden. Ich hoffe, dass diese 87 Millionen Euro am Ende auch tatsächlich ausgegeben werden können; denn es ist zu befürchten, dass der Bund weiter kürzt. Dies wollen wir absolut nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, im Bereich Geoinformation, Landesentwicklung und Liegenschaften werden 46 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, im Aufgabenbereich Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit 47 Millionen Euro, und auch die neu gegründete Anstalt Niedersächsische Landesforsten wird mit insgesamt 42 Millionen Euro unterstützt.

Meine Damen und Herren, diese Politik, die im Haushalt abgebildet wird, wird den Herausforderungen der Zukunft gerecht und enthält Perspektiven für die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums und untermauert, dass der ländliche Raum und die Landwirtschaft bei uns einen hohen Stellenwert haben. Meine Damen und Herren, sie genießen bei uns oberste Priorität.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei der SPD - das ist heute deutlich geworden - haben Landwirtschaft und ländlicher Raum nicht diese Priorität und nicht diesen Stellenwert.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Das ist ja wohl falsch!)

Das ist in dem Änderungsantrag zu diesem Haushaltsentwurf deutlich geworden; Frau Stief-Kreihe und Jan-Christoph Oetjen sind darauf eingegangen. Mit diesem Änderungsantrag sollen insgesamt 2,61 Millionen Euro gestrichen werden. Aber sie sollen nicht umgeschichtet, sondern sie sollen in ein anderes Ressort verschoben werden. Liebe Frau Kollegin Stief-Kreihe, Sie widersprechen damit Ihren eigenen Ansprüchen, die Sie in Ihrem Gastkommentar für das Landvolk am 9. Oktober formuliert haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Dort haben Sie unter anderem geschrieben: „Der Sparhaushalt muss Prioritäten setzen“, und: „Kürzungen ohne gleichzeitige Benennung der Aufgabenreduzierung darf es nicht geben“.

(Karin Stief-Kreihe [SPD]: Das ist doch richtig!)

Nach Ihrem Beitrag heute und auch nach diesem Änderungsantrag - ich habe ihn durchgelesen - muss ich feststellen: Erstens. Die SPD setzt Prioritäten, aber nicht in der Landwirtschaft; denn sie kürzt dort massiv die Mittel. Zweitens. Sie kürzt die Mittel, benennt aber nicht gleichzeitig die Aufgabenreduzierung, die sie vor ein paar Wochen selbst noch gefordert hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - David McAllister [CDU]: Das musste jetzt mal gesagt werden!)

Meine Damen und Herren, noch schwerer enttäuscht wird man, wenn man die Beschlüsse liest, die die SPD-Landtagsfraktion auf ihrer Klausurtagung am 15. und 16. November 2004 in Göttingen gefasst hat.

(David McAllister [CDU]: Hast du die auch gelesen? Du Ärmster!)

Das sind 34 Seiten unter der Überschrift: „Kursbestimmung, Strategie und Ziele der SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen 2005 bis 2008“.

(Karin Stief-Kreihe [SPD]: Welche Fassung hast du denn?)

- Die aktuelle Fassung,

(Heiner Bartling [SPD]: Sind Sie sicher?)

vom 16. November, beschlossen auf der Klausurtagung.

Auf 34 Seiten, meine sehr verehrten Damen und Herren und Kollegen von der SPD-Fraktion, wird vieles beschrieben, aber kein Abschnitt, kein Absatz, keine Zeile wird der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum gewidmet - für die Zeit bis 2008!

(Karin Stief-Kreihe [SPD]: Dann ist das nicht die richtige Fassung! - Lachen bei der CDU)

- Ich habe es nicht gehört.

(David McAllister [CDU]: Es ist nicht die richtige Fassung!)

- Das war die richtige Fassung! - Versteckt, liebe Frau Stief-Kreihe, auf einem anderen Blatt werden noch zusätzlich 1 Million Euro aufgrund der Zusammenlegung von Ministerien gestrichen. Ich weiß aus der Diskussion in der SPD-Fraktion, dass

damit die Zusammenlegung von Umweltministerium und Landwirtschaftsministerium gemeint ist.

Das heißt, es soll künftig keinen Landwirtschaftsminister, keinen Minister für den ländlichen Raum mehr geben. Dies ist ein Verrat an den Menschen im ländlichen Raum und ein Verrat an den Bauern in Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Daher geht die Kritik der SPD an diesem Agrarhaushalt völlig ins Leere. Sie ist unbegründet, unglaubwürdig und fällt auf Sie zurück.

Meine Damen und Herren, wir von der CDU-Fraktion und von der FDP-Fraktion können froh sein, die Menschen im Lande und auf den Höfen können ebenso froh sein, dass wir in Niedersachsen eine CDU/FDP-Regierung haben. Wir sind stolz darauf, meine Damen und Herren, dass wir mit Heiner Ehlen einen Minister haben, der die Probleme der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes kennt,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

der die Probleme anpackt, der Perspektiven dafür entwickelt und durch sein Wirken Akzente für eine nachhaltige positive Entwicklung setzt, im Gegensatz zu dem, was Künast'sche Politik bewirkt, lieber Kollege Hans-Jürgen Klein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Darüber hinaus hat Heiner Ehlen die Fähigkeit, sich mit seinem politischen Gewicht - das meine ich im doppelten Sinne - effektiv durchzusetzen. Genau das wünschen wir uns von einem niedersächsischen Landwirtschaftsminister.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ideen müssen zu Taten werden, forderte Bundespräsident Köhler in seiner Antrittsrede am 1. Juli 2004, um Deutschland wieder zu einem erfolgreichen Land zu machen. Genau das ist das Motto dieses Landwirtschaftsministers. Seine Ideen hat er in Taten umgesetzt. Sie bestimmen diesen Haushalt und die Politik der nächsten Jahre. Ich kann hier nur die Beispiele Umsetzung der EU-Agrarpolitik, Reform der Agrarstrukturverwaltung, Forstreform und Fusion der Landwirtschaftskammern nennen. Dazu möchte ich ein paar Ausführungen machen.

Am 1. Januar 2005 beginnt in Deutschland die Umsetzung der gemeinsamen EU-Agrarreform. Mit dieser Reform wird ein gravierender Systemwechsel in der europäischen Agrarpolitik eingeleitet, die Entkopplung der Prämien von der Produktion. Dies wird zur Folge haben, dass die Landwirte ihre Produktion künftig mehr und mehr am Markt werden ausrichten müssen. Das ist politisch gewollt, erfordert aber auf den Höfen eine Anpassung. Daher ist es wichtig, dass wir den Landwirten Zeit für die notwendigen Umstrukturierungen geben und sie in dieser Phase entsprechend begleiten.

Insofern sind wir dem Landwirtschaftsminister dankbar, dass er an der Gestaltung der Umsetzungsgesetzgebung maßgeblich beteiligt war. Diese Gesetze tragen eine niedersächsische Handschrift.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wichtig ist, wie gesagt, die Begleitung der Landwirte in diesem Umstellungsprozess, da u. a. auch die Einhaltung von allgemeinen Standards in der landwirtschaftlichen Produktion gefordert wird. Dabei geht es insbesondere um Cross Compliance. Mit der Einführung von einzelbetrieblichen Managementsystemen haben Landwirte die Möglichkeit, sich fachlich beraten zu lassen. Dafür stehen in den Jahren 2005 und 2006 jeweils bis zu 8,4 Millionen Euro zur Verfügung, derzeit finanziert über EU- und GA-Mittel, künftig finanziert aus der obligatorischen Modulation.

Meine Damen und Herren, wenn wir über die Agrarreform reden, so ist es auch wahr, dass die Landwirtschaft zukünftig mit weniger öffentlichen Mitteln auskommen müssen. Sie wird sich zunehmend stärker an den Märkten orientieren, und sie wird zugleich weniger abhängig von Politik und Direktzahlungen werden müssen, als es heute der Fall ist.

Die mit der EU-Agrarreform beschlossene Entkopplung der Direktzahlungen eröffnet dabei für viele Betriebe neue Perspektiven. Denn zukünftig wird nur das produziert werden, was sich lohnt, unabhängig von den Prämien. Die landwirtschaftliche Rentenbank hat kürzlich darauf hingewiesen, dass sie langfristig mit positiven Wirkungen der Reform rechnet. Vor diesem Hintergrund bietet die Entkopplung der Direktzahlungen gerade für junge, gut ausgebildete Betriebsleiter gute Entwicklungsperspektiven.

Meine Damen und Herren, niemand darf allerdings glauben, dass alles so bleibt, wie es ist. Künftig wird es für die landwirtschaftlichen Unternehmen mehr denn je darum gehen, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, um langfristig im Markt zu bestehen. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft wird weitergehen. Ich weiß aus vielen Gesprächen, dass diese Entwicklung den Landwirten nicht unbekannt und bewusst ist.

Meine Damen und Herren, Sorgen mache ich mir eher darüber, dass dieser Wettbewerb tatsächlich zu fairen Bedingungen ablaufen kann.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Sehr richtig!)

Die von der Bundesregierung gesetzten Rahmenbedingungen haben in den letzten Jahren leider ungünstige Signale gesetzt. Wir dürfen unsere Betriebe nicht mit immer schärferen Auflagen und Verboten gängeln. Neue Richtlinien zum Tierschutz und im Umweltbereich beeinflussen die Wirtschaftlichkeit von Produktionszweigen vielfach ganz erheblich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich denke hierbei zunächst an die Diskussion um die neue Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, die vor allem die Legehennen- und die Schweinehaltung betrifft, aber auch an das Gentechnikgesetz und die immer wieder diskutierte Steuererhöhung für Agrardiesel. Die Zeit reicht heute einfach nicht, um tiefer in diese Materie einzusteigen.

Aber eines sage ich klar und deutlich, meine Damen und Herren: Wir von der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion vertreten grundsätzlich die Auffassung, dass wettbewerbsbeeinflussende EU-Vorgaben im Verhältnis 1 : 1 umgesetzt werden müssen - nicht weniger, aber auch nicht mehr.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir brauchen klar kalkulierbare Rahmenbedingungen, die sich an den Standards der EU orientieren. Wir können uns keine zusätzlichen Wettbewerbsverzerrungen im Verhältnis zu unseren europäischen Partnern leisten. Höchste Standards nur in Deutschland, unter denen kein Landwirt mehr kostendeckend arbeiten kann, führen zu Standortverlagerungen und zur Aufgabe von Produktion. Dem werden wir gezielt entgegenwirken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne wünschen wir uns mehr Engagement von den Vertretern der Oppositionsfraktionen im Niedersächsischen Landtag gegenüber der Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Davon würden die Landwirtschaft und der ländliche Raum mehr profitieren als von der Kritik an unserer Agrarpolitik. Dafür sollten Sie sich einsetzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte einen zweiten Bereich zukunftsweisender niedersächsischer Agrarpolitik ansprechen: die Verwaltungsreform, die von Frau Stief-Kreihe schon kritisch angesprochen worden ist. In den zurückliegenden 18 Monaten haben wir eine umfangreiche Aufgabenkritik in der niedersächsischen Landesverwaltung durchgeführt und sind dabei, die größte Verwaltungsmodernisierung der Landesgeschichte vorzunehmen, und dies trifft auch für den Agrarbereich zu. Mit dieser Verwaltungsreform setzt Niedersachsen Maßstäbe, auch Maßstäbe in der Agrarverwaltung. Dabei will ich die drei großen Reformprojekte nennen: Bildung einer einheitlichen Landwirtschaftsverwaltung, Fusion der Landwirtschaftskammern Weser-Ems und Hannover, Bildung der neuen Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften - GLL - sowie die Forstreform.

Meine Damen und Herren, zunächst möchte ich die Aufgabenübertragung auf die Landwirtschaftskammern ansprechen. Die Förderaufgaben und die sonstigen wesentlichen landwirtschaftlichen Aufgaben der bisherigen Ämter für Agrarstruktur und der bisherigen Bezirksregierungen werden mit Beginn des kommenden Jahres auf die Landwirtschaftskammern übertragen. Damit entsteht im Ergebnis eine einheitliche Landwirtschaftsverwaltung, d. h. die Landwirte haben zukünftig nur noch einen Ansprechpartner für alle beruflichen Fragen um die Landwirtschaft. Dies ist von uns politisch gewollt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Zusammenführung der landwirtschaftlichen Aufgaben ist auch ein Votum für die landwirtschaftliche Selbstverwaltung. Meine Damen und Herren, die Landwirtschaftskammern übernehmen die Aufgaben der Selbstverwaltung für die Landwirtschaft in dem bisherigen Umfang. Die Kammern sind

auch seit vielen Jahren erfolgreich mit der Erfüllung von staatlichen Aufgaben betraut. Die Kosten für die Wahrnehmung der neu hinzukommenden Aufgaben sollen während eines Zeitraumes von vier Jahren zu 100 % vom Land erstattet werden; das ist auch gerechtfertigt. Danach wird überprüft, ob die volle Erstattung gegebenenfalls weiterhin erforderlich ist. Knapp 300 - bisher staatliche - Bedienstete werden mit der Aufgabenübertragung zu den Kammern wechseln. Die Landwirtschaftskammer wird nach der Zusammenführung zur Wahrnehmung dieser Aufgaben ca. 2 000 Bedienstete umfassen. Meine Damen und Herren, an dieser Stelle gebührt den Verantwortlichen der Kammern Dank dafür, dass sie diese Aufgaben übernehmen und mit dieser Aufgabenübertragung bei den staatlichen Auftragsangelegenheiten rund die Hälfte des Personals binden. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben durch staatliche Stellen würde teurer werden. Ein Gutachten von AFC hat deutlich gemacht, dass wir in Niedersachsen, bundesweit gesehen, die kostengünstigste Agrarverwaltung haben. Daher ist es unverantwortlich, den Ansatz für die Kammern um 600 000 Euro zu kürzen, was die SPD fordert. Mit unserem Ansatz von gut 67 Millionen Euro wollen wir sicherstellen, dass die Kammern die öffentlichen Aufgaben wahrnehmen, ohne ihre Beitragszahler für die Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben zu belasten. Dies wollen wir nicht, und das haben wir auch entsprechend im Haushalt festgelegt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Reformschritt wird die Fusion der Landwirtschaftskammern sein, auf die sich beide Kammern zum 1. Januar 2006 verständigt haben. Neuer Sitz soll Oldenburg sein, nicht zuletzt auch aus strukturellen Gründen. Der Standort Hannover bleibt jedoch erhalten. An einem Gesetzentwurf wird zurzeit gearbeitet, und in den nächsten Wochen wird er hier auch vorgelegt werden.

Meine Damen und Herren, ein weiterer großer Reformbereich in der Agrarverwaltung ist das neue so genannte GLL. Ab dem 1. Januar 2005 werden die Aufgaben der Flurbereinigung und der Dorferneuerung der bisherigen Ämter für Agrarstruktur mit der Domänen- und Moorverwaltung sowie mit der Vermessungs- und Katasterverwaltung zusammengeführt. Es entsteht eine neue Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften. Damit werden Synergieeffekte z. B. im Bereich der Vermessung gewonnen und auch auf

die Entwicklung der ländlichen Räume bezogene Aufgaben zusammengeführt. Aus den bisher 38 selbständigen Dienststellen des Innen- und des Landwirtschaftsministeriums werden demnächst 14 GLL-Dienststellen gebildet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Durch das entsprechende Reformpaket der Vermessungs- und Katasterverwaltung werden von rund 2 300 Stellen immerhin 500 abgebaut.

Meine Damen und Herren, das letzte Reformprojekt, das vollendet ist und in dieser Plenarsitzung beschlossen worden ist, ist die Reform der Landesforstverwaltung. Die Veränderungen sind wesentlich von der Forstverwaltung selbst konzipiert worden. Wir wollen mit dieser Landesforstverwaltung zum 1. Januar 2005 eine Anstalt des öffentlichen Rechts schaffen und damit die Aufbauorganisation deutlich straffen. Die Zahl der Forstämter wird von 45 auf 26 und die der Revierförstereien von 340 auf 274 reduziert. Die schwarze Null soll 2008 erreicht werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nehme an, dass Sie nach diesen Projekten der Verwaltungsreform mit mir darin übereinstimmen, dass es bislang noch keine Landesregierung gegeben hat, die in so kurzer Zeit mit einem ungeheuren Tempo, mit Übersicht und Weitsicht sowie mit Einbindung der Betroffenen notwendige und längst überfällige Reformprojekte auf den Weg gebracht hat, die vieles verändern werden, aber zukunftsweisend sind. Dafür gebührt ihr Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich füge aber auch bescheiden hinzu: Die Regierungsfractionen haben konstruktiv und in gleichem Tempo mitgearbeitet und die Beschlüsse im Parlament herbeigeführt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Frau Präsidentin hat eben schon mitgeteilt, dass dies meine letzte Plenarsitzung und meine letzte Rede vor dem Landtag ist. Nach dem Ausscheiden werde ich natürlich die Politik und die Arbeit hier im Parlament aufmerksam verfolgen und dabei selbstverständlich die Themen Landwirtschaft und ländlicher Raum genau beobachten. Aber ich sage an dieser Stelle auch: Ich verlasse den Landtag in der Gewissheit und mit der Überzeugung: Diese Landesregierung unter Christian

Wulff einschließlich aller Ministerinnen und Minister sowie diese Regierungsfractionen sind Garant für eine gedeihliche und positive Entwicklung Niedersachsens. Darauf können die Menschen in Niedersachsen bauen, hoffen und sich verlassen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Die Abgeordneten der Fractionen der CDU und der FDP erheben sich von ihren Plätzen)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Kethorn, nach 14 Jahren hier im Landtag wünscht Ihnen der ganze Landtag für Ihre zukünftigen Aufgaben alles Gute.

(Beifall bei allen Fractionen)

Jetzt hat Herr Ehlen das Wort.

Hans-Heinrich Ehlen, Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt ein Problem. Ich habe wenig Zeit, und deshalb will ich hier nur auf einige Punkte und nicht auf jede Dummheit eingehen, so wie es der Herr Kollege Klein gesagt hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich meine schon, dass wir einen guten Haushalt haben. Er ist zwar sehr schlank. Aufgrund der Erkenntnis der Opposition, dass man daran nicht viel zu ändern brauche, meine ich aber, dass der Haushalt gut sein muss.

Meine Damen und Herren, so, wie ich Frau Stief-Kreihe hier verstanden habe, schwebt hier im Raum die Frage, dass wir der Landwirtschaftskammer Hannover sehr wenig Möglichkeiten geben, Arbeiten des Landes mit sehr wenig Geld zu verrichten. Hierzu muss ich Folgendes klar sagen: Wir haben mit den Landwirtschaftskammern ein partnerschaftliches Verhältnis. Die Kammern sind auch nicht die Sklaven des Landes. Wir haben hier eine Ebene, auf der man partnerschaftlich miteinander umgeht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Landwirtschaftskammern sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und berufsständische Selbstverwaltungen - - -

(Heidrun Merk [SPD]: Bitte ein bisschen leiser! - Heiner Bartling [SPD]: Frau Präsidentin, drehen Sie ihm das Mikro ab!)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Ehlen, Sie haben ein Mikrofon, Sie können Ihre Lautstärke etwas reduzieren.

Hans-Heinrich Ehlen, Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

- ja -, die letztlich nahe an der Privatwirtschaft arbeiten. Meine Damen und Herren, wir werden die Synergieeffekte sehr schnell ernten, weil sich die Landwirtschaftskammern in der Vergangenheit dem Wettbewerb haben stellen müssen. Verwaltung stellt sich dem Wettbewerb - wann hat es das schon einmal gegeben?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte hier noch einige weitere Dinge ansprechen. Meine Damen und Herren, leider ist die Landwirtschaft auf Bundesebene sehr, sehr schlecht vertreten. Es gibt sehr viele Bereiche, bei denen Bundesministerin Künast unser Land auf europäischer Ebene entweder schlecht oder aber gar nicht vertritt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich stelle hier fest, dass mit Ausnahme der beiden Bundesländer, in denen Grün mitregiert, fast alle Bundesländer ein bisschen im Windschatten der Niedersachsen fahren, wenn es darum geht, agrarpolitische Fragen auf Landes-, aber auch auf Bundes- und auf Europaebene voranzubringen. Ich möchte beispielhaft den Zucker erwähnen. Unsere Frau Bundesministerin hat sich um den Zucker überhaupt nicht gekümmert. Sie sagte, dass ihr die Dinge, die da passieren und die man unseren Landwirten auf Landesebene antun will, eigentlich ganz egal seien. Bei der Demonstration vor der Burg Warberg hat die Bundesministerin elf Minuten gesprochen: eine Minute lang über die niedersächsischen Bauern und zehn Minuten lang über andere Dinge, die in der ganzen Welt passieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, genau das ist der Fehler. Wir werden auch künftig versuchen, uns für

Niedersachsen und Deutschland insgesamt einzubringen und die Defizite auf der Ebene der Europäischen Union, die die Bundesregierung dort hinterlässt, zu reduzieren. Die großen Dinge, die in Niedersachsen passieren und die wir im Zuge der Umsetzung der EU-Agrarpolitik leisten müssen, werden wir mit der nötigen Sensibilität, letztendlich aber auch mit dem nötigen Nachdruck erledigen können. Ich glaube auch, dass sich die Niedersächsische Landesregierung mit ihren Partnern, nämlich mit den Landwirtschaftskammern, mit der Landberatung und mit der freien Beratung, gut positioniert hat.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auch an dieser Stelle sollte das Parlament unseren Institutionen den Rücken stärken, und es sollte nicht versucht werden, die Leute mit billiger Polemik madig zu machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

An dieser Stelle möchte auch ich die Gelegenheit nutzen, dem Agrarsprecher der CDU-Fraktion Friedrich Kethorn auch seitens der Landesregierung recht herzlich für seinen Einsatz zu danken. Für die Zukunft alles Gute. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Zu diesem Bereich liegen mir weitere Wortmeldungen nicht mehr vor. - Deshalb rufe ich jetzt als letzten Bereich den Haushaltsschwerpunkt

Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien

auf. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Kuhlo von der FDP-Fraktion.

Ulrike Kuhlo (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Themenfelder des Einzelplans 02, des Einzelplans der Staatskanzlei, sind sehr vielfältig. Das umgesetzte Haushaltsvolumen ist im Vergleich zu anderen Einzelplänen aber eher gering. Dennoch muss die Staatskanzlei ihren Konsolidierungsbeitrag leisten. So sind Kürzungen wie z. B. bei der Zusammenarbeit mit unseren Partnerregio-

nen in Polen und Russland sicherlich nicht erfreulich, angesichts des Gesamtziels der Haushaltskonsolidierung aber vertretbar.

Ich möchte die heutige Haushaltsdebatte nutzen, um grundsätzliche liberale Positionen zum Föderalismus und zur Europapolitik darzustellen. Die Gespräche über eine Föderalismusreform befinden sich in der entscheidenden Phase. Heute beraten die Ministerpräsidenten, am Freitag steht die abschließende Runde der Kommission an. Was von Stoiber und Müntefering nun aber als Einigung verkündet werden wird, ist nach den vorausgegangenen Veröffentlichungen jedoch sicherlich nicht der große Wurf.

(Beifall bei der FDP)

Die Kommission litt von Anfang darunter, dass wichtige Teilbereiche wie der Länderfinanzausgleich oder eine echte Steuerautonomie der Länder von vornherein tabuisiert wurden. Divergierende Interessen sind deutlich zutage getreten: hier der Bund, der Kompetenzthemen politisch besetzen will, dort die wettbewerbsfähigen Länder, die mehr Aufgaben eigenverantwortlich übernehmen wollen, und drittens die schwächeren Länder, die sich vor zu viel Wettbewerb fürchten. Diskutiert wurde nur noch über den kleinsten gemeinsamen Nenner.

Ein Teil der absehbaren Ergebnisse ist zwar durchaus positiv: der Abbau der Zustimmungsrechte durch eine Reform des Artikels 84 sowie die Verlagerung von Kompetenzen auf die Länder im Dienst- und Besoldungsrecht, im Presserecht, im Gaststättenrecht, für den Ladenschluss und für die bisher gemeinsam finanzierten Wohnungsbau- und Verkehrsförderungsprogramme. Aus liberaler Sicht fehlen aber die entscheidenden Fragen der Finanzverfassung. Selbst eine Gesetzgebungskompetenz für reine Ländersteuern wie die Erbschaftsteuer scheint nicht durchsetzbar. Dieses Reförmchen oder diese kleine Einigung, wie die Schlagzeile im *Focus* lautete, kann daher nur ein Teilschritt sein. Wir müssen uns zukünftig auch an die Finanzfragen heranwagen.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP steht dabei wesentlich für das Modell des Wettbewerbsföderalismus.

Europa soll mit der Lissabon-Strategie zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum entwickelt werden. Die praktischen Ergebnis-

se sind jedoch noch weit von den Intentionen des Papiers entfernt. Gerade Deutschland erweist sich dabei mit der Politik der rot-grünen Bundesregierung eher als Hemmschuh. Die Verletzung des Stabilitätspakt ist nur ein Beispiel.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir brauchen ein Wettbewerbseuropa und kein Sozialstaatsseuropa der vereinheitlichten Steuergesetze und Leistungsgesetze.

Ich möchte noch auf einen Aspekt der Europapolitik eingehen, der eine unmittelbare Bedeutung für Niedersachsen und für den Landeshaushalt hat. In zwei Jahren steht eine grundlegende Neuordnung der Strukturförderung an. Die alte EU-Kommission hat dazu im Februar ihre Vorschläge unterbreitet, über die wir auch im Plenum schon mehrfach debattiert haben. Ich möchte dem noch ein paar grundsätzliche Gedanken hinzufügen.

Niedersachsen hat bisher erheblich von den Strukturfondsmitteln profitiert. Insgesamt sind in der laufenden Förderperiode 1,6 Milliarden Euro auf unser Land entfallen. Gerade auch im Haushalt ausgewiesene wichtige Vorhaben wie der Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven oder der Forschungsflughafen in Braunschweig wären ohne die Förderung der EU nicht im vorgesehenen Rahmen zu verwirklichen.

Bei unseren zukünftigen Haushaltsplanungen müssen wir uns darauf einstellen, dass diese Mittel nicht mehr in vergleichbarem Umfang zur Verfügung stehen werden. Wir haben die Osterweiterung und die damit verbunden Chancen für Niedersachsen gewollt. Wir müssen dann aber auch akzeptieren, dass ein größerer Teil der Kohäsionsmittel den Beitrittsländern zur Verfügung stehen muss. Aus Sicht der FDP wäre eine Ausweitung des EU-Haushalts der falsche Weg. Auch zukünftig sollten die Budgethöchstgrenze von 1,14 % des Bruttoinlandsprodukts der EU und die Höchstgrenze von 0,45 % für Strukturmittel nicht ausgeschöpft werden. Für Liberale haben Umstrukturierungen Vorrang vor einer Aufstockung der Mittel. Der hohe Betrag von 75 Milliarden Euro nicht abgerufener Mittel für die Regionalpolitik lässt uns schon heute die Absorptionsfähigkeit der Empfängerländer infrage stellen.

Natürlich müssen wir daher auch über die Gestaltung der Förderung nachdenken. Dazu zählen mehr Effizienz durch Straffung der Verwaltungs-

abläufe sowie der Förderprogramme, mehr Effektivität durch die Anreizwirkung eines höheren Anteils leistungsgebundener Mittelreserven sowie mehr Subsidiarität durch Verlagerung von Zuständigkeiten auf die regionale Kompetenzebene.

(Beifall bei der FDP)

Insbesondere sollten alle Förderprojekte im Hinblick auf die Lissabon-Strategie auf den Aspekt hin überprüft werden, inwieweit sie tatsächlich Wachstum und Innovation fördern. Zudem sollte Förderung mithelfen, den europäischen Mehrwert grenzüberschreitender und interregionaler Zusammenarbeit zu nutzen. Diese Zusammenarbeit kann Impulse für innovative Strategien setzen. Die weiteren Zukunftsaufgaben wie der Aufbau der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik oder die Zusammenarbeit in den Bereichen Asyl, Einwanderung und Terrorismusabwehr müssen auch in der Finanzplanung berücksichtigt werden. Dies zeigt, welche schwierigen Diskussionen uns noch bevorstehen. Als Niedersachsen müssen wir dabei darauf achten, dass unsere Interessen nicht vernachlässigt werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächste Rednerin ist Frau Langhans von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Georgia Langhans (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Kuhlo, ich habe gerade mit Freude zur Kenntnis genommen, dass Sie tatsächlich Mittel in Höhe von 1,24 % des Bruttoinlandsprodukts der EU angefordert haben. Das finde ich sehr schön. Wir haben hier ja etwas anderes verabschiedet. Von daher finde ich es angenehm, zu hören, dass die FDP-Fraktion eine andere Haltung dazu einnimmt.

Meine Damen und Herren, im Bereich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit und der humanitären Hilfe ist der Haushaltsansatz dieser Regierung schlicht und einfach ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit werden im Jahr 2005 erneut gekürzt und erreichen mit 167 000 Euro einen bisher noch nie da gewesenen Tiefstand.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Eingerechnet sind noch nicht einmal die Mittel, die aus der Lottostiftung fehlen werden. Auch diese bewegen sich in Millionenhöhe.

Der aktuellen Internetseite der Landesregierung zu diesem Themenbereich ist zu entnehmen, es sei ihr politisches Ziel, die Agenda 21 der UNCED-Konferenz in Rio 1992 und die Ergebnisse des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg umzusetzen - und das in Zusammenarbeit mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern. Dafür seien im Haushalt knapp 300 000 Euro vorgesehen.

Meine Damen und Herren, Sie sollten die Internetseite dringend der Realität anpassen und nicht Phrasen und Zahlen aus dem Jahre 2003 verbreiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ministerpräsident Wulff hat anlässlich des Besuchs der Premierministerin der Partnerprovinz Eastern Cape erneut die Bedeutung der niedersächsischen Entwicklungspolitik betont. Meine Damen und Herren, hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Offensichtlich beschränkt sich die niedersächsische Entwicklungszusammenarbeit auf eine Politik der Sonntagsreden.

Nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die Länder tragen Verantwortung für eine nachhaltige, globale Entwicklung, die den Frieden in der Welt fördert und allen Menschen ein Leben in Würde und ohne Not ermöglicht. Es ist keine Frage: Niedersachsen kann nicht die finanziellen Mittel aufbringen, um Mängel und krasse Entwicklungsrückstände in den Ländern des Südens und des Ostens wirkungsvoll und nachhaltig abzubauen. Dafür hat es nicht die finanziellen Mittel. Was wir aber leisten müssen, ist, die Rahmenbedingungen und Strukturen für die Entwicklungszusammenarbeit in Niedersachsen auch finanziell zu stärken. Das ehrenamtliche entwicklungspolitische Engagement vieler Menschen und Gruppen in diesem Land braucht eine vernünftige Struktur. Es braucht Vernetzung der Akteure.

Meine Damen und Herren, in einer globalisierten Welt findet Entwicklungszusammenarbeit mehr denn je hier bei uns vor Ort statt. Sie trifft alle Bürgerinnen und Bürger. Um bei uns Sponsoren zu finden, die ein Projekt im Süden bezahlen sollen, muss man bei uns das Bewusstsein für gemeinsame Ziele und Zusammenhänge schaffen. Der

Haushalt 2005 dieser Landesregierung entzieht der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit den finanziellen Boden und macht sie zu einem Auslaufmodell.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Merk das Wort.

Heidrun Merk (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Kuhlo, wir haben hier eine äußerst spannende Situation erlebt. Wir reden über den Haushalt, den Einzelplan 02. In einer Grundsatzerklärung erfahren wir von Ihnen etwas, das Sie längst hätten beantragen können. Dann geht das praktisch in die Luft. Ich bin gespannt, ob sich das, was Sie heute als Grundsatzerklärung zu Protokoll gegeben haben, in nächster Zeit auch in Antragsform wiederfinden wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich hätte es begrüßt, meine Damen und Herren, wenn nicht nur Grundsatzklärungen abgegeben worden wären. Die Frage, die im Raum steht, ist: Wie sieht eigentlich die Europapolitik des Landes Niedersachsen aus? - Diese Europapolitik wird hier zwar gelegentlich beschworen, aber im Wesentlichen findet sie weder im Parlament noch in aktiven Formen und Anträgen der Landesregierung statt.

(Zustimmung von Georgia Langhans [GRÜNE])

Stattdessen wird über Strukturpolitik gesprochen. Dann wird gelegentlich Entsprechendes zum Thema Türkei abgelassen. Aber auf die eigentliche Kernfrage, nämlich wie man ein europäisches Zusammenleben organisiert und in Europa mit Flüchtlingen umgeht - das sind die Themen, die uns derzeit umtreiben -, bekommen wir keine vernünftigen Antworten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, neben der Tatsache, dass Europa im Grunde nur nachvollzogen wird, aber dass nicht progressiv nach vorn gesehen wird, möchte ich noch drei Punkte aufgreifen, die

für uns im Einzelplan 02 eine besondere Rolle gespielt haben.

Es ist schon gesagt worden: Frau Premierministerin Balindela war in diesem Sommer hier. Man hat ihr eine gute Woche zur Diskussion gegönnt und einen neuen Vertrag unterzeichnet. Aber was wird Frau Balindela nun sagen? - Sie wird sich außerordentlich wundern, dass diese Landesregierung gemeinsam mit den sie tragenden Fraktionen die Mittel für das kleinste Projekt, das in Eastern Cape funktioniert hat - nämlich das kleine Aidsprojekt -, auf so magere Euro gekürzt hat. Wenn man weiß, dass es dieses Jahr in Afrika über 23 Millionen Neuinfektionen gab, dass in Südafrika erwartungsgemäß in den nächsten zehn Jahren etwa 20 Millionen Kinder ohne Eltern leben werden, dass wir dringend helfen müssen, um dort Aids zu bekämpfen, dass Aids eben keine Grenzziehung kennt - ob das Eastern Cape, Western Cape, Südafrika und die anderen afrikanischen Länder sind -, dann kann man nach einer solchen Unterzeichnung nicht einfach hergehen und die Mittel für dieses Projekt nach unten kürzen. Auch hier hat die Mehrheit über mehrere Jahre für diesen Antrag gestimmt und dieses Projekt getragen. Sie sollten sich schämen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich finde das auch in einem ganz neuen Zusammenhang sehr interessant: Der Ministerpräsident hat in diesem Sommer die Schirmherrschaft für das große Projekt „Wir für Afrika“ übernommen. Er hat eine große Pressekonferenz gegeben und sich überall gezeigt. Dann ging es um dieses kleine Thema. Er hat sich hingestellt - ich war auf der Pressekonferenz dabei - und gesagt, wie wichtig es ist, dass wir gerade Afrika unterstützen, dass wir die Provinz Eastern Cape unterstützen, er hat gesagt, dass es dort im Zusammenhang mit Aids so viele Dramatiken gibt, dass VW und DaimlerChrysler Mitarbeiter verlieren, weil sie aidskrank sind. Dann gehen Sie her und streichen Mittel für Projekte in der Provinz, in der wir seit Jahren eine vernünftige Partnerschaft entwickelt haben.

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Frau Merk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Möllring?

Heidrun Merk (SPD):

Nein, gestatte ich nicht.

(Hartmut Möllring [CDU]: Dann kann der Landtag die Wahrheit auch nicht erfahren!)

Ich möchte noch Folgendes sagen: Diese Landesregierung arbeitet zusammen mit der Evangelischen Akademie Loccum an der Frage, wie sich Südafrika in der Not, in der es sich befindet, weiterentwickeln kann. Diese Diskussionen kann man sich zukünftig offensichtlich sparen, wenn man nach einer Vertragsgestaltung, wie wir sie erlebt haben, so mit dem kleinen Eastern Cape umgeht. Das will ich Ihnen ins Stammbuch schreiben. Deshalb bin ich sehr wohl der Meinung, dass Sie sich darum bemühen sollten, diesen lächerlichen kleinen Haushaltsansatz auf die Höhe des Ansatzes des letzten Jahres, den sie schon nach unten gekürzt haben, zu bringen. Das wäre das Mindeste.

(Bernd Althusmann [CDU]: Das sagen Sie bei allen Haushaltspositionen!)

Meine Damen und Herren, man muss einfach einmal Worte und Taten vergleichen. Es war schon spannend: Da unterschreibt der Ministerpräsident die Rahmenabkommen zwischen Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen für nachhaltige Bildung und Entwicklung. Dann wird als erstes beim VEN gekürzt, bei dem Verein, der progressiv die inländische Arbeit über Jahre hinweg und sehr treu gestaltet hat. Bei dem kürzt man auch noch weiter herunter.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Da sieht man schon, dass bei dieser Landesregierung zwischen Reden und Handeln ein großer Unterschied klafft. Es müssen gar nicht die großen Dinge sein, aber Sie gehen an die kleinen Projekte heran, für die Sie viele Leute zur Unterstützung brauchen, für die Sie Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer benötigen, damit eine Diskussion geführt wird, eine Abstimmung oder eine Unterschrift zustande kommt. Sie nehmen dem Verein das Minimum weg, das er benötigt, um in diesem Lande etwas mehr Bewusstsein für diese Themen zu schaffen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das ist schon interessant. Ich lese Ihnen einmal ganz kurz vor, was der Ministerpräsident dazu unterschrieben hat. Er erklärt spezielle Ziele zur Hauptaufgabe des Landes Niedersachsen, und deshalb richte ich mich danach. Schade, dass der Umweltminister weggegangen ist, aber ich erwarte auch nicht viel von ihm. Sie erklärt in ihren speziellen Zielen, sie wolle gesellschaftliche Wirksamkeit und Stärkung einer Bildung für nachhaltige Entwicklung durch länderübergreifende Kooperation zwischen Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft erreichen. Sie will grenzübergreifende Lernprozesse anstoßen und Vernetzungen ermöglichen, z. B. in der gemeinsamen Bearbeitung von spezifischen norddeutschen Themen wie Meeresschutz. Das sollte sich der Minister zukünftig ganz stark hinter die Ohren schreiben. Sie wollen Veränderungsprozesse im Bildungsbereich nutzen, um die Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Bildungsbereichen dauerhaft zu verankern. Das hat der Ministerpräsident im September unterschrieben. Ich gucke natürlich auch in den Haushalt und frage mich, wo denn die Mittel dafür sind. Sie haben sich verpflichtet, in einem Jahr darüber zu berichten. Ich bin sehr gespannt auf diesen Bericht, in dem Sie erklären müssen, was Sie in diesem Zusammenhang auf die Reihe gebracht haben. Entwicklungspolitik muss auch als Querschnittsaufgabe gesehen werden. Dieser Hinweis ist insbesondere an jene Minister gerichtet, die das bisher noch gar nicht verstanden haben. Dazu gehört der Umweltminister in ganz besonderem Maße.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, neben der Tatsache, dass Sie sich um diese Fragen sehr wenig kümmern und dass Sie den VEN in dieser Art und Weise vor den Kopf schlagen, will ich noch einen dritten Punkt aufgreifen, den wir gern verändert wissen wollen. Es geht um den Umgang mit nordmedia. Ich will Ihnen die Kürzung der Mittel für nordmedia noch einmal vorhalten: 2003 hat nordmedia 3 068 000 Euro erhalten, 2004 waren es noch 2 761 000 Euro, und für 2005 sind 1 781 000 Euro angesetzt worden. Sie haben die Mittel für nordmedia um 42 % gekürzt.

(Zuruf von der CDU: Machen Sie doch mal einen Vorschlag für die Gegenfinanzierung!)

- Das haben wir gemacht.

(David McAllister [CDU]: Eigenheimzulage!

- Man sieht, dass Sie unsere Haushaltsanträge nicht gelesen haben. Das war ein schöner Zwischenruf, Herr Kollege. Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe mir überlegt, ob ich Sie fragen soll, ob Sie wissen, was ein Banause ist.

(David McAllister [CDU]: Der ist schon in Goslar!)

Sie können sich diese Antwort selbst geben. Ich denke in diesem Zusammenhang an die Bezeichnung Wirtschaftsbanause ebenso wie an die Bezeichnung Kulturbanause, denn Ihr Umgang mit nordmedia ist schon eine Nummer für sich. Auf ein Unternehmen mit so vielen Film- und Kulturpreisen, wie sie nordmedia in den letzten Jahren verliehen worden sind, wäre jedes andere Bundesland stolz. Das sind Sie offensichtlich nicht mehr. Allein im Jahr 2001 haben wir für 23 Produktionen insgesamt 69 Preise bekommen. Für diese Leistung müssen wir nordmedia außerordentlich dankbar sein.

(Zustimmung bei der SPD)

Man kann sich gegenüber einem Unternehmen in Niedersachsen, das deutsche Filmpreise bekommt, dem immerhin fünf der höchstdotierten nationalen Kulturpreise verliehen wurden, das zum ersten Mal seit 18 Jahren den „Goldenen Bären“ der internationalen Filmfestspiele in Berlin in unser Land holt, das zwei „Goldene Kameras“ und vier Adolf-Grimme-Preise - wahrlich keine Kleinigkeit - erhält sowie Kurzfilmpreise in Gold und Silber und zahlreiche andere internationale Auszeichnungen, nicht so verhalten, wie Sie es tun. Deshalb habe ich mir in diesem Zusammenhang die Frage gestattet, ob Sie wissen, wer ein Banause ist.

(Zustimmung bei der SPD)

Deshalb sage ich, auch gerichtet an den Wirtschaftsminister: Jeder Euro, der an nordmedia gegangen ist, hat sich verdoppelt und verdreifacht und ist auch ein Zeichen nach außen. Damit zeigen wir, was dieses Land an Kultur bieten kann, bieten will und auch bieten muss. Dadurch zeichnet sich ein Land aus, das man bisher bezeichnen

konnte als „Niedersachsen, ein Land mit Weitblick“.

Aus meinen Erfahrungen im Europaausschuss kann ich zusammenfassend nur sagen: Die Art und Weise, wie Sie mit dem Land umgehen, ist eine auf den Nabel orientierte Politik und keine Politik, die über den Tellerrand hinausreicht. Dieses Zeugnis müssen Sie sich im Zusammenhang mit dem Einzelplan 02 ausstellen lassen.

(Zuruf von der CDU: Von wem?)

Zum Schluss sage ich Ihnen nur eines: Ich empfehle Ihnen, sich im Zusammenhang mit unseren Anträgen, mit denen wir ein paar kleine Korrekturen fordern, noch einmal zu überlegen, ob Sie sich zukünftig so negativ darstellen wollen. Ich kann Ihnen sagen, dass wir das im Land verbreiten werden.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Hogrefe gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Wilhelm Hogrefe (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Ministerpräsident Christian Wulff hat gestern in einer wirklich fulminanten Rede die Grundlinien seiner Medienpolitik dargelegt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zuruf von der CDU: Sehr richtig! -
(Lachen bei der SPD und bei den
GRÜNEN - Heiner Bartling [SPD]:
Das ist bei Herrn Wulff aber selten!)

Wenn Sie richtig zugehört haben, haben Sie auch verstanden, dass sich die anvisierten Änderungen nicht *gegen* den NDR richten, sondern dass es darum geht, *mit* dem NDR für die Menschen in Niedersachsen etwas zu erreichen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wie überfällig das ist, können Sie heute in einem Leserbrief in der *HAZ* nachlesen. Ich zitiere:

„Weiterhin sollten die NDR-Macher nicht nur Hamburg durch Talkshows, Fernsehkommissare, Seifenopfern

usw. massiv bewerben, sondern ab und an auch mal Niedersachsen bedenken. Eine Änderung ist überfällig. Man kann nur hoffen, dass Christian Wulff genügend Stehvermögen hat.“

So schreibt Ernst Martin heute in der *HAZ*.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Friedhelm Biestmann [CDU]:
Der Mann hat Recht! - Hans-Werner Schwarz [FDP]: Guter Mann!)

Dass anderswo Sozialdemokraten viel weiter sind, wissen wir aus der Staatskanzlei in Kiel. Frau Wolf-Gebhardt, die uns noch in guter Erinnerung ist, hat gesagt, sie habe gar nichts gegen eine Verschlan-
kung der Gremien beim NDR und sei auch nicht gegen mehr regionale Berichterstattung. Das wäre nämlich auch im Interesse Schleswig-Holsteins. Genau das wollen wir erreichen.

Herr Briesse, Sie sind dem Ministerpräsidenten gestern wohl durchaus positiv aufgefallen.

(Ralf Briesse [GRÜNE]: Oh Gott! -
Weitere Zurufe von der SPD und von
den GRÜNEN)

Ich appelliere deshalb besonders an Sie: Arbeiten Sie konstruktiv daran mit, dass der NDR besser wird, besser für die Menschen in Niedersachsen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, vor einigen Wochen haben die fünf Medienausschüsse der norddeutschen Länderparlamente die norddeutschen Ministerpräsidenten für die gute Verhandlungsführung bei der Aushandlung des Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrages ausdrücklich gelobt.

(Zuruf von Axel Plaue [SPD])

Ich bin mir ganz sicher, Herr Plaue, dass in zwei Monaten, wenn das Ergebnis vorliegt und für Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern bessere Ergebnisse bei der künftigen Arbeit des NDR erreicht worden sind, die Medien-
ausschüsse wieder sagen werden: Die Ministerpräsidenten haben es gut gemacht, und Christian Wulff hat es angestoßen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Amei Wiegel [SPD])

Meine Damen und Herren, auch europapolitisch waren die letzten zwölf Monate gut für Niedersachsen. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament haben die Koalitionsparteien hervorragend abgeschnitten. Es hat sich auch ergeben, dass die Osterweiterung der EU für Niedersachsen enorm positiv ist. Wir haben bei unserem Besuch in Polen erfahren, dass Investitionen dort vor Ort auch Arbeitsplätze bei uns sichern. 2004 war ein gutes Jahr für Niedersachsen.

(Axel Plaue [SPD]: Deshalb haben Sie die Haushaltsansätze auch erhöht! Oder was?)

Angesichts der Bilder aus Kiew, die seit Tagen ausgestrahlt werden, wo Menschen in Nässe und Kälte ausharren, um freie Wahlen zu erreichen und eine Westorientierung zu ermöglichen, sollten wir uns einmal fragen, ob diese Menschen uns nicht näher stehen als die, über deren EU-Beitritt derzeit so vehement gestritten wird.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein weiterer europapolitischer Erfolg dieser Landesregierung ist der Ausbau besserer Beziehungen zu den Niederlanden. Ich kann hier sagen, dass gute Chancen für die Aufnahme des Projekts A 22 in das große Konzept transeuropäischer Netze bestehen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Das würde bedeuten, dass wir für die zweite Planungsphase Planungsmittel aus Brüssel bekommen und nicht mehr die Kommunen in Vorlage treten müssen. Meine Damen und Herren, unser Ministerpräsident Christian Wulff war in diesem Jahr in Warschau, in Den Haag, in Helsinki, in Brüssel und im heute polnischen Kreisau. Er hat in diesen wenigen Monaten sehr viel für eine Vertiefung und Verbesserung der Zusammenarbeit in Mitteleuropa getan. Ich kann hier nur feststellen: Christian Wulff ist ein vorzüglicher Botschafter unseres Landes!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zum Thema EU-Strukturpolitik möchte ich sagen: Wirken Sie bitte auf die Bundesregierung ein, dass sie mit ihrem Widerstand gegen die künftige Ziel-2-Förderung

aufhört; denn dies ist für Niedersachsen besonders wichtig.

Abschließend möchte ich allen Mitarbeitern, die für Europa etwas tun - in den Ministerien, im EIZ, in den Ämtern für Agrarstruktur, in vielen anderen europarelevanten Institutionen -, herzlich dafür danken, dass sie diese schwere Arbeit leisten; denn die Vorschriften der EU sind häufig rigide, und es ist nicht einfach, sie umzusetzen.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung hat europapolitisch viel Gutes vorzuweisen. Deshalb unterstützen wir sie mit Nachdruck.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Der Ministerpräsident wird heute von Finanzminister Möllring vertreten. Ich erteile ihm das Wort.

(Klaus Peter Bachmann [SPD]: Uns bleibt auch nichts erspart!)

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bundes- und Europaangelegenheiten sowie die Medienpolitik werden von unserem Ministerpräsidenten vertreten. Dieser Politikbereich befindet sich daher in den besten Händen, die dieser Politikbereich in Niedersachsen je erlebt hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Ihr glaubt auch alles, was die euch erzählen!)

Sowohl die Bundes- und Europaangelegenheiten als auch die Medienpolitik sind ohne Fehl und Tadel. Sie entziehen sich daher jeder vernunftgesteuerten Kritik.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der CDU: Ganz genau! - Sehr richtig! - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Wir schmeißen gleich mit Eiern!)

Deshalb werde ich es diesem Haus ersparen, die 39 Seiten vorzulesen, die Frau Wurzel im Ausschuss vorgelesen hat; denn offensichtlich ist sie dort von der Vorsitzenden nicht verstanden worden. - Vielen Dank.

(Heiterkeit und starker Beifall bei der CDU und bei der FDP, in rhythmisches Klatschen übergehend - Zurufe von der CDU: Zugabe! Zugabe!)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Meine Damen und Herren, für heute beenden wir die Haushaltsberatungen. Wir setzen sie morgen fort. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Heiner Bartling [SPD]: Schade, wir würden gerne noch das Niedersachsenlied singen!)

Schluss der Sitzung: 20.44 Uhr.